Plenarprotokoll **8/137**
02.07.2026

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

137. Sitzung **8. Wahlperiode**

Donnerstag, 2. Juli 2026, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt

Inhalt

Befragung der Landesregierung
– Drucksache 8/6723 – 3

Thomas de Jesus Fernandes, AfD 3, 4
Ministerin Stefanie Drese 3, 4
Hannes Damm, fraktionslos 4, 5, 12
Petra Federau, AfD 5, 7, 8
Minister Dr. Heiko Geue 5, 6, 7
Martin Schmidt, AfD 6, 7
Minister Dr. Till Backhaus 8, 9, 10, 11, 12
Thore Stein, AfD 9
Beate Schlupp, CDU 9, 10
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10, 11
Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 11, 12

Änderung der Tagesordnung 12

Beschlussempfehlung und Abschlussbericht des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten sowie weiterer militant rechter und rechtsterroristischer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern nach Artikel 34 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 39 des Untersuchungsausschussgesetzes gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 16. Dezember 2021 und 25. Juni 2025 – Drucksachen 8/80 und 8/5011 –
– Drucksache 8/6670 – 13

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 8/6738 – 13

Martina Tegtmeier, SPD 14, 31
Minister Christian Pegel 15
Paul-Joachim Timm, AfD 18, 20, 30, 35
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke 20
Ann Christin von Allwörden, CDU 21, 23, 24
Michael Noetzel, Die Linke 23, 24, 27
Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 28, 31
David Wulff, FDP 34

B e s c h l u s s 36

Beschlussempfehlung und Bericht des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Vorgängen und Entscheidungen rund um die „Stiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Klimaschutz und Bewahrung der Natur – Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“, insbesondere im Hinblick auf die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 nach Artikel 34 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 39 des Untersuchungsausschussgesetzes gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 18. Mai 2022, 21. März 2023 und 25. Juni 2025 – Drucksachen 8/593, 8/684, 8/687, 8/1951 und 8/5011 –
– Drucksache 8/6690 – 36

Sebastian Ehlers, CDU 37, 47
Thomas Krüger, SPD 38
Enrico Schult, AfD 46
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke 53
Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..... 56, ... 59, 70
Horst Förster, AfD 58, 63
David Wulff, FDP 59
Philipp da Cunha, SPD 59
Hannes Damm, fraktionslos 61
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 64

B e s c h l u s s 72

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Landesverfassungsgerichtsgesetzes
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 8/6488 – 72

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Justiz, Gleichstellung, Verbraucherschutz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (3. Ausschuss)
– Drucksache 8/6716 – 72

B e s c h l u s s 72, 97

Unterrichtung durch die Landesregierung
Die Mobilitätsoffensive MV – Flächendeckende Mobilität im gesamten Land Bericht über den Fortgang der Mobilitätsoffensive
– Drucksache 8/6674 – 72

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Menschen verbinden, Klima schützen – Mobilität in Mecklenburg-Vorpommern landesweit und klimagerecht planen und umsetzen
– Drucksache 8/6672 – 72

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..... 73, 75, ... 83, 85
Minister Christian Pegel 74, 75
Stephan J. Reuken, AfD 76
Sabine Enseleit, CDU 77, 83
Henning Foerster, Die Linke 78
David Wulff, FDP 80
Marcel Falk, SPD 81, 83
Falko Beitz, SPD 84

B e s c h l u s s 85

Aussprache auf Antrag der Fraktion der AfD gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema
Bilanz – Unerwünschte Wahrheiten benennen 86

Horst Förster, AfD 86, 95
Philipp da Cunha, SPD 88
Sebastian Ehlers, CDU 90, 91
Enrico Schult, AfD 91
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke 92
David Wulff, FDP 93, 94
Jan-Phillip Tadsen, AfD 94
Sandy van Baal, fraktionslos 95

Änderung der Tagesordnung 96

Nächste Sitzung
Freitag, 3. Juli 2026 96

Beginn: 09:02 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zu 137. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, den Fraktionen und der Gruppe für die Beratung der Berichte der vier Sondergremien zusätzliche Redezeit von insgesamt 20 Minuten zur Verfügung zu stellen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Bevor wir in die heutige Tagesordnung eintreten, möchte ich zunächst unserer Kollegin Anne Shepley ganz herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD, CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe der FDP und auf der Regierungsbank)

Liebe Anne, herzlichen Glückwunsch von uns allen! Danke, dass du den Tag heute mit uns verbringst!

(allgemeine Heiterkeit – Daniel Peters, CDU: Ganz freiwillig.)

Und wir wünschen dir alles Liebe und Gute, vor allen Dingen natürlich ganz viel Gesundheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist jetzt nicht ganz einfach, den Übergang zu schaffen. Bevor wir nämlich in die Fragestunde eintreten, möchte ich kurz eingehen auf ein Ereignis, das uns sicherlich alle sehr bewegt hat, das ist der Brand im Krankenhaus in Ludwigslust mit zwei Toten, zwei Schwerverletzten, über 50 Leichtverletzten. Die Einsatzkräfte sind seit, ich glaube, circa 04:30 Uhr vor Ort, oder 05:00 Uhr morgens, mit hundert Kräften der Freiwilligen Feuerwehren, mit circa hundert Kräften im Sanitätsdienst sowie diversen Polizeivollzugsbeamten. Der Innenminister hat mir gerade mitgeteilt, dass die Lage soweit im Griff ist, allerdings die Opfer, die ich gerade genannt habe, allerdings da sind. Und unser Mitgefühl gehört den Opfern, gehört den Angehörigen und gehört natürlich auch den Verletzten sowie aber auch denjenigen, die vor Ort ihren Dienst getätigt haben. Und unser Dank gilt allen Einsatzkräften vor Ort. Und ich wünsche allen Verletzten einen guten Genesungsverlauf.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir vereinbart haben, dass die Sozial- und Gesundheitsministerin jetzt gleich im Anschluss an ihre zwei Fragen in der Fragestunde nach Ludwigslust fahren wird. Ich würde Sie auch bitten, den Kräften vor Ort und allen entsprechenden auch die tiefe Anteilnahme des Landtages auszusprechen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, da wir zwei Tote haben und mehrere Schwerverletzte, würde ich Sie bitten, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vielen Dank!

Ja, wie gesagt, der Übergang ist nicht ganz leicht, aber nichtsdestotrotz müssen wir in der Tagesordnung fortsetzen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Befragung der Landesregierung.

Befragung der Landesregierung
– Drucksache 8/6723 –

Meine Damen und Herren, die von den Abgeordneten gemäß Paragraf 65 unserer Geschäftsordnung eingereichten Themen sind der Drucksache 8/6723 zu entnehmen. Gemäß unserer Geschäftsordnung ist zu jeder Frage eine Nachfrage zulässig. Die Fragen sollen nicht länger als zwei Minuten dauern und kurze Antworten ermöglichen.

Meine Damen und Herren, zwischenzeitlich haben die Abgeordneten Jens Schulze-Wiehenbrauk sein **Thema zu Nummer 6** und der Abgeordnete Wolfgang Waldmüller sein **Thema zu Nummer 3** zurückgezogen.

Meine Damen und Herren, entgegen der Drucksache 8/6723 beginnen wir – ich hatte es bereits angedeutet – mit dem Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport, da sie ja dann im Anschluss an diese beiden Fragen nach Ludwigslust fahren wird, und ich bitte den Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes, die Frage zum **Thema Nummer 17** zu stellen.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium!

Frau Ministerin, nach Ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage zum Thema Pflegegradanträge wurden im vergangenen Jahr bei der AOK Nordost mehr als 5.600 gesetzliche Bearbeitungsfristen bei Pflegegradanträgen überschritten. Dennoch kam es lediglich zu 206 Entschädigungszahlungen, obwohl diese nach Ihrer Antwort von Amts wegen erfolgen. Auch in allen anderen abgefragten Jahren zeigte sich ein ähnliches Bild. Wie können Sie diese erhebliche Diskrepanz erklären?

Ministerin Stefanie Drese: Ja, zunächst einmal vielen Dank, dass wir den Ablauf der Fragestunde so ändern können!

Sie haben selbst schon Bezug genommen auf die Antwort in der Kleinen Anfrage. Im Jahr 2026 sind momentan 9.500 Anträge in Bearbeitung, und es lässt sich, weil sowohl Medizinischer Dienst als auch Pflegekassen gemeinsam beauftragt werden und einen Gutachter hinzuziehen müssen, nicht in allen Fällen vermeiden, dass es zu so einer Überschreitung kommt. Und so, wie Sie es bereits gesagt haben, ist das natürlich im Organisationsablauf sowohl beim Medizinischen Dienst als auch der Pflegekasse regelmäßig ein Thema, das wir im Landespflegeausschuss besprechen, und dort liegt aber die Verantwortung für den Ablauf.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja, sehr gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte!

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Bei so vielen Fristüberschreitungen aber nur 206 Entschädigungszahlungen,

wo es doch eigentlich einen Automatismus geben soll, das müssen Sie mir noch mal irgendwie erklären! Es müssten ja eigentlich auch vierstellig dann Entschädigungszahlungen geleistet werden. Warum ist das nicht der Fall?

Ministerin Stefanie Drese: Nicht mit jedem Pflegegrad ist auch gleich verbunden, dass Zahlungen geleistet werden. Manch ein Pflegegrad beinhaltet nicht sofort eine Zahlung, und daraus ist das sicherlich zu erklären. Ich nehme die Frage aber gerne in den nächsten Landespflegeausschuss mit und gehe der Sache noch mal genauer nach.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Hannes Damm, die Frage zum **Thema Nummer 18** zu stellen.

Hannes Damm, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Werte Frau Ministerin, zunächst wünsche ich Ihnen auch persönlich noch mal viel Kraft gleich und den Betroffenen der Brandkatastrophe alles Gute, den Opfern mein herzliches Beileid.

Leider ist auch mein Thema ein ernstes. Ich möchte Sie heute zum Thema Hitzetote im Sinne der Prognose der Übersterblichkeit durch Hitze und geplante Vorsorgemaßnahmen befragen. Wir haben ja gerade den zweitwärmsten Juni seit Menschengedenken hinter uns. Ein durch fortschreitende Klimaerhitzung bedingter und durch El Niño verstärkter extremer Sommer steht uns bevor. Im letzten Hitzesommer 2018 starben allein in MV nach Angaben des Robert Koch-Instituts 180 Menschen den Hitzetod – nur in MV. In den letzten zehn Jahren insgesamt waren es rund tausend Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, und die Prognose ist stark steigend. Ich frage Sie daher, mit welcher Übersterblichkeit durch Hitze, sogenannte Hitzetote, im Zuge des fortschreitenden Klimawandels Ihr Haus für das Jahr 2026 rechnet und für die Folgejahre.

Ministerin Stefanie Drese: Ja, auch bei Ihnen möchte ich mich herzlich bedanken, dass wir das so unkompliziert heute Morgen verlegen können.

Ich will vielleicht einmal ganz kurz zur Prognose ausführen und dann zu Ihrer Frage der Maßnahmen kommen. Es ist nicht so einfach, die Übersterblichkeit durch Hitze statistisch zu erheben, und logischerweise dann auch noch schwieriger, zukünftige Zahlen zu erheben. Bei einem Hitzeschlag beispielsweise führt direkt die Hitzeeinwirkung unmittelbar zum Tod, aber in den meisten Fällen ist es eine Kombination aus Hitzeexposition und bereits bestehenden Vorerkrankungen, die zum Tod führen. Und deswegen wird auf dem Totenschein dann normalerweise auch nicht die Todesursache „Hitze“ angegeben, sondern es wird natürlich die Vorerkrankung benannt. Und deswegen ist es schwierig, statistische Methoden anzuwenden, um wirklich auf diese Sterbefälle eine vernünftige Abschätzung machen zu können.

Das RKI erfasst aber in einem Wochenbericht zur hitzebedingten Mortalität deutschlandweite Daten, also nicht MV-spezifisch, aber deutschlandweit, wenn die Wochenmitteltemperatur in Deutschland über 20 Grad liegt. In diesem Jahr ist der Wert erstmals in der 25. Kalenderwoche überschritten worden, und der entsprechende Bericht erscheint am 02.07., also am heutigen Donnerstag parallel zu unserer Landtagssitzung. Es lässt sich aber sagen, dass beispielsweise im Zeitraum 2016 bis 2025, da wird deutlich, dass die geschätzte Anzahl sehr unterschiedlich hoch ausgefallen ist. Also der höchste Wert lag in 18 und 19 mit jeweils 7.000 und mehr hitzebedingten Sterbefällen, während dann im Jahr 2020 bis 2022 etwa 3.000 Fälle zu verzeichnen sind. Diese Unterschiede können aus den Schwankungen der Hitzeperioden erklärt werden.

Für Mecklenburg-Vorpommern gibt es solche wöchentlich geschätzten Zahlen nicht, aber es gibt den renommierten Statistiker Dr. an der Heiden, der jährlich geschätzt von 1992 bis 2021 die hitzebedingten Sterbefälle für MV zusammengefasst hat. 1994 waren es beispielsweise 280, 2010 waren es 90, 2015 50. Also auch daran sieht man eine Wellenbewegung, also auch hier zeigen sich stark schwankende Zahlen, und deswegen ist die Prognose an sich schwierig.

Aber das Thema bewegt uns natürlich. Aufbauend auf Vorarbeiten des Ministeriums für Klimaschutz und Landwirtschaft und Empfehlungen des Bundesgesundheitsministeriums haben wir letztes Jahr einen gesundheitsbezogenen Hitzeschutzplan Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet und auch als eine Handreichung für die Bürgerinnen und Bürger herausgegeben, aber auch für viele Best-Practice-Beispiele gesorgt, die wir da einmal zusammengetragen haben aus anderen Bundesländern, von anderen Institutionen oder auch Ländern, die eine höhere Hitzeexposition haben. Wir haben am 29.05. das erste Hitzeschutzsymposium in Schwerin veranstaltet und wollen für mehr Netzwerkbildung sorgen, um eben ein ganz neues Niveau des Austausches zu erreichen, denn die Auseinandersetzung mit dem Hitzeschutz wird uns auch in den nächsten Jahren erhalten bleiben.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu noch eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Bitte!

Hannes Damm, fraktionslos: Ja, vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie gleich auch auf die Maßnahmen aus meinem Fragethema eingegangen sind, obwohl ich noch gar nicht gefragt hatte. Aber ich bin froh, dass das Thema bei Ihnen im Fokus ist und dass es ernst genommen wird, weil es einfach viele, viele Tote sind jedes Jahr. Wenn man es auch nicht genau weiß, aber um die Größenordnung hundert Tote finde ich das schon relevant für Mecklenburg-Vorpommern.

Was haben Sie denn für eine Abschätzung, oder hat das jemand mal erhoben, was Sie denken, was Sie durch die Maßnahmen, die Sie jetzt ergreifen, sei es einmal in der Reaktion, sozusagen Hitzeanpassungsmaßnahmen, aber auch im Klimaschutzbereich, was Sie denken, was Sie an diesen Todesfällen in Zukunft auch vermeiden können?

Ministerin Stefanie Drese: Also da ja die Erhebung der Zahlen an sich schon schwierig ist und die Prognose, werden wir das nicht an einer Zahl festmachen können, aber ich will es mal an dem Beispiel der Fusion in Lärz jetzt festmachen. Da sind alle sehr aufmerksam gewesen, was das Thema Hitzeschutz angeht. Und je mehr wir auch untereinander achtgeben, umso weniger müssen

wir dann tatsächlich mit Todesfällen rechnen. Bei diesem Hitzeschutzsymposium ist beispielsweise herausgekommen, dass auch unsere ambulanten Pflegedienste eine ganz wichtige Rolle einnehmen und hervorragende Arbeit schon an dem Wochenende geleistet haben, indem sie auf die Leute aufpassen. Aber es wird nicht seriös sein, zu sagen, mit all diesen Maßnahmen vermeiden wir Hitzetod ganz oder es wird die Zahl halbiert. Also da würde ich mich nicht auf eine Zahl einlassen.

Hannes Damm, fraktionslos: Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit. Der Finanzminister wird in Vertretung die Fragen beantworten. Ich bitte die Abgeordnete Petra Federau, die Frage zum **Thema Nummer 1** zu stellen.

Petra Federau, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Meine Frage bezieht sich auf die Presseberichterstattung der „Ostsee-Zeitung“ vom 10. Juni über die Aussagen des Umweltministers Backhaus, wonach neue Windparks nur bei Bedarf entstehen sollen. Demnach mache es keinen Sinn, so die Aussage, sich auf neue Ziele beim Windkraftausbau festzulegen, ohne den Bedarf zu kennen, weswegen das Bundesenergieministerium erst mal ein Gesamtkonzept für die Energiegewinnung der Zukunft vorlegen solle. Wir als AfD-Fraktion fordern diese abgestimmte Vorgehensweise seit Jahren und so freut uns natürlich diese Aussage und diese Einsicht.

Meine Frage an Sie lautet: Warum hat es so lange gedauert und wann können Sie über die diesbezüglichen Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministerium berichten?

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es hat sich nichts an der Energie- und Umweltpolitik der Landesregierung geändert. Wir haben schon immer darauf auch gedrungen, dass es nachvollziehbare Ziele und Koordinierungen der Bundesregierung gibt. Und wir stehen weiter dazu, dass die Windkraft und insgesamt erneuerbare Energien ein wesentlicher wichtiger Wirtschaftsfaktor für Mecklenburg-Vorpommern sind, anders, als Ihre Fraktion das sieht. Wir haben alleine in 2023 eine Wertschöpfung von 129 Millionen im Bereich der erneuerbaren Energien gehabt, alleine 95 Millionen davon aus Windenergie, nur, um Ihnen das mal einzuordnen. Die Möglichkeit, klimaneutral zu produzieren, ist für viele Unternehmen im Land sehr wichtig in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch für Deutschland.

Und Sie erleben die Weltlage. Auch Ihnen müsste doch inzwischen klar sein, dass es immer wichtiger ist, in Energiefragen unabhängiger zu werden. Ich weiß, Sie vertreten die Position, am liebsten wieder von Putin Energie, günstige Energie zu bekommen,

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Enrico Schult, AfD)

aber wir wollen weiter an der Unabhängigkeit des Landes arbeiten, sowohl Mecklenburg-Vorpommern als auch Deutschland. Für uns ist aber wichtig dabei, dass wir nicht nur Abhängigkeiten schrittweise reduzieren, sondern diese Zukunftsbranche in Mecklenburg-Vorpommern auch zu zunehmender Wertschöpfung im Inland, also auch in Mecklenburg-Vorpommern führt. Entsprechend die Regionalplanung: Es bleibt weiter bei den 1,4-Prozent-Zielen, die in den vier Regionalen Planungsverbänden stufenweise erreicht werden sollen. Im Planungsverband Westmecklenburg ist er schon erreicht. Ansonsten sind es rund 0,9 Prozent der Landesfläche jetzt, aber nach meinen Unterlagen ist es auch weiter erreichbar, bis Ende 27 die 1,4 Prozent zu erreichen.

Uns ist wichtig, dass entsprechend aber auch der Netzausbau vorangetrieben wird, weil wir nicht wollen, wenn Windkraftanlagen gebaut werden, dass die dann dastehen und sich nicht drehen. Wir wollen die Möglichkeit bekommen zunehmend, dass wir auch die Energie selbst nutzen können. Und wir wollen die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern erhöhen. Deswegen haben wir unser Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz erneuert und haben uns an die Spitze der Bewegung in Deutschland gesetzt und da eine Regelung durchgeführt, die für die Kommunen und für die Bürger vor Ort mehr Einnahmen bedeutet als in jeder anderen Region in Deutschland.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Petra Federau, AfD: Ja, die möchte ich stellen.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte!

Petra Federau, AfD: Sie haben nicht auf meine Frage geantwortet in dem Sinne. Und da Sie relativ polemisch geantwortet haben, frage ich dann jetzt auch mal: Dann war quasi das, was in der „Ostsee-Zeitung“ gestanden hat, eine polemische Aussage, weil jetzt gerade Wahlkampf ist

(Beifall Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

und Ihnen die Bürger in Bezug auf Windkraft nämlich auf die Barrikaden gehen

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und hier wirklich Alarm machen, und deswegen nur diese Aussage?!

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrte verehrte Frau Abgeordnete, ich habe nicht polemisch geantwortet,

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke:
So ist es, vollkommen sachlich.)

ich habe die Unterschiede Ihrer energiepolitischen und außenpolitischen Positionierung und die der Landesregierung deutlich gemacht.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Richtig!)

Und dabei bleiben wir auch. Das ist eine ganz klare Aussage.

Dass wir es im Moment kritisch sehen, dass auf der Bundesebene … Also wir sehen es nicht kritisch, dass auf

Bundesebene das Netzanschlusspaket und die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes verhandelt werden, wir sehen es kritisch, dass die Entscheidungen noch nicht da sind, weil wir brauchen die Rahmenbedingungen. Wir unterstützen das, dass die Bundesregierung bei diesen Themen dran ist, wir finden es aber unbefriedigend. Ich beantworte Ihre Frage, genau da sind wir dabei.

Sie wissen auch, Sie haben es mitbekommen, wir haben mehr Personal eingestellt, dass die Genehmigungen sich beschleunigen. Wir sind die Landesregierung, die die Digitalisierung konsequent voranbringt, auch bei den Genehmigungsverfahren. Dass wir da an vielen Punkten noch nicht sind, wo wir sein wollen, die Debatte hatten wir gestern hier im Landtag, aber das sind für uns die wichtigen Themen. Wir wollen auch weiter, dass die Akteursvielfalt erhalten bleibt vor Ort. Wir wollen, dass hier vor Ort die Menschen von der Energie, auch von günstiger Energie – wir wollen, dass die Energie günstiger wird –, wir wollen, dass unsere Menschen davon profitieren. Und wir wollen, dass die regionale Wertschöpfung im Land bleibt und wir stärker davon profitieren können.

Das sind unsere Themen, die wir auf die Bundesebene tragen, und da sehen wir kritisch – und dazu hat der Minister Backhaus sich geäußert –, da erwarten wir zügiger abgestimmte Pläne der Bundesregierung, damit wir sehen können, wie wir mit unserer Landespolitik darauf reagieren.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Martin Schmidt, die Frage zum **Thema Nummer 2** zu stellen.

Martin Schmidt, AfD: Ja, vielen Dank für das erhaltene Wort, Frau Präsidentin! Guten Morgen!

Sehr geehrter Herr Finanzminister, wir alle haben die erfreuliche Nachricht zur Kenntnis genommen, dass ein milliardenschwerer Konverterplattformbauauftrag bei uns im Land eingegangen ist, und wir alle sind uns sicherlich einig, dass dort riesige Chancen bestehen, gute Industriearbeitsplätze zu schaffen. Und ich habe daher noch ein paar Fragen an die Landesregierung, und die lauten, welche Verträge bisher geschlossen worden sind zwischen staatlichen Stellen des Landes, des Bundes, der Kommune. Was können Sie über den aktuellen Sachstand sagen? Wann soll das Ganze losgehen? Und auf der anderen Seite auch noch mal zu den Risiken: Welche Bürgschaften des Landes und in welcher Höhe sind dort vereinbart worden bisher oder womit kalkulieren Sie? Und welche Förderungen seitens des Landes sind in der Planung?

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schmidt, wenn ich einmal kurz eingreifen darf, die Fragestunde bedeutet, dass Sie eine Frage stellen können. Sie haben jetzt mehrere Fragen gestellt.

Martin Schmidt, AfD: Welche Chancen und Risiken sehen Sie?

Präsidentin Birgit Hesse: Sehr gut! Also das ist die Frage, auf die der Minister jetzt antworten kann.

Bitte, Herr Minister!

Minister Dr. Heiko Geue: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter, es war ja schon ein Fragenkomplex, also es waren zwar verschiedene, aber die ja alle einen Themenbereich betreffen. Und da teilen wir die Freude darüber, dass diese positive Entwicklung hier im Lande, dass wir solche Investitionen wieder zu unseren Werften bekommen, dass das stattfindet.

Und tatsächlich – Sie haben ja gefragt, wann ist was wie passiert –, am 10. Juni wurde ein Vertrag über die Produktion einer Offshore-Konverterplattform der 2-Gigawatt-Klasse, das nennt sich dann North Sea Connector 2, der ist da unterschrieben worden, und zwar den Zuschlag hat ein deutsch-belgisch-französisches Konsortium erhalten, bestehend aus Siemens Energy, also dem deutschen Energiekonzern, dem Gemeinschaftsunternehmen Neptun Smulders Offshore Renewables, dessen Gesellschafter wiederum die Neptunwerft, die MEYER-Gruppe, also auch wieder deutsche Gruppe, und das belgische Stahlbauunternehmen Smulders ist, das zur französischen Eiffage-Gruppe gehört. Na ja, also es ist halt, wie das häufig so ist in unseren modernen Zeiten, es ist eine Unternehmensgruppe, es sind verschiedene, weil natürlich auch verschiedene Arbeiten stattzufinden haben.

Wir freuen uns sehr, dass wir wieder Konverterplattformen in Mecklenburg-Vorpommern haben. Das ist ja abgerissen. 2018 ist zuletzt eine 900-Megawatt-Klasse gebaut worden, also fast nur halb so groß wie das, was jetzt geplant ist. Und danach hat sich die Produktion ins Ausland verlagert – Spanien, Singapur, Indonesien, Vereinigte Arabische Emirate, der Klassiker, was wir alle erlebt haben in den letzten Jahren. Ich finde das super spannend, dass wir jetzt hier wieder eine Entwicklung haben, dass sie zurückkommen, dass sie sehen, deutsche Ingenieurskunst, Wissen in unseren Werften, wir sind eine Schiffbauregion, dass das gut ist, zu uns zurückzukommen, dass offensichtlich auch über Effizienzsteigerungen auch die Wirtschaftlichkeit wiederhergestellt worden ist. Immerhin, es ist gar nicht so ohne, es sind 20.000 Tonnen schwere Plattformen. Dafür muss dann auch die Kaianlage, da investiert werden. Also das ist schon etwas, was uns auch herausfordert, aber was uns auch zugetraut wird.

In Planung ist ein zweiter, etwa gleich großer Plattformauftrag von 50Hertz, also auch die deutschen Netzunternehmen. Das ist dann der sogenannte North Sea Connector 1. Die Unterzeichnung des Vertrags soll noch im August passieren. Ursprünglich sollte der Auftrag an die spanische Dragados-Werftengruppe gehen, aber die hat es wegen Kapazitäts- und Fertigungsproblemen abgeben müssen. Da sind wir Nutznießer, machen wir gerne.

Das Auftragsvolumen jeder Plattform, das sind also nicht irgendwie kleine Plattformen, über die wir hier reden – man denkt das vielleicht, weil man das so im Kopf hat –, sondern das sind 2,6 Milliarden Euro Baukosten für eine Plattform. Auch hier geht es wieder darum, Offshore-Energie durch Umwandlung ins Land reinzubekommen. Also auch wieder an dem Thema „Abhängigkeit reduzieren“, daran zu arbeiten, dafür sind die Plattformen wichtig.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, ich weise darauf hin, dass die Zeit für die Beantwortung der Frage abgelaufen ist.

Minister Dr. Heiko Geue: Und ich habe noch nicht mal richtig seine eigentliche Frage nach ...

Präsidentin Birgit Hesse: Aber Herr Schmidt kann ja noch eine Nachfrage stellen, ...

Minister Dr. Heiko Geue: Gut, ja.

Präsidentin Birgit Hesse: ... dann würde sich ein neues Zeitfenster eröffnen.

Minister Dr. Heiko Geue: Jawoll!

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Schmidt!

Martin Schmidt, AfD: Ja, genau das tue ich jetzt. Und ich bitte, noch mal dezidiert auf die Frage nach den Bürgschaften und Förderungen, also den Risiken des Landes einzugehen.

Minister Dr. Heiko Geue: Das mache ich gerne.

Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Lassen Sie mich nur sagen, Sie hatten ja nach Chancen und Risiken gefragt. Chance ist, noch mal 500 Mitarbeiter in Rostock zu den 750 dazu. Und Ziel ist eine Plattformserienfertigung in Rostock, was natürlich super spannend ist, auch für die Bundeswehr, die ja da jetzt auch stärker investiert hat, und die 100 Millionen, die an Investitionen notwendig sind, um den Hafen entsprechend zu ertüchtigen, die sollen über den Pachtzins aus Erträgen der Konverterplattformen refinanziert werden und aber auch aus der NATO.

Das Land – man denkt ja bei 2,6 Milliarden, jetzt haben wir dann ganz schöne Risiken bei den Bürgschaften, ist aber zum Glück nicht so, bisher sieht das nicht so aus –, wir haben erste Abstimmungsgespräche, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium mit dem Bundeswirtschaftsministerium, mit PwC, die unsere Mandatare sind, geführt, und das erwartete Bürgschaftsvolumen sieht für uns eher so aus im kleinen zweistelligen Millionenbereich, weil 80 Prozent übernimmt der Bund, 20 Prozent die Länder. Da Niedersachsen, die MEYER WERFT, und Mecklenburg-Vorpommern beide davon Nutznießer sind, teilen wir es uns wieder auf und es soll über Avalkredit – ich will jetzt hier nicht ins Detail gehen, aber über eine andere Finanzierungsform als bei den MV WERFTEN damals. Das haben Sie ja vielleicht auch noch im Kopf, ich auch, weil wir dann so viel Geld zahlen mussten nachher an Bürgschaft. Das ist diesmal nicht so problematisch. Also aus meiner Sicht Strich drunter, ganz klar, die positiven Chancen überwiegen die Risiken, die natürlich immer bei so was auch dabei sind, aber die Chancen überwiegen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Petra Federau, die Frage zum **Thema Nummer 4** zu stellen.

Petra Federau, AfD: Frau Präsidentin!

Herr Minister, laut Medienberichten – muss ich wieder zu Herrn Backhaus auch kommen – fordert Umweltminister Backhaus die Abschaltung des Kohlekraftwerks Rostock. War diese Forderung ernst gemeint?

(allgemeine Unruhe –
Heiterkeit bei Michael Noetzel, Die Linke)

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das ist eine klare Frage,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

und ich kann Ihnen darauf antworten. Es ist ja die Politik der Landesregierung, aber auch der Bundesregierung, Schritt für Schritt die Kohleverstromung abzuschalten, wo immer es geht, und das auch zu finanzieren, dass wir zu neuen Energiequellen kommen. Dazu gab es ja schon lange Verhandlungen und auch Finanzströme, die dann in Aussicht gestellt worden sind seitens der Bundesregierung.

Insgesamt ist es wichtig, wenn das Kohlekraftwerk irgendwann abgestellt werden sollte, was geplant ist, was aber nicht die Landesregierung bestimmen kann, sondern was der Betreiber bestimmen wird – also das vielleicht schon mal als Erstes zu Ihrer Frage –, dann ist es natürlich wichtig, dass die Wärmeversorgung der Stadt Rostock gesichert ist. Das muss Hand in Hand gehen. Darauf werden wir politisch auf jeden Fall achten. Da muss sich niemand in Rostock Gedanken machen.

Wir haben ja seit 1994 das Kohlekraftwerk entsprechend hier in Betrieb. Es werden 514 Megawatt da an Wärme erzeugt und es kann Fernwärme von bis zu 300 Megawatt thermisch auch auskoppeln. Also das sind schon Größenordnungen für so eine Stadt, die man dann auch anders organisieren muss.

Wir sind gerade auch dabei, mit Investoren zu verhandeln, die da gegebenenfalls auch Lösungen an dieser Stelle mitbringen. Das kann ich Ihnen leider jetzt noch nicht konkreter sagen, falls Sie das in der Nachfrage fragen sollten, weil wir eben noch in den Verhandlungen mit den Investoren sind. Aber wir sind da dabei.

Maßgeblich ist für uns das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz, wonach die Kohleverstromung – es ist ein Bundesgesetz –, wonach die Kohleverstromung in Deutschland spätestens bis zum Ablauf des Jahres 2038 zu beenden ist. Also wir reden hier auch über einen längeren Zeitraum.

So. Was habe ich hier noch? Das war es vielleicht erst mal von meiner Seite.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Federau, ich würde Ihnen anbieten, wenn Sie einverstanden sind, dass Sie die Frage noch mal direkt an den Minister Backhaus richten können, dann würde ich die Zuordnung an dieser Stelle etwas erweitern. Und da Herr Backhaus sowieso gleich die nächsten Fragen beantworten muss, weil sein Geschäftsbereich aufgerufen wird, würde ich die Gelegenheit, wenn Sie einverstanden sind, geben, ...

Petra Federau, AfD: Gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: ... dass Herr Backhaus jetzt noch mal auf die Frage antwortet.

Und, Herr Finanzminister, Sie wären damit dann entlassen für die Fragestunde.

Minister Dr. Heiko Geue: Vielen Dank!

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vielen Dank, dass ich die Möglichkeit habe. Das ist für mich auch eine besondere Situation an dem heutigen Tag.

Zunächst zu der Frage, die Sie aufgeworfen haben: Ich habe hier in der Landtagssitzung, da waren Sie auch anwesend, erklärt im Zusammenhang mit dem Klimaverträglichkeitsgesetz, dass in Baden-Württemberg der Ministerpräsident Cem Özdemir erklärt hat, dass er nämlich 2040 bereits die CO_2-Neutralität erreicht haben möchte. Da habe ich, glaube ich, an Herrn Terpe, den ich persönlich als Mensch sehr schätze, gesagt, bitte gehen Sie doch mal auf den Ministerpräsidenten zu und erklären ihm, dass er zwei Millionen Tonnen CO_2-Ausstoß in Mecklenburg-Vorpommern verursacht, weil er in BW maßgeblicher Anteilseigner an dem Kohlekraftwerk in Rostock ist. Das hat jetzt zu der Diskussion genau geführt, dass ich angeblich gesagt haben soll, dass dieses Kohlekraftwerk abgeschaltet werden soll.

Wer ein bisschen Sach- und Fachverstand hat, der weiß, dass wir ein Kohleabbauprogramm insgesamt und deren fossilen Energien haben, bis 2036 nämlich die Kohleverstromung und die Wärmeproduktion einzustellen. Ich glaube, es macht Sinn, mit EnBW, die von uns im Übrigen dann grünen Strom auch über Wind, aber auch Kohlestrom bekommen, dass man auch in Baden-Württemberg, im Übrigen auch in Nordrhein-Westfalen, auch mal erklärt, dass sie aus Mecklenburg-Vorpommern aus Kohleverstromung Strom bekommen.

Und deswegen sage ich hier und heute noch mal, ich bin froh darüber, dass im Übrigen auch 50Hertz, die ja der Netzbetreiber sind, die diesen Strom dorthin liefern – im Übrigen, wer ist Anteilseigner von 50Hertz, ich hoffe, Sie wissen es –, dass man hier in der Verantwortung steht, für Mecklenburg-Vorpommern das Thema der Erneuerbaren in den Vordergrund zu stellen. Und ich nehme zur Kenntnis, dass es sehr wohl auch, dass in die Wärmeversorgung von Rostock das Steinkohlekraftwerk mit eingebunden ist sehr klar und auch sehr deutlich, aber auf der anderen Seite, glaube ich, ist es auch gut, wenn Baden-Württemberg oder auch Nordrhein-Westfalen dieses Projekt – sie sind die Anteilseigner, und der Staat, insbesondere Baden-Württemberg, ist an diesem Projekt beteiligt –, dass man der Verantwortung nachkommt, nicht nur im eigenen Land dafür zu sorgen, dass man CO_2-neutral wird, sondern auch kohleverstromten Strom dann auch CO_2-neutral macht. Und ich nehme zur Kenntnis, dass es dort am Standort Rostock auch Diskussionen gibt, alternative Energiekonzepte im Zusammenhang mit dem Steinkohlekraftwerk auf den Weg zu bringen.

Das ist meine Position. Und insofern will ich noch mal sagen, je schneller wir auch aus der Kohleverstromung herauskommen, Sie sehen aktuell die Situation, was den Klimawandel anbetrifft, und wir haben das klar im Blick und wollen da vorankommen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Abgeordnete, ich will Sie natürlich nicht Ihrer Nachfrage berauben. Insofern: Möchten Sie noch eine Nachfrage stellen?

Petra Federau, AfD: Erst mal danke für die ausführliche Erklärung!

Dennoch meine Nachfrage: Wir reden hier von 2038, wo die Kohleverstromung dann eingestellt werden soll. Der große Presseberichtsartikel, es war ja nicht nur auf diese eine Aussage, die jetzt hier im Plenum getätigt wurde, bezogen, sondern es gab ja auch Nachfragen seitens der Presse und Sie haben es jetzt ja auch eigentlich schon so ein bisschen noch mal deutlich gemacht, dass es Ihnen wichtig ist, in Zukunft ausschließlich mehr oder weniger auf erneuerbare Energien zu setzen. Aber halten Sie es tatsächlich für klug und glücklich, gerade in Anbetracht der jetzigen Situation, wo wir hier wirklich über das Thema Energiesicherheit sprechen, jetzt darauf zu verweisen und quasi diese Forderung gegen Herrn Özdemir aufzumachen und damit natürlich etwas in den Raum zu stellen, was gerade in der jetzigen Zeit, wo wir eben diese Probleme haben – Energieversorgung, Energiesicherheit, das wissen wir alle –, darüber so zu sprechen und grundlastfähige Energieerzeugungsarten, wir haben gerade die Thematik Lubmin ja auch gehabt mit dem Kraftwerk, jetzt kam hinterher dann die Aussage mit dem Steinkohlekraftwerk, das macht sich nicht besonders gut für Mecklenburg-Vorpommern.

Minister Dr. Till Backhaus: Also erstens noch mal, ich habe diese Aussagen getroffen, dazu stehe ich. Und dass wir die CO_2-Neutralität erreichen müssen, ist auch klar. Dazu stehe ich auch.

(Zuruf von Falko Beitz, SPD)

Und auf der anderen Seite ist auch vollkommen klar, dass die Erneuerbaren und in einer Übergangsphase – auch das hat die Landesregierung immer wieder zum Ausdruck gebracht – wir Netzstabilität brauchen. Punkt eins.

Punkt zwei, wir brauchen bezahlbare Energie, möglichst Absenkung, möglichst Absenkung.

Und drittens, die Verfügbarkeit der Energie ist von entscheidender Bedeutung, Strom, Wärme, Mobilität.

Das sind unsere Kernaussagen. Und deswegen ist vollkommen klar, dieses Steinkohlekraftwerk ist eines der modernsten Deutschlands, das muss man wissen, 1994 gebaut, mit einem Wirkungsgrad von wie viel, von 42 Prozent. Das ist schon spitze in Deutschland. Aber ich sage mal, Wirkungsgrad von 42 Prozent. Und deswegen ist eins auch vollkommen klar, für die Netzstabilität ist dieses im Übrigen nicht Grundlast, sondern für die Netzstabilität ist dieses Steinkohlekraftwerk auch für die erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern von großer Bedeutung, und damit in dem europäischen Netz eingebunden zu sein.

Und deswegen noch mal, für uns steht 2038 fest, und wenn es früher gehen sollte und wir Netzstabilität erreichen können mit alternativen Energien, Speicher, Wasserstoff oder andere Möglichkeiten – da ist im Übrigen auch die Biogasproblematik eine nicht ganz unwesentliche Sache –, sind wir in sehr intensiven Gesprächen auch mit 50Hertz.

Im Übrigen kommen ja nachher noch Fragen, was wir denn noch so alles gemacht haben. Da können wir, glaube ich, beweisen, dass wir da ziemlich dicht am Ball sind.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

An dieser Stelle begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums Schwerin. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier bei uns im Landtag sind!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt und bitte den Abgeordneten Thore Stein, die Frage zum **Thema Nummer 5** zu stellen.

Thore Stein, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Herr Minister! Der Buckelwal, in Klammern: weiblich.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Am 06.05.2026 hat Ihr Ministerium in einer Pressemitteilung geschrieben, dass keinerlei Informationen zum Verbleib und Zustand des Wales vorliegen würden. In einer Kleinen Anfrage, die ich gestellt habe, hieß es dann wiederum, dass Ihnen persönlich regelmäßig Informationen zum Verbleib des Wales vorliegen würden. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Minister Dr. Till Backhaus: Also das ist kein Widerspruch, sondern, sehr geehrte Frau Präsidentin, sondern ich bin tatsächlich durch die Investoren, also die Initiative, regelmäßig informiert worden. Aber solange der Tracker im Übrigen nicht ausgelesen war, waren das vertrauliche Informationen, die mir übermittelt worden sind. Und ich habe immer wieder auch mit meiner Transparenz versucht zu zeigen, dass deutlich wird, dass dieser Tracker dann auch schon Signale gesandt hat, dass der Wal lebt und dass es 38 Pings gegeben hat. Und von dieser Information kann ich Ihnen heute berichten, und was anderes habe ich auch nie öffentlich gesagt.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Thore Stein, AfD: Ja, sehr gerne.

Am 9. Mai, Sie erinnern sich, Waldbesitzerverband in Güstrow, haben Sie auch von diesen 38 Standortmeldungen gesprochen und daraus abgeleitet, dass es dem Wal ganz offenbar gut geht. Wir wissen, dass er am 9. Mai schon lange tot war. Wie erklären Sie sich das?

Minister Dr. Till Backhaus: Am 9. Mai habe ich nicht gewusst, Frau Präsidentin, habe ich nicht gewusst, dass der Wal bereits verstorben war, sondern die Informationen sind ja doch erst deutlich später. Wir gehen davon aus, wenn Sie sich damit beschäftigt haben, dass der Wal zwischen dem 6. und 8. Mai wahrscheinlich verendet ist. Aber er ist ja dann deutlich später erst aufgefunden worden. Und die Daten, die endgültigen Daten liegen uns immer noch nicht vor, weil das wirklich ein numerisches System ist. Die komplette Auslesung ist noch nicht erfolgt.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Beate Schlupp, die Frage zum **Thema Nummer 7** zu stellen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der AfD und CDU)

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, wo wart ihr denn?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Hat sich noch mehr verheddert.)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Die Deponie Ihlenberg ist seit 2021 bilanziell überschuldet, Stand Ende 2024 mit 156,7 Millionen Euro. Und auch für 2025 rechne ich mit einer fortdauernden bilanziellen Überschuldung. Zudem hat sich auch das Ergebnis 2024 nicht so entwickelt, wie es die Planungen vorgesehen haben, auch wenn es positiv war. Zusätzlich haben der Landkreis Nordwestmecklenburg und die Städte Schwerin und Wismar die Verträge zur Restabfallversorgung gekündigt, verbunden mit einem Umsatzverlust von round about 4,6 Millionen Euro und entsprechender Auswirkung auf das Personal.

Inwieweit das geplante grüne Gewerbegebiet, das gerade erst einen ersten Pächter gefunden hat, einen Beitrag zur Stabilisierung leisten wird, muss sich erst zeigen. Das Land haftet in Gänze über eine Patronatserklärung. Selbst die EG Nord rechnet in der Zukunft bei fortlaufendem Konzept mit deutlichen Belastungen für den Landeshaushalt.

Vor diesem Hintergrund frage ich: Worauf beruht die seit Jahren immer wieder erneute, erneuerte positive Fortführungsprognose?

Minister Dr. Till Backhaus: Also erstens möchte ich noch mal festhalten, die bilanzielle Situation ist das eine und das Tagesgeschäft ist das andere. Ich sage hier in aller Deutlichkeit noch mal, das Unternehmen der Deponie Ihlenberg ist nicht gefährdet und Risiken für den Haushalt des Landes bestehen aktuell nicht, sondern das hängt, was die Bilanz anbetrifft – Sie können ja auch Bilanzen lesen –, hängt natürlich damit zusammen, dass es vom Prinzip her die Stilllegungsphase und die Rekultivierungs- und Betreuungsphase, dass da Mittel angespart werden, um diesen geordneten Prozess dann auch langfristig abzusichern. Daraus resultiert im Übrigen, falls es da irgendwann Probleme geben sollte, resultiert natürlich die Funktion des Eigentümers. Und wir gehen davon aus, ausdrücklich, dass der Wirtschaftsbetrieb mit dem Anspringen ausdrücklich auch der wirtschaftlichen Entwicklung, der Deponiebereich nach wie vor stabil ist. Er ist es auch. Auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern her sind wir sehr stabil. Das neue grüne Gewerbegebiet wird bereits ja in Betrieb genommen. Im Übrigen gibt es erhebliche Nachfragen, insbesondere im Bereich der Erneuerbaren, des Recyclings. In der Zukunft wird es da weitere Ansiedlungen geben.

Und es ist so, wie Sie andeuten, leider haben zwei Landkreise, nämlich Nordwestmecklenburg und die Stadt Schwerin, haben ja entschieden, dass sie die Aufbereitung des Hausmülls an andere Bedarfsträger übergeben. Das sind Einnahmereduktionen von 4,6 Millionen Euro pro Jahr. Das wird aber kompensiert, und wir haben das damit, glaube ich, auch deutlich gemacht.

Für uns ist noch mal klar, die Entsorgungssicherheit ist von entscheidender Bedeutung für den Standort Mecklenburg-Vorpommern. Und darauf wird auch die weitere Ausrichtung vorgenommen. Und Sie wissen ja auch, dass wir hier im Hohen Haus entschieden haben, dass Abfälle aus anderen Regionen Europas an dem Standort nicht mehr aufgenommen werden.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Beate Schlupp, CDU: Ja, sehr gern.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte!

Beate Schlupp, CDU: Vor diesem Hintergrund frage ich – 2035 ist ja geplant, die DK-III-Deponierung gänzlich einzustellen, das heißt, es kommen wieder Verluste in den Einnahmestrukturen, zumindest aus diesem Bereich, auf den Ihlenberg zu –, von daher frage ich Sie: Gehen Sie davon aus, dass 2035 keine bilanzielle Überschuldung mehr vorliegen wird?

Minister Dr. Till Backhaus: Frau Schlupp, erstens, es ist nicht damit gesagt, dass der Deponiebetrieb eingestellt wird, DK III wird eingestellt.

Beate Schlupp, CDU: Hab ich ja gesagt.

Minister Dr. Till Backhaus: Nein, Sie haben gesagt, der Deponiebetrieb wird eingestellt.

Beate Schlupp, CDU: Der DK-III-Deponiebetrieb.

Minister Dr. Till Backhaus: Wenn Sie DK III ansprechen, so ist es vorgesehen und so ist es auch vereinbart. Punkt! Das heißt aber nicht, dass wir nicht mit DK II oder DK III tatsächlich Partien dann dort, in der Zukunft nicht mehr arbeiten werden. Ganz im Gegenteil, es muss ja die Kubatur hergestellt werden, mit allem, was dazugehört. Insofern werden wir uns das sehr genau anschauen. Und für mich ist, für uns ist vollkommen klar, dieser Betrieb ist stabil und er wird auch für die Zukunft ausgerichtet.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Dr. Terpe, die Frage zum **Thema Nummer 8** zu stellen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Nach einer aktuellen Studie der Universität Rostock, verbunden mit dem Namen Lakner, würden die Vorschläge der Kommission für die zukünftige Förderperiode GAP ab 2027 dazu führen, dass das Land künftig erhebliche Mittel bereitstellen müsste, um die bestehende Förderung des Ökolandbaus aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig warnen die Wissenschaft und Verbände davor, dass die Reform die Erreichung der Ausbauziele für den Ökolandbau gefährden könnte.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Wie bewerten Sie die Auswirkungen der geplanten GAP-Reform auf den Ökolandbau Mecklenburg-Vorpommern? Und welche Schritte unternehmen Sie auf Bundes- und EU-Ebene, um eine ausreichende Finanzierung der Ökolandbauförderung nach 27 sicherzustellen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, Frau Präsidentin, vielen Dank für die Frage!

Wir beide waren ja auch gerade bei den Ökoanbauverbänden. Ich glaube, ich habe meine Position da noch mal sehr deutlich dargestellt. Für uns ist klar, Mecklenburg-Vorpommern ist im ökologischen Landbau auf Spitzenposition. Wir haben mittlerweile 26 Prozent der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern. Wir kommen aus dem ökologischen Landbau. Das wollen wir halten. Im Übrigen, bedarfsgerechter Ausbau mit dem Absatz mit deutschen, regionalen Produkten für unser Bundesland und natürlich für Deutschland insgesamt, da sind wir wirklich auf einem sehr, sehr guten Weg bis heute gewesen. Wir sind bei gut 16 Prozent. Damit sind wir an der Spitze der Bewegung in Deutschland insgesamt.

Und wir dürfen diesen wichtigen Beitrag, noch mal, für Klimaschutz, für Artenschutz, für gesunde Ernährung und für das saubere Wasser, sage ich immer wieder, was den ökologischen Landbau besonders prädestiniert – gerade auch in den Gebieten, wo wir erhebliche andere Risiken sonst haben, halten wir an dem Grundprinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ fest. Deswegen ist unsere Forderung ganz klar, dass der ökologische Landbau mit in die GAP hineinmuss, Punkt eins, dass es zu hundert Prozent durch Europa mitfinanziert werden muss. Denn wenn es eine These gibt, für Klimaschutz, Artenschutz, sauberes Wasser und auch für gesunde Ernährung einen Beitrag zu leisten, dann ist es der ökologische Landbau.

Ich nehme zur Kenntnis, dass der Trilog hoch spannend wird. Und wir werden uns im Jahr 27 mit dem ganzen Komplex sehr intensiv zu befassen haben, weil in 27 dann hier entsprechende Entscheidungen getroffen werden müssen. Eine Zahl, die Sie einfach wissen müssen, ist, wir zahlen pro Jahr für die Agrarumweltmaßnahmen 86 Millionen Euro aus. Und davon ist der ökologische Landbau mit 45 Millionen Euro dabei. Wenn das zusammengestrichen würde in Brüssel, könnten wir das nicht kompensieren. Das haben wir mal hochgerechnet. Das sind allein für diese kommende Förderperiode insgesamt, was die Zahlungen an die Landwirtschaft und ländlichen Räume für den Umweltbereich bedeuten, sind das tatsächlich 580 Millionen Euro, die wir verlieren würden. Und das können wir so nicht akzeptieren.

Deswegen ist hier in dieser Frage der Bundeskanzler gefragt, Frau von der Leyen davon zu überzeugen, dass diese Art der erfolgreichen gemeinsamen Agrarpolitik nicht einfach geopfert werden darf. Und dazu gehört insbesondere ausdrücklich der ökologische Landbau, aber auch die Agrarumweltmaßnahmen. Und da arbeiten wir heftig dran. Es gibt ja Agrarministerkonferenzbeschlüsse, es gibt klare Beschlusslagen der Umweltministerkonferenz. Und ich bin froh im Übrigen, dass auch gerade die Ministerpräsidentenkonferenz, dass wir aus Mecklenburg-Vorpommern in dieser Frage klare Kante gezeigt haben. Kappung, Degression lehnen wir ab, und wir brauchen ein ausgewogenes Verhältnis der Finanzierung.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Abgeordneter, möchten Sie noch eine Nachfrage stellen?

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, gern, Frau Präsidentin.

Herr Minister, in der Tat waren wir ja auch gerade gemeinsam einen derartigen Betrieb ansehen. Und man kann natürlich nicht in die Zukunft spekulieren, aber wir wissen, die Probleme, die in der Diskussion mit der EU ja da sind, was würde denn das gegebenenfalls auch

für die nationale Strategie in Deutschland bedeuten, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass wir beide, glaube ich, einig sind, dass wir auch eine Wertschöpfung im Ökolandbau, sagen wir mal Stichwort „Schlachtbetrieb“ und so weiter, wollen, was würde das für die nationale Politik bedeuten?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, die eine Frage ist ja tatsächlich, wird es dann über andere Kompensationen Ausgleiche geben? Da kämpfe ich ja seit vielen Jahren um eine neue Gemeinschaftsaufgabe des Natur- und Klimaschutzes. Da bin ich froh – die Haushaltsverhandlungen sind ja auf Bundesebene für den Haushalt weitgehend abgeschlossen –, da hoffen wir, dass wir da Zahlen sehen können, dass da was kommt und dass sich das stabilisiert.

Ich glaube auch, dass wir bei Investitionen, insbesondere in Richtung Verarbeitung, Wertschöpfung, dass wir das prioritär sehen müssen, dass wir gerade die Tierhaltung unterstützen auf der einen Seite, aber auch die Verarbeitung dahinter. Da werden wir in diesem Jahr noch weitere, ja, Maßstäbe setzen. Davon können Sie ausgehen. Und auf der anderen Seite müssen wir das Gesamtsystem betrachten. Da kommt dann der KTF, der Klima-/Transformationsfonds, mit in den Fokus, aber auch das sogenannte ANK – Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz. Und daraus ein Gesamtkonzept zu entwickeln, um den ökologischen Landbau, aber auch Klimaschutz, Artenschutz – noch mal –, sauberes Wasser insgesamt zu betrachten, halte ich für richtig. Und da müssen wir strategisch uns vernünftig aufstellen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank!

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr gerne!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Jutta Wegner, die Frage zum **Thema Nummer 9** zu stellen.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Mit Paragraf 20 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes hat der Bundesgesetzgeber die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger verpflichtet, Bioabfälle getrennt zu sammeln. Gleichzeitig führt die Landesregierung in ihrem Abfallwirtschaftsplan selbst aus, dass insbesondere Küchen- und Nahrungsabfälle in städtischen Gebieten effektiv nur über eine haushaltsnahe Sammlung mittels Biotonne getrennt erfasst werden können. Umso unverständlicher ist es, dass der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte die flächendeckende Einführung der Biotonne erneut verschoben und stattdessen ein Modellprojekt beschlossen hat, und das ausgerechnet unter Einbeziehung der Stadt Neubrandenburg, in der die Biotonne bereits seit Jahren existiert und Erfahrungen zu Kosten und Akzeptanz längst vorliegen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Wie nehmen Sie Ihre Fach- und Rechtsaufsicht bei der Umsetzung der gesetzlichen Pflicht zur getrennten Sammlung von Bioabfällen wahr? Und welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um sicherzustellen, dass der Landkreis, auch der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, seiner Verpflichtung aus Paragraf 20 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes entspricht?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Wegner! Grundsätzlich begrüße ich es, wenn die Biotonne insgesamt eingeführt wird. Ich sag das mal ausdrücklich, weil ich glaube, wir haben in Deutschland ein sehr, sehr gutes System der Reststoffverwertung. Ich sage das ganz bewusst, es ist für mich kein Abfall, sondern eine Reststoffverwertung. Und die Biotonne, das darf man auch mal an dieser Stelle sagen, da sind im Wesentlichen ja Rohstoffe, die zum Teil auch aus Lebensmitteln bestehen. Dass man Lebensmittel wegwirft, ist für mich auch nicht schön. Das sage ich auch ausdrücklich, da müssen wir auch weiterkommen.

Und der andere Punkt ist, dass der Bundesgesetzgeber – und da waren Sie ja, Ihre Kolleginnen und Kollegen auch in der Verantwortung, haben ja in Paragraf 20 Absatz 2 Nummer 1, nämlich Kreislaufwirtschaftsgesetz, bewusst darauf verzichtet, eine konkrete Erfassung im Hol- und Bringsystem vorzuschreiben. Das müssen wir uns wahrscheinlich noch mal gemeinschaftlich anschauen für die Zukunft.

Auf der anderen Seite hat der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ja eine Befragung vorgenommen, auch vor dem Hintergrund der Kostensituation, der Kostenentwicklung. Und man hat sich jetzt darauf verständigt – ich denke, das wissen Sie auch –, dass man Modellprojekte anschieben wird und dass damit ausdrücklich Demmin, Neustrelitz und Waren, zunächst für drei Jahre, dann in diesen Prozess eingeführt werden sollen, in der Stadt Neubrandenburg, haben Sie bereits gesagt, und dass auf der anderen Seite aber auch die Wertstoffhöfe mit in Betracht gezogen werden sollen.

Also ich gehe davon aus, dass man erfolgreich diese Befragung, die ja eine Ablehnung zum Ausdruck gebracht hat, flächendeckend das einzuführen, vor dem Hintergrund der Kostenexplosion auf der einen Seite, und gerade im ländlichen Raum sind ja viele auch dabei, die das selber kompostieren, das nehme ich auch zur Kenntnis, das macht ja auch Sinn, um am Ende dann auch diesen Nährstoffkreislauf wieder zurückzuführen in den eigenen Garten oder auf die Flächen. Und zum anderen begrüße ich sehr, dass die anderen Landkreise und kreisfreien Städte diese Prozesse ja eingeführt haben mit der Biotonne. Und wir hoffen mal, dass der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte sich dann auch vor dem Hintergrund der Erfassung, der Erfahrung sich dann entscheidet, das dann auch weiterzuführen.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, vielen Dank, sehr gerne.

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind geschickt meiner Frage nach, wie handhaben Sie das aufsichtsrechtlich, ausgewichen und auch der Frage nach der Situation in der Stadt Neubrandenburg.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Präsidentin)

Ich würde deshalb gerne nachfragen im Hinblick auf genau diesen Fragenkomplex: Hat der Landkreis Mecklenburgi-

sche Seenplatte beziehungsweise der Entsorgungsträger gegenüber der Landesregierung bereits die gesetzlich erforderlichen Nachweise erbracht, warum eine flächendeckende getrennte Sammlung über eine Biotonne nicht möglich oder unverhältnismäßig sein soll, insbesondere in den Städten? Wenn ja, wie bewertet die Landesregierung diese Nachweise?

Minister Dr. Till Backhaus: Also noch mal, wir haben, ich weiche nicht aus, sondern wir stehen im Kontakt, und als oberste Abfall- und Reststoffverwertungsbehörde sind wir natürlich genauestens informiert. Es ist davon auszugehen, das ursprünglich geplante im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, in der Eigenschaft eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers … Ich gehe mal davon aus, Sie haben auch die Wahrnehmung aufgenommen, welche Diskussionen es um Rosenow gerade gibt und dass es hier gegebenenfalls zu einem Entsorgungsnotstand hätte kommen können. Ich hoffe, dass wir das verhindern können – da sind wir auch heftig am Arbeiten, ja – vor dem Hintergrund der tariflichen Auseinandersetzung. Da werde ich mich nicht einmischen. Aber es war klar, in Eigenschaft eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers ab dem Januar 28 flächendeckend eine Biotonne zur Entsorgung von Bioabfällen einzuführen.

Von diesen Plänen hat der Landkreis ja nach intensiven Diskussionen in seinen Fachausschüssen – in den Fachausschüssen, die wir doch hoffentlich ernst nehmen, das ist alles Ehrenamt – und damit die Durchführung einer Bürgerbefragung Abstand genommen. Und man hat gesagt, wir fangen jetzt erst mal an mit einer Modellregion. Ich habe Ihnen die Städte ja genannt. Und daraus ableitend gehe ich davon aus, dass diese Erfahrungen dann – auch das habe ich Ihnen hier versucht zu erklären –, dass man dann davon ausgeht, und ich das auch unterstützen würde, dass, wenn es sich rechnet am Ende, dann auch in sinnvoller Weise die Biotonne insgesamt im Landkreis dann einzuführen. Aber wie alles im Leben hat das auch mit Kosten, mit Aufwendungen und am Ende natürlich auch mit gezielten vernünftigen Maßnahmen zu tun.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich darf ja keine Fragen weiter stellen.

Präsidentin Birgit Hesse: Wie bitte?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich darf ja, ich bin ja fertig, ich darf ja nichts weiter dazu sagen.

Präsidentin Birgit Hesse: Nee, genau.

(Die Abgeordnete Jutta Wegner
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Präsidentin Birgit Hesse: Tut mir leid, ich war gerade etwas abgelenkt.

Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Hannes Damm, die Frage zum **Thema Nummer 10** zu stellen.

Hannes Damm, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Werter Herr Minister, ich befrage Sie zum Thema „Landeseigene Klimaschutzmaßnahmen“ und Ihre konkreten Emissionseinsparungen in der aktuellen Legislatur.

Vor fünf Jahren wurde Ihr Ministerium umbenannt und der Klimaschutz dem Namen nach vorne angestellt. Sie wurden nicht müde, zu jeder Gelegenheit, insbesondere wenn ich Sie deswegen, wegen des verschleppten und ambitionslosen Klimaverträglichkeitsgesetz kritisiert habe, zu behaupten, dass Sie ja auch ohne Gesetz bereits seit Jahren umfangreiche und sehr wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen hätten. Im Jahr 2021 betrugen die Emissionen des Landes 20,1 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalente, 2022 gab es sogar eine Steigerung auf 22,3 Millionen Tonnen. Aktuellere Daten hat die Regierung bisher nicht veröffentlicht.

Daher möchte ich Sie gern fragen, welche konkreten landeseigenen Maßnahmen Sie in der Legislaturperiode 21 bis 26 ergriffen haben und welche nachweisbaren Emissionseinsparungen diese in Millionen Tonnen CO_2-Äquivalente jeweils erzielt haben? Und ich bitte dabei um konkrete, nachweisbare Zahlen und Landesmaßnahmen, da ich das Thema auch entsprechend konkret angemeldet habe.

(Christian Brade, SPD: Aufs Komma genau!)

Minister Dr. Till Backhaus: Gut, sehr geehrte Frau Präsidentin, ich will mich entlanghangeln, zunächst erst mal an den gesetzlichen Grundlagen.

Punkt eins, auf der Habenseite ist das Klimaanpassungsgesetz. Und ich kann Ihnen heute auch konkret sagen, auch die Strategie, die Klimaschutzstrategie – die Sozialministerin ist ja jetzt auf dem Weg nach Ludwigslust –, Teil auch der Strategie ist im Übrigen auch der Hitzeschutzplan, dieser ist fertiggestellt. Damit haben wir zum ersten Mal in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sowohl die gesetzliche Grundlage als auch einen strategischen Ansatz. Dazu gehört im Übrigen auch auf der Habenseite das große Gesetzgebungsverfahren, nämlich das Landeswasser- und Küstenschutzgesetz, in dem im Übrigen auch die Wasserstrategie mit unterlegt ist und damit ausgerollt ist über das gesamte Land. Das ist in einem Zusammenhang zu sehen.

Ich glaube, man darf an dieser Stelle auch sagen – die erneuerbaren Energien waren ja hier heute Morgen und gestern auch wieder Thema –, wir haben allein in dieser Legislaturperiode, konkrete Zahlen erwarten Sie, 561 Windkraftanlagen genehmigt, davon sind 101 gebaut. Also wer mir dann immer wieder oder uns vorwirft, wir hätten, die Verwaltung würde viel zu träge agieren und da passiert nichts, das stimmt schlicht und ergreifend nicht, nehme ich zur Kenntnis. Wir haben 5.000 Hektar Solarflächen bereitgestellt, jetzt noch mal 5.000 Hektar, sodass insgesamt 10.000 Hektar für Solarausrichtung – das sind die Flächenpotenziale für die Flächen-PV, oder auch Dachflächen haben wir massiv vorangebracht.

Im Übrigen, was die energetische Sanierung anbetrifft der Liegenschaften, was die „Effizienzgebäude 40“ anbetrifft, sind wir massiv vorangekommen, komme ich gleich noch mal drauf. Der kontinuierliche Heizungsaustausch innerhalb der Landesregierung findet statt, Nutzung von PV auf Liegenschaften, aktuell 64 Photovoltaikanlagen allein auf den Gebäuden der Landesregierung mit einer Leistung von 2.380 Kilowatt Peak, oder auch im Übrigen

die Umstellung der Fuhrparke der Landesregierung auf E-Mobilität, Errichtung von Ladepunkten, bereits 179 Ladepunkte, weitere 127 sind in Planung. Der Schwerpunkt ist ganz klar im Wärmebereich. Da, wissen wir, müssen wir weiter vorankommen. Und der andere ganz große Klimafaktor, das wissen wir, ist, …

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Präsidentin)

… ist tatsächlich die Frage der Arbeitswege der Beschäftigten. Wie kommen sie zur Arbeit und wie können wir da Hilfestellung geben? Da, denke ich, ist das Programm, was über die Bundesregierung, gerade auch, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anbetrifft, eine interessante Aussage. Und natürlich auch der landeseigene Fuhrpark, der weiter umgesetzt worden ist.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, ich weise darauf hin, dass die Zeit jetzt abgelaufen ist, aber Herr Damm hat noch die Möglichkeit der Nachfrage.

Hannes Damm, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin, die würde ich gerne wahrnehmen.

Auch, Herr Minister, ich hatte ja gefragt, können Sie an irgendeiner Stelle beziffern, welche CO_2-Einsparungen überhaupt durch irgendeine der Maßnahmen erfolgt sind. Sie haben jetzt ganz viele Sachen aufgezählt, die vielleicht irgendwas helfen, weiß aber keiner wie viel. Ich würde mal unterstellen, die großen Hebel sind nicht gedreht. Aber ich möchte Ihnen noch mal die Möglichkeit geben, deswegen meine Nachfrage: Können Sie zu diesen Maßnahmen irgendwie sagen, welche CO_2-Einsparungen in den letzten fünf Jahren für das Land Mecklenburg-Vorpommern durch eigenes Handeln erreicht worden sind, in Millionen Tonnen CO_2-Äquivalen?

Minister Dr. Till Backhaus: Innerhalb der Landesregierung wurde ja gebeten, zunächst einzustellen. Das Ergebnis für die Landesregierung: Es sind pro Jahr zwischen 138.000 CO_2-Äquivalente und 141.000 pro Jahr. Das bedeutet, dass wir, wenn man so will, in den letzten fünf Jahren, wenn Sie mit knapp 120.000 Tonnen CO_2-Äquivalente rechnen, sind es gut 600.000 Tonnen CO_2-Äquivalente, die wir eingespart haben innerhalb der Landesregierung. Das können Sie als verbindliche Aussage mitnehmen.

Hannes Damm, fraktionslos: Das sind 0,5 Prozent.

Minister Dr. Till Backhaus: Und dann, und dann sage ich Ihnen auch noch mal, das sind, das sind die Zahlen, die allein die Landesregierung … Wir haben natürlich auch im Bereich ausdrücklich der erneuerbaren Energien – ich habe Ihnen die Zahlen hier genannt, bei allem Wohlwollen, die 10.000 Hektar Photovoltaik oder auch das, was im Windbereich passiert, oder im Übrigen auch, was die Moorvernässung oder der ökologische Landbau, oder im Übrigen auch, darf ich Ihnen sagen, das gehört dann auch in die Bilanz dieser Legislaturperiode, dass wir – ich gehe davon aus, dass, davon haben Sie gehört, die Paludirichtlinie ist jetzt in Kraft –, dass wir drei Projekte à 5.000, das sind allein 15.000 Hektar, jetzt, am 30.06. ist die Antragsfrist ausgelaufen in Mecklenburg-Vorpommern – ich gehe davon aus, Sie sind da auch an der Spitze der Bewegung –, dass wir gemeinsam mit den Landwirten, mit den Forsteigentümern, mit den Bodeneigentümern 15.000 Hektar in ein Modellprojekt in drei verschiedenen Regionen etablieren werden, um damit tatsächlich endlich einen Durchbruch in die Kreislaufwirtschaft, nämlich Anbau, Wertschöpfung dann auf den Weg zu bringen. Und ich glaube, sagen zu dürfen, ich höre da aus Berlin, dass es 15 Projekte geben soll in ganz Deutschland. Und wenn wir allein mit 3 dabei sind, dann sage ich hier und heute, darauf bin ich stolz, dass wir das hingekriegt haben.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemäß Paragraf 65 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung ist die Dauer der Befragung der Landesregierung auf eine Stunde begrenzt. Vor diesem Hintergrund bitte ich die Abgeordneten, die ihre Fragen nicht mehr stellen konnten, diese heute bis 12:00 Uhr ausformuliert im Parlamentssekretariat einzureichen. Die Landesregierung wird gebeten, diese spätestens bis zum 15. Juli 2026 zu beantworten.

Wir sind damit am Ende der heutigen Befragung der Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ursprünglich war vereinbart, jetzt die Abstimmung zu wiederholen, die namentliche Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 5. Zwischenzeitlich besteht Einigkeit zwischen den Fraktionen, dass diese namentliche Abstimmung nicht jetzt durchgeführt wird, sondern erst nach dem Tagesordnungspunkt 22, PUA 3. Ich sehe und höre hierzu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Im Übrigen möchte ich darüber informieren, dass neben der Sozialministerin auch die Ministerpräsidentin jetzt zum Krisenstab nach Ludwigslust gefahren ist und entsprechend der Abstimmung zwischen den Fraktionen dafür auch entschuldigt ist.

Insofern rufe ich jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beschlussempfehlung und Abschlussbericht des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten sowie weiterer militant rechter und rechtsterroristischer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern nach Artikel 34 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 39 des Untersuchungsausschussgesetzes gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 16. September 2021 und 25. Juni 2025, Drucksachen 8/80 und 8/5011, Drucksache 8/6670. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 8/6738 vor.

Beschlussempfehlung und Abschlussbericht des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten sowie weiterer militant rechter und rechtsterroristischer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern nach Artikel 34 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 39 des Untersuchungsausschussgesetzes gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 16. September 2021 und 25. Juni 2025 – Drucksachen 8/80 und 8/5011 – – Drucksache 8/6670 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 8/6738 –

Das Wort zur Berichterstattung hat die Vorsitzende des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ihnen liegt heute auf Drucksache 8/6670 der Abschlussbericht des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten sowie weiterer militant rechter und rechtsterroristischer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern vor. Der Bericht umfasst circa 3.000 Seiten. Er enthält im ersten Teil die Darstellung des knapp viereinhalbjährigen Verfahrens. Der Bericht zeichnet im Feststellungsteil die wesentlichen Ergebnisse der Beweisaufnahme nach. Auf Grundlage einer Bewertung empfiehlt der Ausschuss schließlich verschiedene Maßnahmen und benennt Reformen und Handlungsbedarfe.

Die Abgeordneten Ann Christin von Allwörden und Paul-Joachim Timm haben im Rahmen eines Sondervotums jeweils eigene Bewertungen abgegeben.

Eingesetzt wurde der Ausschuss durch den Beschluss des Landtags im Dezember 2021. Notwendig war dies nach Auffassung der damals antragstellenden Fraktionen von SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP schon allein deswegen, weil der Vorgängerausschuss zum NSU in der s. Wahlperiode aus verschiedenen Gründen seinen Untersuchungsauftrag nicht erfüllen konnte. So konnten etwa zahlreiche Beweisbeschlüsse nicht abschließend bearbeitet werden.

Darüber hinaus war der Ausschuss beauftragt, so steht es im Einsetzungsbeschluss, neben dem NSU weitere militant rechte beziehungsweise rechtsterroristische Zusammenschlüsse aufzuklären. Der Ausschuss hat sich dementsprechend auch den Aktivitäten und der Aufarbeitung des Nordkreuz-Komplexes gewidmet, die Hintergründe des Verbots der neonazistischen Kampfsport-Vereinigung Baltik Korps beleuchtet und das Behördenhandeln im Zusammenhang mit den rechtsgerichteten Gruppierungen Combat 18, Oldschool Society und Kameradschaft Süd untersucht.

Die konstituierende Sitzung des Ausschusses fand im Januar 2022 statt. In den vergangenen viereinhalb Jahren hat der Ausschuss in 123 Sitzungen mehr als 240 Stunden getagt. In 51 öffentlichen, nicht öffentlichen und aus Geheimschutzgründen eingestuften Sitzungen hat der Ausschuss insgesamt 86 Zeuginnen und Zeugen vernommen, einige gleich mehrfach. Darüber hinaus hörte der Ausschuss elf Sachverständige an. Allein die Vernehmungen dauerten knapp 200 Stunden.

Insgesamt hat der Ausschuss 207 Beweisbeschlüsse gefasst.109 davon betrafen die Beiziehung von Beweismaterial oder Auskunftsersuchen bei den jeweils beteiligten Behörden. Einbezogen in seine Untersuchungen hat der Ausschuss darüber hinaus auch die bereits dem Vorgängerausschuss übermittelten Unterlagen. Der weit überwiegende Teil der Beiziehung richtete sich an Behörden in unserem Bundesland. Allein an die Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium waren 36 Beweisbeschlüsse gerichtet. Aber auch Bundesbehörden, etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz, die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt sowie Behörden anderer Bundesländer, vor allem Landesstaatsanwaltschaften, legten dem Ausschuss in Erfüllung entsprechender Beweisbeschlüsse Unterlagen vor.

Um die Auswahl und Vorlage relevanter Beweismittel zu beschleunigen, setzte der Ausschuss auch zwei Ermittlungsbeauftragte ein. Der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht a. D. Professor Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg unterstützte den Ausschuss im NSU-Komplex bei der Umsetzung von Beweisbeschlüssen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Der Rechtsanwalt Jerzy Montag überprüfte im Bundesamt für Verfassungsschutz sowie im Bundeskriminalamt unzählige Unterlagen zum Nordkreuz-Komplex sowie zur Gruppierung Combat 18 auf ihre Relevanz für die Untersuchungen. Der Einsatz der Ermittlungsbeauftragten hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Untersuchungen effektiv und effizient durchgeführt werden konnten. Ich möchte Herrn Professor von Heintschel-Heinegg und Herrn Montag dafür herzlich danken!

Zur Wahrheit gehört zwar auch, dass es wie schon beim Vorgängerausschuss bei der Umsetzung von Beweisbeschlüssen an der einen oder anderen Stelle etwas ruckelte. So musste etwa die Abteilung Verfassungsschutz auch im zweiten Durchgang mehrfach und nachdrücklich an die Vorlage von Unterlagen erinnert werden. Zeitweise hat der Leiter des Ausschusssekretariats selbst in der Abteilung Verfassungsschutz bei der Herausfilterung der angeforderten Akten ausgeholfen, um hier voranzukommen. Schlussendlich konnten jedoch alle Beweisbeschlüsse erledigt werden.

Insgesamt wurden dem Ausschuss mehrere Hunderttausend Aktenblätter in mehr als 2.500 Ordnern beziehungsweise Datenträgern vorgelegt. 98 Beweisbeschlüsse betrafen die Vernehmung von Zeuginnen und Zeugen sowie die Anhörung von Sachverständigen.

Die Vernehmungen und Anhörungen fanden grundsätzlich öffentlich statt. Einzelfragen mussten aus Geheimhaltungsgründen aber auch in nicht öffentlichen oder eingestuften Sitzungen erörtert werden. Bei einzelnen Vernehmungen agierte der Ausschuss im Spannungsfeld zwischen dem berechtigten Informationsinteresse der Öffentlichkeit und seinem Anspruch an eine unbeeinflusste Wahrheitsfindung. Im Einklang mit den insoweit relevanten gesetzlichen Bestimmungen hat der Ausschuss einer Person, die noch als Zeuge in Betracht kam, die Teilnahme an öffentlichen Sitzungen untersagt. Ein gegen diese Einzelfallentscheidung gerichtetes Eilverfahren blieb ohne Erfolg.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Ausschuss hat seine Untersuchungen vollumfänglich abgeschlossen. Er hat alle relevanten Aspekte des Untersuchungsauftrages bearbeitet. Ihnen liegt nunmehr der Abschlussbericht vor. Die Behörden haben zum Zwecke der Zitierung im Abschlussbericht angefragte Passagen mit dem Geheimhaltungsgrad „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ weitgehend, aber nicht vollständig freigegeben. Soweit Freigaben nicht erteilt wurden, sind die entsprechenden Passagen in der zur Veröffentlichung bestimmten Berichtsfassung selbstverständlich geschwärzt. Eine ungeschwärzte und mit dem Geheimhaltungsgrad „VS-Vertraulich“ eingestufte vollständige Fassung des Abschlussberichts wird in der zuständigen Stelle des Landtags verwahrt und kann dort künftig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben eingesehen werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, last, but not least, bei der Beschaffung und Verarbeitung der Dokumentenflut, bei der Vorbereitung, Durchführung und Pro-

tokollierung der stundenlangen Vernehmungen und Anhörungen sowie bei der Erstellung des Berichts hat das engagierte Team des Ausschusssekretariats den Ausschuss tatkräftig unterstützt. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats haben dazu beigetragen, dass der Ausschuss seine umfangreichen Untersuchungen strukturiert und fokussiert durchführen konnte. Ihr Einsatz verdient deshalb besondere Anerkennung. Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen des Ausschusses bei Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz ganz herzlich bedanken!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD, CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP)

Die nachfolgende Aussprache zum Bericht soll an dieser Stelle nicht vorweggenommen werden. Als Vorsitzende dieses Ausschusses möchte ich allerdings hervorheben, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und militanten Netzwerken auch zukünftig eine zentrale politische und gesellschaftliche Verpflichtung bleiben muss. Der Schutz von Leib und Leben sowie die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte gelten gleichermaßen für alle Menschen in unserem Land, unabhängig von Herkunft, Glauben und Identität.

Die Taten des NSU und die in diesem Bericht dokumentierten Bestrebungen gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung erinnern an unsere Verantwortung, Haltung zu zeigen und für eine offene und vielfältige Gesellschaft einzutreten. Die Erkenntnisse und Empfehlungen dieses Ausschusses sollen dazu beitragen, sowohl die Sensibilität für derartige Umtriebe zu stärken, als auch die Bereitschaft, dem entschlossen entgegenzutreten. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Vorsitzende!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit mit einer Grundredezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Hierzu wurde zusätzliche Redezeit angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Innenminister Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst will ich mich ganz herzlich bedanken im Namen der Landesregierung bei allen Beteiligten, und zwar beider Ausschüsse. Es hat in der letzten Legislatur, ich korrigiere mich, ich glaube, nur noch in den letzten anderthalb Jahren die Gelegenheit gegeben – etwas länger? –, gleichwohl nicht die gesamten fünf Jahre zumindest, sodass es in der letzten Legislatur rein von der Menge der Arbeit nicht realistisch gewesen ist, zu einem vollständigen Abschluss zu kommen. Wir haben deshalb einen Zwischenbericht erhalten, der Grundlage war für die Weiterarbeit in dieser Legislatur.

Ganz herzlichen Dank sowohl bei den Mitgliedern des Ausschusses, aber auch all jenen, und da werden Sie mir nachsehen, sowohl in den Polizeibehörden, in der Verfassungsschutzbehörde, aber gleichermaßen im Landtag und den Fraktionen, die unter häufig extrem erschwerten Bedingungen mit diesen Sachverhalten umgegangen sind! Warum erschwerte Bedingungen? Weil es zum einen um unglaublich große Mengen an Daten und Materialien ging, zum Zweiten diese zum Teil sehr weit zurückreichen. Wenn Sie in die 90er-Jahre hineinschauen, ist das nicht so, dass Sie in Archive greifen und alles finden, weil wir häufig Vernichtungsvorgaben und Löschvorgaben haben und zu guter Letzt wir sehr unterschiedliche Vertraulichkeitsstufen hatten, dass nicht selten unter Vertraulichkeitsstufen zum Teil mit Geheimhaltungsstufen gearbeitet werden musste. Das macht so eine Aufklärungsarbeit, so ein Miteinander extrem schwer. Deswegen ganz, ganz herzlichen Dank und tiefe Wertschätzung der Landesregierung für diesen jetzt anderthalb Legislaturperioden andauernden Weg, der zunächst originär auf die NSU-Mordserie, auf die Terrorserie geschaut hat, dann aber in dieser Legislatur deutlich darüber hinausgehend den gesamten rechtsextremistischen, rechtsterroristischen Bereich betrachtet hat!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Meine Damen und Herren, wenn wir auf diesen Untersuchungsausschussbericht schauen würden, sehen Sie mir nach, dass ich jetzt im ersten Schwerpunkt vor allen Dingen auf die NSU-Ergebnisse schaue. Das gilt allerdings nicht nur in dem Bereich, weil wir wissen, dass auch in den anderen rechtsextremistischen Umfeldern selbstverständlich Menschen zu Schaden gekommen sind. Es hat Opfer gegeben. Rechtsterrorismus hat leider häufig Opfer, der Rechtsextremismus hat Opfer über die letzten 35 Jahre hier im Land beschert. Aber vor allen Dingen die schreckliche NSU-Terrorserie hat das getan. Und wir haben, das wissen Sie, das war Ausgangspunkt nicht nur dieses Untersuchungsausschusses, wir haben polizeiliche Ermittlungen gehabt, die sehr lange und sehr konzentriert nicht auf rassistische Motive geschaut haben, sondern in der Regel im Bereich der organisierten Kriminalität die Tatherkunft, die Täterinnen- und Täterherkunft vermutet haben.

Mein tiefes Mitgefühl gilt den Opfern, aber insbesondere ihren Angehörigen. An den Stellen, wo es zu Tötungsdelikten gekommen ist, haben wir zum Teil eben auch die Angehörigen selbst beziehungsweise deren unmittelbares Umfeld lange Zeiträume als primäre Tatverdächtige oder zumindest Verfolgte in den Strafverfahren erlebt. Das ist ein Maß an Ungerechtigkeit, was aus Sicht der Angehörigen zu Recht empfunden wird, das mit staatlichem Handeln tief verbunden ist, das uns allen mit diesem Bericht noch mal deutlich vor Augen geführt wird und für das ich mich erneut, genau, wie ich es in Rostock getan habe, ausdrücklich entschuldige.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will gleichwohl, ich will gleichwohl deutlich darauf hinweisen, dass die manchmal auch reflexhaft angenommene Rückkopplung, das hätte man damals alles sehen müssen, ganz so leicht auch nicht ist. Ich werbe sehr dafür, dass im Rückspiegel das Bild immer viel klarer ist, als wenn Sie in eine Nebelwand reinfahren, und dass Ermittlungsarbeit, polizeiliche, staatsanwaltschaftliche Ermittlungsarbeit immer mit sehr wenig An-

knüpfungspunkten beginnt und dann mit Hypothesen beginnen muss, um ein bisschen zu schauen, in welche Richtung ermittle ich. Und die Hypothese, dass es tatsächlich Menschen gibt, die sich zu einer terroristischen Vereinigung zusammengeschlossen haben, um, nach dem, was wir bisher festmachen können, weitgehend willkürlich in der gesamten Republik Menschen auf brutalste, bestialische Weise hinzurichten, dass sie Banküberfälle begehen, um diese terroristische Vereinigung zu finanzieren, das ist aus heutiger Sicht leider gesetzte Erkenntnis. Dass in verschiedenen Bundesländern Polizeibehörden das nicht zu den Standardursprungsthesen gemacht haben, mag aus heutiger Sicht schwer verständlich sein, war aber damals weitgehend oder beinahe außerhalb des Vorstellungsvermögens.

Ich weiß gleichwohl – und auch das gehört zur Vollständigkeit –, dass es Hinweise an verschiedenen Stellen gab, dass selbstverständlich einzelne Hypothesen auch bundesweit, zum Teil Polizei, und stellvertretend für alle begonnen haben, will aber deutlich einmal dafür werben, ich entschuldige mich ganz ausdrücklich bei all denen, die zu Unrecht verfolgt oder beschuldigt worden sind. Aber der Rückschluss, das war von Anfang an klar, den mag ich nicht mitgehen. Das hat schon eine Dimension, jetzt sehr umgangssprachlich, eine Perversion von menschlichem Handeln und Denken, die mich bis heute sprachlos macht. Und die war deshalb nicht ganz einfach in polizeilichen Hypothesen damals annehmbar.

Meine Damen und Herren, der Abschlussbericht würdigt aber genau all diese Umstände, und dafür bin ich dankbar, in dieser Differenziertheit. Er sagt aber auch sehr zu Recht, dass wir achtgeben müssen, dass wir eben nicht, weil etwas sehr unwahrscheinlich ist, uns zu früh auf andere wahrscheinlicher erscheinende Tatmotive, Vorgehensweisen, Hypothesen stürzen. Er ist nach meiner Überzeugung Meilenstein in der transparenten Aufarbeitung, und er zeigt insbesondere, dass Demokratie, dass demokratische Institutionen, dass Landtage, Bundestage sehr in der Lage sind, sehr kritisch und sehr zielorientiert und konstruktiv solche Sachverhalte aufzuklären.

Die Unterstützung der Untersuchungstätigkeit durch verschiedenste Beteiligte will ich deutlich noch einmal wiederholen. Ich danke den eigenen Landesbehörden, aber ich danke auch den Behörden anderer Länder und des Bundes. Es war angeklungen im Bericht der Vorsitzenden, dass selbstverständlich auch in die Bundesbehörden und in verschiedenste andere Landesbehörden hinein entsprechende Untersuchungen stattgefunden haben, die mitgewirkt haben, und ich verweise noch einmal, nicht selten bei geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen und Sachverhalten, die uns zum Teil dann unter den Maßgaben des Geheimhaltungsschutzes gleichwohl Informationen übermittelt haben. Und ich werbe auch da dafür, das, was dort andere Behörden uns gegenüber an Offenheit gezeigt haben, durchaus wertzuschätzen.

Nicht selten stammen diese Informationen aus Quellen, polizeilich wie auf der nachrichtendienstlichen Seite, die zum Teil eng verwoben für den Staat in verschiedensten rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Bereichen Ermittlungen führen. Und das tun die nicht selten mit dem erheblichen Risiko, dass, wenn sie aufgedeckt würden, es für sie persönlich gesundheitlich, im Zweifel sogar lebensbedrohlich wird, gesundheitskritisch und sogar lebensbedrohlich wird. Wir reden hier mit zu schwersten Straftaten geneigten Personenkreisen.

Deshalb ist der Umstand, dass uns andere Behörden das Vertrauen geschenkt haben und dass sie uns Informationen gegeben haben, wohl wissend, dass sie immer dafür Sorge tragen müssen, dass die, von denen die Informationen ursprünglich mal stammen, die dem Staat helfen, so etwas aufzuhellen, dass die weiterhin Schutz brauchen, das ist ein Riesenvertrauensvorschuss. Deswegen ganz herzlichen Dank auch in die Behörden vieler anderer Länder und des Bundes!

Meine Damen und Herren, die Sicherheitsbehörden haben bereits aus verschiedenen anderen Berichten, aber auch aus den eigenen Feststellungen umfangreiche Anpassungen vorgenommen. Sie haben die dankenswerterweise gewürdigt. Das gilt in diesem Bundesland sowohl für den Verfassungsschutz als auch für die Polizei. Sie haben auch über den NSU hinaus ja Sachverhalte noch einmal reflektiert, aufgeklärt und dokumentiert. Wenn Sie also auf das schauen, was als SEK-Skandal medial festgehalten worden ist, haben sie dankenswerterweise auch gewürdigt und wertgeschätzt, dass eine externe Kommission unverzüglich von meinen Amtsvorgängern ins Amt berufen worden ist, dass daraus umfangreiche Hinweise und Anregungen ergangen sind. Und Sie haben mit uns gemeinsam auch noch einmal geschaut, wo stehen wir eigentlich auf genau diesem Weg, uns dabei auch deutlich anders aufzustellen.

Wir haben heute deutlich optimierte Wege, wir haben deutliche Aufsplittung und Kontrollmechanismen. Und ich glaube, dass bundesweit Polizei und Staatsanwaltschaften wissen, dass sie heute anders mit Sachverhalten dieser Art umgehen würden und werden.

Meine Damen und Herren, wir haben auch – und dazu hat nicht nur die NSU-Terrorserie beigetragen, sondern beispielsweise auch der schwere Anschlag auf dem Breitscheidplatz –, wir haben heute völlig andere Austauschintensitäten zwischen verschiedenen Sicherheitsbehörden, sowohl zwischen verschiedenen Ländern im Bund und den Ländern, aber auch innerhalb der Länder, zwischen der nachrichtendienstlichen und der polizeilichen Seite. Ich will aber auch deutlich sagen, dass das, was dort an Weiterungen in den letzten 15 Jahren geschaffen worden ist, umgekehrt wiederholt Gegenstand verfassungsgerichtlicher Rechtsprechungen im Bund und in den Ländern gewesen ist und wir auch immer wieder die Verhältnismäßigkeitserwägungen der Verfassungsgerichte einzubauen haben.

Wir sind also in einem stetigen Prozess des Rantastens und dann auch einmal wieder Zurückgehen-Müssens, weil wir auf der einen Seite die guten Verbindungen der Beteiligten wollen. Es ist schlicht nicht erklärbar, dass eine Sicherheitsbehörde etwas wusste, was eine andere nicht kennt, und deshalb möglicherweise schwerste und allerschwerste Straftaten nicht verhindern kann. Wir haben gleichwohl das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei. Wir haben gleichwohl Verhältnismäßigkeitsrechtsprechung, die uns sehr klare Maßgaben immer wieder an die Hand gibt. Es bleibt ein schwerer Balanceakt.

Wenn ich nach vorne blicke, will ich gerne zusagen, dass die neuen Erkenntnisse des Berichtes selbstverständlich in den jeweiligen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Bereichen im Detail analysiert und ausgewertet worden sind und weiter ausgewertet werden. Jeder dieser Hinweise ist für uns eine Hilfe, den bereits eingeschlagenen

Optimierungsprozess weiterzuführen und gerne auch zu schauen, wo wir noch weitere, noch neue Potenziale nutzen können.

Wir nehmen deshalb die Handlungsempfehlungen dankbar an, begreifen sie als zukunftsweisenden Leitfaden, insbesondere, und das ist der zentrale Punkt, um unsererseits immer besser zu werden bei der großen Überschrift „Opferschutz“, aber auch, und das gilt für alle, bei der Resilienz der Gesellschaft gegen jede Form von Extremismus. Denn dieser Bericht mit dem deutlich größeren Untersuchungsauftrag in dieser Legislatur schaut in 36 Jahre Extremismusentwicklung, vor allen Dingen im rechtsextremistischen, rechtsterroristischen Bereich, und zeigt auch, wie breit verwoben, wie vielfältig angeknüpft und wie leider schon zum Teil generationenübergreifend gewachsen dieser Bereich ist.

Der Abschlussbericht wirft ein sehr klares Licht auf die Entwicklung rechtsextremer und rechtsterroristischer Strukturen seit 1990. Polizei, aber insbesondere Verfassungsschutz nutzen diesen wertvollen Langzeitblick auch noch einmal für das eigene strategische Fundament, um weiterhin die gewachsenen Netzwerke aufzuhellen, deren Wandlungsprozesse frühzeitig zu erkennen und den Rechtsstaat, und das ist die zentralste Aufgabe für die Zukunft, resilient und immer resilienter aufzustellen.

Er zeigt aber insbesondere auch eins, und das erlauben Sie mir außerhalb der Hinweise, die mir die Kollegen mit auf den Weg gegeben haben, deutlich zu betonen, er zeigt die These, die wir bei jeder Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes des Vorjahres, bei jeder Vorstellung der politisch motivierten Kriminalität deutlich in Zahlen gegossen, leider in Zahlen gegossen, feststellen müssen: Die größte Gefahr, und zwar mit Abstand, für die freiheitliche demokratische Grundordnung in diesem Bundesland, und darauf beziehe ich mich, liegt im rechtsextremen und rechtsterroristischen Bereich. Ich kann mich nach jeder Vorstellung auf Wochen darauf einstellen, dass ich in allen denkbaren fäkalsprachlichen Nivellierungen E-Mails, Social-Media-Posts und Ähnliches bekomme, die dem Grunde nach alles, was dort an Daten erhoben wird, infrage stellen. Das zieht sich jetzt seit Jahren, und auch dieses Jahr sind sich die Beteiligten da alle treu geblieben.

Ich bekunde deswegen gerne auch noch einmal, dieser Bericht ist noch einmal ein sehr klares Zeichen dafür, wie strukturell verfestigt und wie dominant in den extremistischen Bereichen dieser Bereich ist. Das ist keine Verharmlosung anderer extremistischer Bereiche, aber es ist ein klares Signal für den Fokus, der immer wieder gern bestritten und vor allen Dingen bis in die Datengrundlage bestritten wird. Wir sind längst in einer Zeit, wo polizeiliche Statistiken im Zweifel schlicht als geschönt und gefälscht bezeichnet werden, nur damit das eigene Weltbild nicht erschüttert wird. Ich will gerne darauf hinweisen, dass neben unseren regelmäßigen Berichten polizeilich wie verfassungsschutzseitig auch dieser Bericht wieder sehr, sehr deutlich macht: Die absolut dominanteste größte Gefährdung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Mecklenburg-Vorpommern geht aus dem Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus hervor.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schauen auch auf Ihre weiteren Handlungsempfehlungen. Sie wollen vor allen Dingen eine langfristige historische Dokumentationsfähigkeit erhalten, weitere gesellschaftliche Aufarbeitung ermöglichen. Sie werden verstehen, dass ich den Kolleginnen und Kollegen gerne auch noch einmal ein Gehör verschaffe, indem ich davon ausgehe, dass wir gemeinsam wissen, dass das strikt innerhalb der bestehenden Datenschutz-, Geheimschutz- und Archivrechtsgrundsätze erfolgen muss. Wenn wir Unterlagen haben, die personenbezogen sind, haben wir als Verfassungsschutz, als Polizei Löschfristen, und die werden wir nicht dadurch nicht einhalten dürfen und können, indem Unterlagen, die in diesem Anlagenkonvolut sind, über das hier gesprochen wird, an anderer Stelle lagern. Ich bitte um Nachsicht, dass wir uns gerne Ihrem Dokumentationsinteresse anschließen, aber dabei die Individualinteressen, die Freiheitsinteressen der Menschen – auch wenn sie früher vielleicht als Rechtsextreme geführt wurden – ab einem gewissen Punkt, wenn sie bei uns keine neuen Erkenntnisse auslösen, haben sie einen Löschanspruch uns gegenüber als Staat. Und der zieht sich selbstverständlich auch in diese Unterlagen hinein.

Die langfristige Sicherung ist also eine, die diese Dinge im Blick behalten muss, umgekehrt eine, die Geheimschutzinteressen im Blick behalten muss. Deswegen bin ich dankbar, dass Sie diese Aufgabe der Landtagspräsidentin auftragen wollen und auftragen werden, die dort die Geheimhaltungsinteressen abbilden kann. Und umgekehrt sind ja auch Dokumente und Unterlagen anderer, noch mal, Behörden und Dienste dabei. Wenn die von uns Unterlagen zurückbegehren, werden wir nicht umhinkommen, dem stattzugeben. Ich weiß, dass Sie die Präsidentin beauftragen werden, dann wohlwollend auf andere Behörden einzuwirken.

Für uns bleibt wichtig, Verfassungsschutzarbeit und Polizeiarbeit leben ganz oft vom Austausch. Wenn eine Behörde eines anderen Landes oder des Bundes von uns eines dieser Dokumente zurückhaben will, werden wir, wenn wir sie nicht überzeugt bekommen, diese zurückgeben müssen. Ich will das deutlich – ein bisschen Wasser in Wein schütten, ist nicht böse gemeint –, um zu vermeiden, dass künftig dann massive Einschränkungen gegebenenfalls bei künftiger Zusammenarbeit erfolgen, wir dürfen uns nicht in den Ruf bringen, dass wir mit fremden Unterlagen irgendwann einmal nicht so umgegangen wären, wie es der Unterlageneigentümer von uns erwartet hat. Ich gehe gleichwohl davon aus, dass alle Behörden bundes- und landesweit Interesse gerade in diesem Kontext an einer langfristigen Dokumentation haben, und freue mich deshalb jetzt auf die weitere Diskussion. – Ich danke Ihnen bis hierher für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, vielen Dank, Herr Minister!

Der Minister hat seine angemeldete Redezeit um fünf Minuten überschritten.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Anne-Frank-Schule in Tessin. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier bei uns im Landtag sind!

Und auf der Pressetribüne begrüße ich Schülerinnen aus Berlin, die sich spontan, so, wie ich gehört habe, entschlossen haben, unserer Debatte beizuwohnen. Seien auch Sie herzlich willkommen!

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD Herrn Timm.

Paul-Joachim Timm, AfD: Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, Hohes Haus, vier Jahre parlamentarische Arbeit liegen hinter uns, vier Jahre Akten, Zeugen, Beweisanträge, über 100 Sitzungen. Das ist kein kleines Werk. Wer aber den 3.000 Seiten starken Abschlussbericht nüchtern liest, findet darin durchaus valide Feststellungen zu Versäumnissen bei der Ermittlungsrichtung im Mordfall Mehmet Turgut, zu einzelnen Akteuren im Nordkreuz-Kontext, zu strukturellen Defiziten beim Verfassungsschutz, womit es wohl keine Behörde gibt, die so skandalgeneigt ist wie unsere Verfassungsschutzbehörden. Das erkennen wir an.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Aufarbeitung bedeutet Suche nach Wahrheit, nicht Deutungshoheit. Ich tue mich heute schwer, diesen Abschlussbericht als rein fachlichen Befund zu qualifizieren, denn es ist offensichtlich, dass eine politische Mehrheit diesem Bericht hier heute ihren Stempel aufdrücken möchte.

Ich fange zunächst an mit dem Begriff „Nordkreuz-Netzwerk“. Ich beginne mit einem Begriff, der durch diesen Ausschuss, durch die Medienberichte und durch den Abschlussbericht zu einer scheinbar feststehenden Kategorie geworden ist: das Nordkreuz-Netzwerk. Dieser Begriff suggeriert eine geschlossene, hierarchisch geführte, zielgerichtet handelnde Organisation.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Beweisaufnahme hat etwas anderes ergeben. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sinan Selen, bei seiner Aussage noch Vizepräsident, hat in seiner Vernehmung vor diesem Ausschuss, ich zitiere aus dem Protokoll der 95. Sitzung, ausdrücklich gesagt: „Wir haben es hier eher mit einer Plattform zu tun.“ Was meinte er? Eine Plattform zum Austausch zur Krisenvorsorge?

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Und weiter sagt er: Ein „koordiniertes gemeinsames Wirken in einer hierarchischen Struktur“ konnte das Bundesamt für Verfassungsschutz bei Nordkreuz so nicht nachweisen. Diese Klarstellung findet im Abschlussbericht nicht annähernd das Gewicht, das sie verdient. Warum wohl?! Denn diese Konstruktion eines Netzwerks hat einen Preis: Sie zieht alle in einen Topf. Wer in einer Chatgruppe war, gilt als Mitglied, wer als Mitglied gilt, steht im Verdacht, und wer im Verdacht steht, verliert Sicherheitsfreigaben, Karriere und am Ende auch seinen Namen.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig so!)

Die Beweisaufnahme hat differenziert, Zeuge Ulrich I. hat ausdrücklich unterschieden, auf der einen Seite diejenigen, die konkrete Gewaltabsichten äußerten, namentlich die Hauptbeschuldigten, auf der anderen Seite Mitglieder, die „Krisenvorsorge betrieben“ und wirklich teilweise sehr überrascht waren, dass noch derartige andere Dinge geäußert worden sein sollen. Das sind seine Worte aus dem Protokoll. Diese Unterscheidung ist keine Verharmlosung, nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, sie ist rechtsstaatliches Gebot.

Ein erheblicher Teil der Personen, die mit diesem Kommunikationszusammenhang in Verbindung gebracht wurden, waren Angehörige der Sicherheitsbehörden, Polizeibeamte, SEK-Mitglieder, Bundeswehrangehörige. Das ist ein sensibler Befund, das verdient Ehrlichkeit, keine Symbolpolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Diese Ehrlichkeit beginnt mit einem einfachen Satz: Die ermittelnden Beamten haben 2017 mit dem Wissensstand von 2017 gehandelt, nicht mit dem von heute. Die Kommunikationspsychologie nennt dies Hindsight Bias, die Neigung, im Nachhinein zu überschätzen, wie vorhersehbar ein Ergebnis doch war. Wer heute so tut, als wäre alles völlig klar, erzählt keine Wahrheit, sondern ein bequemes Nachher-Narrativ.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Fairness ist kein Luxus des Rechtsstaats, sie ist seine Bedingung. Stattdessen bleibt der Eindruck, der Begriff „Netzwerk“ sei bewusst breit gezogen, um von einem eigentlichen Problem abzulenken. Die eigentliche Frage lautet doch: Wie konnte es sein, dass aktive Beamte und sogar der Innenminister in Kontakt mit Personen standen, die mutmaßliche Mordabsichten hegten, und dass das über Jahre und Monate keine dienstlichen Konsequenzen hatte? Dieser Frage widmet sich der Abschlussbericht nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist auch nicht verwunderlich, denn viel von der Legende ist einfach einzudampfen. Stattdessen wurde die Bedrohungskulisse verbreitert – mehr Namen, mehr Verbindungen, mehr Verdächtigte. Das klingt alles spektakulär, verwischt aber individuelle Verantwortung der wenigen, bei denen tatsächlich dann Handlungsbedarf bestand. Und es betrifft diejenigen, die eigentlich gar nichts getan haben, am härtesten.

Und nun kommen wir zum Eingemachten: zu den Todeslisten, zum gelben Ordner und was dahintersteht. Einer der Hauptbeschuldigten, Herr Jan Hendrik H., hat in seinem rechtlichen Gehör erklärt, dass der berühmte FDP-gelbe Ordner einfach ein kommunalpolitisches Arbeitsmaterial aus der Wagenburg-Debatte in Rostock vor Ort war, keine Todesliste, sondern eine klassische Übersicht von Ansprechpartnern, Fraktionen, Vereinen und Verbänden – das nun mal, was engagierte Bürger überall anlegen.

(Michael Noetzel, Die Linke: Und wo kamen die persönlichen Adressen her, die da drinstanden? – Zuruf von Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichts davon hatte mit Nordkreuz zu tun. Wir wollten als AfD diesen durch die Polizei leider nicht sauber fotografierten Ordner in Augenschein nehmen. Abgelehnt, leider, Zeit wäre noch gewesen.

Der Zeuge Ka. Lo. hat beschrieben, was bei der Durchsuchung gefunden wurde: Ausdrucke aus öffentlich zu-

gänglichen Quellen, ergänzt durch handschriftliche Vermerke.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Wo kamen die her?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Todesliste sieht anders aus.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Wie sieht
denn die Todesliste aus, Herr Timm?)

Andere Hauptbeschuldigte waren daran nicht beteiligt.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Sie wissen doch, wie die aussieht, dann
sagen Sie mal, argumentieren Sie mal! –
Zurufe von Julian Barlen, SPD, und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, hören Sie doch zu! Sie können ja Ihre Fantasie hier gleich erzählen. Das ist kein Problem.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vernommen wurde Herr Hammer leider nie. Das ist keine Aufklärung, das ist eine Erzählung, die man wahrscheinlich nicht mehr korrigieren will. Auch wichtig in diesem Kontext, der Vorwurf, die Nordkreuzler hätten Personen neutralisieren wollen im Sinne einer Tötungsabsicht. Das hält der Aktenlage aber nicht stand. Zwei LKA-Beamte haben in der 74. Sitzung etwas viel anderes ausgesagt. Der vollständige Chatverlauf zeigt, die Nachricht bezog sich auf den Tod des Journalisten Udo Ulfkotte. Wer den Chat liest, versteht sofort, wer ihn aus dem Kontext reißt, erzeugt ein anderes Bild, und der will das wahrscheinlich auch.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Relativieren, relativieren.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein großes Fragezeichen können wir auch über Sachverständige stellen. Herr Dirk Laabs wurde in diesem Ausschuss als unabhängige Erkenntnisquelle behandelt. Sein Gutachten beruht in weiten Teilen aber auf Akten derjenigen Behörden, deren Vorgehen im Ausschuss kontrolliert werden sollte. Das ist kein Detail, das ist ein struktureller Zirkelschluss. Die Kontrollinstanz stützt sich auf Bewertungen, die im Wesentlichen von den zu Kontrollierenden stammen.

Kommen wir noch mal kurz auf den NSU, auf den Fall Zschäpe, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die AfD-Fraktion hat 40 Beweisanträge gestellt. Die meisten wurden natürlich abgelehnt, weil sie von der AfD-Fraktion stammen. Ich erinnere mich noch an eine Obleute-Runde, die wirklich sehr humoristisch war, wo dann debattiert wurde, wie mit guten AfD-Beweisanträgen verfahren werden soll.

(Michael Noetzel, Die Linke: Dann scheint
es ja welche gegeben zu haben.)

Das war wirklich schon sehr witzig.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Ja, Herr Noetzel, die gab es, die gab es.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Nämlich wollten wir, um auf den NSU zu kommen, Beate Zschäpe vorladen. Mehrfach wollten wir Beate Zschäpe vorladen.

(Enrico Schult, AfD: Macht Sinn, macht Sinn.)

Die Koalitionsmehrheit hat das verhindert. Aber ein Blick über die Landesgrenze zeigt ja, dass der Schwesteruntersuchungsausschuss in Bayern mit einer grünen Vorsitzenden Beate Zschäpe vernommen hat. Hier wurde es für geboten gehalten, diese Zeugin zu hören.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Mit welchem Ergebnis?)

Das wäre für MV umso richtiger und wichtiger gewesen,

(Michael Noetzel, Die Linke:
Mit welchem Ergebnis?)

denn das war die Wurzel dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Schließlich hat der NSU hier seinen Löwenanteil an Geld erbeutet, um sein Treiben überhaupt fortführen zu können.

(Torsten Koplin, Die Linke: Das ist ja
in München verhandelt worden.)

Aber Mecklenburg-Vorpommern hat es nicht für nötig befunden. Historisch eine verpasste Chance. Das ist kein Verfahrensdetail, das ist ein Unterschied in der Ernsthaftigkeit der Aufklärung,

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Genau!)

wie wir sie als AfD verstehen, Sie nicht erbracht haben und Sie zu verantworten haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Sie wollen
als Einziger wirklich die Aufklärung.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so kann man nicht seriös Aufklärung betreiben.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Was hat Frau Zschäpe denn gesagt,
um zur Aufklärung beizutragen?
Null, nichts, keine Erkenntnisse.)

Zum Beschluss, den wir jetzt hier ganz husch, husch noch einen Tag vorher bekommen haben, wie mit den Akten umzugehen gedacht werden soll.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Keine einzige Aussage.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn das wirklich die Quintessenz Ihrer Aufarbeitung ist, die Aktenfrage jetzt hier einfach zu digitalisieren, in ein Archiv zu überführen, dann muss man sich doch wirklich fragen, was der Steuerzahler mit seinem aufgewandten Steuergeld von diesem Ausschuss hier tatsächlich zu halten hatte. Bilanz: Mehrwert null.

Ich möchte aber noch Positives hervorheben. Einmal unsere Landespolizei, hier namentlich die Ermittlungsgruppe „Hai“. Sie hat methodisch und akribisch gearbeitet. Sie hatte alle Chatprotokolle vollständig ausgewertet, im Gegensatz zum BKA, das sich lediglich mit einer Stichwortsuche befasst hatte nach Waffen und Munition. Sie hat auf die Ausweitung der Ermittlungen gedrängt. Das erkennen wir an.

(Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Wir haben unsere Hausaufgaben hier in Mecklenburg-Vorpommern gemacht, und unsere Behörden sind fähig, die Defizite zu erkennen und strukturelle Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Ich komme zum Schluss.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Paul-Joachim Timm, AfD: Ich komme zum Schluss.

Machen Sie gern eine Kurzintervention.

Ich komme jetzt zu meinem Schluss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist kein Tribunal, sondern ein Instrument der Wahrheitsfindung im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, auch im Auftrag derjenigen, die in diesem Bericht als Verdächtige geführt werden, ohne jemals angehört worden zu sein. Ja, es gab Personen, die Grenzüberschreitendes geäußert haben. Es gab eine Person, eine, die illegal Munition gehortet hat. Das ist zu Recht strafrechtlich verfolgt worden. Das Recht hat funktioniert. Das war es dann aber auch – keine Verschwörung, kein Netzwerk, keine schwere staatsgefährdende Straftat.

Aber wir haben in diesem Ausschuss auch erlebt, wie ein Begriff zur Kategorie wird, eine Kategorie zum Verdacht, ein Verdacht zur Karrierestrafe, ohne Urteil, ohne rechtliches Gehör, ohne die Möglichkeit zur Gegendarstellung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht Aufarbeitung, das ist Etikettierung. Wir haben in diesem Ausschuss unsere Arbeit getan. Wir haben Fragen gestellt, die gestellt werden mussten, denen Sie sich verweigert haben, weil es nicht in Ihre Wahlkampferzählung passt. Wir haben trotzdem Anträge gestellt, die durch Sie abgelehnt worden sind, weil es Ihnen eben nicht um Sacharbeit und nüchterne Aufklärung geht, und wir haben benannt, was dieser Bericht ohne uns nicht benannt hätte. Wer im Vertrauen in parlamentarische Kontrolle arbeiten und dieses Vertrauen doch erhalten will, der muss diese Kontrolle auch dann ernst nehmen, wenn sie unbequeme Ergebnisse liefert. Diesem Anspruch haben wir uns gestellt. Er bleibt: Geschichte urteilt nicht nach Mehrheit. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Mir liegt noch eine Kurzintervention durch Herrn Dr. Trepsdorf vor.

Bitte schön!

Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Werte Frau Präsidentin! Hallo Kollege! Ich muss schon ehrlich sagen, ich finde es befremdlich und auch sehr beschämend, dass Sie in Ihrer gesamten Rede nicht einmal der Opfer gedacht haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP)

nicht einmal darauf hingewiesen haben, was es für einen Zivilisationsbruch in diesem unserem Land gewesen ist, was den gesamten NSU-Komplex, den Nordkreuz-Komplex angeht. Hinzu kommt noch die Herausforderung, dass das Thema Todesliste, dass das keine linksgrüne Erfindung ist, sondern dass in der ersten Presseerklärung der Generalbundesanwaltschaft genau dieser Terminus aufgetaucht ist.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie sagen, so sieht keine Todesliste aus, was diesen gelben Ordner angeht. Bitte klären Sie uns auf,

(Torsten Koplin, Die Linke: Sehr gut!)

denn ich frage mich selbst, wie sieht denn dann eine Todesliste aus? Also Blumensträuße wollte der Nordkreuz-Komplex an die Mitglieder des gelben Ordners, wenn man das so will, nicht verschicken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf erwidern?

Paul-Joachim Timm, AfD: Ja, vielen Dank, Herr Kollege Trepsdorf!

Sie waren ja leider nicht einmal in diesem Ausschuss anwesend. So, das stelle ich erst mal voran.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD: Genauso sieht es aus. – Torsten Koplin, Die Linke: Das ist doch unerheblich. – Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Und wenn Sie anwesend gewesen wären

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke – Enrico Schult, AfD: Der kann doch gar nichts dazu sagen. – Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

oder auch sich mit Ihren Kollegen mal unterhalten würden,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen Die Linke – Torsten Koplin, Die Linke: Es geht ja um Ihre Rede, er steht ja wegen Ihrer Rede hier. – Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke – Glocke der Präsidentin)

dann würden Sie feststellen, dass wir in der letzten Sitzung als allerletztem Punkt den NSU-Opfern direkt als erster Seite

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke –
Christian Albrecht, Die Linke: Hier, hier! –
Torsten Koplin, Die Linke:
Es geht um Ihre Rede hier. –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke –
Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

auf diesem Ausschussbeschlusstext, auf diesem Bericht gedacht haben.

(Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht um die Aussprache jetzt.)

Das ist das Allererste. Das haben wir einstimmig gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht doch um Ihre Aussage hier.)

Und das lasse ich mir von Ihnen hier auch nicht nehmen. Und ich lasse mir von Ihnen auch nicht in den Mund legen,

(Christian Albrecht, Die Linke:
Doch, doch.)

dass jedes Opfer zu viel ist und wir auch mit jedem Opfer, das wir das beschämt sehen, was da passiert ist.

(Zuruf von Christian Albrecht, Die Linke)

Das lasse ich mir von Ihnen hier nicht in den Mund legen.

(Enrico Schult, AfD: So ist es. –
Christian Albrecht, Die Linke: Dazu muss
man Sie erst zwingen, so etwas zu sagen. –
Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Ihre Fraktion war es, die kein Personal vorhalten konnte, das überhaupt eine Sicherheitsüberprüfung bekommen hat, indem dort überhaupt Akten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –
Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Akten, um die es wirklich geht, zur Kenntnis genommen werden durften. Ich möchte mich …

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Also ich frage mich wirklich: Worauf fußt eigentlich Ihre parlamentarische Arbeit, worauf fußt eigentlich Ihr Aktenstudium?

(Michael Noetzel, Die Linke: Auf allen Akten,
die öffentlich sind. Auf allen Akten,
über die wir auch reden dürfen. –
Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Konnten Sie das überhaupt zur Kenntnis nehmen, was hier tatsächlich Phase ist?

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Und dann würden Sie nämlich ganz klar feststellen, dann hätten Sie ganz klar entnommen, dass das BKA, dass die Staatsanwaltschaft des Generalbundesanwaltes, dass alle die, dass der Verfassungsschutz, alle die negiert haben. Und ich habe es in jeder Sitzung, jeden Beamten, der hier war, gefragt: Wie sieht es aus mit Leichensäcken? Wie sieht es aus mit Todeslisten? Wie sieht es aus mit Safe-Häusern? Alles Fragen, die ich mir ja von Ihnen erwünscht hätte, ne.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Es gibt Quittungen, es gibt Quittungen.
Für die Leichensäcke gibt es Quittungen.)

Nichts, gar nichts! All das habe ich gefragt.

(Michael Noetzel, Die Linke: Abgerechnet,
sogar der Kauf von Leichensäcken.)

Also werfen Sie mir nicht vor, dass ich keine seriöse Aufklärung betrieben habe!

(Michael Noetzel, Die Linke: Doch!)

Das hätten Sie vielleicht tun sollen,

(Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

weil Sie wollten diesen Untersuchungsausschuss. Und es ist nichts passiert, außer jetzt ein Wahlkampfgetöse, dass Sie den Rechtsextremismus wieder brauchen, weil Sie einfach wehrlos sind

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und Die Linke –
Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch hier der Wahlkampf. –
Der Abgeordnete Dr. Daniel Trepsdorf
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

und keine andere Möglichkeit mehr haben, überhaupt noch ein politisches Profil in diesem Land zu entwickeln.

(allgemeine Unruhe –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Christian Albrecht, Die Linke: Hören Sie sich noch? –
Glocke der Präsidentin)

Das ist doch die Realität.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –
Christian Albrecht, Die Linke: Ekelhaft!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der CDU Frau von Allwörden.

(Zuruf von Christian Albrecht, Die Linke)

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als

wir den 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den NSU-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern unvollendet abgeschlossen haben, stand für mich eine Erkenntnis fest: Unser Land war kein unbeteiligter Zuschauer des NSU-Komplexes. Wir haben den Mord an Mehmet Turgut in Rostock, eines der NSU-Verbrechen, welches unmittelbar in Mecklenburg-Vorpommern begangen wurde, aufgearbeitet. Wir haben dem NSU zugerechnete Banküberfälle in Stralsund untersucht. Wir haben Verbindungen des NSU-Umfeldes in die rechtsextremistischen Netzwerke unseres Landes, zu Blood and Honour, zum Weissen Wolf und zu weiteren Akteuren der Szene beleuchtet. Wir haben zugleich untersucht, wie Sicherheits- und Ermittlungsbehörden gehandelt haben, welche Erkenntnisse vorhanden waren, welche Hinweise nicht zusammengeführt wurden und warum rechtsextremistische Tatmotive über Jahre nicht mit der notwendigen Konsequenz verfolgt wurden. Und am Ende haben wir festgestellt, viele Fragen konnten wir beantworten, aber eben längst nicht alle.

Der damalige Ausschuss hat deshalb ausdrücklich empfohlen, die Aufklärungsarbeit in der folgenden Wahlperiode, also in dieser Wahlperiode, fortzusetzen. Der Auftrag des heutigen Ausschusses knüpft genau daran an, offene Fragen zu beantworten, Erkenntnislücken zu schließen und zur Wahrheit beizutragen. An diesem Anspruch muss sich auch der heute vorliegende Bericht messen lassen.

Für die CDU-Fraktion steht dabei eines außer Frage: Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind gerade auch in unserem Bundesland die größten Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. Dass die CDU diesen Kampf nicht nur fordert, sondern in Regierungsverantwortung auch geführt hat, zeigt sich in den Vereinsverboten der vergangenen Jahre. CDU-geführte Innenminister haben in Mecklenburg-Vorpommern die Mecklenburgische Aktionsfront, den Schwarze Schar MC sowie die Nationalsozialisten Rostock mit ihrem Baltik Korps verboten. Und auf Bundesebene wurde mit dem Verbot von Combat 18 ein klares Zeichen gegen rechtsterroristische Strukturen gesetzt.

Gerade weil wir Rechtsextremismus und -terrorismus mit aller Entschlossenheit bekämpfen, erwarten wir, dass die parlamentarische Aufarbeitung diesem Anspruch gerecht wird. Sie muss sich an der Beweisaufnahme orientieren und darf nicht nachträglich politisch überformt werden.

Und genau deshalb enthält sich die CDU-Fraktion heute bei der Abstimmung über diesen Abschlussbericht, nicht, weil wir die Arbeit des Ausschusssekretariates geringschätzen oder nicht einverstanden sind, ganz im Gegenteil. Und deshalb möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich für die geleistete Arbeit bedanken.

Der ursprüngliche Entwurf des Ausschusssekretariats war ein sachlicher, auf der Beweisaufnahme beruhender Bericht. Er hat die Ergebnisse der Beweisaufnahme nüchtern dokumentiert, ohne Institutionen und handelnde Personen pauschal zu verurteilen. Diesen Grundcharakter tragen wir ausdrücklich mit. Aber dieser Bericht liegt uns heute in dieser Form eben nicht mehr vor.

Die Fraktionen von SPD, Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben über hundert Änderungen vorgenommen, und diese Änderungen haben den Charakter des Berichtes verändert, systematisch erkennbar und aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Dabei zeichnen sich drei Muster, nachdem der ursprüngliche Bericht geändert wurde, und ich möchte das an drei konkreten Beispielen zeigen, drei Beispiele, die stellvertretend stehen für das, was diese Änderungsanträge im Kern bezwecken. Lassen Sie mich hier also nun die Beispiele nennen:

Erstes Beispiel ist, Relativierung durch Einschub. Im Berichtsentwurf hieß es früher: „Der Vorgängerausschuss NSU I stellte fest, dass die Ermittlerinnen und Ermittler … zwar versuchten, alle Ermittlungsrichtungen offen zu halten und jeder greifbaren Spur nachzugehen.“ Das ist eine Feststellung des Ausschusses, gestützt auf Zeugenaussagen, auf Akten, auf das gesamte Ergebnis der Beweisaufnahme. Was machen die Koalition und die GRÜNEN? Sie fügen dazu „laut ihrer Vernehmungsaussagen“, drei Wörter, aber was sie bewirken, ist eben eindeutig. Aus einer Feststellung des Ausschusses wird eine subjektive Behauptung der Zeugen. Der Einschub suggeriert, ja, das haben sie so gesagt, aber ob es auch so war, steht auf einem anderen Blatt.

(Michael Noetzel, Die Linke: Richtig, genau so!)

Ein Untersuchungsausschuss hat die Pflicht, Beweise zu würdigen und Feststellungen zu treffen.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Das haben wir gemacht.)

Er kann nicht hinterher Zeugenaussagen bewerten nach dem Motto: Dem glauben wir nicht, den anderen aber schon. Und wenn er ihnen nicht glaubt,

(Michael Noetzel, Die Linke: Es geht nicht um
Glaubwürdigkeit. Das steht im Bericht
genau so drin, da steht nur, dass
es aus Sicht der Zeugen ist.)

muss er das begründen und nicht durch einen relativierenden Einschub, der alles in der Schwebe lässt.

An einer anderen Stelle des Berichtsentwurfes heißt es: „Die Ermittlerinnen und Ermittler legten einen Schwerpunkt auf mögliche Verbindungen von Mehmet Turgut in das Drogenmilieu“. Das Wort „mögliche“ beschreibt den damaligen Ermittlungsumstand. Unstreitig ist heute, dass die Ermittlungen eben nicht zum Täter führten und die Morde vom rechtsterroristischen NSU begangen wurden. Ebenso steht außer Frage, dass rechtsextremistische Tatmotive damals nicht mit der notwendigen Konsequenz verfolgt wurden. Das gehört zur Wahrheit und muss benannt werden.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Ermittlungsbehörden den damaligen Spuren nachgingen, die aus den ihnen vorliegenden Erkenntnissen sich auch ergaben. Genau diesen damaligen Ermittlungsstand dokumentiert der Bericht. Die Fraktionen von SPD, Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ersetzen nun das Wort „mögliche“ durch „unterstellte“. Dabei ist „unterstellte“ kein neutraler Begriff. Er bewertet nicht nur das Ergebnis der Ermittlungen,

(Horst Förster, AfD: Richtig!)

sondern auch die Motivation der damaligen Ermittler.

(Michael Noetzel, Die Linke: Richtig!)

Aus unserer Sicht sollte ein Untersuchungsausschuss genau das eben nicht tun. Er sollte den damaligen Ermittlungsstand vollständig und nachvollziehbar darstellen und zugleich deutlich machen, welche Schlussfolgerungen sich im Nachhinein als falsch erwiesen haben. Nur so wird Aufarbeitung ihrem Anspruch gerecht, weder zu beschönigen noch nachträglich zuzuspitzen, sondern den Sachverhalt so darzustellen, wie ihn die Beweisaufnahme trägt.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Sagen Sie mal, welche Anhaltspunkte
es gab für die Ermittlungen.)

Und das letzte Beispiel: Im Berichtsentwurf stand, dass sich andeutete, dass möglicherweise Bezüge ins Drogenmilieu und zur organisierten Kriminalität bestanden und dass unter anderem ein Hinweis der Abteilung Verfassungsschutz zu weiteren Ermittlungen in dieser Richtung führte. Die Änderungsansätze ersetzen das durch: Die Ermittlungen hätten sich fast ausschließlich darauf konzentriert, Spuren im Drogenmilieu zu konstruieren, und das sei durch eine Fehlannahme verstärkt worden. „Konstruieren“ und „Fehlannahme“, das sind keine Feststellungen der Beweisaufnahme, das sind rückwirkende politische Urteile über Beamtinnen und Beamte, die unter den Bedingungen der frühen 2000er gearbeitet haben, ohne zu wissen, was wir heute wissen. Aufarbeitung bedeutet Wahrheit, nicht Deutungshoheit.

Aber das ist nicht alles, was die SPD, Linke und die GRÜNEN an dem Bericht in ihrem Sinne verändert haben. Auf elf Seiten formulieren sie Empfehlungen, die Kritik ohne Maßstab beinhalten. Einige von denen sind längst überholt und einige nicht mehr zeitgemäß.

Ja, wir stimmen zu, dass rechtsextremistische Tatmotive konsequent geprüft werden müssen, dass die Zusammenarbeit zwischen Behörden gestärkt gehört, dass Betroffene besser unterstützt werden sollen. Das trägt die CDU-Fraktion mit. Und es hat Defizite gegeben, der Bericht benennt sie auch. Im Nordkreuz-Komplex wurde die Möglichkeit eines Organisationsdeliktes nicht ausgeschöpft, allerdings durch die Bundesanwaltschaft als zuständige Bundesbehörde, nicht durch die Landesbehörde. Aber ein erheblicher Teil der Empfehlungen im Bericht richtet sich gegen die Landespolizei und den Verfassungsschutz des Landes mit einem Ton, der mit dem tatsächlich festgestellten Sachverhalt nicht vereinbar ist. Aus diesem Grund enthalten wir uns zu diesem Bericht.

Schauen Sie sich die EG „Hai“ an, die spezialisierten Ermittlungsgruppen des LKA, die den Nordkreuz-Komplex akribisch aufgearbeitet hat. Sie hat als eine der wenigen Einheiten sämtliche Chatprotokolle vollständig ausgewertet, im Unterschied zum Bundeskriminalamt, das lediglich eine Stichwortsuche durchführte. Es ist erstaunlich, wie abgeschottet, präzise und professionell die Gruppe gearbeitet hat. Auch das gehört zur Wahrheit über die Arbeit unserer Ermittlungsbehörden. Der Leiter dieser Gruppe hat im Ausschuss ausgesagt, dass er für eine Ausweitung der Ermittlungen auf den Tatbestand der terroristischen Vereinigung plädiert hat, gegenüber der Bundesanwaltschaft, gegenüber der Staatsanwaltschaft Rostock. Der Wille war da, und die Kompetenz war ebenso da.

Die NSU-Morde und die Nordkreuz-Netzwerke erschüttern das Vertrauen in unsere Institutionen. Seitdem ist aber viel passiert – bei der Polizei, beim Verfassungsschutz, nicht nur in unserem Land, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Deshalb sind viele der Empfehlungen obsolet, weil sie schon längst Realität sind. Zum anderen produzieren diese Empfehlungen an anderen Stellen viel Bürokratie, Bürokratie, die mehr Kontrolle der Polizei und Verfassungsschutzbehörden dienen soll, mehr Berichte der Evaluierung, wissenschaftliche Forschung. Misstrauen soll nicht die Konsequenz und unsere Lehre aus dem Komplex um NSU und Nordkreuz sein. Unsere Aufgabe besteht darin, das Vertrauen in unsere Institutionen zu stärken, und zwar jeden Tag. Das ist die beste Demokratieförderung, weil sie dann gelebt wird.

Wenn wir heute Empfehlungen formulieren, die mehr Fortbildung, mehr Spezialisierung, mehr Dokumentation, mehr Supervision und mehr Austausch fordern, dann ist das richtig. Aber dann müssen wir auch die Konsequenz daraus ziehen, denn diese Anforderungen kosten. Sie brauchen Stellen, sie brauchen Haushaltsmittel, sie brauchen politische Entscheidungen, die weit über den Ausschuss hinausgehen. Empfehlungen ohne Ressourcen sind Erwartungen ohne Grundlage. Das hilft weder Betroffenen noch den Behörden.

Jetzt ist meine Redezeit leider schon zu Ende, aber ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Es liegt noch eine Kurzintervention durch Herrn Noetzel vor.

Michael Noetzel, Die Linke: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kollegin, ich möchte kurz auf die Kritik eingehen, die Sie an unserem Änderungsantrag hier vorgetragen haben. Sie haben ja selber gesagt, hundert Änderungsvorschläge, ich möchte das einmal kurz einordnen. Bei hundert Änderungsvorschlägen, ja, knapp 3.100 Seiten, mehr als 1,2 Millionen Wörter – bei den Änderungsanträgen an sich handelt es sich schon, sind wir im Promillebereich. Die können diesen Bericht überhaupt nicht tatsächlich im Grundcharakter ändern.

Sie haben gesagt, Einschübe wie aus Sicht des Zeugen würden diesen Grundcharakter ändern. Das ist falsch. Sie selber waren doch Vorsitzende des Ausschusses in der letzten Legislatur. Was haben Sie gemacht? Sie haben jeden Zeugen darauf hingewiesen, dass er bitte nur darüber berichtet, was seine eigenen Wahrnehmungen sind. Und wenn wir im Feststellungsteil einmal präzisieren, dass das, was dort steht, aus Sicht der Zeugen stattgefunden hat und eben gerade noch keine Tatsachen sind, weil wir das noch nicht feststellen konnten, dann ist das eine Präzisierung, die aus meiner Sicht selbstverständlich ist und keine Änderung des Grundcharakters.

Sie haben weiter kritisiert, dass wir einzelne Passagen gestrichen haben. Ja, das haben wir. Aber warum? Wenn Sie sich diese Passagen durchgelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt …

Ann Christin von Allwörden, CDU: Habe ich.

Michael Noetzel, Die Linke: Ja und, wo kommen die her? Die stehen alle genau so im Zwischenbericht. Das heißt, es ist überhaupt nichts, was nicht irgendwie unterdrückt werden soll oder was auch immer, sondern die

gibt es bereits öffentlich, aber brauchten wir eben nicht in dem Endbericht.

Und ja, wir sind sehr sensibel umgegangen mit Aussagen, von denen wir wissen, dass sie falsch sind, und von denen wir wissen, dass sie die Familien und Betroffenen nur weiter stigmatisieren. Ja, die Polizei hat ellenlose Ermittlungen geführt in Richtung Geldwäsche bei dem Imbissbetreiber – mit null Ergebnis. Und wir wissen auch, dass es keine Anhaltspunkte gab. Und wir wissen auch, dass es keine Ergebnisse gab, nicht mal Zufallsfunde.

Und Sie sagen, Sie schreiben, dass Ermittlungen im Drogenmilieu geradezu geboten gewesen wären. Nein, waren sie nicht. Wir haben jede Seite des …

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, ich weise darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen ist.

Frau Abgeordnete, möchten Sie darauf erwidern?

Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja, das möchte ich natürlich.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Also zunächst habe ich versucht, anhand der Beispiele Ihnen klarzumachen, dass die Dinge nicht Feststellungen relativieren, also dass die Änderungen, die Sie vornehmen, Feststellungen relativieren oder in eine andere Deutungshoheit geben. Das tun Sie, Sie haben dazu eine andere Meinung, das ist legitim, können Sie haben, aber ich habe dazu meine. Und ich lese daraus, was Sie daraus gemacht haben mit den Veränderungen, einen ganz anderen Kontext. Und wenn Sie Dinge streichen, die ich für wichtig empfunden hätte, weil sie da reingehören, dann frage ich mich schon, warum Sie die streichen. Und das kann man auch erkennen, warum Sie die streichen, weil die nicht in Ihr Bild gepasst haben,

(Beifall Horst Förster, AfD)

und nicht, weil es schon woanders gestanden hat, Herr Noetzel, das ist Unfug. Das ist einfach Unfug, denn das Ausschusssekretariat hat sehr präzise da gearbeitet und hat sehr genau geschaut, was wichtig ist und was richtig ist und was da reingehört. Es sei denn, Sie möchten gerne unterstellen, dass das anders ist.

Jetzt habe ich vergessen, Sie hatten mir so viel vorgeworfen, was Sie mir noch vorgeworfen hatten. Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Minister hat es hier genauso aufgezeigt, wie ich es auch aufgezeigt habe. Es sind mit Ermittlungsansätzen …, Ermittlungsansätze wurden aufgegriffen und denen wurde nachgegangen. Und dass es auch Hinweise gegeben hat in Richtung Rechtsextremismus, ist auch unstrittig. Das habe ich in meiner Rede auch gesagt. Dem wurde nachgegangen, und dann wurde aber kein weiterer Ermittlungsanfasser gefunden, es wurde ganz konkret nachgelegt.

Dass wir damit nicht zufrieden sind, ist doch nicht die Frage, aber dass Sie der Polizei daraus einen Vorwurf machen, ist eine andere Frage. Und dass aber heute aus diesen Ermittlungen, die damals so gelaufen sind, wie sie gelaufen sind, mittlerweile Erfahrungswerte in die jetzige Ermittlungsarbeit eingeflossen sind, das ist ja nur gut. Natürlich ist es schlimm, dass die damals nicht dagewesen sind. Die Polizisten, die wir vernommen haben, die haben alle, alle durch die Bank weg, die ganzen Ermittler, durch die Bank weg bedauert, dass es so gelaufen ist, wie es gelaufen ist und dass sie den Tätern nicht auf die Spur gekommen sind. Das ist doch hier überhaupt gar nicht die Frage.

(Der Abgeordnete Michael Noetzel
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Die Frage ist aber, ob es richtig ist, dass Sie den Beamten unterstellen, dass sie falsch ermittelt haben. Sie haben nicht falsch ermittelt. Das ist einfach nicht richtig. Und das möchte ich an dieser Stelle einfach klarstellen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der AfD, CDU und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Herr Noetzel.

Michael Noetzel, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte Mustafa Turgut hier an der heutigen Debatte teilnehmen. Leider musste er aus persönlichen Gründen kurzfristig absagen, aber wir senden ihm die herzlichsten Grüße und wünschen ihm und seiner Familie nur das Beste.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Gruppe der FDP, Petra Federau, AfD,
und Christiane Berg, CDU)

Mustafa, der Bruder des vom NSU ermordeten Mehmet Turgut, war in der vergangenen Legislatur auch im Untersuchungsausschuss und hat dort bewegende Worte an uns gerichtet. Insofern wäre es eine gute und passende Gelegenheit gewesen, jetzt auch Worte an ihn zu richten, Worte der Notwendigkeit, die ich mir allerdings nie gewünscht hätte, denn mit der heutigen Debatte bringen wir neun Jahre parlamentarische Aufarbeitung zur Terrorserie des NSU und zu den Aktivitäten weiterer rechtsterroristischer und militant rechter Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern zu einem vorläufigen Abschluss.

Ich kann für meine Fraktion und natürlich für meinen Vorgänger Peter Ritter, den ich von hier aus sehr herzlich grüßen möchte, auch für mich sagen, die Schicksale, die sich hinter diesen Taten verbergen, waren und sind wesentlicher Antrieb unserer Arbeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechte Gewalt drückt sich nicht … Rechte Gewalt drückt sich für einige vielleicht in erster Linie alljährlich in abstrakten Zahlen der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik aus, aber dahinter stehen Lebensgeschichten und biografische Brüche von Menschen. Menschen, die unschuldig zum Ziel schwerster, zum Teil tödlicher Attacken wurden, einfach weil sie nicht in das Weltbild rechtsradikaler Täter passten.

Ich habe es immer als unsere Aufgabe und auch als Aufgabe des Untersuchungsausschusses begriffen, die-

se Schicksale sichtbar zu machen. Ich denke, das ist uns ein Stück weit mit diesem Abschlussbericht gelungen, und dafür danke ich allen, die sich konstruktiv an diesem Ausschuss beteiligt haben.

Meine Damen und Herren, mit der heutigen Debatte endet auch der vorerst letzte Untersuchungsausschuss, der sich mit den abscheulichen rassistischen Terrortaten des NSU, seinem Unterstützungsnetzwerk sowie dem Versagen der Sicherheitsarchitektur im gesamten Bundesgebiet befasste. Warum vorerst?

Erstens, weil es keinen Schlussstrich unter den NSU-Komplex geben kann.

Und zweitens, weil ich immer noch hoffe, dass sich die Hamburger Bürgerschaft nach Jahren des Aussitzens doch noch ihrer Verantwortung bewusst wird und auch dort einen Untersuchungsausschuss einrichtet, anstatt sich weiter hinter Feigenblattgremien zu verstecken.

Mit beidem, sowohl dem Aussitzen als auch Scheinaufklärungsgremium, kennen wir uns hier leider aus. Aber ich kann mit dem heutigen Tag und mit Blick auf diese Tausenden Seiten Abschlussbericht sagen, es ist nie zu spät für Aufklärung.

Meine Damen und Herren, es war richtig und wichtig, dass selbst noch im April 2018, also mehr als sechs Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU, hier ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet wurde. Und es war genauso richtig, diese Arbeit hier in dieser Legislatur fortzusetzen. Der Ausschuss konnte deutlich herausarbeiten, dass die hiesigen Ermittlungsbehörden über Jahre hinweg starrsinnig den gleichen Fehlannahmen folgten, wie es auch im Rest der Republik zu beobachten war. Ein rechtes Tatmotiv war in den Denkmöglichkeiten einfach nicht ernsthaft vorhanden. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Ausdruck dieser Haltung war der Entwurf einer Pressemitteilung aus der Mordkommission Rostock. Darin hieß es bereits eine Woche nach dem Mord an Mehmet Turgut: „Ein ausländerfeindlicher Hintergrund kann derzeit ausgeschlossen werden.“ Derzeit, hin oder her, kein weiteres Tatmotiv konnte oder wollte man laut dieser Mitteilung ausschließen, nur ein rechtes.

Während sich die Haltung nach Jahren des Irrlaufens in anderen Dienststellen durchaus änderte, hielt man in MV weiter an dieser Fehldeutung fest. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Es hätte jedoch Anhaltspunkte gegeben, um in Richtung eines rechten Tatmotivs zu ermitteln. Wir wissen von rassistischen Übergriffen auf den Betreiber des Imbisses. Wir kennen zehn Vernehmungen, in denen die Zeugen angaben, dass es doch nur Skinheads oder Ausländerhasser gewesen sein könnten.

Das Problem, diese Hinweise kamen vermutlich von falschen Personen, nämlich aus dem persönlichen Umfeld von Mehmet Turgut. Geglaubt wurde ihnen nicht. Dagegen reichte ein vager, fragwürdiger und schlussendlich nicht bestätigter Hinweis aus dem Landesverfassungsschutz aus, um eine jahrelange Ermittlungsmaschinerie mit unzähligen Ermittlungsmaßnahmen in Richtung Drogenkriminalität in Gang zu setzen. Deutsche Ermittler flogen selbst in die Türkei, um Bekannte und Nachbarn der Familie Turgut zu befragen. Es ging immer nur um angebliche kriminelle Geschäfte, die die Ursache des Mordes gewesen sein müssen. Diese Gerüchte breiteten sich schnell in dem kleinen Dorf aus. Die Familie wurde sozial geächtet, irgendwann hielten sie es nicht mehr aus und verließen ihre Heimat. Dass es purer rassistischer Menschenhass war, dem Mehmet Turgut zum Opfer fiel, konnte und wollte niemand mehr glauben. Die Eltern verloren erst durch die Nazis ihren Sohn und durch die Ermittlungsbehörden ihr soziales Umfeld. Diese Tatsache wiegt besonders schwer und ist durch nichts wiedergutzumachen.

Und ich möchte mich hierfür auch in aller Form bei den Angehörigen Mehmet Turguts und auch bei Haydar Aydin entschuldigen. Das Land trägt hierfür Verantwortung und dieser Verantwortung stellen wir uns.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Noah Böhringer, FDP)

Um dies zu unterstreichen, haben wir gemeinsam mit der SPD einen Entschädigungsfonds auf den Weg gebracht, und auch dafür möchte ich den Kolleginnen und Kollegen hier im Haus danken.

Meine Damen und Herren, durch Vernehmungen im NSU-Untersuchungsausschuss traten zudem weitere erhebliche Versäumnisse zutage. So lagen aufgrund eines folgenschweren Missverständnisses die Ermittlungen hier im Land über Jahre brach. In der Mordkommission ging man davon aus, dass das BKA die Ermittlungen übernommen habe. Ein Trugschluss, wie sich erst 2006 mit der Einrichtung der Soko im LKA herausstellte. Grundlegende Ermittlungsarbeit musste aufwendig nachgeholt werden, wenn dies überhaupt noch möglich war.

Versäumnisse traten auch bei der Behandlung der Naziszene zutage. Der sozialarbeiterische Umgang der MACs mit rechtsradikalen Skinheads um die Jahrtausendwende herum hat schon fast anekdotischen Charakter – erstklassige Realsatire, wenn die Folgen nicht so verheerend gewesen wären.

In den 2000er-Jahren und darüber hinaus hatte Mecklenburg-Vorpommern alles zu bieten, was das braune Herz begehrt. Neonazistische Erlebniswelten gehörten in vielen Regionen zum Alltag: ungestörte Hasskonzerte, Aufmärsche, Kneipenabende, Parteiveranstaltungen. Und von hier aus vernetzten sich die Neonazis ins gesamte Bundesgebiet, unter anderem auch nach Sachsen und Thüringen, ins unmittelbare Umfeld der NSU-Mörder und ihrem Unterstützungsumfeld.

Wir müssen nach den Untersuchungen im Ausschuss davon ausgehen, dass das abgetauchte Kerntrio auch aus Mecklenburg-Vorpommern heraus unterstützt wurde, ideell wie finanziell. Gemeinsame Konzerte und Treffen zwischen den Blood-and-Honour-Strukturen aus Rostock und Chemnitz kurz nach dem Abtauchen sind ein mehr als starkes Indiz.

Dass tiefbraunen Seilschaften – und auch das ist das Ergebnis des Untersuchungsausschusses –, diese tiefbraunen Seilschaften wurden nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 jedoch nicht genügend aufgearbeitet. Die Ermittlungen zum Unterstützerumfeld waren geprägt von der verengten Triothese des Generalbundesanwalts. Falls es Impulse aus dem Land gab, in diese oder jene braune Ecke mal genauer zu schauen, trat die Bundesebene auf die Bremse. Man betreibe schließlich keine Historienforschung, Akte geschlossen.

Die Nachermittlungen zum NSU-Komplex waren geprägt von nüchternen Datenbanken-Recherchen. Wenn ein Ergebnis ausgespült wurde, wurde es gemeldet, wenn nicht, dann nicht. Ob und an welcher Stelle Puzzlestücke zusammengelegt wurden, bleibt ein Geheimnis. Und es lagen genügend Puzzlestücke auf dem Tisch. Das ist unbestritten.

Und auch die NSU-Untersuchungsausschüsse hier im Landtag haben neue, bislang unbekannte Teile zutage gefördert. Ich erinnere an die tiefgreifenden Verbindungen des ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Hans Günter Eisenecker zum NSU-Kerntrio, auch nach dem Abtauchen 1998. Ich erinnere an den ersten und bislang einzigen bekannten öffentlichen Gruß an den NSU aus dem Jahr 2002 in der Neonazizeitschrift „Der Weisse Wolf“ hier aus Mecklenburg-Vorpommern. Ich erinnere an die bislang unbekannten vermeintlichen NSU-Kürzel in der sogenannten Konzertscheune in Salchow, wo Personen aus dem NSU-Unterstützerumfeld noch im Mai 2011 gemeinsam feierten. Ich erinnere an den möglichen Ursprung der sogenannten NSU-NSDAP-CD, auch hier im Nordosten. Und über jedes einzelne Kapitel dieses NSU-Komplexes könnte man Stunden referieren.

Es ist klar, dass ich an dieser Stelle das nicht machen kann. Aber ich lege jedem den Bewertungsteil des Ausschusses im Bericht ans Herz. Wer behauptet, das hätte doch alles nichts gebracht, hat schlicht das Thema nicht verstanden oder will bewusst relativieren. Ich bleibe dabei, es kann und darf keinen Schlussstrich unter den NSU-Komplex geben. Das zeigt der derzeit in Dresden stattfindende NSU-Prozess gegen eine mutmaßliche Unterstützerin des Kerntrios. Weitere Neonazis dürften sich hingegen freuen, da ihre Taten längst verjährt sind.

Fakt ist, das Versprechen der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel nach rückhaltloser Aufklärung und der konsequenten Verfolgung aller Helfer und Helfershelfer wurde nicht erfüllt. Zu viele Fragen sind nach wie vor unbeantwortet. Ich werbe in diesem Zusammenhang sehr für unseren Entschließungsantrag, um die Akten zu diesem Komplex langfristig zu sichern, damit diese Teil der weiteren Aufarbeitung sein können.

Meine Damen und Herren, weil sich der erste Ausschuss hier im Land noch nicht mit all diesen Fragen beschäftigen konnte, auch weil wichtige Akten nicht geliefert wurden und diese bis zur Unkenntlichkeit geschwärzt waren, war es richtig, die Arbeit in der Legislatur fortzusetzen, und es war auch richtig, den Fokus zu erweitern.

Das NSU-Netzwerk ist verantwortlich für die verheerendste rassistische Terrorserie, ohne Frage. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass rechter Terror zum einen eine lange Geschichte hat und zum anderen auch mit der Selbstenttarnung des NSU kein Ende fand. Ich denke, viele hier können sich an den August 2017 erinnern, als das Nordkreuz-Netzwerk ausgehoben wurde. Das vielleicht Schockierendste: Keine dumpfen Nazi-Skinhead-Schläger standen im Fokus der Razzia, sondern vermeintlich ganz normale Nachbarn hinter einer gutbürgerlichen Fassade und teils mit Beamtenstatus.

Es war erschreckend und im Grunde unzweifelhaft, was bei den Durchsuchungswellen in diesem Umsturz-Netzwerk aufgefunden wurde. Die Feindeslisten, Waffen, Munition und Leichensäcke bestätigten allem Anschein nach das, was der Generalbundesanwalt selbst befürchtete, und zwar, dass, Zitat, „die Beschuldigten den von ihnen befürchteten Krisenfall als Chance gesehen haben, Vertreter des politisch linken Spektrums festzusetzen und mit ihren Waffen zu töten“. Bingo! Ein voller Erfolg, sollte man meinen. Ein internes Kassenbuch und die sichergestellten Chats belegen sogar schwarz auf weiß die Netzwerkstruktur und das arbeitsteilige Vorgehen im Netzwerk.

Das jedoch, was dann geschah, konnten oder wollten nicht mal die Vertreter des Generalbundesanwalts im Untersuchungsausschuss erklären, denn anstatt die Terrorermittlungen auf diese Vereinigung auszuweiten, beharrte die oberste Strafverfolgungsbehörde des Bundes entgegen allen Erkenntnissen und entgegen der Überzeugung von allen weiteren beteiligten Behörden auf ihrer These der angeblichen Einzeltäter. Und das ist der eigentliche Skandal in diesem ganzen Komplex.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Noah Böhringer, FDP –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Genauso sieht es aus.)

Die Vertreterinnen und Vertreter der Staatsanwaltschaft Schwerin und des Landeskriminalamts, die penibel ermittelten, selbst die Zeugen des Bundeskriminalamtes waren überzeugt von dem Terrornetzwerk, das hinter den Tag-X-Planungen stand. Wir wissen unter anderem auch aus den Chats, dass deutlich mehr als die zwei Beschuldigten von den Feindeslisten wussten, Namen zulieferten und dies mit Kommentaren für später, „für meinen 9 x 19“ garnierten. Gemeint ist das Waffenkaliber, mit dem die Betroffenen getötet werden sollten. Über den Kopf des Nordkreuz-Netzwerkes, gegen den Generalbundesanwalt irrsinniger… nie ermittelte und der nur als Zeuge geführt wurde, sagte ein leitender LKA-Ermittler: Der „hatte den Finger schon am Abzug“.

Doch befürchten mussten die Tag-X-Fanatiker nichts. Sie profitierten von einer Kultur der Straflosigkeit. Und somit gab es für einige aus dem Netzwerk offenbar auch keinen Grund, mit ihren Aktivitäten aufzuhören. Die Ermittlungsführung des GBA war nicht nur sachlich abwegig, sondern sie gibt solchen Umstürzlern und Mordfantasien einen Freibrief. Das halte ich für grob fahrlässig, welche Gründe da auch immer für herhalten müssen.

Meine Damen und Herren, ich habe es eben kurz erwähnt, die Ermittlungen nach der Aufdeckung des Netzwerkes liefen hier im Land nahezu vorbildlich. Im LKA ermittelte eine abgeschottete Einheit, nichts sollte nach außen dringen. Dort wurden unter immensem Aufwand jede Chatnachricht gelesen und jede aufgefundene Patrone ausgewertet. Eigenständige Ermittlungsverfahren, unter anderem gegen weitere SEK-Angehörige, waren die Folge. Das möchte ich ausdrücklich positiv erwähnen.

Wir müssen aber auch zu dem Ergebnis kommen, dass im LKA MV der Nordkreuz-Komplex hätte vielleicht verhindert werden können, Jahre, bevor es zu den Durchsuchungen kam, wenn man dort aufmerksamer und konsequenter mit Hinweisen auf die rassistische und NS-verherrlichende Gesinnung von Marko Groß umgegangen wäre. Diese lagen seit 2009 schriftlich vor und gleich mehrere Vorgesetzte beschäftigten sich mit den Vorgängen rund um die Reichskriegsflagge in der heimischen Garage, NS-verherrlichenden Aussagen gegenüber Polizei-

kollegen und einschlägiger Literatur über Wehrmachtsmörder, die er mit in die Dienststelle gebracht haben soll. Das Fatale, nach jeder Meldung standen die Hinweisgeber als Nestbeschmutzer da, und Marko Groß konnte ungehindert weiter im Polizeidienst aufsteigen und er konnte weiter Gleichgesinnte um sich scharen. Hier hat ein ganzes Kontrollsystem versagt.

Das darf sich nicht wiederholen, und das müssen wir aus diesem Komplex mitnehmen. Wir brauchen aufmerksame Beamte, wie es sie ja gab, die den Mund aufmachen. Solchen Beamtinnen und Beamten müssen und wollen wir den Rücken stärken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und wir brauchen Mechanismen, um solche braunen Schafe aus dem Dienst zu entfernen. Es kann nicht sein, dass es sieben Jahre braucht, bis der Nordkreuz-Beschuldigte und Polizist Haik Jaeger aus dem Dienst entfernt wurde, sieben Jahre, in denen er weiter Bezüge bekam, die ihm seinen Lebensunterhalt als AfD-Politiker finanzierten. Das kann und darf sich eine wehrhafte Demokratie nicht gefallen lassen. Hier müssen wir Hebel finden, um so etwas zu unterbinden.

Meine Damen und Herren, insbesondere die bilateralen Chats unter den Nordkreuz-Mitgliedern trieften nur so von Rassismus, Antisemitismus und NS-Verherrlichung. Diese Menschenverachtung ist die Triebfeder solcher Netzwerke und solche Einstellungsmuster gehen wie die Aktenzeichen weit über die Nordkreuz-Kerngruppe hinaus. Die Mitglieder standen im stramm rechten Kontakt zu Schießplatzbetreibern, Reservisten, Polizeikollegen und selbst bis in die Richterschaft hinein. Das ist besonders erschreckend, denn jeder Post belegt die ablehnende feindliche Haltung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Jeder Post ist ein Bruch des Eides, den sie geschworen haben. Und viele der Beteiligten sind wie selbstverständlich weiter im Dienst oder sprechen nach wie vor vermeintlich Recht. Das dürfen wir nicht dulden, meine Damen und Herren!

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe. – Der Abgeordnete Michael Noetzel wendet sich an das Präsidium.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also dann unterbreche ich die Sitzung kurz zur Klärung.

Ich bitte den Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion Die Linke nach vorne.

Unterbrechung: 11:17 Uhr

Wiederbeginn: 11:18 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also nach Rücksprache mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer gehen wir von einem Budget von noch mal fünf Minuten mehr aus. Von daher darf der Herr Noetzel jetzt seine Rede fortsetzen.

Bitte schön, Herr Noetzel!

Michael Noetzel, Die Linke: Die Brandstifter vom rechten Rand zündeln weiter. Eine Erkenntnis aus dem Ausschuss ist auch, dass militante Gruppen häufig eine Begleiterscheinung eines vergifteten Klimas in der Gesellschaft sind. Gruppen wie Oldschool Society oder auch Nordkreuz haben sich im Windschatten rassistischer Massenmobilisierung radikalisiert. Und es wird weitere Gruppen geben, die sich durch die Hetze hier am rechten Rand ermutigt fühlen. Mörderische Netzwerke und Taten entstehen nicht im luftleeren Raum. Das hat die Befassung mit den übrigen Komplexen im Untersuchungsausschuss gezeigt, auf die ich allein aus Zeitgründen hier nicht weiter eingehen kann.

Worauf ich jedoch kurz eingehen möchte, sind die Sondervoten. Die AfD wittert Steuergeldverschwendung und beklagt, dass, Zitat, „der Erkenntnisgewinn gegenüber den Ergebnissen des Vorgängerausschusses sowie gegenüber bereits vorliegenden Berichten des Landesamtes für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern jedoch begrenzt bleibe“. Entschuldigung, aber was für ein Witz! Das macht allein deswegen keinen Sinn, weil der Untersuchungsgegenstand im Vergleich zum Vorgängerausschuss um vier extrem rechte Netzwerke erweitert wurde. Und natürlich fördern die Untersuchungen insbesondere der neuen Komplexe erhebliche und brisante Neuerkenntnisse für das Parlament und die Öffentlichkeit zutage.

Ich kann aber natürlich nachvollziehen, dass mit Blick auf den Nordkreuz-Komplex für die AfD nicht viel Neues dabei war,

(Beifall und Heiterkeit Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

denn so eng wie die Verstrickung zwischen der Partei und dem Umsturz-Netzwerk sind, dürfte die AfD kontinuierlich im Bilde gewesen sein. Nahezu die komplette Führungsriege von Nordkreuz hat Verbindungen zu dieser extremen rechten Partei, ist oder war in ihr organisiert oder übernimmt sogar Ämter und Mandate.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Hört, hört!)

AfD und Nordkreuz sind zwei Seiten derselben demokratiegefährdenden Medaille. Das können Sie hier bestreiten, aber es ist für jeden im Bericht auf den Seiten 1370 bis 1383 nachzulesen.

(Paul-Joachim Timm, AfD: Ja, Ihr Bericht. – Beifall Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Klar gesprochen.)

Ich kann das auch gern an einem Beispiel deutlich machen, das die AfD im Sondervotum selbst aufwirft. Mit Bezug auf die Feindeslisten ist dort festgehalten, ich zitiere: „Die 25.000er-Liste belegt zwar eine bedenkliche Verbreitung von Personendaten in rechtsextremen Kreisen und ihre Einbettung in das Nordkreuz-Umfeld. Der gelbe Ordner hingegen dokumentiert eine individualisierte lokale Feindmarkierung mit konkretem Gewaltpotenzial.“ Mit dieser Feststellung sagt die AfD deutlich mehr über sich selbst aus, als ihr lieb sein dürfte. Die AfD erkennt erst mal, dass die Datensammlungen im Nordkreuz-Kreis durchaus problematisch sind, möchte aber in der Gefährdungsqualität unterscheiden.

So weit, so nachvollziehbar. Jetzt muss man wissen, dass diese 25.000er-Liste, die laut AfD eine bedenkliche Verbreitung von Personendaten in rechtsextremen Kreisen belegt, selbst aus einem AfD-internen WhatsApp-Kanal

den Weg zu den Hauptbeschuldigten fand. Das zumindest schreibt die AfD im Sondervotum selbst zwei Absätze zuvor. Und im gelben Ordner, der die illegal abgerufenen Privatadressen von 27 Personen enthält, sieht die AfD sogar eine „individualisierte, lokale Feindmarkierung mit konkretem Gewaltpotenzial“. Auch da würde ich mitgehen.

Aber wer hat denn seine dienstlichen Zugänge bei der Polizei genutzt, um illegal an diese Adressen zu gelangen? Das AfD-Mitglied Haik Jaeger – individualisierte Feindmarkierung mit konkretem Gewaltpotenzial durch ein AfD-Mitglied. Sind Ihnen Parteiausschlussverfahren bekannt? Mir nicht. Aber was bekannt ist, dass er noch während der Ermittlungen in den parteiinternen Arbeitskreis zur inneren Sicherheit beordert wurde, gemeinsam mit dem Obmann der AfD Paul Timm, im Kreistag von Nordwestmecklenburg sitzt und für die Partei Bürgermeisterkandidat in Neukloster werden sollte. Das sagt alles über die AfD im Nordkreuz-Komplex aus. Das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Punkt!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Noah Böhringer, FDP –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
So siehts aus!)

Alle demokratischen Kräfte sollten auch genau an solche Verquickungen am rechten Rand denken, wenn sie über künftige Kooperationsformate nachdenken.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Ich will einfach noch mal kurz erinnern, dass beide Untersuchungsausschüsse jeweils von vier Fraktionen eingesetzt wurden, in beiden Fällen von regierungstragenden und oppositionellen Fraktionen. Das sagt alles über den einzigartigen Stellenwert dieser Ausschüsse aus. Und diese interfraktionelle und überparteiliche Zusammenarbeit wurde bis zum Ende intensiv gelebt. Dafür danke ich den Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und auch der FDP, die sich bis zum Verlust des Fraktionsstatus konstruktiv an der Ausschussarbeit beteiligt hatten.

Zu Frau von Allwörden möchte ich nur noch so viel sagen: Wenn Sie sich einmal die Überschriften nur durchgelesen hätten, dann hätten Sie zum Beispiel gelesen, dass wir die EG „Hai“ als Motor der Aufklärung bezeichnen und mitnichten sozusagen der Polizei in Gänze irgendetwas unterstellen. Nein, das war gut, das war richtig, und wir gehen davon aus, dass es auch in Zukunft so sein wird.

Ich möchte meine Rede mit einem Appell schließen. 15 Menschen haben in Mecklenburg-Vorpommern seit der Wiedervereinigung durch rassistische, faschistische und chauvinistische Täter ihr Leben verloren. Hinter diesen Namen stehen Lebensgeschichten und Tragödien. Die demokratischen Kräfte müssen alles dafür geben, dass es nicht mehr Opfer werden. Das ist unsere Pflicht – gegen das Vergessen, in Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt. – Vielen Dank!

(lang anhaltender Beifall
vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Noah Böhringer, FDP)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle begrüße ich auf der Besuchertribüne Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Jesendorf aus Nordwestmecklenburg. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Und ich rufe auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Frau Oehlrich.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Wir haben uns über eine ganze Wahlperiode hinweg mit militantem Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern und mit dem Umgang staatlicher Behörden damit beschäftigt.

Im Mittelpunkt stand zunächst der NSU. Manchen mag das inzwischen weit weg, weit entfernt erscheinen. Die Mordserie liegt viele Jahre zurück, die Selbstenttarnung des NSU ebenso. Aber eines ist klar, das ist lange her und doch nicht vorbei. Vor allem für die Angehörigen der Ermordeten ist nichts abgeschlossen. Sie leben bis heute mit den Folgen der Verbrechen und mussten zudem erleben, dass staatliche Behörden ihnen über Jahre weiteres Unrecht zufügten. Ihnen wenigstens im Nachhinein gerecht zu werden, bleibt staatliche Verantwortung.

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem fühlen wir uns als Mitglieder des Untersuchungsausschusses nach wie vor verpflichtet.

Diese Verantwortung geht aber noch über die Betroffenen hinaus. Die Verbrechen des NSU dürfen nicht vergessen werden. Nur wenn wir verstehen, was geschehen ist, können wir die richtigen Konsequenzen ziehen.

Auch wenn Mecklenburg-Vorpommern mit der Aufarbeitung spät begonnen hat – und da richte ich auch einen selbstkritischen Blick auf unsere damalige Fraktion –, hat dieser Untersuchungsausschuss wichtige Erkenntnisse für unser Land erbracht. Eine der wichtigsten lautet, die Ermittlungen zu dem Mord an Mehmet Turgut waren von strukturellem Rassismus geprägt. Es ist bis heute völlig inakzeptabel, dass ein rechtsextremes Tatmotiv von Beginn an ausgeschlossen wurde und stattdessen die Familie und das Umfeld des Opfers unter haltlosen Verdacht gerieten.

Dieses Versagen reiht sich in die Fehler der Sicherheitsbehörden bundesweit ein. Mecklenburg-Vorpommern war da nicht die Ausnahme. Wir haben zwar keine Belege dafür gefunden, dass es konkrete Unterstützungshandlungen für den Mord in Rostock gab, wir sind aber überzeugt, es war kein Zufall, dass der NSU gerade hier mordete. Denn wir haben zahlreiche Verbindungen des NSU und seines Unterstützungsumfeldes nach Mecklenburg-Vorpommern untersucht. Dabei wurde deutlich, wie lückenhaft die Sicherheitsbehörden die militante Neonaziszene über Jahre erfassten. Dem Verfassungsschutz fehlte das nötige Problembewusstsein für die Gefahren militanter rechtsextremer Netzwerke. Informationen zu überregionalen Verbindungen wurden meist nur abgeheftet und nicht analysiert.

Gerade deshalb konnten wir bislang unbekannte Verbindungen zwischen dem NSU-Unterstützungsumfeld in Sachsen und Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern offenlegen. So hielten sich die NSU-Unterstützer André

Kapke und Thomas Starke bereits wenige Monate nach dem Auf…, nach dem Abtauchen, pardon, des Kerntrios zu einem Blood-and-Honour-Konzert in Mecklenburg-Vorpommern auf, in einer Zeit, in der sie bei Konzerten Spenden für das untergetauchte Trio sammelten. Wir konnten außerdem aufzeigen, dass David Petereit, der 2002 erstmals den Namen der Terrorgruppe öffentlich verwendete, als er sich für deren Spende bedankte, auch hinter der sogenannten NSU-CD gestanden haben könnte. Eine solche CD wurde 2014 auch in Mecklenburg-Vorpommern gefunden. Dennoch wurde ihr Besitzer nicht einmal auf Kontakte in die hiesige rechtsextreme Szene überprüft.

All das führt zu einer ernüchternden Schlussfolgerung. Auch nach der Selbstenttarnung des NSU wurden dessen Verbindungen nach Mecklenburg-Vorpommern nicht umfassend aufgeklärt. Dabei haben wir durchaus Versäumnisse der Landesbehörden festgestellt. Die Hauptverantwortung lag jedoch beim Bund. Besonders deutlich wird das daran, dass das Bundeskriminalamt für Mecklenburg-Vorpommern keinen eigenen Einsatzabschnitt eingerichtet hat, obwohl unser Land das einzige Bundesland war, in dem der NSU sowohl einen Mord beging als auch zwei Banküberfälle verübte. Diese Entscheidung steht sinnbildlich für das mangelnde Aufklärungsinteresse der Bundesbehörden. Und auch bei den Banküberfällen dürfen wir nicht vergessen, dass sie gravierende Folgen für die Betroffenen hatten. Dieses Leid gehört ebenso zur Geschichte des rechten Terrors und muss anerkannt werden.

Sehr geehrte Kolleg/-innen, welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

Erstens. Die Aufklärung des NSU-Komplexes ist bundesweit nicht abgeschlossen und es muss weiter darüber aufgeklärt werden. Deshalb ist es inakzeptabel, dass die Bundesregierung das geplante Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex erneut zur Disposition stellt. Mecklenburg-Vorpommern sollte sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass diese Einrichtung endlich geschaffen wird.

Zweitens müssen wir auch aus der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses selbst lernen. Deshalb haben wir einen Entschließungsantrag eingebracht, denn auch die Materialien dieses Untersuchungsausschusses müssen dauerhaft gesichert werden. Sie gehören in öffentliche Archive, müssen nach den geltenden Regeln zugänglich gemacht und mit den Beständen des Bundes und anderer Länder verknüpft werden. Aufarbeitung endet nicht mit der Übergabe eines Berichts. Sie lebt davon, dass Erkenntnisse erhalten bleiben und genutzt werden können. Vor allem aber müssen die Empfehlungen dieses Untersuchungsausschusses umgesetzt werden. Sie reichen von der besseren Erkennung rechter Tatmotive bis zu ihrer konsequenten Verfolgung.

Einen Punkt möchte ich besonders hervorheben: den Umgang mit den Betroffenen. Gerade im NSU-Komplex war dieser vielfach unterirdisch. Deshalb brauchen wir betroffenensensible Ermittlungen durch die Sicherheitsbehörden. Und deshalb brauchen wir dauerhaft starke Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zum zweiten großen Themenkomplex unseres Untersuchungsausschusses: Nordkreuz. Auch im Umgang mit den Betroffenen der Feindeslisten haben die Behörden versagt, eine bedrückende Parallele zum NSU-Komplex. Die Betroffenen wurden mit ihren Sorgen alleingelassen.

Der Nordkreuz-Komplex hat uns zugleich eine neue Dimension rechtsextremer Bedrohung vor Augen geführt. Er zeigt, wie gefährlich es ist, wenn Rechtsextremist/-innen selbst Teil von Sicherheitsbehörden sind und dadurch Zugang zu Waffen und sensiblen Informationen haben. Er zeigt auch, wie politische Gegner/-innen zu Feindbildern erklärt, Messengerdienste zur Vernetzung genutzt und vermeintliche Tag-X-Szenarien vorbereitet werden. Gerade deshalb war und ist es falsch, Nordkreuz mit einem bloßen Prepper-Narrativ zu verharmlosen. Genau das haben die Beteiligten selbst getan, und genau das tut die AfD bis heute. Leider ist auch das Innenministerium dieser Erzählung zunächst gefolgt.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Wer Behörden kritisch begleitet, muss anerkennen, wenn sie aus Fehlern lernen. Der Verfassungsschutz ist vergleichsweise früh auf Nordkreuz aufmerksam geworden und hat zur Aufklärung beigetragen. Das eigentliche Problem lag bei der Bundesanwaltschaft. Sie wollte die Gruppe nicht als Ganzes betrachten, sondern trennte die Ermittlungen zu Waffendelikten und Feindeslisten. Bis heute ist nicht nachvollziehbar begründet worden, warum keine Ermittlungen wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung nach Paragraf 129a aufgenommen wurden.

(Paul-Joachim Timm, AfD:
Weil nichts dran war. Ganz einfach.)

Das war ein großer Fehler. Die Staatsanwaltschaften des Landes und des Landeskriminalamts fühlten sich dadurch zu Recht im Stich gelassen. Auch sie haben nicht alles richtig gemacht. Aber insbesondere die Ermittlungsgruppe „Hai“ hat wesentlich zur Aufklärung beigetragen.

Unsere Untersuchungen haben zugleich erhebliche Missstände innerhalb der Landespolizei offengelegt. Gerade im Spezialeinsatzkommando traten Abgründe zutage. Auch Vorgesetzte wurden ihrer Verantwortung nicht gerecht. Besonders deutlich wurden die Missstände in der Landespolizei rund um den Schießplatz in Güstrow, beim Umgang mit Munition, bei Verbindungen zwischen Polizei und Waffenfirmen und bei sicherheitsrelevanten Vorfällen. Tausende Schuss Munition, die später bei Marko G. gefunden wurden, stammten nachweislich ursprünglich von Behörden, die an Veranstaltungen auf diesem Schießplatz teilgenommen hatten.

Der eigentliche Tiefpunkt war das Verhalten des damaligen Innenministers Lorenz Caffier. Während Bundesbehörden bereits gegen führende Mitglieder von Nordkreuz ermittelten, ließ er sich vom Betreiber des Schießplatzes eine Pistole schenken. Dafür wurde er rechtskräftig verurteilt. Vor unserem Untersuchungsausschuss ließ er jedoch jegliches Unrechtsbewusstsein vermissen.

Der Nordkreuz-Komplex zeigt außerdem die besondere Faszination, die Waffen auf Teile der militanten rechtsextremen Szene ausüben. Auch daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Es braucht strengere Kontrollen und auch schärfere Gesetze.

Sehr geehrte Kolleg/-innen, unsere Untersuchung hat auch wesentliche Erkenntnisse über die Verbindungen

zwischen Nordkreuz und der AfD erbracht. Führende Mitglieder von Nordkreuz waren zugleich in der AfD aktiv. Über Parteitage konnten neue Mitglieder gewonnen werden. Innerhalb der Gruppe wurde Wahlwerbung betrieben und es gab gemeinsame Veranstaltungen. Besonders deutlich wurde dies am Fall Haik Jaeger. Er füllte durch illegale Datenabfragen die Feindeslisten mit Privatanschriften und wurde wegen eines Waffendelikts im Zusammenhang mit Nordkreuz verurteilt. Dennoch stieg er innerhalb der AfD weiter auf, kandidierte bei den Bürgermeisterwahlen in Neukloster und sitzt gemeinsam mit dem AfD-Mitglied dieses Untersuchungsausschusses im Kreisvorstand.

(Paul-Joachim Timm, AfD: Guter Mann!)

Die AfD hat sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, Beate Zschäpe als Zeugin zu vernehmen.

(Paul-Joachim Timm, AfD: Ja, na klar.)

Demgegenüber haben Angehörige der vom NSU Ermordeten unmissverständlich erklärt, dass dieser Untersuchungsausschuss einer Person keine Bühne bieten sollte, die nichts zur Aufklärung beigetragen hat und die sich nur selbst reinwaschen möchte. Dieser unterschiedliche Umgang zeigt klar auf, auf wessen Seite die AfD in diesem Ausschuss stand: auf der Seite des militanten Rechtsextremismus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Kolleg/-innen, der Abschlussbericht zeigt die Wandlung, aber auch die Kontinuitäten rechtsextremer Netzwerke. Diese Erkenntnisse helfen staatlichen Institutionen, rechtsextreme Strukturen besser zu verstehen und die tödliche Dimension rechter Gewalt früher zu erkennen. Das war …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Timm?

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, Frau Präsidentin!

Das war nur möglich, weil viele Menschen über Jahre hinweg außergewöhnliche Arbeit geleistet haben. Mein besonderer Dank gilt dem Ausschusssekretariat.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Grit Schmelzer, SPD)

Mein Dank gilt ebenso den demokratischen Fraktionen dieses Hauses und ihren Mitarbeitenden. Bei allen politischen Unterschieden verbindet uns die Überzeugung, dass der Staat die Bedrohung durch militanten Rechtsextremismus ernst nehmen muss. Und genau das muss auch künftig gelten.

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen den Blick auf neue Formen der rechtsextremen Bedrohung richten, besonders im digitalen Raum und unter jungen Menschen. Zugleich bleibt auch der Blick zurück weiter wichtig für den NSU-Komplex ebenso wie für weitere Taten wie den Brandanschlag in Lübeck 1996.

Rechtsextreme Gewalt hat viele Erscheinungsformen und sie war auch in Mecklenburg-Vorpommern tödlich. Unser Abschlussbericht soll dazu beitragen, …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Fraktionsvorsitzende, ich weise auf die rote Lampe hin.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: … diese Realität nicht hinzunehmen. Das ist eine Aufgabe für die Behörden unseres Landes, das ist eine Aufgabe für uns als Parlament und das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Und jetzt sage ich, dass Ihre Redezeit beendet ist.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Die Abgeordnete Constanze Oehlrich
wendet sich an das Präsidium.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wir diskutieren jetzt nicht weiter, sondern es liegt ein Antrag auf Kurzintervention zu Ihrem Redebeitrag vor.

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Paul-Joachim Timm, AfD: Ja, vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin!

Sehr geehrte Kollegin Oehlrich, Sie werfen mir und meiner Fraktion vor, dass wir auf der Seite des militanten Rechtsextremismus stehen, und führen an,

(Michael Noetzel, Die Linke: Zu Recht!)

dass wir Beate Zschäpe als Zeugin laden wollten. Das war Ihr Argument.

Haben Sie mal über den Tellerrand geguckt und haben Sie überhaupt zur Kenntnis genommen, dass der bayerische Untersuchungsausschuss mit einem grünen Ausschussvorsitzenden

(Martin Schmidt, AfD: Hört, hört!)

eine Ladung von Beate Zschäpe vorgenommen hat? Man hat sie besucht in der JVA. Es war so ergiebig,

(Michael Noetzel, Die Linke: Nein,
das ist Quatsch. Das ist großer Quatsch.)

dass sie wahrscheinlich noch einen zweiten Termin hätten anberaumen wollen.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Nichts hat sie gesagt, nichts,
was schon bekannt war.)

Eine Pressekonferenz im Nachgang hat das so dargestellt, wo alle Ausschussmitglieder an einem Tisch saßen. Sagen Sie jetzt auch, dass der grüne Ausschussvorsitzende und der bayerische Untersuchungsausschuss sich auf die Seite von militant rechten Extremisten stellen?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wenn ich jetzt Ihren Fragen, es waren ja auch Fragen dabei, voranstelle, Sie fragen sich, dann kann ich die Kurzintervention so zulassen und frage Sie, Frau Fraktionsvorsitzende, ob Sie darauf antworten wollen.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, natürlich!

Also erst mal ist es so, Sie fragen mich ja, ob ich mich beschäftigt hätte mit dieser Vernehmung, und ich frage Sie erst mal, haben Sie die Inhalte zur Kenntnis genommen. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die Vernehmung von Beate Zschäpe hier überhaupt nichts zur Aufklärung beigetragen hätte?

Und ich möchte aus eigener Erfahrung aus diesem Ausschuss berichten.

(Stephan J. Reuken, AfD: Woher wollen Sie das denn wissen?)

In dem Untersuchungsausschuss hat die AfD als parlamentarischer Arm des Nordkreuz-Netzwerks agiert. Und das hat sie auch hier im Plenum vorhin getan, wenn Sie genau aufgepasst haben. Und das muss allen uns klar,

(Stephan J. Reuken, AfD: Sie wiederholen einfach nur irgendwelche Behauptungen.)

es muss allen uns klar vor Augen stehen, dass es Verbindungen gibt, ganz klar belegt, zwischen führenden Nordkreuz-Mitgliedern, die eben zugleich auch in der AfD sind und es auch nach wie vor sind. Da hätten Sie sich mal überlegen müssen, ob diese Leute etwas in Ihren Reihen zu suchen haben, wenn Sie sich jetzt hier so empören. Das ist einfach nur scheinheilig, was Sie hier betreiben. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte …

(Die Abgeordnete Martina Tegtmeier wendet sich an das Präsidium.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Tegtmeier, wir klären das jetzt zwischenzeitlich. Sie können schon mal starten. Und ich würde dann zwischenzeitlich ein Signal geben, sollte sich an den 16 Minuten noch was ändern.

Martina Tegtmeier, SPD: Okay!

Sehr geehrte Frau …

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also bevor Sie beginnen, können wir jetzt das Ergebnis der Beratungen berichten: 22 Minuten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Bitte schön!

Martina Tegtmeier, SPD: Wunderbar! Vielen Dank!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte meine Rede verstanden wissen in Gedenken an die Opfer rechter Gewalt.

Und ich finde es sehr wichtig, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss die ganzen Geschehnisse rund um den NSU, aber auch die folgenden im Nordkreuz-Netzwerk und alle anderen in einen Rahmen eingeordnet hat, nämlich einen Blick geworfen hat auf die Anfänge in Mecklenburg-Vorpommern. Von Anfang an wurden in Mecklenburg-Vorpommern rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten bis hin zum vorsätzlichen Mord registriert. Rostock-Lichtenhagen 1992, die Ermordung von mittlerweile 15 Menschen, oft von Gruppen sehr junger Menschen begangen, von denen fünf staatlicherseits als Opfer rechter Gewalt anerkannt sind, sind hier beschämende Indikatoren für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Insbesondere der rechtsterroristische, nationalsozialistische Untergrund NSU mit seiner menschenverachtenden Ideologie hat mit dem Mord an Mehmet Turgut in Rostock und zwei Raubüberfällen in Stralsund tiefe Spuren hinterlassen.

Der Rechtsextremismus, das haben wir heute schon mehrfach gehört, aber umso wahrer ist es ja, ist und bleibt die größte Gefahr für unsere Demokratie. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme unseres Ausschusses bestand in Mecklenburg-Vorpommern seit den 90er-Jahren eine klar erkennbare, teils über Jahre gewachsene und bundesländerübergreifende vernetzte Neonaziszene. Dazu gehörten insbesondere Kameradschaftsstrukturen, Blood and Honour, Hammerskins, Rechtsrockstrukturen sowie völkisch-rassistische Netzwerke. Es gab personelle Überschneidungen, gemeinsame Bezugspunkte und ein Milieu, in dem Kontakte über Landesgrenzen hinweg gepflegt und aufrechterhalten wurden.

Und nimmt man exemplarisch für das Milieu im Kleinen, da haben wir vorhin auch schon von gehört, die untersuchte Situation im Jugendklub MAX in Rostock in Augenschein, wurde hier rechtsradikalen und extremistischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen faktisch direkt ein Raum für Austausch, gemeinsames Erleben und Vernetzung nicht nur eröffnet, sondern auch noch unterstützt. Sie konnten dort relativ unbehelligt ihren Neigungen nachgehen und sich vernetzen.

Und der NSU kam auch nicht aus dem Nichts. Das Kerntrio machte im Vorfeld in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub und ward mal hier, mal dort gesehen. Zwar konnte der Ausschuss keine feste Unterstützerstruktur für den NSU feststellen, sehr wohl jedoch Kontakte des Trios nach Mecklenburg-Vorpommern

Und es ehrt zwar unseren Minister sehr, sozusagen um Verständnis für die Behörden seinerzeit zu werben, und heute sind sie auch zweifellos anders sensibilisiert und aufgestellt, aber die Aufarbeitung des Behördenhandelns nach der Selbstenttarnung des Trios ließ einem, gelinde gesagt, die Haare zu Berge stehen. Das betrifft auch nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern muss auch für andere Bundesländer konstatiert werden, in denen der NSU sein Unwesen trieb. Zwar kann man hier auch platt sagen, hinterher ist man immer schlauer, aber so viel Nichtwissen, nicht Zusammenführen verschiedener Vorfälle, nicht als rechtsextrem werten, keinen Hinweisen nachgehen, da kommt mir der oft zitierte Ausdruck „auf dem rechten Auge blind sein“ doch einigermaßen treffend vor.

Wir sehen tatsächliche und erhebliche Berührungspunkte des NSU-Komplexes mit Mecklenburg-Vorpommern. Wir sehen Defizite in der Zusammenführung, Gewichtung und behördenübergreifende Einordnung einzelner Hinweise bis zum 4. November 2011, eine militante Neonaziszene im Land, deren Gefährlichkeit und mögliche Relevanz für den NSU-Komplex in Teilen nicht mit dem erforderlichen Nachdruck erfasst wurde.

Hervorheben möchte auch ich den Umgang mit den Angehörigen von Mehmet Turgut im Umfeld. Dazu fällt mir nur der Begriff „die Axt im Walde“ ein, um einen ungefähren Eindruck für die Sensibilität, die den Angehörigen immerhin eines Mordopfers durch Beamte entgegengebracht beziehungsweise eben auch nicht entgegengebracht wurde. Die Opfergeschichte umfasst auch nicht nur die Tat selbst, da haben wir auch schon einiges von gehört. Der Bericht hält fest, dass Angehörige durch Ermittlungsrichtungen, Verdächtigungen und gesellschaftliche Folgen teilweise schwer belastet wurden. Sie seien „nicht angehört“, sondern „verhört“ worden, so die Sachverständige Barbara John. Sie beschreibt den Umgang mit den NSU-Hinterbliebenen als grundlegendes Versagen von Politik, Gesellschaft und Ermittlungsbehörden, den Betroffenen zuzuhören. Die persönlichen Folgen für die Angehörigen von Mehmet Turgut waren erheblich, und das wirkt bis heute fort.

Der Abschlussbericht setzt daher bereits im Vorwort die Opfer und Hinterbliebenen an den Anfang. Die Aufarbeitung wird nicht allein als behördliche oder parlamentarische Rekonstruktion verstanden, sondern als Beitrag zur Aufklärung für Betroffene und Angehörige. Daher haben wir nicht nur Empfehlungen in Bezug auf Ermittlungen und Strafverfolgung formuliert, sondern auch ganz klar für den Umgang mit Betroffenen rechter Gewalt.

Nach all dem Hin und Her, den ganzen Zeugenvernehmungen und Aktenstudien muss ich allerdings resümieren, dass zwar einiges klarer geworden ist, die Hauptfrage des Bruders von Mehmet Turgut nach dem Warum, warum unser Bruder, nicht eindeutig beantwortet werden kann. Auch meiner Auffassung nach war nicht er als Person Ziel dieser Mörderbande, sondern weil er sich als ausländisch aussehende Person in dem Imbiss aufhielt, den das Trio zuvor ausgespäht hatte, um nach erfolgter Tat aus purer Mordlust und Fremdenhass schnell und unerkannt verschwinden zu können.

Die nach der Selbstenttarnung im Zusammenhang mit dem Selbstmord von Mundlos und Böhnhardt einzige Überlebende des Trios, Beate Zschäpe, ist zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Mit den Morden an willkürlich ausgewählten Menschen südländischer Herkunft wollten die Rechtsterroristen Angst und Schrecken verbreiten, Zschäpe genauso wie ihre Mittäter, so der 3. Strafsenat. Sie alle wollten damit, wie der Bundesgerichtshof es formuliert, eine ihren nationalsozialistischen, rassistischen Vorstellungen entsprechende Änderung der Staats- und Gesellschaftsform Deutschlands erreichen.

Ja, und wir haben mehrmals den Beweisantrag der AfD zur Vernehmung von Frau Zschäpe abgelehnt. Frau Zschäpe hat während ihres Prozesses über zweieinhalb Jahre hinweg geschwiegen. Dann änderte sie ihre Taktik und stellte sich fast schon als Opfer und hilflose Frau dar, die von den Mittätern emotional erpresst wurde. Erst ab 2023, nach ihrer rechtskräftigen Verurteilung zu lebenslanger Haft mit besonderer Schwere der Schuld wurde sie plötzlich redselig und sprach von Reue und Scham. Im Hauptprozess war sie wegen emotionaler Kälte ohne Scham und Reue kritisiert worden. Gern nutzt sie nun die Bühne, die Untersuchungsausschüsse ihr bieten, um sich meiner Auffassung nach ausschließlich zu ihrem eigenen Nutzen in einem besseren Licht darzustellen, und diese Bühne wollten auch wir ihr nicht geben.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, Die Linke und
Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den NSU gibt es in dieser Form seit der Selbstenttarnung nicht mehr, rechtsextremistische Auswüchse umso mehr. Die Personen, die als militant, rechtsextrem, gewaltbereit in diesem Zusammenhang aufgefallen sind, sind größtenteils noch da und hegen weiter ihren Fremdenhass. Die Anzahl der erfassten Personen aus diesem Phänomenbereich wächst. Im Zuge der Terrorermittlungen gegen die Bundeswehr und das sogenannte Hannibal-Netzwerk flog die verharmlosend bezeichnete Prepper-Gruppe Nordkreuz im Herbst 2017 auf. Aufmerksam wurden die Behörden durch Chatgruppen, die sich auf einen Staatszusammenbruch, einen Tag-X vorbereiteten. In den Chats und bei Hausdurchsuchungen wurden Indizien für die Planung schwerer staatsgefährdende Gewalttaten entdeckt. Dazu zählten neben Ausrüstung und Waffenfunden auch die sogenannten Feindes- oder Todeslisten politischer Gegner und Bestellungen von Leichensäcken und Löschkalk. Alles schon gehört. Außerdem fanden sich Hinweise auf sogenannte Safe-Häuser.

Auch damit haben wir uns natürlich ausführlich im Ausschuss befasst und zahlreiche Zeugen gehört, und ich muss sagen, wie zu allen Sachverhalten gab es auch in diesem Zusammenhängen sehr unterschiedliche Wahrnehmungen. Resümiert werden muss, dass, obwohl die Beweislage umfangreich war, der Generalbundesanwalt die Ermittlungen bezüglich der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat im Januar 2022 beendete. Die Argumentation des GBA in diesem Zusammenhang ist wirklich nur äußerst bis überhaupt nicht nachvollziehbar. Die strafrechtliche Verfolgung beschränkte sich im Nachhinein im Wesentlichen auf Waffen- und Munitionsdelikte und führte insbesondere zu Geldstrafen. Bei der Beweisaufnahme zeichnete sich ab, dass das Nordkreuz-Netzwerk ein konspiratives Verhalten an den Tag legte.

Während das Bundeskriminalamt diese Einschätzung im Wesentlichen teilte, kam die Bundesanwaltschaft zu einem gegenteiligen Beschluss. So ist zu befürchten, dass Ermittlungsansätze versiegten. So blieb es für das LKA unseres Landes offen, ob es alle im Nordkreuz-Netzwerk vorhandenen Waffen feststellen konnte. Es bleibt also die Sorge, dass dies nicht der Fall ist und von einzelnen bewaffneten Akteuren weiterhin erhebliche Gefahren ausgehen.

Die vielfältigen Ermittlungen unseres LKA, die ich auch noch mal ausdrücklich loben möchte, ergaben zahlreiche Erkenntnisse, die aufzeigen, wie die Personen im Nordkreuz-Netzwerk zusammenwirkten. Es bewertete auch die Gefahr, die von einzelnen Akteuren ausging. So ergab sich für uns ein Gesamtbild, wie diese Personen im Nordkreuz-Komplex ein hochgefährliches Netzwerk bildeten.

Gut ist auch, dass sich die Verfassungsschutzbehörden unseres Landes auch nach Abschluss des Strafverfahrens mit den maßgeblichen Personen aus dem Nordkreuz-

Netzwerk weiter beschäftigen. Der frühere SEK-Beamte Marko Groß hatte nämlich schon bei seiner Verurteilung verkündet, dass das Netzwerk fortbesteht.

Neben zahlreichen Verflechtungen und Kontakten der Protagonisten des Netzwerks in andere Bundesländer sind auch internationale Kontakte festgestellt. Bereits die Chatgruppe Nord war Teil eines größeren Netzwerks, das sich über mehrere Regionen Deutschlands erstreckte und zudem Bezüge nach Österreich und in die Schweiz aufwies. Aus der Chatgruppe Nord gingen mit Nordkreuz, Nordcom und Vier Gewinnt weitere Gruppen hervor, die in Mecklenburg-Vorpommern eng aufeinander bezogen agierten, unter den Mitgliedern auch Soldaten, Reservisten, Polizeibeamte und sonstige Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Oberflächlich betrachtet versuchte man den Eindruck zu erwecken, sich auf Krisen vorzubereiten, was natürlich nicht staatsschutzrelevant ist. Im Licht ihrer gesamten Aktivitäten erscheint das Preppen aber eher nebensächlich gewesen zu sein. Das Beschaffen von Waffen und Munition, das Anlegen personenbezogener Listen zu politisch missliebigen Personen der sogenannten Feindesliste geht weit darüber hinaus. Und es spricht einiges dafür, dass die Listen dem inneren Kreis des Nordkreuz-Netzwerks, allen voran Marko Groß und Haik Jaeger, als Grundlage dienen sollten, bei passender Gelegenheit aktiv gegen die darauf stehenden Personen vorzugehen.

Und der Kollege Timm hat hier vorhin etwas in einen Zusammenhang gestellt – oder da komme ich gleich noch mal drauf –, also es gab Listen, es gab Listen und es gab diesen gelben Ordner, auf den auch schon mehrere Personen hier eingegangen sind, und es gab sehr unterschiedliche Aussagen und Gewichtungen der angehörten Zeugen dazu. Und wir haben eben auch schon sehr unterschiedliche Einschätzungen dazu gehört. Also mir ist nämlich auch besonders hängen geblieben ein Zusammenhang, den Herr Timm eben angesprochen hat und gesagt hat, das ist also aus dem Zusammenhang hier rausgerissen, und das betraf eine Person. Nämlich die Ermittlungen führten zu Hinweisen, dass die Informationen zwar auch bei seiner, und hier ist Jan Hendrik H. gemeint, also der Rostocker Bürgerschaftsmitglied war und Rechtsanwalt ist, für seine kommunalpolitische Tätigkeit verwenden wollte, die aber zugleich als Grundlage für Tötungen dienen sollten.

Nämlich das BKA vermerkte zu einer solchen Aussage – und das ist möglicherweise das, was hier aus dem Zusammenhang gerissen dargestellt worden sein soll –, da steht nämlich: „Die gesammelten Rechercheergebnisse wolle Jan Hendrik H. im Rahmen seines politischen Engagements zu gegebenem Zeitpunkt gegen die betroffene Person verwenden ... KU.“ – den hat ja Herr Timm eben auch genannt – „führte darüber hinaus aus, dass Jan Hendrik H. die Personen, zu denen die Informationen im gelben Ordner gesammelt wurden, als ‚die gefährlichsten‘ ansehe, und diese – wenn es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen würde –, die Ersten seien, die man an den nächsten Baum hängen sollte. Das seien die Ersten, die man sich vorknöpfen sollte. Das seien die Ersten, die man abknallen müsste.“

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Eindeutige Worte, eindeutige Worte!)

Also das ist etwas, was mir aus den ganzen Zusammenhängen echt sich eingebrannt hat und hängen geblieben ist.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja.)

Viel gerätselt wurde auch darüber, ob auf den Tag X, dem Zusammenbruch des Systems mit anschließendem Bürgerkrieg, gewartet oder sich lediglich weiter darauf vorbereitet werden sollte oder ob er vielleicht nicht doch selbst herbeigeführt werden sollte. Insgesamt ist für uns entscheidend, dass sich hier überregionale Vernetzungen, rechtsextremistisch aufgeladene Krisenkonzepte, Bezüge in den parteipolitischen Raum und der Übergang von rein digitaler Kommunikation zu konkreten Treffen und konkreten Vorbereitungen miteinander verbanden. Im Ergebnis war Nordkreuz aus unserer Sicht da nicht bloß ein Chatnetzwerk und auch nicht bloß ein weiteres Phänomen im Prepper-Milieu, sondern eine sicherheits- und demokratiepolitisch relevante Struktur, die frühzeitiger und trennschärfer hätte erkannt werden müssen.

Etliche Bezüge zur AfD wurden aufgedeckt, die wurden schon benannt, da will ich nicht noch mal drauf eingehen. Das Sondervotum der AfD liest sich an zentralen Stellen wie der Versuch, belastende Erkenntnisse kleinzureden und den Ausschuss politisch zu diskreditieren. Das hat Herr Timm hier eben ja auch noch mal vorgetragen. Wir weisen das entschieden zurück.

Aber ich möchte auch noch einen Blick nach vorne werfen. Nachdem wir im Ausschuss gründlich gearbeitet und zentrale Erkenntnisse zusammengeführt haben, kommt es nun darauf an, dass die Empfehlungen auch möglichst konsequent umgesetzt werden. Im Mittelpunkt unserer Empfehlungen stehen eine bessere behördenübergreifende Zusammenarbeit, ein verlässlicher Informationsaustausch zwischen den Behörden und eine frühzeitige und verbindliche Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt. Wir müssen Hinweise auf rechtsextreme Strukturen stets ernst nehmen und früher zusammenführen, um schnell zu erkennen, wann aus einzelnen Erkenntnissen ein Gesamtbild entstehen könnte. Nur dann kann der Staat rechtzeitig handeln. Die Empfehlungen sind auf konkrete Verbesserungen staatlicher Abläufe gerichtet. Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der Gefahren früh erkennt und Betroffene besser schützt. Betroffene müssen schnell wissen, wohin sie sich wenden können. Dafür müssen Beratungsangebote und Hilfssysteme besser ineinandergreifen.

Mit dem Entschließungsantrag wollen wir die Akten des Ausschusses langfristig sichern und für weitere parlamentarische, wissenschaftliche und journalistische Aufarbeitung unter Wahrung aller rechtlicher Vorgaben zu Datenschutz, Geheimschutz und Persönlichkeitsrechten ermöglichen und so den Weg auch für weitere gesellschaftliche Aufarbeitung offenhalten. Der Abschlussbericht ist also tatsächlich kein Schlussstrich. Er ist Auftrag, die Empfehlungen des Ausschusses konsequent umzusetzen.

Und ich bedanke mich beim Innenminister, der eben schon gesagt hat, dass er diese Empfehlungen annehmen wird und versuchen wird, auch die umzusetzen, soweit sein Bereich betroffen ist.

Die Einsicht in widerlichste, menschenverachtende Rhetorik, verbunden mit aggressivem, übersteigertem Nationalismus und das Wissen um die steigende Anzahl von Personen, die sich dem Rechtsextremismus zuwenden, kann nicht folgenlos bleiben. Und deswegen wiederhole auch ich mich hier gern: Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und militanten Netzwerken bleibt

leider eine zentrale politische und gesellschaftliche Verpflichtung. Das sind wir den Menschen in unserem Land unabhängig von Herkunft, Glauben, Identität oder sexueller Orientierung schuldig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und zum Abschluss möchte auch ich mich noch einmal bedanken. Als Ausschussvorsitzende habe ich mich vorhin schon ganz ausdrücklich beim Ausschusssekretariat und den Mitarbeitenden bedankt. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die zusammen mit mir, mit uns, mit meinen Kollegen von der SPD-Fraktion die Empfehlungen erarbeitet haben, die die Feststellungen getroffen haben, ganz herzlich bedanken. Es war sehr, sehr viel Arbeit. Da stecken viele Stunden und viel Gehirnschmalz drin. Ganz herzlichen Dank dafür noch mal! Und insgesamt bitte ich um Zustimmung zu unserer Beschlussempfehlung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, der Gruppe der FDP und Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP der Abgeordnete Herr Wulff.

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sicherheit ist ein Grundpfeiler unseres Staates, und das bedeutet auch, dass wir Vertrauen in die Arbeit unserer Behörden haben müssen. Der Untersuchungsgegenstand dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1 zum Thema NSU und Nordkreuz war zwingend geboten, weil Vertrauen verspielt wurde, und der PUA sollte Fehler aufdecken, Lösungen benennen, aber auch wieder Vertrauen herstellen.

Die Abwägung bei den beiden Themenkomplexen, in der wir uns bewegen, da reden wir von Gefahren für unsere Bürgerinnen und Bürger hier in dem Land und mit welchen Menschen haben wir es zu tun, von denen solche Gefahren ausgehen. Haben wir es einfach nur mit verhaltensauffälligen Menschen zu tun oder tatsächlich mit sehr gefährlichen Menschen und Strukturen, die eine Gefahr für Leib und Leben darstellen?

(allgemeine Unruhe)

Beim Thema NSU war das traurigerweise der zweite Fall. Beim Thema NSU haben wir eine gefährliche Organisation – ein dunkles Kapitel in unserer deutschen Geschichte –, die Morde und Raubüberfälle durch die ganze Republik verübt hat. Und in dem Zusammenhang haben wir gesehen, wie erschütternd das Ganze ist,

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

wie gefährlich das Ganze sein kann, aber auch, welche Herausforderungen am Ende für die Strukturen der Sicherheitsbehörden bestanden haben in der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Behörden hier bei uns im Land, zwischen den Bundesländern, aber auch mit der Bundesebene.

Wir haben gesehen, dass Rechtsgrundlagen für Verfassungsschutz und für die Ermittlungsbehörden nicht immer zwingend kongruent waren und dass es durchaus zu unterschiedlichen Einschätzungen manchmal gekommen sein mag. Wir haben gesehen, dass wir Reformen brauchen und dass wir aber auch gesehen haben, dass aufgrund des Zeitverlaufes ja mittlerweile auch Strukturmaßnahmen eingeleitet wurden. Wir haben unter anderem ja auch hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern schon eine umfassende Untersuchung des Verfassungsschutzes gehabt, dass wir da in die Strukturen mit hineingegangen sind. Aber auch hier war es einfach wichtig, dieses Kapitel weiterhin aufzuarbeiten und zu sehen, was kann man besser machen, damit so etwas hier nicht wieder passiert, denn so was hätte verhindert werden müssen.

Dass es in Teilen sogar möglich sein kann, dass rechtsextreme Strukturen aufgedeckt werden, um Taten zu verhindern, bevor sie begangen werden, hat der Komplex Nordkreuz durchaus gezeigt. Nordkreuz an sich ein doch eher schwer nachvollziehbares Gewirr in vielen Facetten, schwer nachvollziehbar im Sinne, wie kann es sein, dass Menschen aus dem rechtsextremistische Umfeld, Betreiber von Schießständen doch so eng auch mit der Landespolitik und mit den Behörden der Landespolizei verwoben waren, schwer nachvollziehbar auch Gerichtsurteile, die Leichensäcke und Löschkalk als völlig normale Vorbereitung betrachten, und schwer nachvollziehbar auch Listen und wirklich erstaunliche Details zu Personen auf diesen Listen, die vielleicht irgendwie als Anschreiben gedacht sein sollten, aber in dem Kontext doch eigentlich etwas völlig anderes ausgesagt haben.

Es ist eine Grauzone, die wir da bewegen, wo ich jetzt sagen würde, mit normalem Menschenverstand hätte doch für jeden klar sein müssen, da ist ein gefährliches Netzwerk unterwegs. Und umso schwerer nachvollziehbar die entsprechenden Entscheidungen des Generalbundesanwalts, aber auch von Gerichten in diesem Zusammenhang.

Man mag jetzt vielleicht sagen, wenn wir das in den Vergleich zum NSU setzen, in dem Fall ist es ja vielleicht erst mal noch alles gut gegangen, weil nichts Schlimmeres passiert ist. Wir können sagen, ja, Ermittlungsgruppen bei uns im Land haben erfolgreich ermittelt und vielleicht Schlimmeres verhindert. Wir müssen aber auch feststellen, dass strukturelle Verbindungen weiterhin bestehen und weiterhin potenzielle Gefahren ausgehen können und wir weiterhin wachsam sein müssen. Auch das ist ein Ergebnis dieses Ausschusses.

Am Ende bleibt festzuhalten, dass wir unter anderem auch an gesetzliche Grundlagen im Zweifel ranmüssen, was die Beurteilung von einzelnen Sachverhalten angeht. Wir müssen aber auch festhalten, dass unsere Ermittlungsbehörden Rückhalt, auch politischen Rückhalt bei ihren Ermittlungen brauchen. Und wir müssen aber auch sehen, dass eine Sensibilisierung innerhalb der Behörden wichtig ist, um organisationelle Zusammenhänge zu erkennen, um extremistische Bestrebungen tatsächlich im Visier zu behalten.

Und ich möchte uns als Parlament aber auch nicht aus der Verantwortung nehmen, denn auch die parlamentarische Kontrolle, die Parlamentarische Kontrollkommission beziehungsweise das Gremium dann, aber auch wir hier im Parlament müssen gucken, dass wir unseren Behörden den Rücken stärken, aber trotzdem immer darauf achten.

Wir werden uns enthalten bei dem Bericht, denn, wie bekannt, konnten wir jetzt nicht bis zum Schluss mitwirken in diesem Ausschuss und an dem Bericht. – Vielen Dank!

(Beifall Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Timm.

Paul-Joachim Timm, AfD: Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, Hohes Haus, diese Debatte hat mich jetzt hier doch mal verleitet, nach vorne zu gehen und noch mal ein bisschen aufzuräumen. Hier war ja wirklich wieder sehr viel Fantasie im Raum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir halten fest, Sie waren einfach nicht Manns genug, Frau Zschäpe als Zeugin zu laden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion Die Linke –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Und glauben Sie mir, die Vernehmung wäre für Frau Zschäpe nicht einfach geworden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke)

Nein, Sie sind ja schon noch nicht mal in der Lage, den Unterschied zwischen einem Strafprozess zu begreifen und einem Untersuchungsausschuss.

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

Und, Herr Noetzel,

(Michael Noetzel, Die Linke: Genau,
wir sind kein Gericht, wir sind kein Gericht.)

das müssten Sie ja von der Roten Hilfe kennen, ne, wie man sich vor Gericht verhält,

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke –
Glocke der Vizepräsidentin)

dass da die Anwälte reden, ob man immer schweigt.

(Michael Noetzel, Die Linke: Der
Untersuchungsausschuss ist kein Gericht,
und niemand muss Frau Zschäpe einladen.)

Aber nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer nicht alle Werkzeuge zur Aufklärung verwendet, der sollte tatsächlich,

(Michael Noetzel, Die Linke: Welche
Aufklärung hat Frau Zschäpe gemacht?)

Herr Noetzel, an Sie gerichtet, einen Schlussstrich ziehen,

(Michael Noetzel, Die Linke: Nennen
Sie mir eine Sache, die Frau Zschäpe
gesagt hat, eine einzige Sache!)

weil Ihnen offensichtlich …

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke –
Torsten Koplin, Die Linke: Dazu
hat er doch kein Wort gesagt. –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Abgeordneter! Einen Moment, Herr Abgeordneter!

Ich habe jetzt zweimal geläutet. Das war das Zeichen, es ist zu laut. Das Ganze darf nicht in Dialoge oder permanentes Zwischenrufen ausarten. Kurze Zwischenrufe sind zulässig. Ich bitte doch um etwas mehr Disziplin!

So, wir haben die Zeit gestoppt. Sie können jetzt fortsetzen, Herr Abgeordneter!

Paul-Joachim Timm, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Noetzel, Ihnen fehlt offensichtlich wirklich der Wille zur ernst gemeinten Aufklärung.

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke –
Beifall Martin Schmidt, AfD –
Michael Noetzel, Die Linke: Nennen Sie
mir eine Sache, die Frau Zschäpe
gesagt hat, die neu ist!)

Und dass tatsächlich Sie von der Verwendung oder missbräuchlichen Verwendung von Daten sprechen, ist wirklich ein Hohn.

(Michael Noetzel, Die Linke: Nennen Sie
mir eine Sache, die Frau Zschäpe
gesagt hat, die neu ist!)

Ihr Personal, das Sie für diesen Ausschuss verwandt haben,

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke –
Glocke der Vizepräsidentin)

hat noch nicht mal die Sicherheitsüberprüfung bekommen, war noch nicht mal vertrauenswürdig,

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

sich überhaupt mit sicherheitsrelevanten Daten befassen zu dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Oder erklären Sie doch mal, warum Ihr Referent immer vor der Tür stehen musste! Ja, peinlich, peinlich!

(Michael Noetzel, Die Linke:
Wie peinlich ist denn dieser Vortrag?!)

Ihre Fantasiegeschichten kaufe ich Ihnen nicht ab, und die Öffentlichkeit da draußen kauft Sie Ihnen auch nicht ab.

(Michael Noetzel, Die Linke: Wie
peinlich ist denn dieser Vortrag.)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Heiterkeit und Zuruf von
Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn ich jetzt noch mal auf den Parteifreund Haik Jaeger zu sprechen komme: Auch das ist unwahr, Herr Jaeger ist immer noch Mitglied der Landespolizei. Ja, da gibt es einen Rechtsweg. Und ja, der Rechtsstaat arbeitet auch für Herrn Jaeger gegen Ihre Fantastereien und Fantasien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Denn wäre es alles so schlimm, dann wäre Herr Jaeger schon längst entfernt worden aus dem Dienst, hätte schon längst einen 86a gehabt und wäre schon längst raus.

(Enrico Schult, AfD: So ist es. Richtig!)

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist alles nicht eindeutig. Und wenn ich mir diese scheinheilige Debatte hier noch mal vor Augen führe,

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Scheinheilig! –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

dann wird es tatsächlich mal Zeit, dass wir einen Ausschuss zur Aufklärung militanter linksextremistischer Strukturen hier einrichten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke)

Denn wenn die Fraktionsvorsitzende Oehlrich von den GRÜNEN hier umherfährt mit linksextremen Kaffeefahrten,

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

da ein Messer gefunden wird, da Quarzhandschuhe gefunden werden und so weiter und so fort, dann ist das alles im Rahmen, dann ist das alles okay.

(Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Absolut unglaubwürdig, rechtsstaatlich total verqueres Weltbild!

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke –
Zurufe von Christian Albrecht, Die Linke,
und Michael Noetzel, Die Linke –
Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Wie viele
Menschen haben die umgebracht?!)

Und das ist Ihre Demokratie.

(Michael Noetzel, Die Linke: 15 ermordete Menschen
seit 1990 in Mecklenburg-Vorpommern!)

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, machen Sie die Augen auf!

(Jeannine Rösler, Die Linke:
Sie verhöhnen hier die Opfer!)

Und ich wünsche meinem Kollegen Michael Meister an dieser Stelle hier eine gute Besserung. Das ist die Realität in diesem Land. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –
Michael Noetzel, Die Linke: 15 ermordete Menschen
seit 1990 in Mecklenburg-Vorpommern!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle begrüße ich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus Demmin, Dargun, Jarmen und Loitz. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Drucksache 8/6670.

Ich lasse zunächst über den hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/6738 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 8/6738 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eines fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Stimmenthaltung angenommen.

Wer der Beschlussempfehlung des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Drucksache 8/6670 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung auf Drucksache 8/6670 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eines fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beschlussempfehlung und Bericht des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Vorgängen und Entscheidungen rund um die „Stiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Klimaschutz und Bewahrung der Natur – Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“, insbesondere im Hinblick auf die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 nach Artikel 34 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 39 des Untersuchungsausschussgesetzes gemäß den Beschlüssen des Landtages vom 18. Mai 2022, 21. März 2023 und 25. Juni 2025 – Drucksachen 8/593, 8/684, 8/687, 8/1951 und 8/5011 –, Drucksache 8/6690.

**Beschlussempfehlung und Bericht
des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Vorgängen
und Entscheidungen rund um die
„Stiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
für Klimaschutz und Bewahrung der Natur –
Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“,
insbesondere im Hinblick auf die
Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2
nach Artikel 34 der Verfassung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung
mit § 39 des Untersuchungsausschussgesetzes
gemäß den Beschlüssen des Landtages vom
18. Mai 2022, 21. März 2023 und 25. Juni 2025
– Drucksachen 8/593, 8/684, 8/687,
8/1951 und 8/5011 –
– Drucksache 8/6690 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der Abgeordnete Herr Ehlers.

Bitte schön!

Sebastian Ehlers, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute auf der Ausschussdrucksache 8/6690 mit über 900 Seiten den Abschlussbericht des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Vorgängen und Entscheidungen rund um die „Stiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Klimaschutz und Bewahrung der Natur – Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern“, insbesondere im Hinblick auf die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 vor. Zu Beginn der laufenden Wahlperiode, drei Monate nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, beschloss der Landtag in seiner 22. Sitzung am 18. Mai 2022 auf Antrag der Fraktionen der CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diesen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Mit dem Einsetzungsantrag verbunden war ein sehr umfangreicher Fragenkatalog. Nach dem Bekanntwerden der Verbrennung von Schenkungssteuererklärungen der Klimaschutzstiftung hat der Landtag am 21. März 2023 die Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes und -zeitraumes beschlossen, wiederum auf Antrag der qualifizierten Minderheit.

Um den Untersuchungsgegenstand aufzuklären, hat der Ausschuss eine umfangreiche Beweisaufnahme durchgeführt und hierfür 207 Beweisbeschlüsse gefasst. 214 Beweisanträge wurden gestellt, 7 wurden abgelehnt. Unter anderem wurden 151 gemeinsame Beweisanträge von den Fraktionen der Einsetzungsminderheit gestellt und 44 gemeinsame Beweisanträge von den Koalitionsfraktionen. In 13 Fällen lagen gemeinsame Beweisanträge der Fraktionen der SPD, Die Linke, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Der Untersuchungsausschuss hat in den vergangenen vier Jahren in 94 Sitzungen – immer am Freitag, oftmals bis in die späten Abendstunden – insgesamt 344 Stunden getagt. Jeder von Ihnen kann ausrechnen, wie viele Tage das ungefähr waren. 307 Stunden davon waren öffentliche Zeugen- und Sachverständigenvernehmungen. Die Ordner mit den daraus erstellten Protokollen umfassen deutlich mehr als 8.000 Seiten.

In den 50 öffentlichen Sitzungen haben wir fünf Sachverständige sowie 88 Zeuginnen und Zeugen aus Politik, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft vernommen. Bei vier Zeugen hatten wir uns nach sehr intensiven Diskussionen auf eine schriftliche Befragung verständigt.

Auch hat der Ausschuss in großem Umfang von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Akten als Beweismittel herbeizuziehen. So wurden insgesamt 35 Institutionen aufgefordert, Unterlagen vorzulegen. Die Staatskanzlei sowie vier Ministerien legten ebenso Akten vor wie das Bergamt und der Landesrechnungshof. Sieben Bundesinstitutionen übermittelten uns Akten, darunter das Bundeskanzleramt, die Bundesnetzagentur und das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie. In 14 Fällen erhielten wir Unterlagen von privatrechtlich organisierten Institutionen, darunter Wirtschaftsunternehmen wie Wintershall Dea, Umweltverbände wie der WWF und der NABU und die „Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV“.

Ob der Umfang der von der Stiftung vorgelegten Unterlagen ausreichend gewesen ist, wurde im Ausschuss und auf schriftlichem Wege mit der Stiftung kontrovers diskutiert und führte zwischenzeitlich sogar zur Einrichtung eines Unterausschusses. Wenige Wochen vor Abschluss unserer Ausschussarbeit entschied dann das Amtsgericht Schwerin auf einen Antrag der zwei Mitglieder der Einsetzungsminderheit, dass die Geschäftsräume der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ durchsucht und die Protokolle der Vorstandssitzungen beschlagnahmt werden. Diese Beschlagnahme wurde anschließend durchgeführt und die Unterlagen wurden dem Ausschuss übergeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausschuss ist verpflichtet, Ihnen nach Abschluss der Untersuchung einen Bericht zu erstatten. Der Ihnen vorliegende Bericht enthält im ersten Teil die Darstellung des Verfahrens, im zweiten Teil – die Feststellung – zeichnet er die wesentlichen Ergebnisse der Beweisaufnahme nach, um dann im dritten Teil, der Bewertung, die gewonnenen Erkenntnisse auszuwerten.

Der Verfahrensteil und der Feststellungsteil wurden dem Ausschuss von mir als Vorsitzendem vorgelegt. Im Feststellungsteil wurden an einigen Stellen aufgrund eines gemeinsamen Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen und eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ergänzungen vorgenommen. Auch der Verfahrensteil wurde aufgrund eines gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen der SPD und Die Linke geändert beziehungsweise ergänzt. Beide Teile wurden sodann mehrheitlich mit den Änderungen beschlossen, der Feststellungsteil in der 91. Sitzung am 24. April und der Verfahrensteil in der 94. Sitzung am 19. Juni.

Über den dritten Teil des Berichts, die Bewertung, wurde in der 91. Sitzung am 24. April abgestimmt. Die von der Fraktion der CDU vorgelegte Bewertung wurde ebenso mehrheitlich abgelehnt wie die Bewertung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die gemeinsam von den Fraktionen der SPD und Die Linke vorgelegte Bewertung wurde sodann bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und Die Linke und Ablehnung der übrigen Fraktionen angenommen.

Kommt der Untersuchungsausschuss wie im vorliegenden Fall nicht zu einem einstimmigen Bericht, hat der Bericht gemäß Paragraf 39 Absatz 3 Untersuchungsausschussgesetz MV auch die abweichenden Auffassungen der ordentlichen Mitglieder zu enthalten, die als Sondervotum zusammen mit dem Bericht vorzulegen sind. Die jeweiligen Sondervoten der Fraktionen der CDU, der AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden dem Ausschuss am 21. Mai 2026 vorgelegt und befinden sich im vierten Teil des Berichts.

In unserer 94. und letzten Sitzung am 19. Juni 2026 wurde der gesamte Bericht mit den zuvor beschlossenen Änderungen bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, AfD und Die Linke und bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Arbeit in diesem Ausschuss war intensiv und kontrovers, die Führung der Sitzungen durchaus herausfordernd in der einen oder anderen Sitzung. Und ich glaube, es liegt in der Natur der Sache, dass es im Untersuchungsausschuss auch gerade zwischen Regierung und Opposition durchaus verschiedene Perspektiven gibt und man nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis kommt. Ich möchte es an der Stelle aber nicht versäumen, allen für die Zusam-

menarbeit zu danken, den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, den Mitarbeitern der Fraktionen. Und ein großes, großes Dankeschön gilt dem Ausschusssekretariat, die heute auch anwesend sind, unter der Führung von Frau Berckemeyer, Herrn von Schassen und dem gesamten Team, die trotz mancher auch personellen Herausforderungen und Fluktuationen im Sekretariat in den letzten vier Jahren da wirklich einen hervorragenden Job gemacht haben, und ein großes Dankeschön für Ihre wertvolle und wichtige Arbeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD, CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Vorlage dieses Abschlussberichts hat der Ausschuss seinen ihm vom Landtag erteilten Untersuchungsauftrag erfüllt. Wir haben daher ebenfalls in der 94. Sitzung beschlossen, Ihnen zu empfehlen, den Bericht verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Dieser Beschluss erging einstimmig, insoweit bitte ich Sie auch heute hier um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprache mit einer Grundredezeit von bis zu 38 Minuten vorgesehen. Hierzu wurde zusätzliche Redezeit angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Krüger.

(Der Abgeordnete Thomas Krüger wendet sich an das Präsidium.)

So, ich habe mich jetzt entschlossen, ich möchte hier den Hinweis des Abgeordneten Krüger weitergeben, den er an mich gerichtet hat. Er lässt in seiner Rede keine Zwischenfragen zu. Von daher bitte ich da um Beachtung, dann muss ich hier nicht die Rede unterbrechen.

Bitte schön!

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich dann auf Ihre Kurzinterventionen. Insofern haben wir ja die Möglichkeit zu diskutieren.

Ich kann hier vieles wiederholen von dem, was wir in früheren Debatten bereits gesagt haben, denn so viele neue Erkenntnisse haben die vier Jahre Untersuchungsausschuss schlicht und einfach nicht ergeben. Aber die Zeit, die Dinge aufzuarbeiten, die sollten wir uns jetzt vielleicht mal nehmen.

Meine Damen und Herren, ich will zu Beginn etwas Grundsätzliches sagen: Wir Sozialdemokraten stehen zu unserer Verantwortung. Ja, wir haben uns für Nord Stream 2 eingesetzt. Ja, wir haben uns dafür eingesetzt, die Klimaschutzstiftung zu gründen. Und ja, wir haben nicht akzeptieren wollen, dass Donald Trump durch seine Sanktionen hier zu sagen hat, was in Deutschland passieren darf und was nicht. Dagegen haben wir uns gewehrt. Das ist unsere Verantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und, meine Damen und Herren, anders als die CDU stehen wir hier zu unserer Verantwortung.

(Noah Böhringer, FDP: Aber sich von Putin abhängig machen!)

Es ging uns um Versorgungssicherheit, es ging uns um bezahlbare Energie für die Menschen und die Wirtschaft und es ging uns um ein friedliches Miteinander in Europa.

Insbesondere der letzte Punkt, meine Damen und Herren, schmerzt, denn all die Bemühungen der damaligen Bundesregierung, CDU-geführt unter Angela Merkel, und unsere Bemühungen in der Regionalpartnerschaft sind durch den brutalen Angriffskrieg Putins kaputt gemacht worden. Auch wir haben damals darauf vertraut, dass auch die russische Führung an einem friedlichen Miteinander interessiert ist. Wir sind getäuscht worden. Und, meine Damen und Herren, um es klar zu sagen, ja, da liegt auch unser Fehler.

Seit nunmehr vier Jahren fallen Bomben in der Ukraine, Menschen werden verletzt und sterben, übrigens beiderseits der Grenze. Es handelt sich hier um den größten zivilisatorischen Bruch in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Meine Damen und Herren, ich will es ganz klar sagen, schuld daran sind nicht „die“ Russen, schuld daran sind Wladimir Putin und seine Regierung.

(Beifall Noah Böhringer, FDP)

Uns ging es vor dem Krieg um wirtschaftliche Zusammenarbeit, um kulturellen Austausch, um wissenschaftlichen Austausch und, was mir besonders immer am Herzen gelegen hat, um den Austausch von Menschen, dass Menschen miteinander in Kontakt kamen, und insbesondere den Jugendaustausch haben wir hier voranführen wollen und vieles mehr. All das konnten und all das wollten wir nach dem brutalen, völkerrechtswidrigen Angriff Russlands nicht fortsetzen. Das war und ist für uns die einzig logische Schlussfolgerung.

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss Klimastiftung wurde von CDU, GRÜNEN und FDP eingerichtet. Nach vier Jahren kann ich feststellen, dass es hier ein festes Bündnis von CDU und GRÜNEN gab. Die Kommunikation dieses Oppositionsbündnisses war mehr geprägt von vermeintlicher moralischer Überlegenheit im Rückblick als von ehrlicher Analyse der damaligen Faktenlage. An Aufklärung waren CDU und GRÜNE jedenfalls nicht interessiert.

(Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU)

Es ging am Ende im Ausschuss um drei Dinge, genau drei Dinge: Zum einen ging es um Skandalisierung, zum Zweiten ging es um Skandalisierung und zum Dritten ging es um Skandalisierung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke – Daniel Peters, CDU: Um Gottes willen!)

Das war und das ist der wirkliche Zweck dieses Untersuchungsausschusses gewesen. Ihr Ziel, meine Damen und Herren von GRÜNEN und CDU, war es, den Ausschuss bis zur Landtagswahl zu ziehen, um einen parteipolitischen Vorteil daraus ziehen zu können.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das geht nach hinten los.

Aber schauen wir es mal uns genauer an und fangen wir mal mit der CDU an. Während alle ehemaligen CDU-Minister und alle ehemaligen Staatssekretäre der CDU als Zeugen ausgesagt haben, dass sie in allem eingebunden waren, alle wesentlichen Informationen hatten und die vom Landtag beschlossene Satzung alle Aufgabenbeschreibungen enthielt, behauptet die CDU weiter, von nichts gewusst zu haben,

(Enrico Schult, AfD: Hat er recht, der Mann!)

und das, obwohl die CDU-Fraktion die Satzung mit allen Informationen zum künftigen Agieren der Stiftung hier im Landtag einstimmig beschlossen hat, und das, obwohl die CDU-Fraktion darauf bestanden hat, den stellvertretenden Stiftungsvorsitzenden zu stellen, um informiert zu sein. Und dann behauptet die CDU-Fraktion, wir wussten von nichts und brauchten den Untersuchungsausschuss.

Entweder sind Sie, meine Damen und Herren von der CDU, alle blind und taub gewesen, oder Sie stehen schlicht und einfach nicht zu Ihrer Verantwortung. Aber völlig egal, beides ist schlimm. Eine Partei wie die CDU, die nicht zu ihrer Verantwortung steht, ist schlicht und einfach unglaubwürdig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und dann, meine Damen und Herren, hatten wir heute das Interview in der Zeitung. Hier sage ich uns, hier sagte der Obmann der CDU zur CDU-Verantwortung, Zitat: „Das war ... ja alles relativ kurzfristig.“ Also zu kurzfristig, um Antrag und Satzung zu lesen, für den CDU-Vize-MP? Der hat zumindest zugestimmt, offenbar hat er es gelesen. Also zu kurzfristig, um Antrag und Satzung zu lesen, für die CDU-Ministerinnen und -Minister im Kabinett? Die haben zugestimmt. Also zu kurzfristig, um Antrag und Satzung zu lesen, für die CDU-Fraktionsmitglieder? Die haben zugestimmt. Wofür zu kurzfristig? Um die Satzung zu lesen? Dass man, wenn man wissen will, was eine Stiftung macht, in den Satzungszweck schauen muss, sollte allen Beteiligten klar sein!

Und nun wollen wir mal ein Liveexperiment machen. Ich lese mal den Stiftungszweck für den Bau vor und wir können ja mal gemeinsam die Zeit stoppen, wie viel Zeit ich brauchen werde, um diesen Text vorzulesen, der übrigens zwei Tage vorher vorgelegen hat,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

denn der Text ist ja der Auftrag, der vorlag.

Und da ist, Zitat: „Die Stiftung kann zur Erfüllung des Stiftungszwecks, insbesondere auch zur Vermögensverwaltung und Vermögensmehrung, einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb errichten und unterhalten sowie Tochtergesellschaften in der Rechtsform von Personen- oder Kapitalgesellschaftern gründen, erwerben, sich daran beteiligen oder beauftragen. Die Stiftung wird insbesondere einen an Leistungs-, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitskriterien ausgerichteten wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, gegebenenfalls auch in Form der Gründung einer oder mehrerer rechtlich selbständiger Gesellschaften, errichten und sich damit vorrangig an der Vollendung von Nord Stream 2 beteiligen. Voraussetzung für eine solche Beteiligung ist, dass Nord Stream 2 im Rahmen der zu schließenden Verträge die Stiftung für fahrlässiges Handeln freistellt. Die Stiftung kann im Rahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes insbesondere Natur- bzw. Umweltschutzmaßnahmen und -projekte, die der Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen, welche natürlichen oder juristischen Personen wegen Eingriffen in die Natur im Rahmen ihrer Tätigkeit aufgegeben werden, übernehmen. Sie kann im Rahmen ihres wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes insbesondere auch Grundstücke und Flächen erwerben, übernehmen oder verwalten, pachten und verpachten, mieten und vermieten, Werkzeuge und Maschinen erwerben, übernehmen, verwalten, halten, zur Verfügung stellen und vermieten. Erträge der oder des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes und möglicher Tochtergesellschaften dienen der Förderung der in den Abs. 1 und 2 genannten Ziele ...“ Ich weiß nicht, ob jetzt jemand mitgestoppt hat, aber …

(Zuruf aus dem Plenum: 80 Sekunden. –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

1 Minute 21, sehe ich hier gerade.

Also da wird uns erzählt, 1 Minute 21 war nicht drin.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was soll der Klamauk jetzt hier?)

Deswegen konnte die CDU-Fraktion natürlich nicht wissen, was die „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ macht, meine Damen und Herren! Aber offenbar hat es ja einer gelesen, einer hat es gemacht, meine Damen und Herren, das war Dietmar Eifler. Und selbst wenn Sie es nicht gelesen hätten, was ja fahrlässig ist, wenn Sie die 1 Minute 21 nicht gehabt hätten innerhalb von zwei Tagen, dann hätten Sie ja Dietmar Eifler zuhören können. Dietmar Eifler hat nämlich hier für die CDU-Fraktion gesagt: „Aus diesem Grund befürwortet meine Fraktion unverändert den Bau der Pipeline, ebenso jetzt die Errichtung der Stiftung“,

(Enrico Schult, AfD: Hört, hört!)

„die neben dem Klimaschutz auch den Bau der Pipeline absichern soll.“

Absichern soll! Oh Gott, wo hat denn der das her? Meine Damen und Herren von der CDU, so viel zu Ihrer Redlichkeit!

Und wenn ich im Sondervotum lese, dann ist Ihr Sondervotum an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten. Sie schreiben, Zitat: „Es ging bei der Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses niemals darum, einer Partei und ihren Politikern die alleinige Verantwortung für einen der größten Skandale der deutschen Nachwendezeit zu geben.“ Was, bitte schön, soll das?! Nachdem Sie vier Jahre lang nur einen Kampf geführt haben gegen die SPD, die sich für billige Energie und gegen die Trump-

Sanktionen eingesetzt hat, dann diese Behauptung! Das ist schlicht und einfach lächerlich!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Dieser Untersuchungsausschuss, dieser Untersuchungsausschuss hat letztlich 7 Millionen Euro Steuergeld gekostet. Ihn einzurichten – und das sage ich ausdrücklich –, war Ihr gutes Recht.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das ist völlig unbestritten,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

es ist Ihr gutes Recht gewesen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Aber jedem Recht, meine Damen und Herren, steht auch eine Pflicht gegenüber. Ihre Pflicht wäre es gewesen, die Notwendigkeit zu prüfen.

(Unruhe bei Christian Winter, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

Und nachdem Sie bei der Gründung der Stiftung dabei waren, nachdem Ihre Fraktion einstimmig die Satzung hier im Plenum mitbeschlossen hat, nachdem Ihre Minister am Kabinettstisch gesessen haben, alles mitgetragen haben, nachdem Ihnen also alle wesentlichen Informationen vorgelegen haben,

(Unruhe bei Christian Winter, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

Sie bei allem dabei waren, allem zugestimmt haben, nach alledem diesen Untersuchungsausschuss zu installieren, nenne ich das eine scheinheilige, parteipolitisch motivierte Show auf Kosten der Steuerzahler.

(Beifall vonseiten de Fraktionen der SPD und Die Linke – Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Und nichts anderes! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie wussten, weil Sie damals,

(Zurufe von Daniel Peters, CDU, und Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wussten, weil es damals auch Ihre Position war, dass wir den Bau beenden wollten. Es war unser Interesse an billiger Energie für die Wohnzimmer und für die Wirtschaft und es war unsere Position, dass Donald Trump nicht zu entscheiden hatte, wer in Deutschland investieren darf und wer in Deutschland nicht investieren darf. SPD, CDU und Linke haben ohne Gegenstimmen die Landesregierung aufgefordert, ein Instrument zu finden, mit dem der Bau beendet werden kann. Es war also der Auftrag des Landtages an die Landesregierung.

Und, meine Damen und Herren, dann kommt etwas Wichtiges: Landtag, Landesregierung und das Konsortium, das den Bau realisieren wollte, hatten also ein gemeinsames Ziel: Fertigstellung der Pipeline. Und ebenso waren wir damals uns auch einig, zu diesem Zweck die Stiftung zu gründen.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wollten nie Aufklärung. Sie haben diesen fürchterlichen Krieg zum Anlass genommen, mit dem Finger auf die SPD zu zeigen, um von Ihrer eigenen Verantwortung abzulenken. Wer das nicht glaubt, der sollte schlicht und einfach mal die Pressemitteilungen der CDU lesen.

In meinem Wahlkreis stand eine ganze Weile ein Jugendklub in Stavenhagen auf der Kippe, weil das Geld nicht reichte. Mit den 7 Millionen dieses Untersuchungsausschusses hätten wir diesen Jugendklub 70 Jahre ausfinanzieren können,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und Die Linke – Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

70 Jahre, meine Damen und Herren!

Ich fasse zusammen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und Die Linke – Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

ich fasse zusammen: Dieser PUA war ein nach Gesetz Ihnen zustehendes Recht, aber jedem Recht steht eine Pflicht gegenüber, und es wäre Ihre Pflicht gewesen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

abzuschätzen, ob das notwendig gewesen wäre.

(Daniel Peters, CDU: Zehn Jahre NSU!)

Und dann, meine Damen und Herren, haben wir ja noch die GRÜNEN.

(Zuruf von Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle muss ich eine Sache vorwegnehmen. Mir ist wichtig zu betonen, dass meine Fraktion Verständnis dafür zeigt,

(Unruhe bei Martin Schmidt, AfD)

dass viele der Zeugen zu Recht …

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Frau Präsidentin,

(Glocke der Vizepräsidentin)

ich würde mich gern selbst noch hören.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja, einen Spiegel vorgehalten zu bekommen, tut weh. – Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wir unterbrechen mal, meine Herren und Damen!

Lassen Sie mich den Hinweis geben, dass insbesondere Gespräche, die in weiter Entfernung zwischeneinander geführt werden, doch sehr störenden Lärm verursachen.

(Daniel Peters, CDU:
Fragt sich auch, warum man
keine Zwischenfragen zulassen will.)

Und ich bitte, wenn es denn Gesprächsbedarf gibt zu diesem Thema oder auch außerhalb, das Ganze dann vor dem Plenarsaal zu machen. Zumindest wäre es vernünftig, den Redner so weit nicht zu stören, dass wir alle, die daran Interesse haben, auch seiner Rede folgen können.

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Thomas Krüger, SPD: Meine Damen und Herren, wir waren jetzt bei den GRÜNEN gelandet und ich muss jetzt etwas vorwegnehmen. Mir ist wichtig zu betonen, dass meine Fraktion Verständnis dafür zeigt, dass viele der Zeugen zu Recht empört waren über die Art und Weise der Befragung durch den Kollegen Damm. Es gäbe da viel zu kritisieren, beispielsweise, dass der Kollege immer wieder den Zeugen bewusst Worte im Mund umgedreht hat, dass er die Zeugen immer wieder mit unvollständigen Dokumenten konfrontiert hat, dass er Zeugen mit falschen Zitaten von anderen Zeugen konfrontiert hat. Wer so etwas tut, ist nicht an Aufklärung und Wahrheit interessiert, der handelt nach dem Motto:

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Ich lass mir doch von der Realität nicht meine Vorurteile kaputtmachen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und Enrico Schult, AfD)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN, also die neuen besten Freunde der CDU Mecklenburg-Vorpommerns, waren von vornherein gegen russisches Leitungsgas. Die GRÜNEN sind ja auch immer gegen vieles.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aus Gründen!)

Und die GRÜNEN waren auch von vornherein gegen den Bau von LNG-Terminals. Wer es nicht glaubt, im Internet mal nachschauen, da gibt es ja von norddeutschen Landesverbänden diverse Landesparteitagsbeschlüsse. Und wenn man wie Sie für den Ausstieg aus Atom, Kohle und Gas zur gleichen Zeit ist, ohne dass bereits Alternativen aufgebaut worden sind, dann führt das nur in eine Richtung, nämlich in die der wirtschaftlichen Vollkatastrophe.

Übrigens will ich hier noch einmal klarstellen, dass die GRÜNEN ja nicht aus Angst vor einem Krieg oder dem Agieren von Putin gegen Nord Stream 2 waren, wie es uns hinterher suggeriert worden ist, dafür bin ich nämlich Zeitzeuge,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

für sie war ihr Widerstand klimapolitisch begründet. Das konnte man damals auch auf ihrer Webseite entsprechend nachlesen.

(Hannes Damm, fraktionslos: Das ist Unsinn.)

Um Sicherheitspolitik

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

ging es Ihnen erst nach Ausbruch des Krieges. Und es ist wirklich spannend zu sehen, wie Sie hinterher vorher alles besser gewusst haben wollen.

Jetzt kommen wir aber mal zu dem, was vermeintlich nach vier Jahren an Erkenntnissen gewonnen wurde. Und ich möchte gern das mit der Realität gegenüberstellen. Ich habe die Vorwürfe mal zusammengefasst:

Also erster Vorwurf von Ihnen, von den GRÜNEN, ist der Vorwurf, Nord Stream 2 sei eine Wette gegen die Energiewende gewesen. Eins vorweg, Nord Stream 2 stand nicht im Widerspruch zu den Klimazielen der Bundesregierung, sondern auf einer Linie mit ihnen. Erdgas galt bis ins Kanzleramt als die Brückentechnologie, mit der die Energiewende, also der gleichzeitige Ausstieg aus Kohle und der Atomausstieg, überhaupt erst gelingen sollte. Der damalige Kanzleramtschef hat genau diese Rolle des Erdgases, Zitat, „im Rahmen der Erreichung unserer Klimaziele“, Zitatende, vor dem Ausschuss bestätigt.

Zweiter Vorwurf, dass Kabinettsvorlagen mit Nord Stream 2 zuvor abgestimmt und ausgetauscht worden sind. Fakt ist, meine Damen und Herren, es gab keine Abstimmung von Vorlagen mit Nord Stream 2. Das hat es nie gegeben. Das entstammt Ihrer Fantasie.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Drittens, Ihr Vorwurf, dass Nord Stream 2 seinen Einfluss durch Sponsoring vergrößern wollte. Mal ganz ernsthaft, meine Damen und Herren, wer glaubt, dass man durch ein Sponsoring von Usedomer Musikfestspielen auch an Einfluss gewinnt oder nicht, gut, das ist der Glaube der GRÜNEN vielleicht. Zur Wahrheit gehört doch, dass etliche große Firmen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, indem sie Sponsoring machen. Nehmen Sie beispielsweise AIDA. Die sind Hauptsponsor der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern und auch Partner der Rostock Seawolves. Und ja, wir wollen solche Unterstützung von Kultur, Sport und sozialen Projekten, wir sind dankbar für Unternehmen, die sich hier im Land durchs Sponsoring engagieren, weil viele Vereine und Projekte auch Unterstützung von diesen Unternehmen benötigen. Wir sind dankbar dafür.

Viertens, Ihr Vorwurf, die Landesregierung beseitigte rechtliche Genehmigungshürden für den Pipelinebau. Meine Damen und Herren, das ist schlicht und einfach nicht wahr. Es wurde kein einziges Gesetz geändert, um Nord Stream 2 genehmigungsfähig zu machen.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Was ich von den Landesbehörden erwarte, ist, wenn ein Investor nach Mecklenburg-Vorpommern kommt, wird geschaut, wie wir sein Vorhaben im Rahmen der bestehenden Gesetze umsetzen können.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Das ist sowohl üblich beim Windrad wie beim Rechenzentrum und auch beim Pipelinebau.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und ja, meine Damen und Herren, natürlich musste dabei auch ein Schutzgebiet angepasst werden, aber das

ist im Naturschutzrecht für genau solche Fälle ausdrücklich vorgesehen.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Das ist ein völlig normales Verfahren und von den Gerichten auch nicht beanstandet, und übrigens seit 2018 in Kraft.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Das ist keine Hürde, die wir aus dem Weg geräumt haben, das ist das, was das Gesetz in solch einem Fall vorschreibt.

(Hannes Damm, fraktionslos:
Was Sie genau einmal gemacht haben.)

Wir sind beim fünften Vorwurf, meine Damen und Herren, der Vorwurf, Nord Stream 2 wäre nicht genehmigungsfähig, weil der Bedarf und die Kapazität dieser Leitung nicht gebraucht wurden.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist Teil der gesetzlichen Voraussetzungen.)

Dazu möchte ich drei Punkte ausführen, meine Damen und Herren:

Erstens verlangt das Gesetz gar keinen Nachweis, dass die Leitung gebraucht wird. Es fragt, ob das Vorhaben vernünftig ist, und nicht, ob der Markt es zwingend braucht. Das ist ein Unterschied.

(Hannes Damm, fraktionslos: Das sind die
Genehmigungsvoraussetzungen, Herr Krüger.)

Das ist ein Unterschied.

(Hannes Damm, fraktionslos:
Dann lesen Sie es doch mal!)

Den Bedarf einzuschätzen, ist das Risiko. Und das Risiko zu tragen, ist Sache des Investors, nicht der Behörde.

Zweiter Punkt dazu: Damals waren die Erwartungen eindeutig, die Lieferungen aus Norwegen und den Niederlanden gehen zurück. Auf zusätzliche Importwege zu setzen, war aus der Sicht 2018, also aus damaliger Sicht, eine vernünftige Annahme und keine, die man der Behörde als Fehler vorhalten kann.

Und drittens haben die Gerichte den Beschluss nicht beanstandet. Der Vorwurf, meine Damen und Herren, geht ins Leere.

Sechster Vorwurf, die Sicherheit der Gaspipeline wurde nie unabhängig geprüft. Auch das ist falsch. Als Beleg wird dann angeführt, dass ein ehemaliger Mitarbeiter von Nord Stream

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, eben nicht unabhängig.)

den Arbeitgeber gewechselt hat und beim Zertifizierer tätig war.

(Hannes Damm, fraktionslos:
Das ist für Sie unabhängig?!)

Wahr ist, meine Damen und Herren, die Sicherheit wurde nicht von einer Person geprüft, es waren drei Institutionen: eine Ingenieursgesellschaft für die kritische Prüfung,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

ein eigenständiges Prüfungsunternehmen für die Zertifizierung und das Bergamt für die Anerkennung.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Das nennt man 6-Augen-Prinzip.

(Hannes Damm, fraktionslos:
Unfassbar, wirklich!)

Und auch hier haben die Gerichte – hu, hu! – nichts zu beanstanden gehabt

(Andreas Butzki, SPD:
Unfassbar ist nur dein Verhalten!)

und die Genehmigung bestätigt. Der Mann, an dem Sie sich abarbeiten, hatte die – Achtung, aufpassen! – Projektkoordination inne und nicht die Zertifizierung. Seine Qualifikation stammt schon aus dem Vorgängerprojekt, wo er für das Bergamt geprüft hat. Folgte man der Argumentation der GRÜNEN, dürfte kein Mechaniker aus einem Autohaus von VW oder Mercedes jemals zur DEKRA oder zum TÜV wechseln können.

(Enrico Schult, AfD: Hört, hört!)

Siebtens, der Vorwurf, der Stiftungsvorstand hätte keine Kontrolle über die Arbeit des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs gehabt. Nun ist es nicht meine Aufgabe, die Arbeit der Stiftung zu bewerten, aber wahr ist doch, der Vorstand hat die Aufträge geprüft und über sie entschieden, über sie entschieden. Und das müssen Sie gar nicht mir glauben, das steht in Ihrem eigenen Kapitel. Im selben Kapitel,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

in dem Sie von „minimalem Vorstandseinblick“ sprechen,

(Marcel Falk, SPD: Jetzt hör doch zu!)

heißt es, die größten Aufträge seien, Zitat, „vom Vorstand zu bestätigen“ gewesen, und Zitat wieder: „was stets geschah“, Zitatende. Sie widerlegen sich also selbst.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Achtens, der Vorwurf, die Klimastiftung hätte von der Stiftungsaufsicht nicht anerkannt werden dürfen, da die Finanzierung ihrer gemeinwohlorientierten Zwecke nicht gesichert war. Da wird das Stiftungsrecht auf den Kopf gestellt. Die Anerkennung, meine Damen und Herren, ist keine Frage des Wohlwollens, sondern eine sogenannte gebundene Entscheidung. Liegen die Voraussetzungen vor, muss die Behörde anerkennen.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie lagen aber nicht vor.)

Einen Gefallen kann sie da gar nicht tun. Den Paragrafen 80 Absatz 2 BGB, der das regelt, zitieren Sie sogar selbst.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und die Voraussetzungen lagen vor. Die zuständige Referatsleiterin hat unter Wahrheitspflicht ausgesagt, die „in Aussicht gestellten Spenden ...“, Zitat,

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Per Handschlag.)

„haben mich nicht …“

(Zuruf von Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Moment!

Noch mal, Frau Oehlrich, bitte zuhören:

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Die „in Aussicht gestellten Spenden ...“, Zitat, „haben mich nicht interessiert. Ich habe nur gesehen, ... gibt es Erträge und der Vorstand arbeitet ehrenamtlich.“ Und das hat als Grundlage für die Anerkennung der Stiftung ausgereicht, wie auch in anderen Fällen.

Neuntens, meine Damen und Herren, der Vorwurf, die Schenkungssteuerpflicht der Stiftung war eine Folge mangelnder Sorgfalt seitens der Landesregierung. Und hier beginnt es dann merkwürdig zu werden, meine Damen und Herren. Ich würde mich freuen, wenn die GRÜNEN sich nun mal entscheiden können, ob die Stiftung nun Klima- und Umweltschutz macht oder nicht. Bislang haben Sie das verneint. Jetzt bedauern Sie, dass sie die Steuern zahlen mussten. Vielleicht klären Sie einfach mal Ihre Position. Sie haben ja noch die Möglichkeit, hier zu reden.

Dass die Steuer selbst gezahlt werden musste, ist aber nicht, wie Sie behaupten, der Landesregierung anzulasten. Die steuerliche Gestaltung einer Zuwendung ist Sache der Stiftung, ihrer Steuerberater. So ist das übrigens bei jeder Stiftung. Sie hätte den Zweck der Mittel bei deren Zufluss sauber festschreiben müssen. Dass das nicht rechtzeitig geschah, liegt nicht in der Verantwortung des Landes.

Zehntens, meine Damen und Herren, der Vorwurf der Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit. Fakt ist, meine Damen und Herren, der Landtag hat ohne Gegenstimmen die Ministerpräsidentin aufgefordert, die Klimastiftung zu gründen.

(David Wulff, FDP: Ja.)

Die Satzung mit allen Bestandteilen,

(David Wulff, FDP: Stimmt so.)

die Satzung mit allen Bestandteilen lag zur Beschlussfassung vor und war damit öffentlich bekannt. In der Plenardebatte vom 7. Januar 2021 sprachen Redner aller Fraktionen, auch der CDU, offen davon, dass die Stiftung temporär den Bau absichern soll.

(Enrico Schult, AfD: Das ist ja ein starkes Stück!)

Die Presseberichterstattung, meine Damen und Herren – für die, die nicht zugehört haben –, war auch eindeutig. Die war mit Schlagzeilen gefüllt wie:

– „Ostsee-Zeitung“: „Nord Stream 2: Mecklenburg-Vorpommern gründet Stiftung“,

– „Nordkurier“: „Land bringt Stiftung für Bau von Nord Stream 2 auf den Weg“,

– dpa: „Mecklenburg-Vorpommern-Landesregierung: Stiftung soll Nord Stream 2 unterstützen“,

– NDR – „Landeseigene Stiftung soll Nordstream 2 retten“.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Die Aufzählung könnte ich an dieser Stelle noch weiterführen. Wer nach Vorlage der Satzung und diesem Medienecho behauptet, man habe von nichts gewusst, hat entweder die Vorlagen nicht gelesen oder handelt bis heute politisch unredlich.

(Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)

Die Hintergründe waren damals klar. Sowohl die CDU-geführte Bundesregierung unter Angela Merkel als auch die SPD/CDU-geführte Landesregierung wollten den Bau von Nord Stream 2. Wir haben damals schlicht nicht akzeptiert, dass die USA über Sanktionen uns vorschreiben wollten, was wir zu tun haben und was nicht. Das nennt die CDU heute in der Zeitung, das nennt die CDU heute in der Zeitung Anti-Amerikanismus. Meine Damen und Herren, ich nenne das Sicherung der deutschen Interessen, Sicherung der deutschen Souveränität.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und Enrico Schult, AfD)

Meine Damen und Herren, wir sind beim elften Vorwurf, dem Vorwurf, die Stiftung habe nicht dem Schutz heimischer Unternehmen gedient. Das Gegenteil ist wahr, die völkerrechtswidrigen Sanktionen der USA waren eine reale Bedrohung für Unternehmen und Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern. Die Stiftung wurde als juristischer Schutzschirm, als Firewall geschaffen, sie agierte als Zwischenhändler, damit spezialisierte Firmen nicht in direkte Vertragsbeziehungen mit dem sanktionsbedrohten Projekt treten mussten. Betroffen waren nicht zwei oder drei Firmen, wie man immer glauben kann, wenn man die Opposition hört. Am Ende waren es 38 Firmen, die unter dem Schutzschirm gearbeitet haben. Und es ging auch nicht um 100.000 oder 200.000 Euro, wir reden hier über ein Umsatzvolumen von 73 Millionen Euro. Wie man dann darauf kommen kann, dass bei diesem Umfang die Stiftung nicht dem Schutz der Unternehmen gedient haben soll, bleibt wahrscheinlich für immer das Geheimnis der GRÜNEN.

Zwölftens, die Behauptung einer Steuerung durch russische Akteure. Ich habe schon ausgeführt, dass es der Auftrag des Landes an die Landesregierung war, ich zitiere, „sich ... klar und eindeutig zur Fertigstellung des ... Pipeline-Projektes Nord Stream 2 zu bekennen und exterritoriale Bemühungen hiergegen strikt zurückzuweisen“. Landtag, Landesregierung und das Konsortium hatten also ein gemeinsames Ziel: die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2. Dennoch blieb die Landesregierung immer Herr des Verfahrens und handelte im Interesse des Landes, so, wie sie vom Landtag beauftragt worden ist.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das glaubt doch wohl keiner außer Ihnen! – Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

In über drei Jahren Beweisaufnahme wurde kein einziger Beleg für eine Steuerung der Landesregierung durch russische Akteure gefunden.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Als Vorwurf wird dann immer die Satzung genannt. Fakt ist, meine Damen und Herren, die Satzung wurde von Christian Pegel erarbeitet.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und Hannes Damm, fraktionslos – Heiterkeit bei Hannes Damm, fraktionslos)

Eine Mustersatzung war lediglich die Grundlage. Oder wie es der Zeuge Ontyd, mit dem es diesen Austausch gab, der Justiziar von Nord Stream, selbst bestätigte, zwischen der Standardvorlage und der Endfassung liege, Zitat, „ein sehr großer Unterschied“, Zitatende. Beides habe, Zitat, „nicht viel miteinander zu tun“.

Und dass das so war, meine Damen und Herren, das belegt auch ein weiterer Vorgang kurz vor dem Beschluss der Satzung im Landtag. Erst kurz davor übermittelte nämlich Nord Stream 2 seine Wünsche für den Satzungsinhalt.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Dass der Zuwendungsgeber, also Nord Stream 2, eigene Interessen in die Satzungsverhandlungen eingebracht hatte, ist ein normaler Vorgang, das ist der Stifter. Das ist der Stifter!

(Patrick Dahlemann, SPD: Ganz klar! Ganz klar!)

Es wäre komisch, wenn das nicht so wäre.

(Patrick Dahlemann, SPD: Ja, so ist es. – Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Er tat dies aber nachweislich erst kurz vor dem Beschluss des Landtages.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Die Landesregierung hat dabei stets die Interessen des Landes gewahrt,

(Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)

und etwas anderes haben die Zeugenbefragungen und auch die Aktenlage nie hergegeben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke – Patrick Dahlemann, SPD: Glasklar! Glasklar!)

Meine Damen und Herren, wir sind beim 13. Vorwurf, dem Vorwurf der mangelnden Transparenz in Akten und E-Mails. Auch hier sprechen die Fakten eine andere Sprache. Die Landesregierung hat dem Ausschuss über 21.000 Dateien mit einem Umfang von 150 Gigabyte zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Außerdem möchte ich mit einem Missverständnis aufräumen. Ein E-Mail-Postfach ist kein Archiv.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Es ist ein Arbeitswerkzeug, genau wie ein Posteingang auf dem Schreibtisch. Was entscheidungsrelevant ist, gehört natürlich nicht in den analogen und digitalen Posteingang, sondern muss in die Akte überführt werden. Und genau dort landete es auch, in den offiziellen, fälschungssicheren Akten der Landesregierung,

(Patrick Dahlemann, SPD: Richtig!)

in der elektronischen Akte, die, in der sich nachträglich nichts ändern oder löschen lässt. Das Postfach wird ausgeräumt, die Akte bleibt.

(Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)

14. Vorwurf, meine Damen und Herren, Ihr Vorwurf, die Landesregierung habe mit ihrer Unterstützung für den Bau der Pipeline die Kriegsvorbereitung Russlands unterstützt. Das ist absurd!

(Patrick Dahlemann, SPD: Völlig absurd!)

Das ist absurd! Die Landesregierung hatte in dieser Frage nie eine andere Position als die Bundesregierung

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

und übrigens nie eine andere Position als der letzte Landtag, und zwar fraktionsübergreifend. Alle drei haben Nord Stream 2 befürwortet für eine sichere und bezahlbare Versorgung. Dass der Bund im Grundsatz ähnlich positioniert war, steht im Sondervotum sogar drin.

Und worauf zielte diese Politik? Auf das Gegenteil dessen, was Sie behaupteten. Die deutsche Linie war an eine Bedingung geknüpft. Russland sollte den Gastransit durch die Ukraine fortsetzen, damit der Waffenstillstand nicht gefährdet wird. Der Bund hat dafür eigens den Transitvertrag verhandelt. Auch das sagen Sie im Sondervotum selbst. Und Ex-Außenminister Gabriel hat es genau so ausgesagt. Wer den Transit durch die Ukraine absichern will, der bereitet keinen Krieg gegen die Ukraine vor.

Abschließend, meine Damen und Herren, kommen wir zum letzten Vorwurf. Und da sind wir – jetzt wird es noch mal spannend, sollten alle aufpassen – bei der Durchsuchung der Klimaschutzstiftung und der Geheimhaltung. Jetzt wird es nämlich richtig spannend noch mal.

Am 27. April rückte die Kriminalpolizei bei der Klimastiftung an: Durchsuchung, Beschlagnahmung, das ganz große Bild. CDU und GRÜNE haben dies beim Amtsgericht beantragt, um Beweisbeschlüsse durchzusetzen. Und ich will klar sagen, das ist Ihr gutes Recht.

(Sebastian Ehlers, CDU: Immerhin!)

Das ist Ihr gutes Recht.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Wie Sie aber dabei vorgegangen sind, war alles andere als korrekt. Dem Gericht gegenüber wurden ganz wesentliche Fakten nämlich schlicht und einfach vorenthalten. Sie haben dem Gericht insgesamt

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

neun Schreiben der Klimastiftung an den Untersuchungsausschuss mit der Begründung ihrer Herausgabeverweigerung vorenthalten. Sie haben Ihren Antrag selbst mit Darstellungen begründet, die im Ausschuss schon längst widerlegt waren. Und Sie haben dem Gericht gegenüber ebenfalls vorenthalten, dass zu diesem Zeitpunkt Ihres Antrags bei der Stiftung längst andere Personen den Vorstand bildeten.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

An den neuen Vorstand erging nicht einmal eine Aufforderung,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

die Unterlagen freiwillig herauszugeben. Wie Sie im Vorfeld dieser Untersuchung agiert haben, ist nicht nur für Sie entlarvend, sondern dürfte auch für die Justiz interessant sein.

Und warum das Ganze, meine Damen und Herren? Nur, um noch einmal die ganz große mediale Show zu bekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Patrick Dahlemann, SPD: Genau! –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
So sieht es aus.)

Und lassen Sie uns dafür doch mal die Abläufe anschauen, weil, um das zu belegen, muss man sich die Abläufe angucken.

(Zurufe von Marcel Falk, SPD,
und Hannes Damm, fraktionslos)

Im Mai 2024 wurde im Ausschuss das letzte Mal erörtert, dass die Klimastiftung die Unterlagen aus Sicht der Opposition nicht vollständig herausgegeben hat. Sie haben dann über anderthalb Jahre gewartet, bis Sie im Januar 2026 – Januar dieses Jahres! – Ihren Antrag gestellt haben. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits alle Zeugenbefragungen durch. Der Ausschuss war mit seiner Beweiserhebung faktisch fertig, es sollte nur noch der Abschlussbericht erarbeitet werden. Es war ja dann medial gar nichts mehr da. Und erst dann stellten Sie den Antrag, um nach der Zeugenbefragung noch einmal die ganz große Show machen zu können.

Dabei ging es Ihnen nie um die Unterlagen, denn bis zur letzten Sitzung haben Sie es ja unterlassen …

(Der Abgeordnete Hannes Damm
bittet um das Wort für eine Anfrage. –
Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Es werden keine Fragen zugelassen. Das hatte ich angesagt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf aus dem Plenum:
Einfach zuhören und genießen! –
Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Thomas Krüger, SPD: Einfach zuhören und genießen! Alles ist ja, es ist ja gerade so schön im Flow.

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also bitte aber auch keine Kommentare dazu!

Thomas Krüger, SPD: Denn bis zur letzten Sitzung haben Sie es ja unterlassen, dass der Ausschuss die Unterlagen verwerten kann,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

denn der Ausschuss hat am 29. Mai, wie vom Gesetz vorgegeben, beschlossen, dass die vorläufig eingestuften Unterlagen (als geheim) aufgehoben werden. Der Vorsitzende hat diesen Beschluss bis zur letzten Sitzung schlicht nicht umgesetzt. In Ihren Sondervoten im Abschlussbericht findet sich kein einziges Wort zum konkreten Inhalt dieser Unterlagen,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

weil es Ihnen auch nie um die Unterlagen ging, sondern von Anfang an nur die Schlagzeile der Durchsuchung der Stiftung.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das ist doch
unter Ihrem Niveau, Herr Kollege!)

Und dieses Verhalten, meine Damen und Herren, das steht exemplarisch für das Verhalten der Opposition im gesamten Zeitraum des Untersuchungsausschusses. Und wenn hier jemand getäuscht hat, dann sind Sie es!

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Heiterkeit bei Hannes Damm, fraktionslos)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

hier in Mecklenburg-Vorpommern hat der Landtag nach einer intensiven Debatte

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

die Ministerpräsidentin aufgefordert, die Stiftung zu gründen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Die Regierung hat das Parlament gefragt, und das Parlament hat in seltener Einigkeit gesagt: Ja, Landesregierung, mach das, wir beauftragen dich, dies zu tun. Man sollte doch davon ausgehen, dass das Handeln der Landesregierung dann im Interesse von Mecklenburg-Vorpommern war. Die Hintergründe damals waren klar: Donald Trump wollte dieses für Deutschland und Europa wichtige Infrastrukturprojekt verhindern und es war die Landesregierung unter Manuela Schwesig, aber auch der

Landtag, die den Mut hatten, sich gegen Trump zu stellen. Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit!

Abschließend,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

abschließend möchte ich feststellen, die Entscheidungen der Jahre 2020 und 2021 müssen aus dem damaligen Wissen bewertet werden, also auf der Basis der Informationen, die den Handelnden damals vorgelegen haben. Dass der russische Angriffskrieg am 24. Februar 2020 alle Grundlagen verändert hat, ist unbestritten.

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

Die Landesregierung hat darauf sofort reagiert und die Verbindungen gekappt, ebenso die Stiftung. Die Vorwürfe, die heute erhoben werden, halten einer sachlichen Prüfung nicht stand. Die Gründung der Stiftung war kein Alleingang, sie war nicht konspirativ, sie hat im Licht der Öffentlichkeit stattgefunden.

Meine Damen und Herren, was bleibt, sind drei Punkte:

Erstens. Donald Trump hat aus wirtschaftlichem Interesse versucht, das Projekt Nord Stream 2 zu verhindern.

Zweitens. Es gibt ein Vorher und mit dem brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands ein Nachher. Dass wir im Nachher alle Aktivitäten eingestellt haben, sollte uns eigentlich als Demokraten einen.

Herzlichen Dank!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut!)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Schult.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD und Sebastian Ehlers, CDU)

Ich kann nicht verstehen, was an meinen Hinweisen nicht deutlich war, was Gespräche zwischen den Bänken angeht. Ich kann die gerne noch mal wiederholen,

(Sebastian Ehlers, CDU: Auszeit!)

aber im Wiederholungsfall würde ich dann irgendwann auch mal einschreiten.

Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender!

Enrico Schult, AfD: Ja, vielen Dank!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Werte Bürger! Ja, werte Kollegen von der CDU, ich kann Ihnen an dieser Stelle auch nicht mehr helfen, das war eine vernichtende Rede. Und ich bin mir sonst nicht so oft mit Herrn Krüger einig, aber da hat er den Nagel auf den Kopf getroffen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Beim Thema Russland steht ihr Seite an Seite.)

Das ist wirklich Opportunismus und Wendehalsigkeit par excellence.

(Sebastian Ehlers, CDU: Schulter an Schulter.)

Und deshalb,

(Julian Barlen, SPD: Ihr Lob brauchen wir nicht.)

und deshalb sagen wir,

(Sebastian Ehlers, CDU: Fällt schon auf.)

sehr geehrte Damen und Herren, das ist unglaubwürdig, dass Sie das jetzt hier so vorantreiben.

(Sebastian Ehlers, CDU: Schulter an Schulter!)

Und wir als AfD, sehr geehrter Herr Ehlers, wir als AfD können uns tatsächlich hier hinstellen, können uns das von außen anschauen und können sagen: Ja, wir haben das nüchtern betrachtet. Wir haben damals der Klimaschutzstiftung im Übrigen nicht zugestimmt, wir haben uns enthalten. Wir haben dem PUA zugestimmt, um natürlich diese Aufklärung auch sicherzustellen. Aber wenn wir mal konstatieren, müssen wir feststellen, es ist viel Wind um nichts produziert worden, sehr geehrte Damen und Herren! 7 Millionen Euro versenkt worden, 94 Sitzungen, 344 Stunden wurde getagt, und letztlich ist der ganz große Skandal ausgeblieben, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und natürlich war es damals richtig, diese Klimaschutzstiftung zu gründen. Natürlich können wir uns nicht von der Wildwestmanier von Donald Trump sozusagen dort einschüchtern lassen,

(Unruhe bei Beatrix Hegenkötter, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

und das war auch die Position der AfD damals.

Und wir teilen das immer noch, diesen richtigen Schritt, die Klimaschutzstiftung zu gründen. Aber wir müssen auch der SPD vorwerfen, sehr geehrte Damen und Herren der SPD, dass Sie natürlich auch nicht stringent in Ihrem Auftreten sind,

(Unruhe bei Beatrix Hegenkötter, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

denn Sie wollten, als sozusagen der Angriffskrieg begonnen hatte, da wollten Sie diese Klimaschutzstiftung beerdigen – und mein Kollege Horst Förster wird nachher noch dazu ausführen, dass es ja gar nicht möglich war, diese Stiftung sozusagen aufzulösen, er hat rechtlich Ihnen immer wieder die Grenzen aufgezeigt –, und das mussten Sie natürlich dann letztlich ja auch bitter, bitter erfahren, dass Sie da auch keinen stringenten Weg gefunden haben als SPD.

Ich sage noch mal, diverse Projekte wurden gefördert – „Buddeln für BÄUME“, 500 Euro haben die Kitas be-

kommen von dieser Klimaschutzstiftung. Und ja, es war richtig und notwendig, diese Stiftung zu gründen, um natürlich diese Nord-Stream-2-Leitungen fertigzubauen. Es ist doch töricht, diese letzten Kilometer nicht mehr zu bauen

(Beifall vonseiten der Fraktion er AfD)

und sich dann irgendwie von amerikanischen Interessen leiten zu lassen oder zu unterwerfen. Deshalb stehen wir auch nach wie vor hinter dieser Entscheidung.

Aber um sich jetzt hier hinzustellen, einerseits die GRÜNEN, als Chefinquisitor sich hier aufzuführen und zu sagen, das war alles furchtbar und das war schlimm, energiepolitische Debatten zu führen und dann die Zeugen dann auch zu maßregeln, das ist inakzeptabel, aber auch, werte Kollegen der CDU, dass Sie versucht haben, da Skandale zu produzieren, wo keine Skandale waren.

Wir haben das, wir haben das mitgetragen, diesen PUA, weil wir gesagt haben, okay, vielleicht ist da was gewesen, was Dramatisches. Es ist aber nicht der Fall gewesen, sehr geehrte Damen und Herren. Und deshalb müssen Sie sich fragen, ob das so klug war. Nein, das war wieder typisch CDU, auf den Busch klopfen, am Ende ist nichts bei rausgekommen. Und Sie haben sozusagen ja damit auch an Glaubwürdigkeit wieder verloren. Das werden wir Ihnen hier an dieser Stelle immer wieder vorhalten, denn,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

denn das Projekt an sich, sehr geehrter Herr Ehlers, das Projekt an sich, wo Sie ja von Beginn an eingebunden waren, Herr Krüger hat es ja deutlich herausgestellt, ja, das Projekt an sich ist doch nachvollziehbar. Und das Projekt an sich ist auch heute noch nachvollziehbar.

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

Natürlich würde eine AfD wieder versuchen, Nord Stream 1 und Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

sofern der russische Angriffskrieg beendet ist. Aber wir können es doch sogar als Friedensprojekt, vielleicht können wir das als Verhandlungsmasse auch in die Waagschale werfen, um Frieden mit Russland wieder herbeizuführen. Und das ist doch der entscheidende Punkt. Wir brauchen die deutsche Souveränität – Herr Krüger, starkes Wort, hätte ich von Ihnen gar nicht gedacht –, aber natürlich brauchen wir das, wir müssen unsere Eigeninteressen definieren. Und deshalb sagen wir Ja als AfD, wir müssen im Gespräch bleiben und wir müssen natürlich auch mit Russland im Gespräch bleiben. Russland war jahrelang ein sicherer Lieferant dieses Gases, und wir werden dieses Gas auch in Zukunft brauchen, sehr geehrte Damen und Herren.

Und wenn ich mir die SPD jetzt noch mal anschaue, dass Sie ja auch komplett dieses Kraft-Wärme-Kopplungs-Werk in Lubmin, wollen Sie jetzt verschenken, mutmaßlich an den Staat, der unsere Leitungen ja gesprengt hat –

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke –
Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt
übernimmt den Vorsitz.)

heute zum Beispiel hat der Generalbundesanwalt Anklage erhoben, das wollte ich Ihnen noch mal mitteilen –, und dass Sie das jetzt sozusagen alles noch wegschieben und da auch nicht Kritik üben, das werfen wir Ihnen vor.

Insofern, ganz klar, die CDU ist hier über das Ziel hinausgeschossen. Die GRÜNEN, sie haben sich versucht hier als, ja, als Inquisitor wichtigzumachen. Die SPD ist auch nicht stringent in ihrer Linie geblieben. Die Einzigen waren wir als AfD, parlamentarische Aufklärung Ja, aber bitte nicht 7 Millionen und bitte nicht mit dem Ergebnis, Herr Ehlers! Das ist doch nicht nachvollziehbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ein letzter Satz dazu, denn mein Kollege Horst Förster wird noch die rechtliche Perspektive,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

die rechtliche Perspektive ausführen. Und man sieht ja das vergiftete Klima hier auch im Saal, wenn die Ministerpräsidentin, sie ist noch nicht da, wenn die Ministerpräsidentin sich hinstellt – und da sieht man mal auch, dass auch bei der SPD offenbar die Nerven blank liegen – und Herrn Ehlers vorwirft, er würde sich sozusagen bereichern wollen, deshalb hätte er diesen PUA eingerichtet mit der CDU. Nein, sehr geehrte Landesregierung, nein, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, das ist das gute Recht eines Abgeordneten, das natürlich mal zu untersuchen. Dafür sind diese Untersuchungsausschüsse da. Aber Herrn Ehlers vorzuwerfen, er würde sich jetzt noch 600 Euro zusätzlich einstecken als Ausschussvorsitzender, das ist unglaubwürdig. Insofern kommen Sie zurück zur Sachlichkeit!

Und, liebe CDU, überlegen Sie beim nächsten Mal vorher, ob Sie da so auf den Busch hauen, denn das war wirklich ein unrühmliches Auftreten. Das war sehr unglaubwürdig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Sebastian Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer parlamentarischen Demokratie beruht jedes Handeln einer Regierung auf einem Beschluss des Parlaments. Gleichzeitig, jeder Parlamentsbeschluss begründet das Recht und die Pflicht des Parlamentes, die spätere Umsetzung kritisch zu kontrollieren. Genau deshalb gibt es Untersuchungsausschüsse. Wer behauptet, ein parlamentarischer Beschluss mache spätere Kontrolle überflüssig, stellt das Prinzip der parlamentarischen Demokratie auf den Kopf, denn die demokratische Legitimation der Regierung durch das Parlament ersetzt die parlamentarische Kontrolle nicht, im Gegenteil, sie begründet sie. Parlamente sind keine Notare, die einmal einen Beschluss unterschreiben und danach wegschauen. In einer parlamentarischen Demokratie legitimiert das Parlament die Regierung und kontrolliert anschließend, was sie aus dieser Legitimation macht.

Die Fraktionen der SPD und Die Linke – wir haben es ja gerade beim Kollegen Krüger gehört – werden heute hier

versuchen, ein Zauberstück aufzuführen. Sie werden versuchen, der Öffentlichkeit weiszumachen, einen Untersuchungsausschuss habe es nie gebraucht, alles, was es zu wissen gebe, sei im Parlamentsbeschluss nachzulesen.

Wenn das stimmen würde, meine sehr verehrten Damen und Herren, könnten wir Untersuchungsausschüsse ganz abschaffen. Dann könnten wir auch auf Kleine Anfragen, Aktuelle Stunden, Regierungsbefragungen verzichten, denn dann wüsste das Parlament kraft Funktion ja bereits alles, was jemals geschehen wird. Absurder, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man parlamentarische Demokratie kaum erklären.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Mit derselben Logik könnte man behaupten, wer ein Gesetz beschließt, kennt automatisch jede spätere Behördenentscheidung, wer einen Haushalt verabschiedet, kennt automatisch jede einzelne Ausgabe. Das ist offensichtlicher Unsinn.

Die Argumentation von Rot-Rot macht aus dem Parlament keinen Kontrolleur der Regierung mehr, sondern einen Hellseher. Danach hätten die Abgeordneten bereits im Januar 2021 sämtliche spätere Entscheidungen der Stiftung kennen müssen. Das glaubt außerhalb der Regierungsfraktionen vermutlich niemand. Und ich bezweifle, dass es die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Linken selbst glauben. Aber auf das Thema Autosuggestion werde ich später noch einmal eingehen.

Folgte man jedenfalls der Logik von Rot-Rot, wären Untersuchungsausschüsse grundsätzlich überflüssig. Genau das wäre das Ende wirksamer parlamentarischer Kontrolle.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Untersuchungsausschüsse werden nicht deshalb eingesetzt, weil politische Entscheidungen umstritten sind, Kontroversen gehören zum Wesen der Demokratie. Untersuchungsausschüsse fördern an den Tag, wenn sich Regierungshandeln verselbstständigt, wenn Regierungen die Öffentlichkeit falsch informieren.

Der Flick-Untersuchungsausschuss machte beispielsweise sichtbar, wie eng politische Entscheidungen und wirtschaftliche Interessen miteinander verflochten sein konnten. Jahrzehnte später legte der Wirecard-Untersuchungsausschuss erhebliche Defizite staatlicher Aufsicht offen. Untersuchungsausschüsse schreiben deshalb nicht nur politische Geschichte, sie sind auch immer Kinder ihrer Zeit.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist für Europa eine Zäsur. Er war ein Schockmoment für die ganze Welt. Kanzler Scholz sprach von einer „Zeitenwende“. Den Krieg hatte Russland ganz offensichtlich über einen längeren Zeitraum vorbereitet. Er wurde und wird bezahlt mit Geld aus Rohstoffverkäufen. Und der Verkauf dieser Rohstoffe wird bis heute als wesentliches strategisches Druckmittel verwendet.

Das zentrale Infrastrukturprojekt zur Verwirklichung der Verkäufe und zur Vertiefung einer einseitigen Rohstoffabhängigkeit war Nord Stream 2, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und dieses Projekt wiederum, so viel wussten wir bereits im Frühjahr 2022, gehörte zu den politischen Herzensanliegen der hiesigen Staatskanzlei. Und der Einsatz für diese Pipeline ging ganz offensichtlich weit über politisches Wohlwollen hinaus. Und Sie wollen der Öffentlichkeit erzählen, es sei unbotmäßig nachzufragen, was da genau gelaufen ist?! Sie finden es merkwürdig, dass sich der Scheinwerfer auf ein Konstrukt richtete,

(Rainer Albrecht, SPD: Da brauchen wir keinen Untersuchungsausschuss.)

das sorgsam und mit riesigem Aufwand vor der Öffentlichkeit verborgen vorbereitet wurde,

(Patrick Dahlemann, SPD: Jetzt tun Sie nicht so, als hätten Sie das nicht gewusst! Da haben Sie im Parlament dafürgestimmt!)

das so geheim operierte, dass nicht einmal seine Geschäftsführer einander kannten, wie der Stiftungsvorsitzende Sellering voller Stolz verkündete.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vieles, was man in Schwerin jahrelang für einen Beitrag zur Völkerverständigung mit Russland hielt – Herr Sellering hat das erst kürzlich in einem Interview noch einmal so dargestellt –, wurde im Februar 2022 neu bewertet. Dinge, die unter vorgehaltener Hand als Geniestreich eines gallischen Dorfes gegen das römische Imperium galten, wirken plötzlich, als hätten sich Landespolitiker willig vor den Karren einer Weltmacht spannen lassen, einer Weltmacht, deren erklärtes Ziel die Zersetzung der liberalen Demokratie ist und die Eroberung seiner Nachbarstaaten. Aus Versorgungssicherheit wurde Abhängigkeit, aus einem Wirtschaftsprojekt wurde Geopolitik und Nebenaußenpolitik eines Bundeslandes.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Aus einer Klimaschutzstiftung wurde ein Fall für das Parlament. Die Frage war dabei nicht allein, ob die Errichtung der Stiftung politisch falsch war – Parlamente können irren, Landesregierungen können irren, Politik wird von Menschen gemacht und ist nie frei von Fehlentscheidungen –, die eigentliche Frage war eine andere. Die Frage war, ob staatliche Institutionen und staatliche Ressourcen eingesetzt worden waren, um die Fertigstellung einer Pipeline zu unterstützen, deren wirtschaftlicher Nutznießer ein russischer Staatskonzern war. Ebenso stellte sich die Frage, ob der Landtag bei der Errichtung vollständig und zutreffend informiert worden war oder ob wesentliche Entscheidungsprozesse außerhalb der parlamentarischen Wahrnehmung stattgefunden hatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer hat die Idee zur Stiftung entwickelt? Welche Rolle spielte die Staatskanzlei? Welchen Einfluss hatte die Nord Stream 2 AG und damit Russland auf die Konstruktion der Stiftung? Warum erhielt eine Klimaschutzstiftung überhaupt einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb?

(Horst Förster, AfD: Das steht da drin.)

Wer traf die maßgeblichen Entscheidungen?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Welche Rolle spielten Ministerien, Landesbehörden, externe Berater und Dritte? Und weshalb ließen sich

viele dieser Fragen mit den vorhandenen Unterlagen zunächst nicht beantworten? Und wie genau war der Fluss des Geldes?

Es waren diese offenen Fragen, die schließlich zur Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses führten und die ihn auch bis heute begründeten. Der Ausschuss war kein Gericht, er sollte keine strafrechtliche Schuld feststellen und keine Urteile sprechen. Seine Aufgabe bestand darin, politische Verantwortung aufzuklären und Entscheidungsabläufe nachzuvollziehen. Gerade darin liegt seine besondere Stellung innerhalb der Gewaltenteilung.

Rückblickend betrachtet war die Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses deshalb weit mehr als die Reaktion auf eine umstrittene Stiftung. Sie war Ausdruck des verfassungsrechtlichen Anspruchs des Parlaments, Regierungshandeln unabhängig zu kontrollieren und auch verloren gegangenes Vertrauen durch Aufklärung zurückzugewinnen.

Meine Fraktion, meine sehr verehrten Damen und Herren, nimmt ihre Rolle in diesem Kontext durchaus selbstkritisch wahr. Sie nimmt sie aber auch ernst, und das habe ich an verschiedenen Stellen auch schon gemacht, und ich wünsche mir, dass auch die SPD-Fraktion irgendwann diese Kraft findet. Nach der Rede vom Kollegen Krüger habe ich allerdings meine Zweifel daran.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Rainer Albrecht, SPD: Sehr gute Rede.)

Der Untersuchungsausschuss begann mit einer Geschichte. Demnach sei Nord Stream 2 ein rein wirtschaftliches Projekt gewesen. Die Stiftung habe Nord Stream 2 in Mecklenburg-Vorpommern vor amerikanischen Sanktionen schützen sollen. Die Bundesregierung habe dieses Vorhaben unterstützt. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine habe die Landesregierung ihren Irrtum erkannt und die Auflösung der Stiftung eingeleitet. Das kleine Mecklenburg-Vorpommern sei letztlich zwischen die Interessen der Weltmächte geraten. Es war eine in sich geschlossene Erzählung. Genau deshalb bestand die Aufgabe des Untersuchungsausschusses nicht darin, sie zu wiederholen, seine Aufgabe bestand darin, sie zu überprüfen.

Ich bin mit der Erwartung in diesen Ausschuss gegangen, dass wir Antworten finden würden. Stattdessen fanden wir zunächst Fragen, und mit jeder Sitzung wurden es mehr, nicht, weil ständig neue Vorwürfe erhoben wurden, sondern weil auffiel, dass die Antworten nicht mehr zu den Erkenntnissen passten, die wir aus Akten kannten. Die Ursprungserzählung begann nicht auf einen Schlag zu zerbrechen, sie bekam Risse.

Immer wieder mussten Unterlagen nachgefordert werden. Das allein wäre noch kein außergewöhnlicher Vorgang gewesen, bemerkenswert wurde es erst, als Zeugen auf Dokumente Bezug nahmen, die dem Ausschuss überhaupt nicht vorlagen. Damit stellte sich nicht mehr nur die Frage, was in den Akten stand, sondern welche Akten fehlten. So stellte sich heraus, dass aus dem dienstlichen E-Mail-Postfach des damaligen Energieministers zum Themenkomplex Nord Stream 2 und Klimaschutzstiftung keine Mails mehr vorhanden waren. Verwiesen wurde auf Löschfristen, ökonomischen Umgang mit Speicherplatz und letztlich auf den Umweltschutz.

Für den Untersuchungsausschuss war nicht entscheidend, warum die E-Mails gelöscht worden waren, entscheidend war, dass ein wesentlicher Teil der politischen Kommunikation – und das betraf auch SMS und andere Messengerdienste – nicht mehr rekonstruiert werden konnten und uns bis heute nicht vorlagen. Dann tauchten neue E-Mails auf und plötzlich zeigte sich ein anderes Bild. Sie belegten, dass der damalige Energieminister die Staatskanzlei wiederholt um politische Einordnung bat und sogar um eine, ich zitiere, „Segelanweisung“, ob er sich öffentlich zu Nord Stream 2 äußern oder gegenüber den Medien, ich zitiere, „abtauchen“ sollte.

Sie belegen aber auch, dass das Energieministerium allerbeste Kontakte zum nach Zahlen größten Profiteur der Stiftung hatte, ein 2-Mann-Unternehmen aus Rostock, das kurz vor der Stiftung gegründet worden war und das Energieministerium mit Präsentationen versorgte – und auch die Ministerpräsidentin erkundigte sich nach dem Wohlergehen des Unternehmens –, für dessen Arbeit sich die Landesregierung gegenüber der Hansestadt Rostock persönlich starkmachte, ein Unternehmen, von dem die Landesregierung noch einige Monate zuvor noch nie gehört haben wollte.

(Hannes Damm, fraktionslos: Hört, hört!)

Für sich genommen sind das vielleicht alles erklärbare Vorgänge. Es gibt aber auch den Begriff der Gesamtschau. Und für den Untersuchungsausschuss war alles das von erheblicher Bedeutung. Es passte jedenfalls nur schwer zu der später vertretenen Darstellung, die Staatskanzlei habe bei allen Vorgängen lediglich eine koordinierende und nachrichtliche Rolle gespielt.

Mit jedem Dokument rückte die Staatskanzlei stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung. Dazu passte auch, dass die Staatskanzlei über Personalentscheidungen der Stiftung informiert werden wollte. Und es war die Ministerpräsidentin selbst, die am 23. Februar 2022 bei Herrn Sellering angerufen haben will und diesen aufforderte, sofort jegliche Aktivitäten der Stiftung einzustellen – bedenkt man, dass die Staatskanzlei keinerlei Einfluss auf die Stiftung gehabt haben will, ja, nicht einmal gewusst haben will, was dort im Einzelnen geschieht, ein bemerkenswerter Vorgang.

(Beifall Daniel Peters, CDU)

Viele weitere Vorgänge verfestigten den Verdacht dichtester Verflechtung. In einer dem Finanzministerium nachgeordneten Finanzbehörde vernichtete eine Mitarbeiterin Steuerunterlagen der Klimastiftung, nicht im Dienstgebäude,

(Daniel Peters, CDU: Alles
ganz normal in diesem Land.)

sondern später in ihrem privaten Kamin. Auch das hätte man als individuelles Fehlverhalten abtun können.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Der Untersuchungsausschuss konnte das nicht, denn sofort stellte sich die Frage: Wer wusste davon? Wann wurde das Finanzministerium informiert, wann die Landesregierung?

(Unruhe bei Horst Förster, AfD)

Warum erhielten der Untersuchungsausschuss und das Parlament erst verspätet darüber Kenntnis durch einen Artikel in einer bundesweiten Wochenzeitschrift? Und die Staatskanzlei, sonst für Mikromanagement bekannt, wusste von dem Vorgang auch nichts.

(Patrick Dahlemann, SPD: Quatsch!)

Je länger der Ausschuss arbeitete, desto häufiger begegnete uns dasselbe Muster, nicht der eine große Skandal, sondern viele kleine Widersprüche. Eine Akte tauchte verspätet auf, mitunter auch unvollständig, eine Aussage wird ergänzt, eine Regierungsantwort musste korrigiert werden, ein Dokument war zunächst nicht auffindbar. Jeder einzelne Vorgang möchte erklärbar sein. In der Summe veränderte sich jedoch der Charakter des Untersuchungsausschusses. Die entscheidende Frage lautete nicht mehr: „Was ist geschehen?“, sondern: „Haben wir überhaupt alles gesehen, was geschehen ist?“.

Auch die Zeugenvernehmungen trugen ihren Teil dazu bei. Das eine oder andere Mal beschlich mich das Gefühl, dass einzelne Zeugen uns nicht die vollständige Wahrheit offenbart hatten. Ich formuliere das bewusst vorsichtig.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Ich bekam mitunter den Eindruck, dass einzelne Zeugen die haarsträubende Story sich so oft selbst erzählt hatten, dass sie wirklich daran glaubten, die sie dem Ausschuss auch auftischten.

(Beifall Hannes Damm, fraktionslos)

Erinnerungslücken gehören zu jeder Beweisaufnahme. Menschen vergessen, sie verdrängen, sie erinnern sich selektiv. Dennoch blieb nach manchen Vernehmungen der Eindruck, dass zwischen dem Gesagten und dem Gewussten nicht immer vollständige Deckung bestand. Besonders ausgeprägt war dieser Eindruck bei einigen politischen Verantwortungsträgern der 7. Wahlperiode.

Mitunter nahm die Beweisaufnahme beinahe surreale Züge an. Als wir den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder per Videoschalte aus seinem Wohnhaus in Hannover vernahmen, sahen wir uns einem Mann konfrontiert, der nur eines zum Ausdruck bringen wollte, nämlich, ihr könnt mir gar nichts. Das ist eine Attitüde, wie sie Strafrichter sicherlich viel öfter sehen und die uns im Ausschuss bis zuletzt begegnete.

Bemerkenswert war indes etwas anderes. Trotz erheblicher Erinnerungslücken bestätigte Schröder wesentliche Zusammenhänge, die der Ausschuss bereits aus anderen Beweismitteln rekonstruiert hatte. Auch andere Zeuginnen und Zeugen, die dem Untersuchungsausschuss besonders eng verbunden waren, begannen ihre Aussagen mit bemerkenswerten langen Eingangsstatements, die zum Teil nichts mit dem Untersuchungsauftrag zu tun hatten. Der Erkenntnisgewinn stand dabei nicht immer im gleichen Verhältnis zur Redezeit.

Den eigentlichen Wendepunkt markierten schließlich die Aussagen ehemaliger Vertreter von Nord Stream 2. Der Kommunikationschef bestätigte frühe Kontakte zur Staatskanzlei. Matthias Warnig schilderte schließlich hier in diesem Saal, die Idee zur Stiftung sei nicht in Schwerin entstanden, sondern in der Rechtsabteilung der Nord Stream 2 AG.

Damit verschob sich die Perspektive des gesamten Untersuchungsausschusses. Bis dahin lautete die Frage: Warum unterstützte die Landesregierung Nord Stream 2? Nach dieser Aussage stellte sich eine andere Frage, nämlich: Wer hat hier eigentlich wen unterstützt und warum?

(Beifall Hannes Damm, fraktionslos)

Spätestens jetzt war von der Ursprungserzählung der Landesregierung nicht mehr viel übrig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die 93. Sitzung des Ausschusses zur Klimaschutzstiftung vor wenigen Wochen markierte einen dramaturgischen Höhepunkt. Sie handelte nur vordergründig von zweifelhaften Akten, tatsächlich ging es um etwas Grundsätzlicheres, nämlich um die Reichweite parlamentarischer Kontrollrechte und um das Verhältnis der Staatsgewalten zueinander.

Ausgangspunkt war die Weigerung der Klimaschutzstiftung, angeforderte Unterlagen herauszugeben. Nachdem wiederholte Aktenanforderungen ohne den gewünschten Erfolg blieben, haben die in ihren Rechten beschnittenen Abgeordneten der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Rechtsweg eingeschlagen. Erwin Sellering selbst war es, der zuvor mitgeteilt hatte, dass er freiwillig nichts mehr rausrücken werde. Wenn man etwas wolle, müssten das Gerichte entscheiden.

Das zuständige Gericht gab letztlich dem Begehren statt, und es befremdet mich schon, Herr Kollege Krüger, wenn Sie hier diese Entscheidung des Gerichtes infrage stellen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Hannes Damm, fraktionslos)

Das ist eine eigenartige Perspektive auf die Justiz in unserem Land. Es ordnete die Durchsuchung der Geschäftsräume der Stiftung sowie die Sicherstellung der angeforderten Unterlagen an. Erst auf diesem Weg erhielt der Untersuchungsausschuss Zugang zu Dokumenten, die ihm zuvor auch Medienberichten zufolge jedenfalls nicht oder teilweise nicht vollständig zur Verfügung gestellt wurden, und von daher aus meiner Sicht ein sehr normales Verfahren, was auch gesetzlich geregelt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über Monate war der Untersuchungsausschuss mit der Rechtsauffassung konfrontiert, die Stiftung sei parlamentarischer Kontrolle weitgehend entzogen. Wiederholt wurden Aktenanforderungen zurückgewiesen, wiederholt mussten Gerichte angerufen werden, wiederholt bestätigten diese die parlamentarischen Informationsrechte. Und ich möchte mich an der Stelle noch mal ausdrücklich auch bei allen engagierten Journalistinnen und Journalisten bedanken in diesem Land, die sich nicht haben unterkriegen lassen, die immer wieder auch auf rechtlichem Weg dort ihre Rechte eingeklagt haben

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und so manche Auseinandersetzung dort auch mit der Stiftung geführt haben.

Gleichwohl scheute die Koalitionsmehrheit im Ausschuss lange davor zurück, die ihr gesetzlich zustehenden

Zwangsmittel konsequent einzusetzen. Sie setzte auf Korrespondenzgespräche und seichte Appelle an den damaligen Stiftungsvorsitzenden Erwin Sellering.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Erst das gerichtliche Vorgehen einzelner Abgeordneter führte schließlich dazu, dass der Ausschuss in den Besitz der bislang vorenthaltenen Unterlagen gelangte, auch wenn sie, wie wir feststellen mussten, nicht vollständig waren.

Damit stellt sich zwangsläufig eine weitere Frage: Unter welchen Voraussetzungen dürfen Unterlagen, die aufgrund eines gerichtlichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsbeschlusses sichergestellt worden sind, im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss verwendet werden? Die Antwort hierauf ist keineswegs selbstverständlich. Die Durchsuchung war auf Antrag von Abgeordneten erfolgt, das habe ich bereits dargestellt. Damit stellt sich nicht nur verfahrensrechtlich, sondern auch verfassungsrechtlich eine Frage. Zu klären war, wie sich die Eigenständigkeit gerichtlicher Verfahren, die Rechte der Beteiligten und die Grundsätze der Gewaltenteilung mit dem parlamentarischen Aufklärungsauftrag in Einklang bringen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Untersuchungsausschüsse leben vom politischen Streit. Alles andere wäre, glaube ich, etwas weltfremd. Es ist weder ungewöhnlich noch zu beanstanden, wenn Mehrheit und Minderheit am Ende zu unterschiedlichen Bewertungen gelangen. Gerade darin liegt ihr demokratischer Wert. Der Abschlussbericht der Koalitionsfraktionen im Untersuchungsausschuss unterscheidet sich jedoch nicht nur im Ergebnis von der Bewertung der Opposition, er unterscheidet sich auch bereits im methodischen Ansatz. Nach meiner Auffassung liegt darin sein größtes Defizit. Der Bericht beginnt nämlich nicht mit der Beweiswürdigung, sondern mit ihrer Vorwegnahme. Das ist sozusagen symptomatisch. Bereits auf der ersten Seite werden weitreichende Feststellungen getroffen: Die Landesregierung habe „stets aufgrund eigener Überzeugung im Interesse des Landes“ gehandelt. Sämtliche Entscheidungen seien „nach rechtsstaatlichen und üblichen Verfahren“ erfolgt.

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist auch richtig so.)

„Niemand wurde getäuscht.“ Die gegen die Landesregierung erhobenen Vorwürfe seien „haltlos“.

Diese Formulierungen in den Abschlussbewertungen der Linkskoalition sind bemerkenswert und überraschen auch nicht, nicht deshalb, weil sie für die Regierung maximal entlastend sind, sondern weil der Eindruck vermittelt wird, das Ergebnis der Beweisführung habe bereits festgestanden, bevor die zahlreichen Widersprüche, Dokumentationslücken und offenen Fragen überhaupt systematisch gewürdigt wurden. Systematisch oder ein schönes Beispiel dafür war die, in Anführungsstrichen, bestellte Frage des Obmanns der SPD-Fraktion bei der Zeugenvernehmung der Ministerpräsidentin, als es um das Buch eines Journalisten ging, das dann die Ministerpräsidentin zufällig auch dabei hatte natürlich an der Stelle.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD: Ts, ts, ts! –
Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU)

Diese Grundhaltung zeigt sich durch die gesamte Bewertung der Koalition.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Anstatt die offenen Fragen des Untersuchungsausschusses zum Ausgangspunkt der Bewertung zu machen, werden vielfach die Erklärungen der Landesregierung übernommen, sofern ihnen kein unmittelbarer Gegenbeweis gegenübersteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Untersuchungsausschuss fragt nicht allein danach, ob ein Rechtsverstoß nachgewiesen werden kann, er untersucht, ob Regierungshandeln nachvollziehbar dokumentiert wurde, ob politische Einflussnahme plausibel erscheint, ob Entscheidungsläufe transparent waren, ob das Parlament vollständig informiert wurde und ob politische Verantwortung übernommen wurde. Von diesem Maßstab wollen die Koalitionsfraktionen nie etwas gehört haben. Sie ziehen meinem Empfinden nach in Zweifel, dass ein solcher Maßstab überhaupt politisch zulässig sei.

Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Behandlung der Dokumentationspflichten. Die Koalitionsfraktionen vertreten die Auffassung, erste politische Überlegungen seien nicht aktenrelevant. Wörtlich heißt es: „... eine politische Idee ist nicht aktenrelevant.“ Dieser Satz verdient besondere Aufmerksamkeit, denn gerade bei einem politisch außergewöhnlichen Vorgang wie der Gründung einer Stiftung, deren wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb die Fertigstellung einer geopolitisch hochumstrittenen Pipeline erzwingen sollte, beginnt parlamentarische Kontrolle nicht erst mit dem fertigen Verwaltungsvorgang.

(Beifall Hannes Damm, fraktionslos)

Sie beginnt dort, wo politische Entscheidungen vorbereitet werden. Gerade die Entstehung einer politischen Idee ist deshalb parlamentarisch von höchstem Interesse. Indem der Bericht aber einen außerordentlich engen Begriff der Aktenrelevanz zugrunde legt, rechtfertigt er im Ergebnis Dokumentationslücken, anstatt sie zum Gegenstand kritischer Würdigung zu machen.

Ähnlich verhält es sich bei der Bewertung der vorliegenden Unterlagen. Der Bericht verweist mehrfach auf den Umfang der Aktenlieferungen und hebt mehr als 21.000 Dateien mit einem Volumen von 151 Gigabyte wiederholt hervor. Diese Zahlen beeindrucken, sie beantworten jedoch nicht die entscheidende Frage, denn Aufklärung misst sich nicht an Gigabyte, sie misst sich daran, ob die entscheidenden Dokumente vorhanden sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Hannes Damm, fraktionslos –
Zuruf aus dem Plenum: So ist es. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die mehrfach übersandte Einladung, doppelte Dateiversionen oder technisch umfangreiche Anlagen ersetzen keine einzige fehlende Gesprächsnotiz, keine einzige nicht dokumentierte politische Entscheidung.

Auch bei der Frage politischer Einflussnahme bleibt die Bewertung auffallend formalistisch. Die Koalitionsfraktionen orientieren sich nahezu ausschließlich daran, ob

ausdrückliche Weisungen nachweisbar sind, informelle Abstimmungen, enge Koordinierung oder politische Begleitung. Gerade hierin liegt aus meiner Sicht ein grundlegendes Missverständnis parlamentarischer Kontrolle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte die verbleibende Redezeit nutzen, um auf mein Sondervotum einzugehen. Im Mittelpunkt dieses Votums steht zunächst die skizzierte Kritik am Bewertungsmaßstab der Koalitionsfraktionen. Darüber hinaus fasst das Sondervotum die wesentlichen Erkenntnisse der Beweisaufnahme zusammen. Dazu gehört insbesondere die Überzeugung, dass die Initiative zur Errichtung der Stiftung ihren Ursprung bei Nord Stream 2 hatte. Sie wurde entwickelt unter Mitwirkung externer Rechtsberater. Das ist nicht nur plausibel, es ist eindeutig. Die Koch-Kellner-Frage ist damit beantwortet.

Die Darstellung, die Landesregierung habe sich aus Sorge um Europas Energieversorgung mit russischen Offiziellen ins Benehmen gesetzt, ist offenkundig unzutreffend. Die Stiftung wiederum war nach dieser Bewertung nicht in erster Linie ein Schutzschirm für die heimische Wirtschaft, sondern ein Instrument zur Absicherung der Fertigstellung von Nord Stream 2, erdacht von der Nord Stream 2 AG. Und anders, als es hier im Landtag bei der Stiftungsgründung der Öffentlichkeit glaubhaft gemacht werden sollte, hat die Stiftung die Pipeline sehr wohl gebaut,

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

nicht nur das, sie war quasi das Generalunternehmen zur Fertigstellung der Stiftung. Dem Parlament – und das will ich noch mal festhalten an der Stelle – wurde damals in einem zentralen Punkt nicht die Wahrheit gesagt.

Ebenso werden die Vorgänge um die verbrannten Steuerunterlagen, die enge Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Stiftung sowie die zahlreichen Versuche behandelt, die parlamentarische Aufklärung zu erschweren oder öffentlich zu delegitimieren.

Schließlich beschränkt sich auch das Sondervotum nicht nur auf die Bewertung der Vergangenheit, es enthält auch Empfehlungen für die Zukunft. Vorgeschlagen werden unter anderem Reformen des Untersuchungsausschussrechts, eine Stärkung der Minderheitenrechte, die Einführung eines Verfahrensrichters nach österreichischem Vorbild sowie weitere Maßnahmen zur Verbesserung parlamentarischer Kontrolle und staatlicher Compliance.

Mein Sondervotum erhebt dabei nicht den Anspruch, jede offene Frage abschließend zu beantworten. Es versteht sich vielmehr als dokumentierte Minderheitenposition. Gerade darin liegt seine Funktion. Wo die Mehrheit die politische Aufarbeitung für abgeschlossen erklärt, sollte es festhalten, welche Fragen nach meiner Überzeugung weiterhin offengeblieben sind und welche Schlussfolgerungen sich aus der Beweisaufnahme tatsächlich ziehen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, während der Untersuchungsausschuss versuchte, politisches Handeln aufzuklären, verlagerte sich ein Teil der Auseinandersetzung zusehends in Gerichtssäle. Das ist zunächst nichts Außergewöhnliches, Rechtsstaaten leben davon, dass politische Konflikte auch gerichtlich geklärt werden können. Wo Persönlichkeitsrechte verletzt oder strafrechtlich relevante Grenzen überschritten werden, ist der Rechtsweg nicht nur zulässig, sondern auch geboten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auffällig ist jedoch, dass sich im Umfeld der politischen Aufarbeitung der Klimaschutzstiftung ein wiederkehrendes Muster erkennen lässt. Bereits im Februar 2022 versuchte die Ministerpräsidentin, dem CDU-Abgeordneten Christoph Ploß bestimmte Äußerungen über ihre Russlandpolitik und ihre Rolle im Zusammenhang mit Nord Stream 2 gerichtlich untersagen zu lassen. Das Gericht folgte diesem Begehren nicht. Der Fall machte deutlich, dass die Grenzen zulässiger politischer Kritik im demokratischen Meinungskampf weit gezogen sind. Wenige Jahre später findet sich eine vergleichbare Konstellation, diesmal vom früheren Ministerpräsidenten Erwin Sellering, der Strafanzeige gegen Frau Oehlrich und mich gestellt hat. Ich sehe dem sehr gelassen entgegen und bin gespannt, was die Staatsanwaltschaft dazu entscheiden wird. Bemerkenswert erscheint dabei weniger die Inanspruchnahme des Rechtswegs als vielmehr der Umstand, dass sich gerichtliche Verfahren wiederholt gegen politische Bewertungen richten.

Meine Damen und Herren, die politische Bewertung der Russlandpolitik Mecklenburg-Vorpommerns kann Ihnen ja auch niemand abnehmen. Sie bleibt Aufgabe der demokratischen Öffentlichkeit und, soweit es um die Kontrolle der Landesregierung geht, des Parlaments. Vielleicht ist gerade das eine der wichtigsten Lehren des Untersuchungsausschusses. Politische Verantwortung lässt sich nicht einklagen und sie muss sich öffentlichen Debatten stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

War Nord Stream 2 im Rückblick ein Irrtum? Diese Frage drängt sich am Ende eines mehrjährigen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf. War Nord Stream 2 nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014, nach den immer dringlicheren Warnungen europäischer Partner und schließlich nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ein Irrtum? Man könnte erwarten, dass diese Frage heute kaum noch ernsthaft umstritten ist. Erwin Sellering beantwortet sie in seinem Interview vom 12. Januar mit bemerkenswerter Klarheit mit Nein, wenige Tage nach der öffentlich inszenierten Aussöhnung mit seiner Partei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es wichtig, dass die notwendigen Konsequenzen gezogen werden aus dem Agieren der Landesregierung der letzten Jahre. Und deswegen hoffe ich, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben, dass wir uns als Land Mecklenburg-Vorpommern nicht wieder in wirtschaftliche Abhängigkeiten in diesem Ausmaß begeben. Dann hätte auch der Untersuchungsausschuss über die, …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, …

Sebastian Ehlers, CDU: … über die Wahlperiode hinaus ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... ich war jetzt schon sehr ...

Sebastian Ehlers, CDU: ... seinen Sinn gehabt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Gruppe der FDP und
Hannes Damm, fraktionslos)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Auf der Besuchertribüne darf ich Besucherinnen und Besucher aus der Stadt Rostock begrüßen. Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

Jetzt darf ich den nächsten Redner aufrufen. Für die Fraktion Die Linke ist das Herr Dr. Daniel Trepsdorf. Und Herr Trepsdorf hat mir schon signalisiert, dass auch er während seines Redebeitrages keine Zwischenfragen zulassen möchte,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Das ist schade.)

aber Sie haben ja die Möglichkeit der Kurzintervention.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich starte mal ungewöhnlich. Ich muss dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zustimmen, Zitat Sebastian Ehlers: Menschen „verdrängen“, es kommt zu „Erinnerungslücken“, Menschen „vergessen“, Menschen erinnern ihre eigenen Narrative. Das ist eins zu eins, was man von der CDU im Zusammenhang mit diesem Ausschuss sagen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Also, vielen Dank, vielen Dank für diese Form der Selbstkritik!

Die vorliegende Beschlussempfehlung und der Bericht markieren das verfahrensmäßige Ende der Ausschussarbeit und setzen einen Schlusspunkt unter vier sehr lange Jahre. Der Bericht bündelt einen sehr umfangreichen Tatsachenstoff aus 91 Sitzungen, zahlreichen Akten, 93 Zeugen, die gehört wurden. Entscheidend ist aber – und da bitte ich tatsächlich auch ein bisschen mehr um kollegiale Nüchternheit –, was tatsächlich herausgefunden beziehungsweise was eben nicht herausgefunden wurde. Was von Opposition und Medien an dieser Stelle evoziert wurde, war, ich muss es so sagen, ein wahrhafter Agententhriller: Blumensträuße mit verdeckten Botschaften, geheime nächtliche Treffen in klandestinen Weinstuben, die nachweislich niemals stattgefunden haben,

(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD)

und die lauernde Unterstellung fantastischer Geldströme, die quasi in James-Bond-Manier durch die Pipeline gepresst wurden, kurzum, MV im globalen Zentrum eines Wirtschaftskrimis. Wäre hiervon auch nur ein Anwurf beweistechnisch annähernd unterlegbar gewesen, dann hätten sich die zähen Ausschussstunden von 13 teilweise an einem Tag in der Tat wirklich gelohnt und wir alle hätten unseren Nachkommen etwas zu erzählen gehabt.

Mit aller Deutlichkeit: Es gibt keine Erkenntnisse, die einen Korruptionsvorwurf stützen. Es gibt keine,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

es gibt keine belastbaren Erkenntnisse für eine politische Einflussnahme auf das Genehmigungsverfahren zur Pipeline

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

oder auf deren Fertigstellung im Sinne eines rechtswidrigen Durchregierens,

(Marcel Falk, SPD: Da ist er wieder!)

keine Verschleierung der Gründe für die Stiftungsgründung und der Errichtung eines temporären Geschäftsbetriebs. Im Gegenteil,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
So ist es.)

das Genehmigungsverfahren wurde rechtsstaatlich durchgeführt, beseelt, und das muss man an dieser Stelle noch mal sagen, von einer fast schon langweilig technokratischen Korrektheit. Zuständig waren die fachlich verantwortlichen Behörden, insbesondere das Bergamt Stralsund und weitere beteiligte Stellen. Die gerichtlichen Überprüfungen haben die Genehmigungen bestätigt. Alle – alle! – diesbezüglichen Klagen blieben erfolglos.

Das ist politisch bedeutsam, denn wer den Ausschuss ernst nimmt, muss deshalb auch dieses Ergebnis ernst nehmen: keine Geldkoffer, die auf Brücken eines Ostseebades vor der Kulisse herbstlicher Nebelbänke den Besitzer wechselten, keine nachgewiesene politische Einflussnahme auf das Genehmigungsverfahren, keine Verschleierung von Gründen der Stiftungsgründung. Auch hat es in Mecklenburg-Vorpommern keine sogenannte Nebenaußenpolitik gegeben, wie immer wieder von früheren Kämpfern für Nord Stream 2, den Kolleg/-innen der CDU-Fraktion, fälschlicherweise behauptet wurde.

Ebenso wichtig ist der zweite Punkt. Nord Stream 2 war keine Erfindung Mecklenburg-Vorpommerns. Das Projekt entstand nicht in Schwerin und es wurde auch nicht von unserem Land allein getragen. Der Ausschuss arbeitete vielmehr heraus, dass Nord Stream 2 in einen bundespolitischen, in einen europäischen wirtschaftlichen Kontext eingebettet gewesen war. Das Vorhaben wurde über Jahre hinweg von wirtschaftlichen Akteuren mit Milliardeninvestitionen verfolgt und von der Bundesregierung lange als privatwirtschaftliches Projekt behandelt und unterstützt. Das haben mehrere Zeugen genau so gesagt. Mecklenburg-Vorpommern handelte damit nicht in einem luftleeren Raum, sondern im Rahmen einer damals weit verbreiteten energiepolitischen Logik, in der Gas eben als wichtige Brückentechnologie angesehen wurde.

Dazu gehört auch, die damaligen amerikanischen Sanktionsdrohungen – das haben meine Vorredner/-innen schon deutlich gemacht – waren real, sie hatten extraterritoriale Wirkung und sie setzten Unternehmen, Banken, Kommunen, Dienstleister erheblich unter Druck. Der Ausschuss dokumentiert, dass die Sanktionen in Bund, Land und auf europäischer Ebene als problematisch, teils als völkerrechtswidrig bewertet wurden.

Zur Stiftung selbst zeigt der Bericht daher durchaus auch ein differenziertes Bild. Die Stiftung hatte von Anfang an einen doppelten Zweck, den Klima- und Umweltschutz einerseits, aber eben auch die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs zur Unterstützung der

Fertigstellung der Pipeline andererseits. Dieser doppelte Zweck – und das muss man an dieser Stelle noch mal unterstreichen – war allerdings niemals verborgen, sondern wurde hier in diesem Hause im Landtag am 7. Januar 2021 ausdrücklich und ohne Gegenstimme beschlossen.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Die Stiftung wurde mit 200.000 Euro des Landes gegründet, die Nord Stream 2 AG sagte weitere 20 Millionen für den gemeinnützigen Teil zu, weitere Mittel waren vorgesehen, aber all das war bekannt.

Fakt ist dito, aus heutiger Sicht würden sicherlich viele Beteiligte einzelne Punkte anders gewichten. Das trifft die Abhängigkeit von russischem Gas, die geopolitischen Fehleinschätzungen und auch die Frage, wie tragfähig die Konstruktion einer solchen Stiftung politisch dauerhaft sein kann und ob nicht zur damaligen Zeit das Stiftungswesen, zumindest das gemeinnützige, tatsächliche Rufschädigungen hätte hinnehmen müssen. Nichtsdestotrotz bleibt es dabei, die damalige Stiftungsgründung war kein rechtswidriger Akt und kein verdecktes Manöver. Sie war ein politisch offener und parlamentarisch beschlossener Weg, um auf einen massiven wirtschafts- und außenpolitischen Druck zu reagieren. Und das ist schlicht und ergreifend die Aufgabe einer Regierung.

(Patrick Dahlemann, SPD: Richtig!)

Gleichzeitig darf man den kritischen Punkt nicht verschweigen, der Ausschuss hat auch Probleme bei Transparenz, Kommunikation und Dokumentation sichtbar gemacht. Die Aktenlage war zum Teil lückenhaft und es gab offensichtlich auch Defizite in der politischen Darstellung des Vorgehens. Deshalb gerade ist eine nüchterne Bilanz wichtig. Die damaligen politischen Entscheidungen kann man im Kontext ihrer Zeit nachvollziehen. Ihre handwerkliche Ausführung war gleichwohl nicht in jeder Hinsicht überzeugend.

Aber apropos Handwerk, ich will an dieser Stelle noch mal auf die Arbeitsweise des Ausschusses selbst eingehen, denn wer Aufklärung will, der muss auch Transparenz über das eigene Verfahren herstellen. Der vorliegende Bericht beschreibt erhebliche verfahrensbezogene Probleme im Umgang mit den Anträgen auf Durchsuchung und Beschlagnahme von Unterlagen der Klimastiftung. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dieses letzte Zwangsmittel zur Aktenbeiziehung sollte zugleich unbedingt ein Mittel zur Abstrafung der Stiftung und der dort agierenden Persönlichkeiten seitens der sogenannten Jamaikaopposition sein.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dort wird ausgeführt, dass ein erster Antrag der Abgeordneten Damm, Domke und Ehlers dem Ausschuss über lange Zeit vorenthalten wurde und dass dem Amtsgericht Schwerin Schriftwechsel mit der Stiftung nur teilweise und somit unvollständig vorgelegt worden seien.

(Michael Noetzel, Die Linke: Was?!)

Zudem seien mildere Mittel, die von SPD und uns vorgeschlagen wurden, eben nicht ausgeschöpft worden. Man muss nicht immer gleich mit der Keule nach vorn gehen.

(Hannes Damm, fraktionslos: Sie haben ja nicht zugestimmt zum Ordnungsgeld. Also was zur Hölle?! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Besonders schwer wiegt aus meiner Sicht, dass richterliche Hinweise des Amtsgerichts Schwerin vom Dezember 2024, wonach die Beweisbeschlüsse gegenüber der Stiftung zu weitgehend oder zu unbestimmt sein könnten,

(Patrick Dahlemann, SPD: Wer hat jetzt hier getäuscht? Wer hat jetzt hier getäuscht? – Michael Noetzel, Die Linke: Das ist hier die Frage!)

dem Untersuchungsausschuss nicht mitgeteilt worden sind. Dadurch wurde verhindert, dass der Ausschuss seine Beweisbeschlüsse rechtssicher hätte nachschärfen können.

(Patrick Dahlemann, SPD: Wahnsinn!)

Auch beim zweiten Verfahren zur Durchsuchung und Beschlagnahmung kritisiere ich, dass der Ausschussvorsitzende und die antragstellende Minderheit Inhalte zunächst nicht vollständig offengelegt und alternative, mildere Vorgehensweisen nicht ausreichend geprüft haben.

(Sebastian Ehlers, CDU: Um den Erfolg der Maßnahme nicht zu gefährden, das wissen Sie doch!)

Ich muss an dieser Stelle,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

sehr geehrter Kollege Ehlers, deutlich machen, ich bin ja ein großer Freund der Weimarer Klassik und ich habe das in der Fraktion bei mir schon besprochen, es gibt da von Heinrich von Kleist einen wunderbaren Text, der heißt „Der zerbrochne Krug“. Vielleicht noch mal kurz, um die Kolleginnen und Kollegen einzubinden:

(Torsten Koplin, Die Linke: Welch ein Gleichnis!)

Es geht darum, von einer Frau, Marthe Rull, ist ein Krug in einem nächtlichen Agieren zerbrochen worden. In der Zeit befanden sich mehrere Menschen in dem Haus, unter anderem bei der Tochter Eve ein Unbekannter und ihr Verlobter Ruprecht,

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

der versucht, vom Dorfrichter Adam ein,

(Torsten Koplin, Die Linke: Das ist ein Gleichnis. Hören Sie mal drauf!)

versucht, vom Dorfrichter Adam ein Schreiben zu bekommen, auf dass er nicht in den Wehrdienst einbezogen wird. Plötzlich verließ jemand das Haus, der Krug war zerbrochen und Dorfrichter Adam soll herausfinden, wer denn den Krug zerbrochen hat. Kleist hat es in diesem Lustspiel sehr schön dargestellt. Ich habe die ganze Zeit gedacht: Mein Gott, die CDU, damals beteiligt und allwissend informiert, übernimmt jetzt die Aufklärung – ist das nicht Dorfrichter Adam?

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Ist das nicht Dorfrichter Adam, der selbst im Haus von Marthe Rull unterwegs gewesen ist und den Krug zerbrochen hat?

(Michael Noetzel, Die Linke:
Dorfrichter Sebastian.)

Also das muss man an dieser Stelle mal deutlich sagen, die Geschichte veranschaulicht ein grundsätzliches Problem: Der Vorsitz eines Untersuchungsausschusses verlangt besondere Zurückhaltung, besondere Fairness, besondere Transparenz. Wenn zugleich eine exponierte politische Rolle in der Auseinandersetzung wahrgenommen wird, entsteht mindestens der Eindruck einer problematischen Doppelrolle

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Hannes Damm, fraktionslos)

und eines besonders sparsamen Umgangs des Vorsitzenden mit den tatsächlich insinuierten Vorgängen und Absichten.

(Hannes Damm, fraktionslos: Sie haben
doch den Ausschuss kleiner gemacht! Also!)

Und genau deshalb muss man sagen,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

der Ausschussvorsitz hätte stärker trennen müssen

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

zwischen der Aufgabe, der Rolle, das Verfahren unparteiisch zu leiten, und dem parteipolitischen Interesse, in der Auseinandersetzung als Akteur aufzutreten. Das war allen Beteiligten nicht immer klar.

Auch Kollege Damm, ach,

(Heiterkeit bei Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

auch Kollege Damm präsentierte sich nicht als Aufklärer, sondern als Richter. Ich hatte manchmal das Gefühl, wer die Werke von Martin liest,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

„Das Lied von Eis und Feuer“, da gibt es eine Szene, als der Kleine Spatz, ein Hohepriester, die Königin damals verurteilt hat, nackt durch „King’s Landing“ zu ziehen, und er ging immer hinterher mit der Glocke und schrie die ganze Zeit: „Scham! Scham! Scham!“.

(Zuruf von David Wulff, FDP)

Kollege Damm, ich habe manchmal das Gefühl gehabt,

(Hannes Damm, fraktionslos: Das war leider
nicht ganz korrekt zitiert, Herr Kollege.)

wenn man tatsächlich Zeug/-innen zu Tränen führt, weil man so aggressiv nachfragt und so ehrrührig nachfragt, dass Menschen voller Tränen in Gefährdung ihrer Würde

(Heiterkeit bei Hannes Damm, fraktionslos:
Alles klar!)

diesen Ausschuss verlassen,

(Torsten Koplin, Die Linke: Ja.)

da, muss man sagen, hat man einfach schlicht und ergreifend den Bogen überspannt

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

und hat sich nach meinem Dafürhalten auch in der eigenen Darstellung und Rollenüberdehnung nicht gerade ein positives Votum angeeignet. Wer unbedingt mit der Brechstange Täter/-innen und Schuldige präsentieren möchte, der will nicht nur aufklären, sondern der hat seinerseits schon ein vorgefasstes Urteil gefasst. Mäßigung und Respekt vor Ämtern und der Würde der Zeuginnen und Zeugen wären hier in der Tat angezeigt gewesen.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

Zurück zum Umgang mit der gerichtlich angeordneten Durchsuchung und Beschlagnahmung: Dies war nach meinem Dafürhalten ein Wahlkampfhammer. Das Amtsgericht hat im zweiten Verfahren zwar einen entsprechenden Beschluss erlassen, doch aus dem Antrag zweier Abgeordneter der Opposition geht hervor, dass wesentliche Umstände – etwa zur vorangegangenen Kommunikation, zur Änderung in der Zusammensetzung des Stiftungsvorstands und zu möglichen milderen Mitteln – dem Gericht nicht vollständig vorgetragen wurden.

(Michael Noetzel, Die Linke: Oh!)

Hier ist Verfahrens- und Rollenkritik nicht nur zulässig, sondern schlicht und ergreifend notwendig.

Mein Schluss ist deshalb zweifach:

Erstens. Der Ausschuss hat Unterstellungen überprüft und zentrale Vorwürfe gerade nicht bestätigt. Es gibt keine,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

es gibt keine Erkenntnis für Korruption und keine nachgewiesene politische Einflussnahme auf das Genehmigungsverfahren.

Zweitens. Der Ausschuss zeigt doch, dass es politische Fehleinschätzungen, Kommunikationsmängel wie gelöschte, nicht archivierte Mails gab, ein problematisches Verfahren in Teilen der Ausschussarbeit selbst gegeben hat.

Das muss man sauber voneinander trennen. Wer aus dem Bericht lernen will, sollte deshalb weder in pauschale Skandalisierung verfallen noch in nachträgliche Selbstentlastung. Die Lehre muss sein, Energiepolitik braucht mehr Unabhängigkeit, mehr Transparenz und weniger fossile Abhängigkeiten. Aber ebenso gilt, Untersuchungsausschüsse brauchen rechtsstaatliche Präzision, faire Verfahrensführung und einen Vorsitz, der dem ganzen Ausschuss verpflichtet ist und nicht nur der eigenen politischen Linie. Vielleicht können wir alle als Beteiligte in

Demut aus den Stürmen und Anwürfen, Verletzungen und am Ende haltlosen Unterstellungen, die dieser Ausschuss mit sich gebracht hatte, lernen. Das würde mich persönlich sehr freuen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank! Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Fraktionsvorsitzende Constanze Oehlrich.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Ich will es gleich zu Beginn auf den Punkt bringen: Entgegen der Auffassung der rot-roten Regierungskoalition war dieser Untersuchungsausschuss notwendig und berechtigt und er hat wichtige Erkenntnisse geliefert.

(Patrick Dahlemann, SPD: Klatscht keiner.)

Der Bau der Nord-Stream-2-Pipeline war Teil der russischen Kriegsvorbereitungen. Der Angriff auf die Ukraine begann nur drei Wochen, nachdem die Klimastiftung die letzten Arbeiten an der Pipeline abgeschlossen hatte. Russland hat die Gaslieferungen sofort nach Kriegsbeginn als Druckmittel eingesetzt und schließlich ganz eingestellt. Für Deutschland stand am Ende nicht noch mehr billiges Erdgas, sondern eine der massivsten Preisexplosionen für Strom und Heizung seit Jahrzehnten. Das von der Landesregierung selbst beauftragte Rechtsgutachten von Professor Dr. Birgit Weitemeyer stellte später fest, ich zitiere: „Die Fertigstellung und der geplante Betrieb der Gaspipeline Nord Stream 2 stehen damit im Zusammenhang mit der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Zitatende. Die Klimastiftung stelle daher eine, Zitat, „erhebliche Gefährdung des Gemeinwohls“ dar. Zitatende. Das sind die Dimensionen, über die wir hier reden.

Frau Schwesig – Wo ist sie? Eben war sie doch noch da –, Sie haben das Engagement für Nord Stream 2 kurz nach Kriegsbeginn noch als Fehler bezeichnet. Aber hat die Landesregierung seither in irgendeiner Weise aufgearbeitet, wie es zu diesem Fehler kommen konnte? Nein, das ist bis heute nicht passiert. Genau darum war dieser Untersuchungsausschuss notwendig, und er hat auch die Antworten dafür geliefert, wie es zu diesem historischen Fehler kommen konnte.

Kurz gesagt, es lag an der viel zu großen Nähe der Landesregierung zum russischen Staat und zu den Akteuren von Nord Stream 1 und Nord Stream 2, die über die Jahre kontinuierlich aufgebaut wurde, eine Nähe, die sich vor dem Untersuchungsausschuss so wohl kaum jemand vorstellen konnte. Es wurden Kabinettsvorlagen miteinander abgestimmt, ja, geradezu auf Bestellung von Nord Stream 2 produziert. Es gab permanent Treffen und Absprachen auf höchster Ebene, ohne dass Protokolle und Ergebnisvermerke erstellt wurden. Die Nähe war so groß, dass nicht einmal die 20 Millionen Euro Zuwendung und die weiteren angeblich 40 Millionen Euro durch die Nord Stream 2 AG irgendwo schriftlich festgehalten wurden, ehe das Land die Stiftung gründete. Das lief einfach per Handschlag. Ministerpräsident Sellering gab sogar an, einen freundschaftlichen Austausch zum Nord-Stream-2-Chef Matthias Warnig gepflegt zu haben, immerhin ein ehemaliger Stasioffizier. Aber über Nord Stream 2 will er dabei mit Warnig nie gesprochen haben. Ja, aber worüber denn dann?!

Nord Stream 2 flutete die Landesregierung bis in die Personalebene hinein mit Lobbypapieren, politischen Einschätzungen und Handreichungen, Papiere voller einseitiger wirtschaftlicher und geostrategischer Behauptungen. Und diesen permanenten Einflüsterungen stand kein Korrektiv gegenüber. Die Landesregierung hat sich kein vollständiges Bild gemacht und dann abgewogen,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht wahr!)

sondern Kritik an Nord Stream 2 konsequent ignoriert,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ja, schon verächtlich gemacht, Herr Krüger.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und um diesen massiven Einfluss zu kaschieren, fanden Sie es auch legitim, sehr geehrte Frau Schwesig, sehr geehrter Herr Pegel, die Öffentlichkeit und das Parlament über das Zustandekommen und den wahren Zweck der Klimastiftung zu täuschen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Man muss es leider so sagen,

(Thomas Krüger, SPD: Alle Zeitungen haben berichtet.)

alle zentralen Aussagen der Landesregierung zur Gründung der Klimastiftung wurden inzwischen widerlegt.

Am 7. Januar 2021 erklärte Ministerpräsidentin Schwesig hier im Landtag, ich zitiere: „Hauptzweck dieser Stiftung ist der Klima- und Umweltschutz.“ Zitatende.

(Michael Noetzel, Die Linke: Hauptzweck! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dagegen sagte der frühere Finanzminister Reinhard Meyer im Ausschuss aus, Zitat: „Motivation für die Stiftungsgründung war die Errichtung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes,“

(Horst Förster, AfD: Das ist doch kein Widerspruch, wenn Sie das richtig verstehen wollen.)

„um die Fertigstellung von Nord Stream 2 zu ermöglichen, weniger die Realisierung von Klimaschutzprojekten.“

(Horst Förster, AfD: Steht doch genauso in der Satzung drin. Hat sie bis heute nicht verstanden.)

Und weiter: „Mein Wunsch damals wäre es gewesen, kein Versteckspiel zu betreiben, sondern den eigentlichen Zweck klar zu benennen: Eine Stiftung zu schaffen, die es sanktionsfrei ermöglicht, Nord Stream 2 zu Ende zu bauen.“ Zitatende.

Zu der Behauptung, Idee und Satzung der Klimastiftung stammten von Minister Pegel, sagte Nord-Stream-2-Chef

Matthias Warnig, dass, ich zitiere: „der erste Gedanke einer Stiftung aus unserer Rechtsabteilung“ kam. Zitatende.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Denn, so Warnig, „meine Aufgabe war es, Wege zu finden, um die Umsetzung unter diesen exterritorialen Sanktionen zu gewährleisten. Dass das eine politische Komponente hatte, ist offensichtlich. Deswegen ja auch … die Vereinbarung mit der Landesregierung, hierzu einen Landtagsbeschluss zu haben und die Bundesregierung zu informieren.“ Zitatende.

Ein weiterer ehemaliger Nord-Stream-2-Manager sagte aus, dass auch der Satzungsentwurf der Stiftung von der Kanzlei Freshfields stammte. Ein dritter Nord-Stream-2-Mitarbeiter erklärte, er selbst habe das Konzept für den wirtschaftlichen Teilbetrieb der Stiftung erarbeitet. Selbst den Zeitplan für die Stiftungsgründung bestimmte Nord Stream 2.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist falsch!)

Die Landesregierung hat eine Mitwirkung von Nord Stream 2 bis zum Tag der Stiftungsgründung

(Thomas Krüger, SPD: Das ist falsch!)

jedoch mit keinem Wort erwähnt, im Gegenteil, Frau Schwesig, Sie erklärten diese Darlegungen der Opposition sogar zur Verschwörungstheorie.

(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD:
Ja klar, weil es das ist.)

Und ich finde, es wäre an der Zeit, dass Sie diese Behauptung nun zurücknehmen und sich der Verantwortung stellen.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Wiederholen! Wiederholen festigt! –
Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Viele weitere Behauptungen der Landesregierung aus der Zeit der Stiftungsgründung wurden im Ausschuss erschüttert. Zu den angeblichen wirtschaftlichen Effekten sagte der damalige Büroleiter von Minister Pegel aus, ich zitiere: „Der Betrieb von Nord Stream 2 war selbstverständlich, abgesehen von den Arbeitsplätzen, die in der Regelstation in Lubmin entstanden, ohne unmittelbare Vorteile für Mecklenburg-Vorpommern.“ Zitatende.

Zu der Behauptung der Landesregierung, mit der Klimastiftung sollten heimische Unternehmen vor Sanktionen geschützt werden, sagte der Geschäftsführer des wirtschaftlichen Teilbetriebs der Klimastiftung, ich zitiere: „Zu keiner Zeit bin ich davon ausgegangen oder hätte in irgendeiner Form suggeriert oder suggerieren wollen, dass die Stiftung ein Schutzschirm für Lieferanten war.“

(Beifall Hannes Damm, fraktionslos)

Vielmehr war diese, Zitat, „quasi Regierungsorganisation … eine Art Schutz beziehungsweise Risikoreduzierung für Sanktionen gegen Nord Stream 2“, Zitatende.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Noch im März 2023 sagte die Ministerpräsidentin hier im Landtag, ich zitiere: „Und es ging darum, den Bau der beteiligten Unternehmen, wie zum Beispiel den Hafen Mukran, vor den rechtswidrigen Sanktionsdrohungen … zu schützen.“ Zitatende. In Wirklichkeit war das Nord-Stream-2-Geschäft des Fährhafens im Sommer 2020 schon weitgehend gelaufen. Hinzu kam, ein vom Fährhafen Sassnitz beauftragter Sanktionsexperte hatte schon drei Wochen vor Gründung der Klimastiftung Entwarnung gegeben.

(Thomas Krüger, SPD: Und da hat
Donald Trump sich jetzt dran gehalten?!
Da sind Sie sich sicher?!)

Er schrieb, ich zitiere: „Mit diesem Gesetz löst sich aber die Drohung der drei Senatoren, ebenso wie andere Drohungen aus den USA, jedenfalls hinsichtlich des Fährhafen Sassnitz ins Nichts auf.“

(Philipp da Cunha, SPD: Das stimmt so nicht.)

„Die Drohung der drei Senatoren hat sich nicht erfüllt.“ Zitatende. Diese Einschätzung lag der Landesregierung nachweislich vor der Errichtung der Stiftung vor.

(Thomas Krüger, SPD:
38 Firmen waren betroffen.)

Sie haben darüber weder den Landtag noch die Öffentlichkeit noch die verunsicherte Belegschaft des Fährhafens informiert,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Mit der Sie nie gesprochen haben,
mit der Belegschaft, Frau Oehlrich. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

sondern die Ängste der Menschen

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

sogar noch weiter geschürt.

Halten wir fest, halten wir fest – und hören Sie mir bitte zu! –: Die Klimastiftung wurde nicht von der Landesregierung initiiert und entwickelt. Sie war kein Warenlager,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist falsch!)

sie war kein Schutzschirm für einheimische Unternehmen, und sie diente nicht in erster Linie dem Klimaschutz.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Sondern?!)

Dieses Verheimlichen und Vertuschen ging im Untersuchungsausschuss nahtlos weiter:

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Michael Noetzel, Die Linke)

Mailpostfächer werden gelöscht, wurden gelöscht, die SMS-Kommunikation der Regierungsmitglieder wurde nicht übergeben, Akten wurden unvollständig geliefert, die Durchsetzung von Beweisbeschlüssen wurde torpediert. Die Aufklärungsarbeit wurde nicht durchgängig, aber an vielen Stellen massiv behindert.

Es ist natürlich nicht ungewöhnlich, dass eine Regierungskoalition bei einem Untersuchungsausschuss oft unter-

schiedliche Auffassungen hat als die Opposition, aber dass eine Regierung zu einem Untersuchungsausschuss vier Jahre lang eine sehr teure PR-Beratungsfirma engagiert, um sich politisch-strategisch beraten zu lassen,

(Patrick Dahlemann, SPD: Ja,
wie viel haben Sie denn ausgegeben
für den Untersuchungsausschuss?
Das ist aber Äpfel mit Birnen vergleichen. –
Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

wie man die Erkenntnisse aus dem Ausschuss am besten abwehrt,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

das ist absolut nicht normal. Und leider, und leider hat Ihnen diese PR-Beratung für 370 Euro netto pro Stunde offenbar empfohlen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wirklich keinerlei Selbstkritik zu üben, kein einziges fehlerhaftes Detail einzuräumen, sondern jede Erkenntnis mit Gegenangriffen zu beantworten.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Welche Erkenntnis noch mal?)

An Tag eins des PUA war diese Agentur schon engagiert und der Vertrag läuft bis zum letzten Tag des Ausschusses. Das zeigt, dass Sie an ehrlicher Aufklärung von Anfang an kein Interesse hatten.

(Thomas Krüger, SPD: Ach Gott,
wenn das der Beweis ist! –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Trotz aller Hindernisse hat der Ausschuss viel Aufklärungsarbeit geleistet und eines klar belegt: Die Landesregierung hat bei der Klimastiftung in allererster Linie im Interesse von Nord Stream 2 gehandelt. Der Preis dafür war am Ende leider sehr hoch. Und deswegen muss die Lehre aus den Vorgängen um Nord Stream 2 und die Klimastiftung sein, eine derartige Verquickung von Interessen darf sich in Mecklenburg-Vorpommern nicht wiederholen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in unserem Sondervotum dargelegt, wie sich das in Zukunft verhindern lässt. Wir brauchen eine schnellere Energiewende, um uns unabhängig zu machen von fossilen Energielieferungen. Wir brauchen strengere Regeln für die Speicherung von entscheidungsrelevanten Mails, SMS und Dokumenten. Und wir brauchen ein wirksames Transparenzgesetz, um Lobbyaktivitäten offenzulegen und zu begrenzen.

Und ein letztes Wort: Ich hoffe sehr, Frau Schwesig, dass Sie nicht den Weg Ihres Amtsvorgängers Sellering gehen und das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Wer das letzte Interview von Herrn Sellering gelesen hat, musste feststellen, da wurden viele mögliche Schuldige für den Krieg gegen die Ukraine genannt, nur Russland als Kriegsverantwortlicher kam bei Sellering nicht mehr vor.

(Horst Förster, AfD: Das ist
wieder falsch interpretiert.)

Machen Sie heute deutlich, dass die aktuelle Landesregierung aus den Fehlern um Nord Stream 2 mehr gelernt hat als der ehemalige Ministerpräsident! – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Es liegt ein Antrag auf Kurzintervention vor, Frau Oehlrich, durch den Abgeordneten Horst Förster.

Bitte schön!

Horst Förster, AfD: Ja, vielen Dank!

Frau Oehlrich, ich glaube, trotz zweijähriger Diskussionen über die Stiftung, über die Satzung, viele Rechtsausführungen haben Sie es immer noch nicht begriffen, nämlich den Unterschied zwischen einem Motiv für irgendwas und dem Satzungszweck. Das ist in der Satzung ganz eindeutig geregelt und ist vielfach hier erörtert worden. Hauptzweck der Stiftung war gemäß Satzung zulässigerweise der Umweltschutz, Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz. Ein wirtschaftlich, zeitlich vorgesehener Nebenbetrieb und damit Nebenzweck im rechtlichen Sinne war ein wirtschaftlicher Nebenbetrieb mit dem eindeutigen Ziel – das stand ja auch in der Satzung drin, ist heute auch zitiert worden –, Nord Stream zu Ende zu bauen.

Und Nord Stream, die Einordnung von Nord Stream ist bei Ihrem rein grün vernebelten Blick auch nicht richtig erkannt.

(Heiterkeit bei Hannes Damm, fraktionslos)

Es ging um ein national und europarechtlich abgesegnetes Projekt, ein Milliardenprojekt, das in der Ostsee unterzugehen drohte. Die Leitungen waren bis kurz vor Bornholm schon gelegt, und die sollten im deutschen Interesse, im nationalen deutschen Interesse zu Ende gebaut werden. Das ist nicht ohne irgendwas, das ist absolut im nationalen Interesse damals so gewesen und von uns allen hier so gesehen worden. Ich kann mich gut erinnern, dass auch Sellering damals gesagt hat, dass er unsere nationalen Interessen und Souveränität geachtet haben will. Das war ja völliger Konsens.

Und jetzt fangen Sie an, mit diesen ganzen alten Kamellen, die selbst widerlegt sind, wieder hier zu suggerieren,

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hier sei irgendwie was getäuscht worden, der Zweck sei was ganz anderes gewesen. Ja, das Motiv waren die Sanktionsandrohungen, aber die Satzung wird beurteilt nach dem, was da drinsteht und ob das ernsthaft gewollt war. Und das war so gewollt. Es war diese Klimastiftung, die war gewollt, weil es die Möglichkeit bot, über den wirtschaftlichen Nebenbetrieb die Nord Stream zu Ende zu bauen. So einfach ist das.

(Beifall Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und ich finde es unerhört, …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, …

Horst Förster, AfD: … dass Sie immer noch an diesen alten Irrtümern …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: … die zwei Minuten, …

Horst Förster, AfD: … festhalten.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: … die zwei Minuten sind um, und ich frage jetzt die Fraktionsvorsitzende: Wollen Sie darauf reagieren? (Zustimmung)

Bitte schön!

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Werde ich machen. Danke, Frau Präsidentin!

Also Sie sagen hier, ich würde alte Kamellen rausholen. Das ist nun mal der Auftrag des Untersuchungsausschusses gewesen, genau das, das Agieren der Klimastiftung in Zusammenhang mit der Nord-Stream-2-Pipeline zu untersuchen.

Und ich muss sagen, wir haben das ja auch im Rechtsausschuss gehabt, das Thema, wir haben sehr viel diskutiert über das Thema „Stiftungsauflösung, mögliche und notwendige Maßnahmen der Stiftungsaufsicht“, und wir haben dazu, Sie und ich, wir haben dazu unterschiedliche Rechtsauffassungen, und ich verwehre mich dagegen, ich verwehre mich wirklich dagegen, dass Sie unterschiedliche Rechtsauffassungen diskreditieren als Dummheit oder als grün vernebelter Blick. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Ist er denn rot vernebelt?
Vernebelt ist er auf jeden Fall.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Für die Gruppe der FDP hat das Wort der Abgeordnete David Wulff.

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es geht hier bei der Frage des Untersuchungsausschusses zur Klimastiftung um mehr als einfach nur um eine Stiftungsgründung oder um juristische Fragen, ob am Ende tatsächlich alles formaljuristisch abgearbeitet wurde. Es geht hier um die Aufarbeitung einer katastrophalen politischen Fehlentscheidung in diesem Land.

Nord Stream 2 wurde 2018 formal auf den Weg gebracht. Die Warnungen vor diesem Projekt international gingen ab 2015 intensivst los. Die Polen haben davor gewarnt, die sind uns bis heute unglaublich sauer.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Die Ukrainer, die USA, Schweden und die baltischen Staaten haben alle gesagt, Bundesrepublik Deutschland, was tut ihr da, ihr fahrt einen gefährlichen Weg, ihr fahrt geopolitisch einen Irrweg.

(Der Abgeordnete Philipp da Cunha
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und am Ende haben nationale Interessen überwogen.

(Enrico Schult, AfD: Er lässt keine Frage zu.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

(Enrico Schult, AfD: Er hat
noch gar nicht angefangen.)

David Wulff, FDP: Ich hab zwar noch nicht viel gesagt, aber gerne!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön!

Philipp da Cunha, SPD: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ich habe ein Zitat, und das passt eigentlich zu Ihrer Aussage, das stammt von Ihrem Parteivorsitzenden, Herrn Kubicki, der hat im August 22, also anderthalb Jahre nach Kriegsbeginn, gesagt: „Es gibt keinen vernünftigen Grund, Nord Stream 2 nicht zu öffnen. Wenn wir auf diesem Weg mehr Gas bekommen, hilft das den Menschen in Deutschland.“

(Martin Schmidt, AfD:
Wann war das? Wann war das?)

Und wir haben ja vorhin gehört, die Entscheidung für Nord Stream und für das Gas, es ging ja immer darum, für die Menschen in diesem Land günstiges Gas für Industrie und Wohnung zu besorgen.

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewerten Sie da die Aussagen zu dem, was Sie gerade gesagt haben?

David Wulff, FDP: Vielen Dank!

Da wäre ich jetzt tatsächlich sogar direkt drauf gekommen schon, denn die Warnungen kamen von internationalen Partnern, und die Bundesrepublik Deutschland – und da hat Mecklenburg-Vorpommern noch gar nichts mit zu tun gehabt –, die Bundesrepublik Deutschland hat diese Warnungen in den Wind geschlagen,

(Unruhe bei Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eben aus dieser Argumentationslage heraus, dass wir aus nationalem Interesse heraus,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

aus einem nationalen Egoismus heraus bei der Billigtankstelle Russland gerne Gas einkaufen. Und das war eine katastrophale Fehleinschätzung.

(Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und diese Fehleinschätzung ging quer durch alle Parteien.

(Unruhe bei Christian Winter, SPD, und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und aber fairerweise muss man auch sagen, bei manchen Parteien war das prominenter als bei anderen. Denn ich weiß, wir haben auch damals bei uns intern wirklich sehr, sehr heftig und intensiv genau darüber diskutiert. Und es gibt genauso gut sehr viele andere Stimmen, auch innerhalb der FDP zur damaligen Zeit, dass das Interesse, einfach nur das Gas billig zu bekommen, niemals überwiegen kann zwischen unserer europäischen Einheit und den geopolitischen Verwerfungen, die da drohen könnten, zum damaligen Zeitpunkt.

(Beifall Noah Böhringer, FDP –
Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und ja, es war damals vielleicht eine andere Zeit, aber die Warnungen gingen doch nicht dahin, dass die Leute oder dass die anderen Regierungen gesagt haben, Deutschland, bitte kauft kein billiges Gas. Die Warnungen wurden ausgesprochen gegen ein Russland – von Wladimir Putin damals schon –, was bereits 2000 die Tschetschenienkriege geführt hat, 2008 bereits in Georgien einmarschiert ist, 2014 die Krim annektiert hat und in den Donbass einmarschiert ist,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

2015 massiv im Krieg in Syrien mitgemischt hat und zu einer großen Katastrophe bei uns auch in Europa geführt hat, insbesondere für die ganzen Menschen, die aus Syrien am Ende aber auch flüchten mussten, und ein Russland, was auch noch 22 selbst die Unruhen in Kasachstan militärisch mit niedergeschlagen hat. Und wenn wir in die Geschichte eines solchen Landes gucken – das waren jetzt nur die Sachen ab 2000, davor war das immer ein Staat mit einem hohen Aggressionspotenzial –, und wir müssen doch eingestehen, dass wir blind waren. Die Bundesrepublik Deutschland war in den Entscheidungen blind und ignorant gegenüber allen europäischen Partnern, und ganz besonders ignorant gegenüber der Ukraine, die bereits zu diesem Zeitpunkt schmerzlich im Krieg gewesen ist.

(Horst Förster, AfD: Im Bürgerkrieg, ja. –
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kein Bürgerkrieg.)

Bis hierhin war das für ein kleines Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern weitestgehend irrelevant. Wie kommt es also, dass Mecklenburg-Vorpommern als Land plötzlich gallische Züge entwickelt und gegen die Sanktionsandrohungen der USA unbedingt ankämpfen will?

(Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Mit welcher Motivation ist das Ganze denn tatsächlich passiert? Und ja, das kann eine Motivation haben, weil die Pipeline so wie Nord Stream 1 hier bei uns im Bundesland anlandet,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

dass wir hier mit dem Bergamt für die Genehmigungen zuständig waren. Aber was wollten wir denn davon haben? Dass Gas – haben wir gelernt – auch spätestens seit 22, dass die Ströme, die da ankamen, gar nicht direkt in Mecklenburg-Vorpommern abgenommen wurden oder abgenommen werden konnten, rein technisch gar nicht, sondern dass das noch erst über ein großes Verteilsystem ging? Oder gings wirklich nur darum, ein paar wenige Unternehmen zu schützen? Diese Fragen kann man legitim in einem Untersuchungsausschuss aufarbeiten, weil die Dimension dieser Entscheidungen weit, sehr weit über die Landesgrenzen hier hinweggeht.

Und was mich persönlich wirklich sehr beeindruckt hat – Chapeau, liebe SPD! –: der Abwehrkampf. Mit welcher Verve die SPD dagegen schon vorgegangen ist, möglichst vorgebaut hat – das war alles legitim, jeder wusste das,

(Rainer Albrecht, SPD: Ja, war es ja auch.)

bis hin zu persönlichen Verleumdungen auch gegenüber anderen Kollegen hier im Parlament, muss ich sagen, Respekt! –, wer so viel Verve in die Verteidigung legt,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

nährt zumindest den einen oder anderen Verdacht,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

ob da nicht doch mehr gewesen sein könnte.

(Henning Foerster, Die Linke:
Wieder nur Orakelei.)

Und ich frage mich, wenn wirklich alles völlig okay ist, wie Sie es behaupten, warum denn all dieser Aufwand?

(Patrick Dahlemann, SPD:
Also den Aufwand hatte das Parlament
mit dem Untersuchungsausschuss.)

Der PUA hat tiefe russische Verbindungen aufgezeigt, hier nach Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Und wir haben uns hier

(Enrico Schult, AfD:
Wichtiger Außenhandelspartner
von Mecklenburg-Vorpommern.)

in einen internationalen Bärenkäfig begeben, wo normalerweise auch die Spionageabwehr, die wir an anderer Stelle auch immer wieder gerne noch mal hervorholen wollen, die Spionageabwehr hätte vielleicht schon mal hier oder da etwas tätiger sein müssen, vielleicht auch auf Agententätigkeit irgendwie achten müssen oder auch nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion Die Linke)

Denn eigentlich gehört es dazu, dass auch Regierungen vor ausländischer Einflussnahme entsprechend gebrieft werden müssen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Bis jetzt hat
die Rede von Herrn Trepsdorf inspiriert. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion Die Linke –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja, genau!)

Was allerdings wahr ist, der Zweck der Stiftung war nie geheim. Die FDP war zum damaligen Zeitpunkt nicht im Parlament, ich war aber durchaus auch in Funktion für die FDP und auch von außen betrachtet, mir war völlig klar, warum diese Stiftung gegründet wird.

(Heiterkeit bei
Michael Noetzel, Die Linke: Ach ja?! –
Patrick Dahlemann, SPD: Du hast
unsere Gesetze gelesen im Gegensatz
zu den CDU-Abgeordneten
in diesem Parlament.)

Es war mir völlig klar.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion Die Linke)

Ob das politisch richtig war, das möchte ich hier nach wie vor bezweifeln. Und ich bin mir ziemlich sicher, wir hätten dem damals so nicht zugestimmt.

(Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Henning Foerster, Die Linke: Ja, ist klar. –
Julian Barlen, SPD: Nicht liberal genug. –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Und wer dann aber hier, wer dann die Beschlüsse dieses Parlaments anführt als Beweis, es haben doch alle gewollt und jeder wusste Bescheid bis ins letzte Detail –

(Beifall Hannes Damm, fraktionslos)

die letzten fünf Jahre in diesem Parlament haben mich gelehrt, dieses Parlament macht keine eigenen Entwürfe, dieses Parlament arbeitet nicht selbstständig, dieses Parlament arbeitet auf Weisung der Staatskanzlei, meine Damen und Herren,

(Beifall Hannes Damm, fraktionslos –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Oh!)

Und nichts anderes habe ich gelernt in den letzten fünf Jahren. Ich glaube, auch davor war das nicht viel anders.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Okay, von wem haben Sie Ihr Geld
bekommen? Von der Staatskanzlei?
Das ist interessant.)

Nord Stream 2 in Gänze ist ein Krimi, ein Politkrimi, ein Wirtschaftskrimi ohnegleichen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Und, Herr Kollege Trepsdorf, Sie haben das hier so amüsant dargestellt,

(Heiterkeit bei Michael Noetzel, Die Linke)

aber zumindest,

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Fundiert!
Fundiert haben wir es dargestellt.)

zumindest in der Literatur und in diversen anderen Medien hat das entsprechenden Eingang gefunden, und glauben Sie mir, das ist ein Krimi mit hohem Spannungspotenzial.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Krimi ohne Täter, für mich langweilig. –
Heiterkeit bei Michael Noetzel, Die Linke)

Allerdings – und das müssen wir leider, das müssen wir leider zum Ende jetzt auch festhalten –, handfeste Beweise für eine super direkte Einflussnahme, Vorteilsnahme oder Sonstiges, die liegen nicht vor, die wurden nicht gefunden.

(Falko Beitz, SPD: Aha! –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Das einzig Interessante. –
Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Das ist so, aber

(Michael Noetzel, Die Linke: Aber?! Aber?!)

die Frage nach der politischen Entscheidung bleibt für mich hier immer noch im Raum.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

War es am Ende einfach nur Größenwahn von Regionalpolitikern, die sich auf internationaler Bühne behaupten wollten?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf aus dem Plenum: Oh, was?!)

War es am Ende eine der größten politischen Fehlentscheidungen dieses Bundeslandes?

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Wir werden,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wir werden uns in dieser Bewertung hier nicht mehr einig. Das darf das geneigte Publikum entscheiden. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP –
Julian Barlen, SPD: Na, denn man tau!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Gäste aus der Mecklenburgischen Seenplatte und darunter auch ein langjähriges Mitglied dieses Parlamentes. Ich darf begrüßen Peter Ritter. Peter, schön, dass du aus dieser Perspektive unsere Arbeit hier begleitest!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Julian Barlen, SPD: Zwischenrufe sind nicht
erlaubt hier. Nein, auch Plakate ausrollen nicht!)

Jetzt an dieser Stelle hat das Wort der Abgeordnete Hannes Damm.

Hannes Damm, fraktionslos: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen, es stimmt, es ist nichts rausgekommen, außer, dass Sie das Parlament und die Öffentlichkeit wissentlich und vorsätzlich wiederholt belogen haben,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

dass Sie auf das Scheitern der Energiewende gewettet haben, dass Nord Streams Anwälte die Stiftungssatzung geschrieben haben,

(Patrick Dahlemann, SPD: Falsch!)

die angeblich Minister Pegel am heimischen PC selbst verfasst hat, dass Sie Kabinettsvorlagen vorab mit den Russen abgestimmt haben,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Falsch!)

dass Sie daran beteiligt waren, die Bürgerschaft in Rostock bei ROKAI hinters Licht zu führen,

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Falsch!)

dass Sie wissentlich die Sicherheitsprüfung der Pipeline einem Nord-Stream-Ingenieur überlassen haben,

(Thomas Krüger, SPD:
Falsch! Das stimmt nicht!)

obwohl Sie eine unabhängige Prüfung gesetzlich garantieren mussten,

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Schreiben Sie ein Buch, Herr Kollege!)

dass Sie alle Genehmigungshürden weggeräumt oder ignoriert haben

(Unruhe bei Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

und für die Pipeline lobbyiert haben gegen Bundes- und EU-Interessen, dass Sie den Schutzstatus des Landes für eine 10-Prozent-Provision an einen russischen Konzern verkauft haben,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Falsch!)

dass Sie, die Stiftungsaufsicht des Landes, die Klimastiftung rechtswidrig haben durchwinken lassen,

(Thomas Krüger, SPD:
Erwiesenermaßen auch falsch! –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

dass Sie die Verbrennung von Steuerakten verschleiert und 10 Millionen Euro Schenkungsteuer übersehen haben.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das klingt ja wie ein Fiebertraum. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ich habe, ehrlich gesagt, gar nicht genug Redezeit,

(Patrick Dahlemann, SPD: Das reicht schon!)

um all das nicht,

(Unruhe bei Ministerin Jacqueline Bernhardt –
Patrick Dahlemann, SPD: Dann reichts.)

was Sie nicht gefunden haben,

(Patrick Dahlemann, SPD: Dann reichts.)

aufzuzählen. Und damit das alles geheim bleibt, haben Sie vertuscht, verschleiert und gelöscht, allen voran Minister Pegel, der seine dienstlichen Mails angeblich aus Speicherplatzgründen sogar noch, nachdem dieser Ausschuss eingesetzt worden war,

(Thomas Krüger, SPD:
So wie andere Minister auch.)

restlos verschwinden lässt, und das, nachdem er höchstpersönlich an diesem Pult versprochen hat, Zitat, „Hier wird nichts vernichtet“.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

SMS und Messenger? Nichts herausgegeben, obwohl Frau Schwesig, Herr Pegel und der Staatskanzleichef Herr Dahlemann nachweislich darüber kommuniziert haben. Und die Linken? Gemeinsam mit der SPD haben sie aktiv die Aufklärung verhindert, nicht zuletzt dadurch, die Aktenherausgabe gegenüber der Klimastiftung nicht durchzusetzen.

(Thomas Krüger, SPD: Falsch!)

Daher brauchte es auf unseren Antrag eine gerichtlich angeordnete Hausdurchsuchung. So etwas hat es in Deutschland noch nicht gegeben – ein Präzedenzfall politischer Verantwortungslosigkeit!

(Torsten Koplin, Die Linke: Hm! Kommt! –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Legen
Sie einen Beweis vor, Herr Kollege! –
Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, unmittelbar nach Bauabschluss der Pipeline angezettelt, abgesichert mit NATO-Daten, die über unser Landesbergamt an Russland gelangten, geheime Schussdaten der Marine, Koordinaten militärischer U-Boot-Tauchgebiete,

(Thomas Krüger, SPD: Falsch!)

Staatsgeheimnisse

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

von höchster Sicherheitsrelevanz.

(Torsten Koplin, Die Linke:
Offizielles Kartenmaterial.)

Sie haben aus Gier nach Gas und Geltung, aus Machtinteresse, geflissentlicher Unterwürfigkeit die Sicherheit unserer und der ukrainischen Bevölkerung aus der Hand gegeben.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das grüne Sondervotum ist ein Protokoll Ihres Staatsversagens. Und das Schlimmste ist die Dreistigkeit, mit der Sie bis heute das alles kleinreden.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Sie haben sich von Anfang an von einem fremden Staat und seinem Konzern das Regierungshandeln diktieren lassen und Ihr eigenes Parlament dabei belogen.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht wahr!)

Wer fremde Mächte über die Sicherheit des eigenen Landes stellt, verrät seinen Amtseid.

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Dieser Ausschuss hat alles ans Licht gebracht. Wer ihn heute für überflüssig erklärt, will nicht aufklären, der will vergessen machen.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Gehts auch eine Nummer kleiner, Herr Kollege?! Eine Nummer kleiner!)

Und dagegen stehe ich hier und in Zukunft. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Beifall David Wulff, FDP)

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete Horst Förster.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie dieser Landtag mit der Klimastiftung umgegangen ist, ist kein Ruhmesblatt für den Rechtsstaat.

(Heiterkeit bei Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Landtag hat sich eher mit seinem zweijährigen rechtsblinden Ringen um eine Auflösung der Stiftung ein Denkmal der Unglaubwürdigkeit gesetzt, das dann im Untersuchungsausschuss noch weiter untermauert wurde.

Alles begann mit den vom damaligen Präsidenten Trump angedrohten Sanktionen gegen Nord Stream. Mit Nord Stream sollte die Energieversorgung Deutschlands dauerhaft gesichert werden. Das war den USA, die uns ihr Fracking-Gas verkaufen wollten, von Beginn an ein Dorn im Auge. Die Sanktionen hätten das Aus des Milliardenprojekts Nord Stream bedeutet. Die Leitungen waren bereits bis vor Bornholm verlegt. Dieses Dilemma war die Geburtsstunde der Stiftung, denn Stiftungen fielen nicht unter die Sanktionen. Und so gelang es Nord Stream, doch noch zu Ende zu bauen. Und das fanden wir damals alle gut und richtig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Und das ist auch weiterhin richtig.

Die Konstruktion der Stiftung war rechtlich völlig in Ordnung. Die Satzung sah die Errichtung eines wirtschaftlichen Nebenbetriebs vor, der sich mit der Fertigstellung der Pipeline befassen sollte. Die satzungsgemäße Konstruktion war also die, dass der Klima- und Umweltschutz der dauerhafte Zweck und der wirtschaftliche Nebenbetrieb ein zeitweiliger Nebenzweck sein sollten. Das war vollkommen rechtskonform, auch wenn das Motiv für die Gründung der Stiftung die Fertigstellung von Nord Stream war.

Mit dem Angriff Russlands wurde das Projekt Nord Stream und alles, was damit zusammenhängt, über Nacht verteufelt – einfach nur noch toxisch. Natürlich traf es auch die Stiftung, deren sofortige Auflösung zu einem zweijährigen Dauerthema im Landtag gemacht wurde. Dabei musste jedem, der sich einigermaßen solide mit diesem Thema befasste, sehr schnell klar sein, dass die Frage der Auflösbarkeit ausschließlich eine rechtliche Angelegenheit ist und deshalb für politische Argumente kein Raum war. Eine Stiftung ist nämlich rechtlich ein sehr eigenwilliges Wesen. Sie gehört niemandem, nur sich selbst, und ist prinzipiell auf ewig angelegt.

(Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Sie ist nur auflösbar, wenn der Stiftungszweck unmöglich geworden ist oder sich die Verhältnisse derart geändert haben, dass die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks nicht mehr sinnvoll erscheint. Diese Voraussetzungen lagen jedoch zu keiner Zeit vor.

Es würde zu weit führen, die ganzen Klimmzüge abzuarbeiten, die alle anderen Fraktionen und auch die Landesregierung unternommen haben, um eine Auflösung der Stiftung herbeizuführen, allen voran die GRÜNEN und die CDU, wobei man sich über die nahezu amnesiehaften Erinnerungsverluste an das frühere eigene Verhalten nur wundern kann. Ich fasse nur stichwortartig zusammen: Der Stiftungsvorstand sollte zum Rücktritt gedrängt werden. Die Ministerpräsidentin wollte danach einen sogenannten Auflösungsvorstand einsetzen. Der Landtag fasste einen absurden Auflösungsbeschluss, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, auf eine Auflösung der Stiftung hinzuwirken. Es wurden Gutachten eingeholt, im von der Landesregierung eingeholten Gutachten Weitemeyer wurde sogar vorgeschlagen, dass die Ministerpräsidentin den Vorstand aus wichtigem Grund abberuft oder die Aufhebung der Stiftung durch die Stiftungsbehörde wegen Gemeinwohlverstoßes veranlasst. Absolut allein politisch begründete Irrwege!

Meine Damen und Herren, zwei Jahre hat der Landtag diese Auflösungskampagne wider besseres Wissen allein aus opportunistischen Gründen betrieben, und das sage ich mit voller Überzeugung, denn in den Ministerien sitzen genug kluge Juristen, die die Rechtslage zutreffend beurteilen können und auch beurteilt haben, da bin ich sicher. Und ich bin auch sicher und ganz besonders sicher, dass Minister Pegel, den ich vor allem in fachlicher Hinsicht sehr achte, das überhaupt nicht anders gesehen hat. Das habe ich ihm damals auch schon gesagt. Offensichtlich fehlte den anderen Fraktionen aber die Courage, ihren Irrweg im Laufe der Zeit zu beenden, obwohl die rechtliche Fehleinschätzung immer greifbarer wurde, denn dann hätten sie der Position der AfD folgen müssen.

(Enrico Schult, AfD: Ja.)

Meine Fraktion hat von Beginn an als einzige die Rechtslage zutreffend eingeschätzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber dieser Umstand scheint sich bei den anderen Fraktionen zu einer unüberwindbaren Mauer für eine Korrektur des einmal eingeschlagenen Weges ausgewirkt zu haben. Am Ende fand man einen anderen Ausweg, um möglichst ungeschoren davonzukommen. Nach zwei Jahren unermüdlicher Debatten wurde ein Rechtsanwalt in Düsseldorf mit einem abschließenden Gutachten beauftragt, das

allerdings exakt mit derselben Begründung zu demselben Ergebnis kam, das meine Fraktion von Beginn an vertreten hat: Die Stiftung ist nicht rechtskonform auflösbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Fazit: Sie haben, den Untersuchungsausschuss einbezogen, Millionen Steuergelder für politische Dickköpfigkeit verschleudert. Auch das wird eine bleibende Erinnerung an diesen Ausschuss sein. Wie weit denn skandalisiert wird – ganz am Schluss –, will ich an dem Beispiel Steuerakte, Herr Damm und auch Herr Ehlers haben ja von der verbrannten Steuerakte geredet, wie unglaubwürdig ist das. Das wurde in den Ausschüssen, auch im Rechtsausschuss, von oben bis unten durchgezogen und es hat sich ergeben,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dass dieser Antrag eingereicht wurde, dann war er irgendwo verschwunden, die Sachbearbeiterin fand ihn nicht. Dann wurde das nach zwei Wochen festgestellt aufgrund einer Nachfrage, dann wurde die Kopie eingereicht, und das Ganze nahm seinen sozialistischen Gang, das Ding wurde geprüft, wie es sich gehört.

(Hannes Damm, fraktionslos: Es geht
um die politische Verantwortlichkeit,
das zu verheimlichen, Herr Förster.)

Das ist der Skandal. So, und dann hat die Sachbearbeiterin irgendwann den echten Antrag gefunden, hatte Angst – da muss ein besonderes Klima auch in dieser Behörde sein – und hat sie dann zu Hause verbrannt.

(Hannes Damm, fraktionslos: Weil sie
einfach nicht dafür einstehen wollen.)

Das hat sie ihrer Freundin hinterher gestanden und die hats dann irgendwann dem Chef gesagt. Das ist die verbrannte Steuerakte. Bis zum letzten Fall, bis zur Entscheidung der Staatsanwaltschaft, bis zum letzten Schritt – alles aufgeklärt. Und Herr Ehlers erwähnt wiederum heute – genau wie Herr Damm, bei ihm habe ich das auch nicht anders erwartet –, spricht von diesem Skandal. Nein, der Skandal besteht darin, dass Sie Dinge skandalisiert haben, die nicht zu skandalisieren sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle hat ums Wort gebeten die Ministerpräsidentin Frau Manuela Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Zunächst möchte ich um Ihr Verständnis bitten, dass ich anders als geplant weder an der Aussprache zum PUA NSU teilnehmen konnte noch von Anfang an an dieser Aussprache. Das hat mit der Situation zu tun, auf die unsere Landtagspräsidentin zu Beginn des Landtags hingewiesen hat, dass wir den schweren Brand im Krankenhaus Ludwigslust haben. Und nach einer Beratung mit dem Innenminister, der Gesundheitsministerin, dem Landrat vor Ort haben wir entschieden, dass die Gesundheitsministerin und ich gemeinsam fahren. Dafür vielen Dank, für diese Möglichkeit! Und auch wenn es mir eigentlich nicht zusteht, hoffe ich, dass ich es trotzdem in Ihrem Interesse gemacht habe: Ich habe den Einsatzkräften berichtet von den Worten der Landtagspräsidentin und von der Anteilnahme des Landtags, der Schweigeminute.

Und ich will hier nur kurz dazu sagen, dass der Brand wirklich sehr schwer ist – wir haben zwei Opfer zu beklagen, auch Verletzte – und dass gleichzeitig die Einsatzkräfte mit den Beschäftigten im Krankenhaus, also die Feuerwehr, in kurzen Stunden das Feuer in den Griff bekommen haben und gemeinsam mit den Beschäftigten im Krankenhaus dafür gesorgt haben, dass alle weiteren Patientinnen und Patienten evakuiert und geschützt wurden. Und damit haben sie Schlimmeres, was Leib und Leben, aber auch Zustand des Krankenhauses angeht, verhindert. Und unser Dank gilt diesen Einsatzkräften. Und ich bin allen dankbar, die in den letzten Tagen auch noch mal viel hier im Landtag dazu beigetragen haben, gerade die Blaulichtorganisationen zu stärken. Es ist eine große Leistung, was die Einsatzkräfte heute dort vor Ort geleistet haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD,
CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Gruppe der FDP und auf der Regierungsbank)

Wir alle wissen, dass die LUP-Kliniken im zweitgrößten Landkreis Deutschlands zur medizinischen Versorgung elementar sind. Und die Klinik Ludwigslust ist sozusagen das Herzstück dieses Verbundes der drei Kliniken. Die Klinik ist schwer beschädigt, die Patienten können trotzdem – die jetzt da sind, nicht alle mussten verlegt werden – weiter versorgt werden. Es ist eine große Leistung des medizinischen Teams dort, dass das möglich ist, dass nicht alle wechseln müssen. Aber wir haben vereinbart mit der Gesundheitsministerin und natürlich auch der Klinikleitung, den Ärzten dort, dass klar sein muss, dass wir die Klinik wiederherstellen. Wir haben da gerade in den letzten Jahren viel investiert für beste medizinische Versorgung, und ich denke, wir sind uns hier alle einig, das müssen wir wiederherstellen. Das ist völlig klar, dass wir als Landesregierung – und ich kann mir das im Landtag auch nicht anders vorstellen – an der Seite dieser Klinik sind und wieder gemeinsam dafür sorgen müssen, dass die Klinik voll funktionstüchtig und modern gemacht wird. Das wollte ich vorwegschicken.

Und nichtsdestotrotz bin ich sehr dankbar, dass ich jetzt die Gelegenheit habe, noch in dieser Debatte das Wort zu ergreifen. Der Landtag hat ja am 18. Mai 22 den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ eingesetzt, und seitdem haben wir eine Vielzahl von Debatten und öffentlicher Berichterstattung gehabt. Und wir haben eine Vielzahl von Vorwürfen, Beschuldigungen bis hin zu Verschwörungstheorien gehört, auch heute wieder. Und nach vier Jahren intensiver Arbeit des Untersuchungsausschusses können wir heute feststellen: Von den Anschuldigungen der Opposition ist nichts übrig geblieben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Sie haben nichts.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Wir haben den Bau der Ostseepipeline aus eigener Überzeugung unterstützt. Es ging um preiswerte Energie für Bürger und Wirtschaft und damit um wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze. Und gerade heute sehen wir, was die Schwierigkeit unserer Wirtschaft ist, nämlich die fehlenden günstigen Energiepreise. Die hohen Energiepreise heute belasten Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen. Und das war der Grund, warum wir uns für günstige, stabile und verlässliche Energieversorgung eingesetzt haben. Und nachdem die amerikanischen Sanktionsdrohungen auch gegen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, den Bau der Pipeline ins Stocken gebracht hatten, haben wir die „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ gegründet.

Und dabei haben wir transparent dargelegt, welche Aufgaben und Möglichkeiten die Stiftung haben würde. Auch diese Entscheidung haben Landesregierung und Landtag eigenständig getroffen. Der Vorwurf, wir hätten den Landtag getäuscht, ist ebenso falsch wie die Behauptung, wir seien dabei aus Russland gesteuert worden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Die von mir vertretene Landesregierung hat jederzeit die Interessen der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger des Landes vertreten.

Und, meine Damen und Herren, ich habe hier im Landtag bereits im März 2023 ausführlich zum Bau der Ostseepipeline und zur Gründung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ berichtet. Und im Dezember letzten Jahres habe ich im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss 14 Stunden lang Rede und Antwort gestanden. Und das möchte ich nicht alles wiederholen, sondern heute hier nur sieben abschließende Feststellungen treffen.

Die erste Feststellung: Der Bau der zweiten Ostseepipeline ist von der Bundesregierung, der Mehrheit im Deutschen Bundestag, großen Teilen der deutschen Wirtschaft und einer klaren Mehrheit der Bevölkerung befürwortet worden. Mecklenburg-Vorpommern hat sich mit seiner Unterstützung des Baus der zweiten Ostseepipeline immer im Rahmen der Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland bewegt.

Der Bau der zweiten Ostseepipeline, also Nord Stream 2, hatte viele Unterstützer. Dazu zählt an erster Stelle die von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführte Bundesregierung.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Zwar hat die Bundesregierung nach außen gerne den privatwirtschaftlichen Charakter des Projekts betont, tatsächlich aber hat die Bundesregierung den Bau auf vielfältige Weise unterstützt. Bundeskanzlerin Merkel hat sich mehrfach klar zur Fertigstellung der Pipeline bekannt. Sie ist später sogar zu Präsident Biden, dem mächtigsten Präsidenten der Welt, gefahren, um mit ihm über die Fertigstellung der Ostseepipeline zu verhandeln.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und das hätte die Bundeskanzlerin sicher nicht getan, wenn nicht auch die Bundesregierung den Bau und die Fertigstellung der Pipeline für richtig gehalten hätte.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und ich will sehr deutlich sagen, ich schätze Frau Merkel, und ich schätze auch an ihr, dass sie trotz Gegenwindes zu ihren Entscheidungen steht.

(Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)

Und auch der Bundestag war für den Bau der Ostseepipeline. Jedenfalls ist dort ein Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Bau der Pipeline zu stoppen, im September 2020 deutlich gescheitert, und, lieber Herr Wulff, auch mit den Stimmen und Redebeiträgen der FDP. Und auch von großen Teilen der deutschen Wirtschaft ist der Bau der Pipeline immer befürwortet worden. Zwei deutsche Unternehmen, Uniper und die deutsche BASF-Tochter Wintershall, haben sich sogar direkt am Bau der Pipeline beteiligt.

Und die Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern haben sich noch in den letzten Tagen des Jahres 21 an uns gewandt, ich zitiere: „Deshalb erwarten die ostdeutschen Industrie- und Handelskammern von der neuen Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur Wiederaufnahme des Genehmigungsverfahrens der Erdgasleitung Nord Stream 2. Sie warnen zudem eindrücklich davor, die Sanktionspolitik gegen Russland auf Kosten der bedarfsgerechten europäischen Energieversorgung weiter zu verschärfen. Nur so können stabile Preise für die Bevölkerung und die Wirtschaft sowie Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleistet werden.“ Zitatende. Und der Unternehmerverband Vorpommern hat sich unter anderem an uns gewandt, weil vorpommersche Schiffsausrüster auf Aufträge hofften.

Hier in Mecklenburg-Vorpommern hat sich der Landtag klar zum Bau der Ostseepipeline bekannt. Unterstützung gab es auch von kommunaler Ebene. Ich erinnere nur an die Wortmeldung der Landräte aus den beiden vorpommerschen Kreisen. Und schließlich befürwortete auch eine klare Mehrheit der Bevölkerung den Bau der Ostseepipeline. Sowohl in Umfragen auf Bundes- wie auch in Umfragen auf Landesebene wurde der Bau der Ostseepipeline von knapp drei Vierteln der Befragten unterstützt.

Und, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, um es klar zu sagen: Ich zähle diese Befürworter nicht auf, um meine eigene Verantwortung abzuwälzen, im Gegenteil, ich stehe zu den Entscheidungen, die wir getroffen haben. Ich habe diese lange Liste,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

ich habe diese lange Liste der Befürworter der Ostseepipeline aufgezählt, weil sie eindrucksvoll die Behauptung der Opposition widerlegt, dass Mecklenburg-Vorpommern in all den Jahren eine Nebenaußenpolitik betrieben hat. Das genaue Gegenteil ist richtig, wir haben uns mit unserer Unterstützung der Ostseepipeline, also Nord Stream 2, immer im Rahmen der Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland bewegt,

(Patrick Dahlemann, SPD: Ganz genau!)

in Übereinstimmung mit zahlreichen Akteuren der Gesellschaft.

(Patrick Dahlemann, SPD: Richtig!)

Und das gilt auch bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland insgesamt. In unserem Fall war das eine Zusammenarbeit mit dem Leningrader Gebiet. Als ich das St. Petersburg International Economic Forum besucht habe, war auch der damalige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier von der CDU dort, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland auszubauen. Und auch meine Kollegen von der CDU und CSU haben Russland besucht. Markus Söder und Michael Kretschmer haben sich sogar zu persönlichen Gesprächen mit Präsident Putin getroffen, was ich nie getan habe.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Die deutsche Außenpolitik hat bis zum russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 22 auf kritischen Dialog, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Diplomatie gesetzt, in der guten Absicht, so zu einem friedlichen Europa beizutragen, zu einer friedlichen Zusammenarbeit in Europa. Und auch hier haben wir uns also im Rahmen der Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland bewegt.

Meine zweite Feststellung: Es gab aus damaliger Sicht gute Gründe, auf den Bau der Ostseepipeline zu setzen. Es ging um Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze und um sichere und bezahlbare Energie für die Menschen und die Wirtschaft in ganz Deutschland. Wir haben im Interesse des Landes gehandelt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Thomas Krüger, SPD: Genau so!)

Selbstverständlich hat der Bau der Pipeline für Aufträge und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern gesorgt. Die Rohrummantelung fand im Hafen Mukran statt. Der Geschäftsführer des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs der „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ hat im Untersuchungsausschuss ausgesagt, dass rund 40 Prozent der Aufträge der Stiftung an Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern gegangen sind. Das zeigt doch, es haben weit mehr Unternehmen aus unserem Land davon profitiert.

Und nun ist ja verschiedentlich ausgeführt worden, dass der Bau der Ostseepipeline ja gar nicht zu vielen Dauerarbeitsplätzen geführt hätte. Ich will dazu nur so viel sagen, auch wenn Sie eine Straße bauen, entstehen Arbeitsplätze eher beim Bau als beim Betrieb der Straße. Und dennoch ist eine leistungsfähige Infrastruktur von zentraler Bedeutung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung, für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Und dafür brauchen Sie moderne Verkehrswege ebenso wie eine verlässliche, bezahlbare Energieversorgung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und für die Energieinfrastruktur gilt das sogar in besonderem Maße. Dass Deutschland vor 2022 viele Jahre wirtschaftliches Wachstum verzeichnen konnte und dass Deutschland auch in Zeiten der Globalisierung ein wichtiger Industriestandort geblieben ist, das hat auch ganz entscheidend damit zu tun, dass Deutschland über viele Jahre günstige Energiepreise hatte. Das war über viele Jahre das wirtschaftliche Erfolgsmodell Deutschlands. Und heute sehen wir, wohin hohe Energiepreise führen. Wir haben jetzt seit drei Jahren wirtschaftliche Stagnation mit all den Folgen, insbesondere für energieintensive Branchen.

Und da, sehr geehrte Damen und Herren der GRÜNEN, hatte Ihr Energieminister die Chance, es besser zu machen – ist nicht passiert.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hat aber die Gasversorgung gesichert.)

Und heute hat die CDU-Energieministerin die Chance, es besser zu machen. Es ist nicht passiert.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Und es ging uns deshalb bei dieser Unterstützung um eine sichere und preiswerte Energieversorgung im Interesse der Wirtschaft in unserem Land, aber auch für ganz Deutschland.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und außerdem verfolgte Deutschland schon damals ehrgeizige Pläne in der Energiepolitik. Deutschland hat sich klar entschieden, aus der Atomkraft und der Kohleverstromung auszusteigen. Und das haben wir als Land immer unterstützt. Und vor diesem Hintergrund haben wir auch immer darauf hingewiesen, dass wir zwei Dinge brauchen: erstens den Ausbau der erneuerbaren Energien, und haben uns damit gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern auch auf Bundesebene eingesetzt, zum Beispiel gegen den Offshore-Deckel, und, zweitens, wir brauchen Gas für den Übergang, bis wir unseren Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Energien decken können.

Und da liegt der Fehler bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der GRÜNEN. Sie haben den Bedarf an Gas für die Übergangszeit immer negiert.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Sie haben damit verhindert, dass weitere Alternativen zur Ostseepipeline aufgebaut werden. Und als Sie dann selber in Verantwortung waren, musste Ihr Energieminister nach Katar fliegen. So viel zu Ihrer Ehrlichkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Der Abgeordnete Hannes Damm
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Ministerpräsidentin?

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Frau Präsidentin, vielen Dank! Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

(Hannes Damm, fraktionslos: Aus Angst. –
Heiterkeit und Zuruf
von Patrick Dahlemann, SPD)

Und aus all diesen Gründen, nämlich um die Übergangszeit, bis wir vollständig alles aus Erneuerbaren decken können

und für die sichere Energieversorgung haben wir den Bau der Pipeline unterstützt und nicht, um Putin oder Russland einen Gefallen zu tun. Wir haben aus Eigeninteresse für unsere Menschen, für unsere Wirtschaft gehandelt.

Und das führt mich zu meiner dritten Feststellung. Der Landtag hat die Landesregierung nach den amerikanischen Sanktionsdrohungen gegen den Hafen Mukran aufgefordert, an der Pipeline festzuhalten, und diesen Auftrag haben wir umgesetzt.

(Thomas Krüger, SPD: Genau so!)

Im Sommer 2020 war der Bau der Ostseepipeline schon weit fortgeschritten. Er war allerdings aufgrund amerikanischer Sanktionsdrohungen zum Erliegen gekommen, und das, obwohl der Bau der Pipeline von gleich mehreren Staaten rechtsstaatlich genehmigt worden war und in Deutschland viel Unterstützung hatte. Wir hatten kein Interesse an einer Investitionsruine vor unserer Ostsee. Deshalb habe ich mich bereits Ende 2019 sehr klar gegen diese amerikanischen Sanktionen positioniert. Und auch die Bundeskanzlerin hat erklärt, dass sie weiter festhält an der Ostseepipeline.

Und Anfang August verschärfte sich die Lage weiter. Jetzt wurden von amerikanischer Seite, genauer gesagt von drei Senatoren aus dem Lager von Präsident Trump, erstmals Drohungen gegen ein Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ausgesprochen, genauer gesagt gegen mehrere Unternehmen, nämlich gegen den Hafen Mukran und damit auch gegen die dort ansässigen Unternehmen, denn es ist ja nicht nur ein Hafen, es ist ein Wirtschaftsstandort. Und dort lagerten zu dieser Zeit noch eine große Anzahl an Rohren, die eigentlich schon längst verbaut sein sollten. Ich bin damals nach Mukran gefahren und habe mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hafens gesprochen, und sie machten sich große Sorgen und hatten viele Fragen:

(Patrick Dahlemann, SPD: So wars.)

Was bedeutet das für unsere Arbeitsplätze? Darf ich dann noch überhaupt reisen? Kann ich bei Amazon bestellen?

Man kann das heute alles belächeln, aber jede und jeder, der darüber urteilt, sollte sich fragen, ob er selbst vor Ort war und mal mit den Menschen, die dort gearbeitet haben und nichts Unrechtes getan haben, gesprochen hat.

(Patrick Dahlemann, SPD: Ganz genau!)

Ich habs getan. Mich hat dieser Besuch sehr bewegt, denn der Hafen Mukran und seine Beschäftigten hatten nichts Rechtswidriges getan, sie hatten an der Fertigstellung einer Pipeline mitgewirkt,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

die von der Bundesregierung immer unterstützt und nach deutschem Recht genehmigt war.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Wie viele Menschen in unserem Land habe auch ich deshalb diese Drohung, diese Sanktionsdrohungen der Trump-Regierung als zutiefst ungerecht empfunden.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und zudem bestand natürlich der Verdacht, dass es den USA vor allem darum ging, ihr deutlich teures Fracking-Gas auf den deutschen Markt zu bringen. Der Landtag hat deshalb – der Landtag! – am 27. August 2020 mit den Stimmen von SPD, CDU und Linken gemeinsam einen Antrag eingebracht, Titel: „Erpressung hat im Welthandel nichts zu suchen – Nord Stream 2 ordnungsgemäß fertigstellen und in Betrieb nehmen“. Und in diesem Antrag sind die US-Sanktionen abgelehnt worden, und wir, die Landesregierung, sind aufgefordert worden, an der Fertigstellung der Pipeline festzuhalten. Und diesen Auftrag haben wir umgesetzt. Und es war richtig, sich gegen die amerikanischen Drohungen zu widersetzen. Wir sehen doch heute, wohin die völlig verantwortungslose und hemmungslos egoistische Politik des amerikanischen Präsidenten führt. Sie schadet unserer deutschen Wirtschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Ich habe den Weg zur Gründung der Stiftung im Untersuchungsausschuss aus meiner Sicht ausführlich geschildert. Die Idee der Stiftung ist zunächst von unserem damaligen Energieminister Christian Pegel an mich herangetragen worden. Und es hat dann im November und Dezember 2020 Gespräche auch mit Nord Stream zu einer möglichen Stiftungsgründung gegeben. Am 6. Januar 21 ist dann im Kabinett über die Gründung der Stiftung entschieden worden. Das Kabinett hat den Vorschlag des Energieministers sowie den Landtagsantrag für die darauf folgende Sondersitzung einstimmig angenommen.

Anschließend haben Minister Pegel, Minister Glawe und ich gemeinsam eine Pressekonferenz gegeben und der Öffentlichkeit die Stiftungsidee präsentiert. Und wir haben damals drei Vorteile einer solchen Stiftung gesehen:

Erstens. Es ging darum, wie bei Nord Stream 1 und der OSTSEESTIFTUNG, zusätzlich Geld für den Umwelt- und Klimaschutz einzuwerben, denn die Umweltverbände hatten eine Stiftung bei Nord Stream 1 durchgesetzt für gute Umweltprojekte.

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

Das war also eine gute Blaupause.

Und es ging uns, zweitens, darum, einen Beitrag zur Fertigstellung der Ostseepipeline und damit eben zur preiswerten und sicheren Energieversorgung zu leisten.

Und es ging eben auch darum, die an der Fertigstellung beteiligten Unternehmen, wie zum Beispiel unseren Hafen Mukran, aber auch andere Unternehmen, vor den rechtswidrigen amerikanischen Sanktionsdrohungen zu schützen.

All das lag im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern, und das waren die Motive zur Gründung der Stiftung.

Die vierte Feststellung: Die Landesregierung hat bei der Gründung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ klar und transparent dargelegt, welche Aufgaben und Möglichkeiten die Stiftung haben würde. Der Landtag hat der Stiftungsgründung ohne Gegenstimme zugestimmt. Niemand, der den Landtagsantrag und die Satzung gelesen hat, kann ernsthaft behaupten, er oder sie sei getäuscht worden. Für mich war immer klar, dass eine solche Stif-

tung nur unter zwei Voraussetzungen gegründet werden kann. Es war klar, dass wir die Bundesregierung informieren mussten, schon um sicherzugehen, dass die Stiftungsgründung nicht den nationalen Interessen der Bundesrepublik zuwiderläuft. Und deshalb haben wir die Bundesregierung informiert. Ich selbst habe mit der Bundeskanzlerin gesprochen. Dabei ging es um Information und nicht um die Einholung einer Zustimmung. Und deshalb hat die damalige Landesregierung aus SPD und CDU dem Landtag einen Antrag vorgelegt, mit dem sich der Landtag hinter die Gründung der Stiftung stellen konnte.

(Hannes Damm, fraktionslos: Warum gab es kein grünes Licht aus Berlin?)

Und wir haben auch die Satzung vorgelegt,

(Zuruf von Hannes Damm, fraktionslos)

die im Detail beschreibt, welche Aufgaben und Möglichkeiten die Stiftung haben sollte. Aus beiden Dokumenten geht klar hervor, die Stiftung sollte über viele Jahre Umwelt- und Klimaschutzprojekte in unserem Land fördern, und sie hatte die Möglichkeit, zeitlich begrenzt über einen Geschäftsbetrieb an der Fertigstellung der Pipeline mitzuwirken.

Und an dieser Stelle, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, fand ich sehr beeindruckend, wie Thomas Krüger – ich habe mir das auf der Herfahrt angeschaut, hier die Debatte –, ich glaube, auf eine Minute noch was kamt ihr, wie viel man hätte lesen müssen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich wills noch mal allen Abgeordneten, die damals nicht dabei waren, veranschaulichen, um was es hier geht, wenn tatsächlich Abgeordnete, die damals hier im Landtag Verantwortung getragen haben, behaupten, sie hätten nicht gewusst, um was es ging, oder sie wären getäuscht worden.

(Rainer Albrecht, SPD: Tja.)

Und an der Stelle will ich eine Sache vorwegschicken: Wir, alle Abgeordneten haben das große Privileg, für dieses tolle Bundesland arbeiten zu dürfen, und wir bekommen dafür eine gute Bezahlung. Und nicht, dass ich missverstanden werde, mir geht es nicht darum, dass die nicht gerechtfertigt wäre, mir gehts auch nicht darum, dass ein Ausschussvorsitzender nicht zusätzlich eine Vergütung bekommen soll. Ich glaube, dass jede und jeder Abgeordnete, der wirklich seine Arbeit gut und gewissenhaft macht und zu seinen Entscheidungen steht und sie vielleicht auch später korrigiert, auch anständig vergütet werden muss. Mir geht es um was anderes, dass man nicht als Abgeordneter sich wählen lassen kann, sagen kann, ich trage Verantwortung für dieses Land, ich bin bereit, und dann sagen kann, ich habe da was nicht gelesen oder übersehen, erst recht nicht, wenn man mehr bekommt als der Durchschnitt bei uns von den Leuten, die auch arbeiten und Verantwortung haben. Eine Pflegekraft kann nicht sagen, ach, ich habe die Dokumentation übersehen, ich habe die Vorschriften übersehen, ich hatte keine Zeit. Und das finde ich wirklich zutiefst unglaubwürdig.

Und ich will es Ihnen passend zu dem Beispiel „1 Minute und 20 Sekunden“ schildern. Dieser Antrag, den wir eingebracht hatten, der hatte zusammen 19 Seiten – also ganz ehrlich, Haushalt ist schwerer mit zwei Ordnern. Und auf diesen zwei Seiten, waren die – 19 Seiten –, gibt es Seite 1 und 2, da steht ganz klar der Beschluss drin. Man brauchte also nur auf Seite 2 zu blättern und einmal lesen, es geht um die Gründung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs mit dem Ziel, einen Beitrag zum Fortgang der Arbeiten an der Pipeline Nord Stream 2 zu leisten. Und dann brauchte man nur ein paar Seiten weiterzublättern, auf Seite 5 kommt man schon zur Satzung und auf Seite 2 der Satzung gehts schon los mit dem Stiftungszweck. Da stehen die ganzen elf Spiegelstriche über Klimaschutz ausführlich. Und dann braucht man nur noch zwei Seiten weiter und dann kommt man schon zu Absatz 2.

Und Herr Krüger hat das ausführlich zitiert, da steht ganz klar drin: „Die Stiftung wird insbesondere einen … wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb … errichten und sich damit vorrangig an der Vollendung von Nord Stream 2 beteiligen.“ Und wer jetzt ernsthaft behauptet, er hatte als Abgeordneter, erst recht, wenn er Mitglied im Rechtsausschuss war und damit für Stiftungsrecht zuständig, nicht die Möglichkeit, in zwei Tagen diese paar Sätze zu lesen, dann ist es aus meiner Sicht eine Abwälzung der eigenen Verantwortung, eine Täuschung der Bürgerinnen und Bürger und verantwortungsloses Handeln von Abgeordneten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und deshalb kann niemand ernsthaft behaupten, er oder sie sei bei der Abstimmung im Landtag getäuscht worden.

Und auch die Beiträge des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Harry Glawe in der Pressekonferenz am 6. Januar und von Dietmar Eifler in der Landtagsdebatte am 7. Januar zeigen, dass unser damaliger Regierungspartner CDU sehr genau wusste, welche Aufgaben und Möglichkeiten die Stiftung haben sollte. Ich zitiere aus dem Pressestatement des Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Harry Glawe bei der Vorstellung der Klimaschutzstiftung im Anschluss der Kabinettssitzung, ich zitiere. „Wir sind ein selbstbewusstes Land, und wir glauben, dass wir mit dieser Stiftung einen möglichen Weg aufgezeigt haben, einerseits der Umwelt und Natur Dinge auf den Weg zu bringen und natürlich andererseits auch dafür zu sorgen, wenn nötig die 150 Kilometer, die noch fehlen, zur Fertigstellung von Nord Stream 2 mit anstoßen zu können.“ Und weiter im O-Ton, Herr Glawe: „SPD und CDU haben für morgen einen Antrag gestellt, sich mit dieser Stiftung zu befassen. Beide Fraktionen stehen voll hinter dem Projekt. Von daher glaube ich, dass wir mit einer breiten Mehrheit morgen im Landtag rechnen können.“ Und so kam es dann auch. Der Landtag hat der Gründung der Stiftung ohne jede Gegenstimme und mit den Stimmen von SPD, CDU und der Linken zugestimmt.

Und die fünfte Feststellung: Die Landesregierung hat aus dem russischen Angriff auf die Ukraine klare Konsequenzen gezogen. Ich habe vorhin dargelegt, dass wir mit den besten Absichten auf Zusammenarbeit und kritischen Dialog mit Russland gesetzt haben. Wir hatten aus guten Gründen den Bau der Ostseepipeline unterstützt und die „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ gegründet. Allerdings gingen wir dabei von einer falschen Voraussetzung aus, nämlich der, dass auch Russland Interesse am friedlichen Zusammenleben in Europa hat. Das war leider eine

Fehleinschätzung, die der Landesregierung, wie vielen anderen auch, unterlaufen ist. Und es ist schrecklich, dass der russische Angriff auf die Ukraine jetzt seit mehr als vier Jahren andauert. Wir alle wünschen uns, dass Frieden in die Ukraine zurückkehrt und dass die Menschen dort wieder das bekommen, was wir ganz selbstverständlich haben – ein Leben in Frieden, Freiheit und Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und Noah Böhringer, FDP)

Die Landesregierung hat 2022 infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine ihre Kontakte vollständig eingestellt, und wir haben auch Konsequenzen mit Blick auf die Stiftung gezogen. Ich habe den Vorsitzenden der Stiftung am 27. Februar gebeten, die Arbeit der Stiftung ruhen zu lassen und im Rahmen der engen rechtlichen Möglichkeiten eine Auflösung der Stiftung auf den Weg zu bringen.

An dieser Stelle, Herr Abgeordneter Liskow, möchte ich mich an Sie wenden. Sie haben in dieser Zeit einen Artikel der OZ lanciert und den Eindruck erweckt, ich würde nicht zurückkommen in die Öffentlichkeit, weil ich mich vor den Konsequenzen der Verantwortung oder so drücke. Ich will an dieser Stelle sagen, dass ich durch diesen Artikel und durch Ihre Lancierung genötigt war, öffentlich zu machen, dass ich infolge meiner schweren Krebserkrankung erneute OPs brauchte, die ich wegen der Corona-Pandemie verschoben hatte, und aufgrund dieser zweimaligen, stundenlangen OPs mehrere Wochen krankgeschrieben war. Ich kam genau am 23. Februar aus dem Krankenhaus. Ich war nicht in der Lage, in die Öffentlichkeit zu gehen, hatte mich aber am 27. Februar schon bemüht, mit dem Vorsitzenden zu sprechen, was sind das für Konsequenzen. Und ich wills nur an dieser Stelle sagen: Neben dem, dass die CDU ihre eigene Verantwortung verleugnet, sich selber als Oberaufklärer aufspielt, dass Sie das auch noch benutzt haben, das lässt tief blicken und hat mich tief enttäuscht.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich wünsche mir, dass andere so was nicht erleben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und der Gruppe der FDP–
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Der Landtag, bei dem ich nicht dabei sein konnte aus den eben genannten Gründen, hat sich in seiner Sitzung am 1. März hinter die Linie der Landesregierung gestellt. Und er hat die Landesregierung darüber hinaus aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Stiftung nicht fortbesteht. Das war in den folgenden Monaten der Maßstab unseres Handelns. Der Geschäftsbetrieb der Stiftung ist aufgelöst worden, und das ist auch von den Wirtschaftsprüfern attestiert worden. Und leider war der Vorstand dann aber nicht bereit zurückzutreten, um den Weg für eine Auflösung des Klimaschutzes freizumachen.

(Horst Förster, AfD: Nee, nee, nee,
das ging nicht, das wissen Sie.)

Herr Förster, es gab dazu unterschiedliche rechtliche Auffassungen.

(Horst Förster, AfD: Das ist ja geklärt worden.)

Das würde ich jetzt einmal stehen lassen.

(Horst Förster, AfD:
Das ist ja wohl geklärt worden.)

Es gab einfach unterschiedliche rechtliche Auffassungen, und mit diesen unterschiedlichen rechtlichen Auffassungen mussten wir umgehen. Und deshalb bin ich der Landtagspräsidentin sehr dankbar, die sich nämlich nicht weggeduckt hat, sondern gesagt hat, wir geben ein Gutachten in Auftrag. Bei anderen hatte ich den Eindruck, sie hatten gar kein Interesse, dass wir den Landtagsbeschluss umsetzen können. Aber die Landtagspräsidentin hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, und wir haben die Stiftung inzwischen auf Basis dieser rechtlichen Beurteilung in die Zivilgesellschaft überführt. Sie ist heute ausschließlich auf dem Gebiet des Klimaschutzes tätig. Und das war aus meiner Sicht unter den gegebenen Umständen der bestmögliche Weg.

Meine Damen und Herren, das führt zu meiner sechsten Feststellung: Die Opposition in diesem Ausschuss hat ihre Kernvorwürfe – und man könnte auch sagen, ihre Verschwörungstheorien – nicht erhärten können. Ich will mich hier auf zwei Kernvorwürfe konzentrieren.

Ihr erster Vorwurf lautet, die Landesregierung habe den Landtag und die Öffentlichkeit bei Gründung der Stiftung getäuscht. Und ich habe eben ausführlich dargelegt, dass wir bei der Entscheidung im Land klar und transparent dargelegt haben, welche Aufgaben und Möglichkeiten die Stiftung haben würde. Sie sollte dem Klima- und Umweltschutz dienen, und sie hatte zeitlich begrenzt die Möglichkeit, über einen Geschäftsbetrieb an der Fertigstellung der Pipeline mitzuwirken. Da ist niemand getäuscht worden.

Und eigentlich, meine Damen und Herren aus der CDU, wissen Sie das auch bereits selber. Auf Seite 503 des Abschlussberichts findet sich ein bemerkenswertes Zitat des früheren Innenministers Torsten Renz. Er hat erklärt, ich zitiere: „‚Jeder, der dann auch spätestens am 7. im Landtag dem Beschluss zugestimmt hat, der im Nachgang behaupten würde, er war nicht ausreichend informiert über das, was vorlag, der würde politisch nicht verantwortlich handeln.‘“ Ich danke Herrn Renz für diese klaren Worte, nur, dann wäre es auch verantwortlich, wenn die Fraktion der CDU den Täuschungsvorwurf zurücknehmen würde.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und damit komme ich zu Ihrem zweiten Kernvorwurf, die Landesregierung habe bei Gründung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ nicht die Interessen des Landes vertreten, sie sei von Moskau gesteuert worden. Ich weise das in aller Deutlichkeit zurück. Und das ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Verschwörungstheorie. Selbstverständlich hat die damalige Landesregierung von SPD und CDU bei all ihren Gesprächen und Entscheidungen die Interessen des Landes und der Menschen vertreten. Wer aus einem Gespräch macht, dass man beeinflusst wird, würde verhindern, dass überhaupt noch ein Gespräch geführt wird. Was jede und jeder nach einem Gespräch entscheidet, muss er selber wissen. Für mich als Ministerpräsidentin gilt ein Maßstab: das Wohl des Landes und seiner Menschen und nichts anderes.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ich habe es ausführlich dargelegt, es ging uns darum, wie bei Nord Stream 1 und der dazugehörigen OSTSEE-STIFTUNG, zusätzlich Geld für den Umwelt- und Klimaschutz einzuwerben, und es ging um einen Beitrag zur Fertigstellung der Ostseepipeline für preiswerte und sichere Energieversorgung. Und es ging darum, die an der Fertigstellung beteiligten Unternehmen, wie zum Beispiel den Hafen Mukran, aber auch andere Unternehmen, vor den rechtswidrigen Sanktionsdrohungen der Amerikaner zu schützen. All das lag im Interesse des Landes, und das waren die Motive zur Gründung der Stiftung.

Meine Damen und Herren von der Opposition, nach vier Jahren Untersuchungsausschuss kann man nur feststellen: Sie haben nichts. Vor diesem Hintergrund ist es auch gar kein Wunder, dass der Ausschuss zu einem klaren Ergebnis kommt, ich zitiere Seite 568 des Abschlussberichts, Zitat: „Im Ergebnis der Arbeit des Untersuchungsausschusses ist festzuhalten, dass sich die bei Einsetzung des Ausschusses vorgebrachten Vorwürfe der Opposition als haltlos erwiesen haben und jeglicher Grundlage entbehren, insbesondere die Vorwürfe der russischen Einflussnahme, der Täuschung des Landtags und der Öffentlichkeit sowie der Einflussnahme auf rechtstaatliche Verfahren. Die Landesregierung hat im Interesse des Landes und im Einklang mit den Gesetzen gehandelt.“ Zitatende. Genau so, meine Damen und Herren, ist es gewesen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und selbstverständlich ist es das gute Recht der Opposition, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, und dieses Recht will Ihnen niemand nehmen, aber es ist auch das gute Recht – in einer Demokratie – aller anderen, eine Bewertung dazu abzugeben. Und auch Sie müssen sich fragen lassen, ob es richtig war, insbesondere Sie, meine Damen und Herren der GRÜNEN, der CDU und FDP, dass das Ihr wichtigstes Oppositionsthema in den letzten fünf Jahren war.

(David Wulff, FDP:
Gibt schon noch mehr.)

Und an dieser Stelle müssen Sie sich auch fragen lassen, warum Sie Fakten durch Vermutungen und Unterstellungen ersetzt haben, warum Sie Scheinwidersprüche konstruieren.

Und, meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben sich um Ihre Verantwortung gedrückt. Erst der Gründung der Klimaschutzstiftung voll zuzustimmen und dann einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler viele Millionen Euro gekostet hat, um genau diese eigene Entscheidung untersuchen zu lassen, noch direkt an der Spitze des Ausschusses und damit von Ihrer eigenen Entscheidung abzulenken, das ist genau das Gegenteil von Übernahme von politischer Verantwortung. Sie haben mit einem millionenschweren Untersuchungsausschuss versucht, die Menschen zu täuschen, aber das ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, damit komme ich zu meiner siebten und letzten Bemerkung. Die Menschen in unserem Land haben ganz andere Sorgen als die Fragen, mit denen wir uns in den letzten vier Jahren sehr, sehr ausführlich beschäftigt haben. In meinen Bürgerforen werde ich auf ganz andere Themen angesprochen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Jo.)

Es geht um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die Energiekosten, die Bezahlbarkeit des Lebens, die Belastung durch Windräder oder die Zukunft von Gesundheit, Rente und Pflege. Das sind die Sorgen, die die Menschen in unserem Land beschäftigen

(Thore Stein, AfD: Nee, das sind
die Folgen Ihrer Politik, Frau Schwesig.)

und nicht die Frage, wie oft ich mit Gerhard Schröder Mittag gegessen habe. Sie haben mit Ihren maßlosen und oft einfach nur falschen Vorwürfen dem Ansehen unseres Landes geschadet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)

Die heutige Landesregierung aus SPD und der Linken steht für einen anderen Weg. Wir arbeiten daran, auch gerade in schwierigen Zeiten unser Land voranzubringen – bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen, bei Kitas und Schulen und auch bei sozialem Zusammenhalt. Regieren heißt, Entscheidungen zu treffen, und das heißt auch, Entscheidungen zu verändern, wenn sich die Lage ändert. Das ist verantwortliches Handeln für das Land, und dieser Verantwortung ist meine Landesregierung jederzeit nachgekommen. – Vielen Dank!

(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Minister Dr. Till Backhaus)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank,

(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Minister Dr. Till Backhaus –
Martin Schmidt, AfD: Ist ja gut! Beruhigt euch mal!)

vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Minister Dr. Till Backhaus –
Martin Schmidt, AfD: Aufstehen!)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat noch mal ums Wort gebeten die Fraktionsvorsitzende Constanze Oehlrich.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Entschuldigung!)

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Die Ministerpräsidentin hat eben gesagt, wir hätten als beantragende Oppositionsfraktion dem Ansehen des Landes schweren Schaden zugefügt.

(Patrick Dahlemann, SPD: Jo. –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Genau!)

Ich würde sagen, das Gegenteil ist der Fall.

(Patrick Dahlemann, SPD: Nee.)

Ich versuche mal, das anhand der Debattenbeiträge hier zu belegen.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Frau Schwesig, Sie haben behauptet, die Landesregierung habe sich mit ihrer Unterstützung von Nord Stream 2 immer im Rahmen der Wirtschafts- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland bewegt. Zutreffend ist, dass der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Altmaier als Zeuge hier vor dem PUA ausgesagt hat, ich zitiere: „Ich war der Meinung, es ist erstens für das Land MeckPomm unvorteilhaft und zweitens schadet es deutschen Interessen, weil sich die Amerikaner darüber aufregen werden.“ Zitatende.

(Heiterkeit bei Christian Brade, SPD:
Aufregen?! Die haben sich aufgeregt, ja?!)

Sie haben damit argumentiert, dass,

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und AfD –
Zurufe von Michel-Friedrich Schiefler, SPD,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie haben damit argumentiert, dass 40 Prozent

(Glocke der Vizepräsidentin)

der Aufträge der Stiftung an Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern gegangen seien. Tja, dazu ist halt festzustellen, dass sich die Klimaschutzstiftung ja geweigert hat, die Beweismittel zu übergeben, anhand derer man das hätte feststellen können, auf deren Grundlage man die Auftragsverteilung hätte analysieren können.

Dann vielleicht weiter mit ein paar Anmerkungen zu Herrn Krüger: Herr Krüger hat gesagt, die Landesregierung beziehungsweise die SPD habe darauf vertraut, dass Russland an einem friedlichen Zusammenleben interessiert sei, und die Landesregierung und die SPD seien aber getäuscht worden. Das ist Geschichtsklitterung, das muss ich hier leider so sagen. Seit der Krimbesetzung 2014 waren die kriegerischen Absichten der Russischen Föderation erkennbar. Der ehemalige Finanzminister Reinhard Meyer räumte als Zeuge im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein, ich zitiere: „Warnungen hat es zweifelsohne gegeben und ich hätte sie ernst nehmen können, wenn ich denn gewollt hätte.“ Meyer konstatierte „eine gehörige Portion Naivität gegenüber einer imperialen russischen Strategie“. Zitatende.

(Marc Reinhardt, CDU: Hört, hört! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Herr Krüger hat behauptet, der Landesregierung beziehungsweise der SPD sei es um billige Energie gegangen.

(Thomas Krüger, SPD: Ist es auch. –
Zurufe von Christian Brade, SPD, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Akten aus der Staatskanzlei belegen, dass das nicht zutrifft. So heißt es in der E-Mail eines Referatsleiters der Staatskanzlei vom 23.05.2019, ich zitiere: „… die hiesigen wirtschaftlichen Effekte sind auf die Bauzeit begrenzt, die hiesige Energie wird durch“ Nord Stream 2 „nicht billiger“.

(Thomas Krüger, SPD: Hier ging
es trotzdem um billige Energie.)

Herr Krüger hat behauptet, die Bündnisgrünen hätten Nord Stream 2 ausschließlich aus klimapolitischen Gründen abgelehnt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das glaube ich auch.)

Das stimmt nicht.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Der ehemalige Bundeswirtschafts- und Außenminister der SPD, Sigmar Gabriel, attestierte den GRÜNEN als Zeuge im PUA, und ich zitiere: „Ihre Partei war im Wesentlichen russlandkritischer wegen der innenpolitischen Verhältnisse Russlands. Da waren Sie immer deutlich skeptischer, als das andere waren ...“ Zitatende.

(Horst Förster, AfD:
Mein Gott noch mal, ja!)

Herr Krüger hat behauptet, die Stiftungsbehörde sei verpflichtet gewesen, die Stiftung anzuerkennen, weil die rechtlichen Voraussetzungen vorgelegen hätten.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es auch.)

Das stimmt nicht. Richtig ist, dass der Vorstand der Stiftung ehrenamtlich arbeiten sollte. Ja, aber selbst, wenn das Startkapital von 200.000 Euro in der damaligen Nullzinsphase fünf Prozent Ertrag für das Stiftungsgeschäft abgeworfen hätte, dann wären das gerade mal 10.000 Euro pro Jahr gewesen,

(Thomas Krüger, SPD:
Wie in anderen Fällen auch.)

Geld, das gerade mal zur Anmietung eines Büros gereicht hätte, aber nicht für Klima- und Umweltschutz. Die Stiftung war also zum Zeitpunkt ihrer Anerkennung nicht handlungsfähig im Sinne Ihrer langen Liste von Stiftungszwecken.

Und Herr Krüger behauptet, es gebe keine Hinweise – und das hat Frau Schwesig ja auch gesagt – auf eine Steuerung der Landesregierung durch russische Akteure.

(Thomas Krüger, SPD: Gibts auch nicht!)

Doch, es gibt mehrere.

(Thomas Krüger, SPD: Nein, gibts nicht! –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Erstens, die Nord Stream 2 AG, eine Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom, hat auf den Erlass des Planfeststellungsbeschlusses

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

zum Ende Januar 2018 gedrängt.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Minister Pegel hat anschließend seinerseits darauf gedrängt,

(Martin Schmidt, AfD: So lächerlich!)

und das Bergamt …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Frau Abgeordnete!

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: … hat das dann so vollzogen.

(Martin Schmidt, AfD:
Das sind Verschwörungstheorien.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Frau Fraktionsvorsitzende, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Als letzter Satz: Wir müssen weiter wachsam bleiben und der einzige Schutz, der beste Schutz für Mecklenburg-Vorpommern ist Transparenz. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor und ich schließe die Aussprache.

Der 3. Parlamentarische Untersuchungsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 8/6690, seinen Bericht verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank! Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist die Beschlussempfehlung auf Drucksache 8/6690 bei Stimmenthaltung der Gruppe der FDP und einer fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Zustimmung angenommen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich den **Tagesordnungspunkt 5** zur Wiederholung der namentlichen Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/6488 entsprechend der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 8/6716 auf.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Entwurf eines Gesetzes
zur Änderung der Verfassung des
Landes Mecklenburg-Vorpommern und
des Landesverfassungsgerichtsgesetzes**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 8/6488 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Justiz, Gleichstellung, Verbraucherschutz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (3. Ausschuss)
– Drucksache 8/6716 –**

Wir beginnen mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nun den Schriftführer/die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz. –
Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Präsidentin Birgit Hesse: Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete Thomas Diener wird
nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ich frage dann noch einmal, ob noch ein Mitglied des Hauses anwesend ist, das seine Stimme nicht abgegeben hat. – Ich sehe, das ist jetzt nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 15:07 Uhr

Wiederbeginn: 15:08 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 73 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 46 Abgeordnete, mit Nein stimmten 27 Abgeordnete. Damit ist die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages gemäß Artikel 56 Absatz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht erreicht. Somit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung auf Drucksache 8/6716 abgelehnt

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und der Gruppe der FDP)

und ich schließe den Tagesordnungspunkt 5.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 23**: a) Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Die Mobilitätsoffensive MV – Flächendeckende Mobilität im gesamten Land, Bericht über den Fortgang der Mobilitätsoffensive, Drucksache 8/6674, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Menschen verbinden, Klima schützen – Mobilität in Mecklenburg-Vorpommern landesweit und klimagerecht planen und umsetzen, Drucksache 8/6672.

Unterrichtung durch die Landesregierung
Die Mobilitätsoffensive MV –
Flächendeckende Mobilität im gesamten Land
Bericht über den Fortgang der Mobilitätsoffensive
– Drucksache 8/6674 –

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Menschen verbinden, Klima schützen –
Mobilität in Mecklenburg-Vorpommern landesweit
und klimagerecht planen und umsetzen
– Drucksache 8/6672 –

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Frau Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Wer in Mecklenburg-Vorpommern unterwegs ist, kennt die Realität: Da ist die Auszubildende, die morgens aus dem Dorf in den Betrieb kommen muss, da ist der ältere Mann, der nicht mehr selbst Auto fährt

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Präsidentin)

und trotzdem zum Arzt, zum Einkauf, zum Seniorenkaffee möchte, da ist die Familie, die am Wochenende an die Ostsee fährt und hofft, dass Bus, Bahn, Radweg und Anschluss überhaupt zusammenpassen, da sind die Jugendlichen, die am Nachmittag zum Sport und am Wochenende in die Disco wollen. Und da sind die Unternehmen, die auf verlässliche Wege für Beschäftigte, Gäste und Waren angewiesen sind. Mobilität ist nicht nur Verkehrspolitik, Mobilität ist Teilhabe, Mobilität ist Daseinsvorsorge. Mobilität entscheidet darüber, ob ein Land zusammenhält oder ob ganze Regionen abgehängt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und genau deshalb legen wir heute diesen Antrag vor.

Ja, es gibt die Mobilitätsoffensive der Landesregierung, und ja, es ist richtig, dass zusätzliche Zugleistungen bestellt wurden. Es ist richtig, dass Regiobuslinien aufgebaut wurden. Beides fordern wir schon seit Langem.

(Henning Foerster, Die Linke: Natürlich!)

Ja, und auch Rufbusse sind eine Möglichkeit für die letzte Meile. Und selbstverständlich brauchen wir digitale Angebote und günstigere Tickets, um Menschen den Zugang erleichtern zu können.

Aber, werte Kolleginnen und Kollegen, eine Mobilitätsoffensive ist noch kein Mobilitätsplan. Einzelne Linien sind noch kein landesweites Zielsystem, Förderprogramme sind noch keine verbindlichen Standards, und ein Bericht über das, was schon läuft, ersetzt keine Antwort auf die Frage, wie Mobilität in Mecklenburg-Vorpommern in 5, 10 oder 15 Jahren aussehen soll, …

(allgemeine Unruhe)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete! Wir lassen einmal die Zeit stoppen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, wir hatten jetzt interessante Debatten und aufregende Debatten hinter uns, aber ich bitte doch um etwas mehr Ruhe. Ich kann der Rednerin kaum mehr folgen. Ich gehe davon aus, dass sie jetzt unser vollständiges Gehör hat.

Bitte, Frau Wegner, Sie haben wieder das Wort!

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank!

… denn die Probleme sind größer. Nach dem Erreichbarkeitsranking der Allianz pro Schiene ist Mecklenburg-Vorpommern bundesweites Schlusslicht bei der Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs. Nur rund zwei Drittel der Menschen erreichen ein akzeptables Angebot in der Nähe ihrer Wohnung. Das ist kein Naturgesetz eines Flächenlandes, das ist das Ergebnis politischer Prioritäten, fehlender Standards und zu schwacher Planung.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau hier liegt ja der Kern auch unseres Antrages. Wir wollen den bisherigen Integrierten Landesverkehrsplan fortschreiben und zu einem verbindlichen landesweiten Mobilitätsplan weiterentwickeln – nicht als Papier für die Schublade, nicht als Hochglanzbroschüre, sondern als Steuerungsinstrument für dieses Land. Und bevor Sie uns vorwerfen, dass wir zu spät mit diesem Antrag kommen, weise ich darauf hin, dass da schon unser erster Mobilitätsantrag hier in diesem Landtag in dieser Legislatur in diese Richtung gegangen ist.

Ein solcher Plan muss messbare Ziele enthalten für Erreichbarkeit, für Barrierefreiheit, Teilhabe, Angebotsqualität, Verkehrssicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit. Er muss Mindeststandards für den öffentlichen Verkehr definieren, aber er darf eben nicht beim öffentlichen Verkehr stehen bleiben. Wir brauchen auch klare Zielsetzungen für Radverkehr, Fußverkehr, Straßenverkehr, Wirtschafts- und Güterverkehre sowie touristische Verkehre, denn Mobilität funktioniert nur, wenn das Ganze zusammengedacht wird. Der beste Regiobus hilft wenig, wenn der Anschluss zur Bahn nicht passt. Die beste Bahnverbindung hilft wenig, wenn der Weg zum Bahnhof unsicher ist.

(Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

Und der schönste Radweg hilft wenig, wenn er an der Gemeindegrenze endet. Deshalb fordern wir einen verkehrsträgerübergreifenden Plan.

(Falko Beitz, SPD: Regiobuslinien! –
Christine Klingohr, SPD: Genau!)

Und wir fordern einen priorisierten Maßnahmen- und Finanzierungsplan, denn genau daran entscheidet sich doch, ob Politik ernst gemeint ist. Der Bericht zur Mobilitätsoffensive zeigt selbst, zwischen 2023 und 2025 wurden zusätzliche Mittel eingesetzt. Für 2026 sind weitere Ausgaben geplant. Aber im Ausblick steht zugleich, die

Verstetigung des erreichbaren Angebots steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Das ist ehrlich.

(Henning Foerster, Die Linke:
Ja, wie wird das denn bezahlt?!
Mit Regionalisierungsmitteln,
das weißt du doch!)

Aber es ist auch der Knackpunkt: Wenn wir Angebote aufbauen, müssen wir auch sagen, wie sie dauerhaft getragen werden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sonst schaffen wir Erwartungen, die nach wenigen Jahren wieder enttäuscht werden. Das wäre Mobilität auf Widerruf. Das VDV-Gutachten zum Deutschlandticket 2040 – ist es uns ja im Parlamentarischen Abend vorgestellt worden – zeigt sehr klar, schon die Modernisierung des öffentlichen Verkehrs wird deutlich mehr Geld kosten. Ein flächendeckend gutes Angebot braucht noch einmal mehr.

Wer also heute von Mobilität im ganzen Land spricht, muss morgen auch erklären, wo die Mittel herkommen, welche Prioritäten gesetzt werden und welche Standards gelten sollen. Unser Antrag macht genau das zu seinem parlamentarischen Anliegen. Wir wollen außerdem, dass Land und Kommunen besser zusammenarbeiten. Die Landkreise schreiben ihre Nahverkehrspläne, das Land schreibt seine Pläne. Am Ende warten alle darauf, was die jeweils andere Ebene tut. So entsteht kein verlässliches Netz, so entstehen Lücken.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Deshalb brauchen wir ein verbindliches Koordinierungsverfahren zwischen Land, Landkreisen, kreisfreien Städten als Aufgabenträgern. Und wir brauchen eine gesetzliche Nachschärfung. Der bisherige Planungsauftrag im Gesetz über den ÖPNV, über den öffentlichen Personennahverkehr, Entschuldigung, reicht nicht mehr aus. Er setzt keinen modernen Qualitätsmaßstab, er sichert keine festen Fortschreibungsfristen. Er verknüpft Mobilitätsplanung nicht ausreichend mit Klimaschutzplan, kommunalen Nahverkehrsplänen, Förderentscheidungen und Verkehrsverträgen. Seit dem Klimaverträglichkeitsgesetz ist aber klar, der Verkehrssektor muss seinen Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Das kann man nicht so nebenbei erledigen. Das muss in die Planung hinein.

(Christine Klingohr, SPD:
Das regeln wir schon.)

Werte Kolleginnen und Kollegen, unser Antrag ist kein Antrag gegen die Mobilitätsoffensive, er ist ein Antrag dafür, dass aus einzelnen Verbesserungen ein verlässliches System wird. Die Mobilitätsoffensive kann ein Baustein sein, aber sie braucht ein Fundament. Dieses Fundament ist ein landesweiter Mobilitätsplan mit klaren Zielen, verbindlichen Standards, regelmäßiger Fortschreibung, parlamentarischer Kontrolle und realistischer Finanzierung. Denn die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern brauchen keine Mobilität nach Kassenlage, sie brauchen Verlässlichkeit. Sie brauchen Anschlüsse, sie brauchen Wege, die funktionieren. Darum bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 35 Minuten vorzusehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Aber bevor ich dem Innenminister in Vertretung für den Wirtschaftsminister das Wort gebe, möchte ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Mitglieder des Kulturvereins Poppendorf und der Verkehrswacht Tessin begrüßen. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier im Landtag sind!

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung der Innenminister Herr Pegel in Vertretung für den Wirtschaftsminister.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich den Wirtschafts- und Verkehrskollegen Herrn Dr. Wolfgang Blank ganz herzlich entschuldigen. Er ist auf der Wirtschaftsministerkonferenz, bittet, sein Fehlen nachzusehen. Ich freue mich aber, dass ich anstatt seiner zu diesen spannenden Themen sprechen darf.

Mit dem vorliegenden Bericht zur Mobilitätsoffensive in Mecklenburg-Vorpommern halten Sie das Ergebnis des – und das klang eben anders, ich wills deutlich betonen, deshalb –, des größten verkehrspolitischen Vorhabens der Landesregierung in dieser Legislaturperiode in den Händen. Und ich darf im Namen des Verkehrsministerkollegen Dr. Wolfgang Blank hinzufügen, die Mobilitätsoffensive unseres Landes ist dank ihrer erfolgreichen Umsetzung der bisher größte Schritt, der je zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern gegangen wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jeannine Rösler, Die Linke)

Der ÖPNV ist damit auf ein neues Niveau gehoben worden. Und ich freue mich sehr, dass ich die bisher erzielten Fortschritte in Vertretung kurz darlegen darf: Im Jahr 2023 hat die Landesregierung den Startschuss zur Mobilitätsoffensive MV gegeben. Ziel war es, den ÖPNV im Land auszubauen und dabei insbesondere das Angebot im ländlichen Raum zu verbessern. Im Zuge der Umsetzung konnten Lücken in der Netzabdeckung mit Bus und Bahn geschlossen, Infrastrukturen ausgebaut sowie attraktive und digitale Ticketangebote geschaffen werden.

Lassen Sie mich das im Detail kurz in einer Bilanz darlegen: Im sogenannten Schienenpersonennahverkehr, zu gut Deutsch im Regionalverkehr auf der Schiene, haben wir mehr Züge, auch auf neuen Linien mit klarer Struktur und enger Taktung auf das Gleis gebracht. Dazu hat das Land zusätzliche Zugleistungen bestellt, insgesamt über 1,6 Millionen Zugkilometer mehr. Das sind solide mittlere zweistellige Millionenbeträge, um das mal zu übersetzen, weil das Land ganz erhebliche Zuschusszahlungen dafür leisten muss. Auf den wichtigsten Strecken fahren die Züge werktags mindestens einmal pro Stunde, auf den Nebenachsen mindestens alle zwei Stunden. Die Fahr-

gastzahlen – jeder, der momentan Regionalzug fährt, wird das im Übrigen bestätigen können – haben sich im Zusammenspiel mit dem Deutschlandticket deutlich erhöht. Mit zusätzlichen neuen Zügen und vor allem mit mehr Sitzplätzen haben wir, wo immer das infrastrukturell möglich ist, mehr Kapazitäten geschaffen. Mit den neu eingeführten Regiobussen haben wir ein enges kreisübergreifendes Busverkehrsnetz über das gesamte Land gespannt.

Im Vordergrund steht dabei die Anbindung an Verknüpfungspunkte mit dem eben genannten Schienenpersonennahverkehr, zu gut Deutsch mit dem Regionalzugverkehr. Dort, wo keine Schieneninfrastruktur vorhanden ist, werden mit diesen neuen Regiobussen Lücken geschlossen. Hierfür gewährt das Land den zuständigen kommunalen Aufgabenträgern, also jenen, die am Ende die Busse vor Ort bestellen – das sind die Landkreise und kreisfreien Städte –, Fördermittel. Im Rahmen der Mobilitätsoffensive wurden bereits 17, noch einmal, 17 neue Regiobuslinien in allen sechs Landkreisen und in der Landeshauptstadt Schwerin eingeführt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Zur Absicherung der sogenannten letzten Meile, gemeint ist also das Stück bis nach Hause, auf die jeweiligen Dörfer und Gemeinden im ländlichen Raum, haben wir gemeinsam mit den Landkreisen ein landesweites, flächendeckendes Rufbussystem eingeführt. Der Rufbus schafft in der Fläche des Landes ein Basisangebot des ÖPNV. Der Rufbus fährt genau dort, wo keine regulären Bus- oder Bahnlinien, in der Regel, weil sie sich nicht rentieren und umsetzen lassen, verkehren.

(Falko Beitz, SPD: Genauso ist es.)

Mit diesem Ansatz, meine Damen und Herren, ist Mecklenburg-Vorpommern derzeit das einzige Flächenbundesland in Deutschland, das allen Bürgerinnen und Bürgern landesweit ein planbares Angebot des öffentlichen Verkehrs auf jedem Dorf bietet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und weil es eben in der Einbringung völlig anders anklang – ich versuche, Ihnen das mal zu übersetzen, ob so was erfolgreich ist oder nicht, ich glaube ja, das macht sich an Fahrgastzahlen fest –: Mit einer Verdreifachung, Verdreifachung der Fahrgastzahlen bis 2025 haben uns die Menschen in diesem Land gezeigt, dass sie genau dieses neue Angebot, das sie genau den Rufbus mehr als nur schätzen. Verdreifacht! Und, meine Damen und Herren, ein Riesenerfolg

(Christine Klingohr, SPD: Richtig!)

für den ÖPNV in diesem Land!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Mit der Mobilitätsoffensive haben wir aber nicht nur das öffentliche Verkehrsangebot verbessert, wir haben auch neben dem Deutschlandticket attraktive Ticketangebote für Auszubildende und Senioren geschaffen beziehungsweise erhalten und fortgesetzt. Für derzeit 43 Euro im Monat können Azubis sowie Seniorinnen und Senioren aus Mecklenburg-Vorpommern ein vergünstigtes Deutschlandticket erwerben – umgerechnet, das Land bezuschusst also jedes dieser Tickets mit 20 Euro, pro Monat wohlgemerkt. Und schließlich bauen wir derzeit die bestehende App MV FÄHRT GUT von der bisher reinen Fahrplanauskunft zu einer leicht zugänglichen Landesmobilitätsplattform auf und aus. Ziel ist es, die Daten und Ticketangebote aller Verkehrsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zentral zu bündeln und damit eine durchgängige Buchung zu ermöglichen.

Mit diesen Maßnahmen der Mobilitätsoffensive haben wir die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs in unserem Bundesland deutlich erhöht. Die hohe Nachfrage gibt uns recht. Und dass wir damit da einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger leisten, zeigt sich eben gerade in dieser Verdreifachung der Nutzerinnen- und Nutzerdaten. Das Ganze hat sich im Übrigen das Land – Vielen Dank diesem Landtag, dass Sie uns das gestattet haben! – etwas kosten lassen, und zwar erheblich etwas kosten lassen. Zwischen 2023 und 2025 hat das Land für die Mobilitätsoffensive Mittel in Höhe von circa – und jetzt muss ich die Nullen einmal zählen: 120 Millionen Euro – 120 Millionen Euro zusätzlich, nicht sowieso schon, zusätzlich bereitgestellt.

(Christine Klingohr, SPD: Ja.)

Für dieses Jahr sind etwa 60 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln eingeplant, um genau diese Dinge umzusetzen. Dabei handelt es sich sowohl um Regionalisierungsmittel als auch um Landesmittel.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Christian Pegel: Nur zu!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Minister!

Können Sie sagen, woher diese zusätzlichen Mittel gekommen sind?

Minister Christian Pegel: Das hatte ich gerade im letzten Satz erwähnt. Sie waren schon auf dem Weg. Ich wiederhole den Satz aber gern: Dabei handelt es sich sowohl um Regionalisierungsmittel als auch Landesmittel, weil eben die Regionalisierungsmittelerhöhungen nicht ausreichen, um genau das abzubilden.

Herzlichen Dank für die Frage! Ich freue mich, dass ich den Satz wiederholen durfte.

(Beifall Rainer Albrecht, SPD)

Aber natürlich können und werden wir uns nicht auf dem eben dargestellten Erreichten ausruhen. Daher wollen wir den bis zum Ende des Jahres erreichten Angebotsstandard in dem kommenden Jahr erstens weiter verstetigen – ich glaube, das entspricht auch Ihrem Ansinnen – und punktuell auch noch ergänzen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen Dank, ganz ausdrücklich auch im Namen des Verkehrsministerkollegen Dr. Wolfgang Blank, an die kommunalen Aufgabenträger und die Verkehrsunternehmen aussprechen. Ohne

deren Bereitschaft, das mit uns zusammen zu diskutieren, zu gestalten und umzusetzen, ohne deren tatkräftige Mitwirkung hätte die Mobilitätsoffensive nicht und vor allen Dingen nicht so erfolgreich umgesetzt werden können. Für diese gemeinsame Zusammenarbeit an dieser Stelle ganz, ganz herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und an der Stelle möchte ich die Ausführungen, die ich für den Kollegen halten darf, zu dem Antrag, der hier zusätzlich vorliegt, überleiten, und der sich des Themas der zukünftigen Mobilitätsplanung annimmt. Der Antrag spricht völlig zweifelsfrei einen wichtigen Punkt an, den der Verkehrsministerkollege Dr. Blank auch nach Umsetzung der Mobilitätsoffensive in Mecklenburg-Vorpommern innerhalb derer weiterhin für erforderlich hält: Wie gestaltet sich verkehrsträgerübergreifend die Mobilität der Zukunft in unserem Bundesland?

Wie Sie wissen, basiert unsere derzeitige Verkehrsplanung auf dem Integrierten Landesverkehrsplan. Dieser stammt allerdings noch aus dem Jahr 2018 und bedarf mit Blick auf das durch die Mobilitätsoffensive Erreichte einer Fortschreibung. Auch die dem Integrierten Landesverkehrsplan, also der alle verschiedenen Verkehrsträger zusammenführt – das hats ja schon 2018 getan –, zugrunde liegende Datenbasis entspricht 2018, seit der Mobilitätsoffensive nicht mehr dem neuesten Stand und muss daher aktualisiert werden. Für die kommende Legislaturperiode wird die Fortschreibung dieses Integrierten Landesverkehrsplans daher ein wichtiges verkehrspolitisches Vorhaben sein. Als ein verkehrsträgerübergreifendes Konzept der Mobilitätsplanung kommt einem solchen Plan eine zentrale Rolle für die Mobilität der Zukunft und deren Planung zu. Im Rahmen der Fortschreibung werden wir dabei auch die kommunalen Aufgabenträger sowie die betroffenen Verbände beteiligen und uns mit ihnen abstimmen. In diesem Zusammenhang wird auch zu bewerten sein, inwieweit wir gesetzgeberisch tätig werden und eventuell Nachschärfungen im Landes-ÖPNV-Gesetz vornehmen müssen.

Ich würde aber gerne einen Punkt aufgreifen, der eben noch mal adressiert war und den ich schon aus den letzten 15 Jahren kenne – Studien, die die Distanz zwischen dem einzelnen Bürger und der nächsten Haltestelle benennen.

Meine Damen und Herren, wir sind und bleiben das mit Abstand dünn besiedeltste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland: 69 Einwohnerinnen und Einwohner pro Quadratkilometer, nur zwei sind überhaupt unter 100, der deutsche Durchschnitt irgendwo bei 270, um ein Gefühl zu geben. In den 69 stecken Hamburg, Verzeihung, Rostock, Greifswald, Wismar, alle die anderen drin. Große Teile des Landes, drei Viertel, haben zwischen 15 und 35 Einwohner pro Quadratkilometer. Da ist ein Vergleich von Distanzen zu Haltestellen ein im hohen Maße ungerechter Vergleich. Wenn wir stattdessen einmal Fahrplankilometer zugrunde legen würden und wenn wir bei den Haltestellen auch die Rufbusse einbezögen, was diese Studien alle nicht tun, weil sie immer in den dicht besiedelten Räumen, immer in typischen Westdeutsche-Bundesländer-Kategorien denken, dann würden sie auch zu einem sehr viel faireren Vergleich kommen. Wir sind deutlich weiter, als es diese Studie erkennen lässt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und ein Konzept und eine Finanzierbarkeit wird eben die Realitäten dieses Landes berücksichtigen müssen. Da wir dies alles sowieso, nämlich diese Planung in der kommenden Legislaturperiode angehen werden, bedarf es keiner Aufforderung, meine Damen und Herren. Die Landesregierung und das Ministerium werden das selbstverständlich anpacken. Wir regen daher an, den Antrag nicht zu verfolgen. Das sind ohnehin geplante Vorhaben.

Meine Damen und Herren, mit der Umsetzung der Mobilitätsoffensive haben wir ein wichtiges verkehrspolitisches Projekt für unser Land verwirklicht. Nun heißt es, dies alles in den nächsten Jahren zu verstetigen, auch finanzpolitisch, und an einzelnen Stellen gemeinsam noch zu verbessern. Ich darf Sie auch im Namen des Verkehrsministerkollegen herzlich einladen, an diesem Prozess weiterhin aktiv mitzuwirken und mitzugestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Bericht des Ministeriums enthält sicherlich einige Punkte, die es anzuerkennen gilt. Die Landesregierung war in der Lage, die Angebotsseite zu vergrößern. Knapp zehn Prozent mehr Kilometer auf der Schiene sind insofern erfreulich, dass Mehrausgaben hier auch einen Effekt hatten. Ein interessanter Aspekt dabei ist die Steigerung der Zahlen beim Rufbus, da diese eine konkrete Nachfrage bezeugen, während das bei der Bahn, bei den Zügen immer etwas nebulös diffus bleibt. Allerdings lohnt sich ein genaueres Hinsehen auf das Zahlenwerk des Berichts durchaus, denn der Teufel steckt wie so oft im Detail und hier konkret in den Relationen.

Aber bleiben wir erst mal kurz beim Rufbus. Die Steigerung der Fahrgastzahlen ist zunächst einmal erfreulich. Bereits in der letzten Landtagswoche haben wir ja über die davongaloppierenden Kosten im Landkreis Ludwigslust-Parchim gesprochen. Und auch die anderen Landkreise haben auf der Kostenseite durchaus Probleme. Mit rund 14,5 Millionen Euro an Landesmitteln für ungefähr knapp 400.000 Fahrgäste in 2025 wird pro Fahrgast und Fahrt durchaus eine Menge Geld ausgegeben. In Zukunft werden wir darüber sprechen müssen, ob das eine angemessene Summe an Steuermitteln ist oder nicht, denn der Rufbus ist eben auch nicht wirklich gleich oder immer noch nicht ganz gleich. Wir haben immer noch ein West-Ost-Gefälle. Wir haben Flächenabdeckungen in Vorpommern-Rügen von 85 Prozent, in Vorpommern-Greifswald ist es noch etwas weniger.

Des Weiteren lässt sich dem Bericht eine ganze Reihe von Mengensteigerungen entnehmen. Dazugehörige Kosten und andere Kriterien werden aber nur teilweise beleuchtet. Zum Beispiel sagt eine Steigerung der bestellten Zugkilometer zunächst erst mal nicht viel aus. Dinge

wie Pünktlichkeit, Zugausfälle, Auslastung oder Anschlusssicherheit fehlen im Bericht. An anderer Stelle werden dann einzelne Spitzen hervorgehoben, wie zum Beispiel eine Steigerung der Fahrgastzahlen auf bis zu 12.000 Fahrgäste pro Woche bei der Regiobuslinie 12. Transparenter wäre es, eine durchschnittliche Auslastung und die dazugehörigen Kosten oder ganz und gar die Verläufe, ob sich Steigerungen der Fahrgastzahlen mit den dazugehörigen Ausgaben parallel entwickeln, oder eben, ob bei diesen Projekten die Kosten ebenfalls durch die Decke gehen, darzustellen. Das wäre durchaus transparenter.

Zu guter Letzt werden im Bericht aber auch Absichten und Pläne als Erfolge verkauft, beispielsweise bei Streckenreaktivierungen. Verstehen Sie mich nicht falsch, Streckenreaktivierungen sind grundsätzlich eine gute Sache und wir haben den entsprechenden Anträgen hier im Landtag auch immer zugestimmt, doch durch den Plan einer Reaktivierung fährt leider noch kein Zug. Gleiches gilt für die Digitalisierung. Der Bericht spricht davon, wie und was in Zukunft alles digital erledigt werden soll: Ticketkäufe, Rufbusbestellung, Tarifübersichten – alles mit Sicherheit nachvollziehbare Dinge. Nur bleibt der Bericht konkrete Pläne schuldig, welche Kosten dafür entstehen, welchen Zeitrahmen man sich gesetzt hat oder wie weit man bereits bei der Umsetzung ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme jetzt zum Antrag der Fraktion der GRÜNEN. In vielen Punkten teilen Sie ja durchaus unsere Kritik an dem Bericht der Landesregierung. Und ich bin auch ganz bei Ihnen, dass der Integrierte Landesverkehrsplan einer Aktualisierung bedarf, und ich würde mich über klare Priorisierungen durchaus freuen.

Wir gehen weiterhin durch eine wirtschaftliche Krise. Das darf man an dieser Stelle nicht vergessen. Und da ist es durchaus angemessen, den Bürgern auch transparent zu machen, was man auf Straße und Schiene mit Brücken, mit Busknotenpunkten und der Digitalisierung vorhat und mit welchen Mitteln man das realisieren möchte. Wir müssen nicht darüber streiten, denke ich, dass die Erreichbarkeit des ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern in vielen Gegenden verbessert werden sollte. Ob allerdings der von der Allianz pro Schiene errechnete Indikator wirklich so aussagekräftig ist, daran hege ich Zweifel, nicht an der Methodik der Erhebung an sich. Allerdings werden Dinge wie Pünktlichkeit des Angebots, Folgeanschlüsse, Reisezeiten oder auch Barrierefreiheit nicht miterfasst. Dass wir als Bundesland Schlusslicht in diesem Ranking sind, ist zwar ärgerlich, aber wir sind eben auch das Schlusslicht – der Minister hat es angesprochen – in Sachen Bevölkerungsdichte, und das erschwert die Verbesserung der Situation zusätzlich. Und das muss man auch konstatieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag versucht, kurz gesagt, ein System, das mit hohen Kosten zu kämpfen hat, zu verbessern, indem am Ende durch noch mehr Regelungen und Bürokratie noch mehr Kosten produziert werden. Und das kann am Ende nicht gut gehen. Im Detail heißt das, der Antrag möchte verbindliche Standards festschreiben. Allerdings sorgt die Zauberhand des Standards nicht automatisch für eine Verbesserung, sondern im Endeffekt oftmals für höhere Kosten. Wie diese abzufangen sind, darüber schweigt sich der Antrag dann leider aus. Es sollen auch einheitliche Koordinierungsverfahren angewandt werden und landesweite Standards in kommunale Nahverkehrspläne Eingang finden. Und hier besteht die Gefahr, regionale Spielräume einzuschränken, und davor möchte ich ganz explizit warnen an dieser Stelle.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag beinhaltet auch zeitlich mehr als ambitionierte, wenn nicht sogar unrealistische Ziele. Würde der Antrag, so, wie er hier vorliegt, heute angenommen werden, müsste in weniger als sechs Monaten ein Plan vorgelegt werden, der alles Bisherige noch einmal überspannt. Dabei müssen förmliche Beteiligungen eingehalten werden, eine parlamentarische Beratung muss gegeben sein und eine Finanzierung müsste aufgestellt werden. Ich meine, ich bin grundsätzlich der Letzte, der etwas gegen schnelle und effiziente Politik hätte, aber das Szenario ist schlichtweg unrealistisch. Und auch der …

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe. –
Der Abgeordnete Stephan J. Reuken
wendet sich an das Präsidium.)

Präsidentin Birgit Hesse: Bei mir ist leider nichts …

Stephan J. Reuken, AfD: Okay, dann mache ich es kurz, ist auch kein Problem.

Wir sind der Meinung, dass der Antrag der GRÜNEN am Ende nicht zur Steigerung der Verkehrssituation im Bundesland beiträgt, und deswegen werden wir ihn ablehnen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Frau Enseleit.

Sabine Enseleit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als ich den Bericht der Landesregierung zur Mobilitätsoffensive gelesen habe, und auch jetzt nach der Rede des Ministers, musste ich mir ehrlich gesagt verwundert die Augen reiben. Die Landesregierung hat uns hier ein rosarotes Bild einer perfekten Verkehrswelt gemalt, in der Busse und Bahnen wie von Zauberhand das ganze Jahr jeden Winkel von Mecklenburg-Vorpommern verlässlich anfahren, allerdings nur auf dem Papier, denn die Realität sieht dann doch etwas anders aus.

Ich kann Ihnen nur raten, liebe Landesregierung, verlassen Sie mal Ihre klimagekühlten Dienstfahrzeuge und fahren Sie zu Terminen mal mit dem ÖPNV,

(Christine Klingohr, SPD: Das ist
die richtige Art, darüber zu reden!)

dann sehen Sie, was die Pendlerinnen und Pendler bei uns am Tag …,

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Christine Klingohr, SPD)

Möchten Sie eine Kurzintervention machen?

(Christine Klingohr, SPD:
Nee, wir wollen Zuspruch! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ja, genau.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

… dann können Sie sehen, was die Pendlerinnen und Pendler bei uns jeden Tag im Land mitmachen müssen. Denn was nützen den Menschen …

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Ja, da sieht man, dass Sie offensichtlich nie damit fahren.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU)

Denn was nützen den Menschen die auf dem Papier bestellten 19,3 Millionen Zugkilometer, wenn die tägliche Realität aus zahlreichen Zugausfällen, kaputten Klimaanlagen, ständigen Verspätungen und einer maroden Infrastruktur besteht?! Ihre Fahrplanziele scheitern krachend an der Wirklichkeit. Statt das Netz auszubauen, erleben wir seit Jahren ein schleichendes Haltepunktesterben im Schienennetz, das den ländlichen Raum immer weiter abhängt. Sie feiern Ihr Rufbussystem als bundesweiten Meilenstein, doch bei genauem Hinsehen und Realitätscheck sehen wir nur Schaufensterpolitik.

(Heiterkeit bei Christine Klingohr, SPD)

Im Landkreis Vorpommern-Greifswald stehen wir bei mageren 65 Prozent Abdeckung. Das bedeutet im Umkehrschluss, fast jeder dritte Bürger im Osten des Landes

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

wird bei Ihrer Offensive schlicht am Straßenrand stehen gelassen. Und wer im Schichtdienst arbeitet, abends Kultur erleben will oder am Wochenende mobil sein muss, hat bei Rot-Rot sowieso verloren.

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Ein Rufbus in der Seenplatte, der am Wochenende um 17:00 Uhr den Dienst einstellt, oder die starren Zeitfenster in Vorpommern sind für die Lebensrealität der Menschen vollkommen unbrauchbar.

Aber das Schlimmste ist, Ihr gesamtes Konzept steht auf tönernen Füßen. Alles steht unter einem permanenten Finanzierungsvorbehalt, und die Kosten steigen und steigen. Frau Schwesig, was ist mit Ihrem Wahlversprechen aus August 2021? Sie haben ein landesweit flächendeckendes Rufbussystem versprochen,

(Marcel Falk, SPD: Ja, das ist fast fertig.)

kalkulierte Kosten: 5 Millionen Euro. Fünf Jahre später haben sich die Kosten für das Land mit 18 Millionen Euro mehr als verdreifacht. Ihr Versprechen wird nicht lange halten

(Heiterkeit bei Christine Klingohr, SPD)

und tut es auch jetzt schon nicht, wenn die Ablehnungsquoten in einigen Gegenden schon bei mehr als 40 Prozent liegen.

(Rainer Albrecht, SPD:
Und wo sind Ihre Vorschläge?!)

Darum, wir brauchen keine halbfertigen Konzepte, sondern eine echte landesweite Rufbusgarantie mit einer fairen, verlässlichen Finanzierung.

Diese eklatanten Schwächen der Landesregierung hat nun die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genutzt und ihren eigenen Antrag vorgelegt. Bei den Fakten muss ich Ihnen recht geben: MV ist beim ÖPNV-Zugang bundesweit das Schlusslicht, gut 20 Prozent weniger Menschen erreichen in Mecklenburg-Vorpommern eine vernünftige Haltestelle. Trotzdem ist auch Ihr Antrag nicht gegen den Vorwurf des Schaufensterantrages und des Wahlkampfes gefeit.

Sie fordern in Ihrem Antrag ernsthaft, dass die Landesregierung bis zum 31. Dezember 2026 einen landesweiten Mobilitätsplan aufstellt und bis zum 30. Juni 2027 ein Gesetzgebungspaket vorlegt. Haben Sie vergessen, dass wir im September einen neuen Landtag wählen?! Mit dem Ende dieser Wahlperiode verfallen Ihre Arbeitsaufträge für Ende 26 und Mitte 2027. Sie fordern damit heute Beschlüsse, von denen Sie ganz genau wissen, dass sie rechtlich nicht einmal bis zum Herbst 2026 das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt wurden. Und das beweist, auch bei Ihnen handelt es sich um Schaufensterpolitik für Ihren Wahlkampf, und das lehnen wir natürlich ab.

Aber schauen wir uns noch mal kurz an, was in diesem Schaufenster liegt. Sie nutzen das Klimaverträglichkeitsgesetz als trojanisches Pferd. Sie wollen die künftige Mobilitätsplanung rechtlich zwingend an die strengen Jahresemissionsmengen, den Klimaschutzplan des Landes sowie weitere Fachstrategien, Konzepte, Programme und Priorisierungen ketten. Jeder hier im Raum weiß, was das in der Praxis bedeutet und worauf Sie damit hinauswollen: Sie wollen den Straßenverkehr und damit das Auto systematisch zurückdrängen.

Wir als CDU sagen ganz klar Nein. Mecklenburg-Vorpommern ist das am dünnsten besiedelte Bundesland. Für den Handwerker, die Schichtarbeiterin und die Familie auf dem Dorf ist der Pkw keine abstrakte CO_2-Rechengröße, die man einfach wegplanen kann.

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

Das Auto ist hier die unverzichtbare Lebensader für Arbeit, Gesundheit und soziale Teilhabe. Wir setzen auf verlässliche Infrastruktur, auf Technologieoffenheit und echte Wahlfreiheit und nicht auf Ihre klimaideologische Bevormundung.

Wir nehmen den lückenhaften Bericht der Landesregierung kritisch zur Kenntnis und lehnen den grünen Schaufensterantrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Marc Reinhardt, CDU –
Rainer Albrecht, SPD:
Habt ihr keine Lust mehr?! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Herr Foerster.

Henning Foerster, Die Linke: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die Mobilitäts-

offensive von Rot-Rot sprechen, dann sprechen wir nicht nur über zusätzliche Schienenkilometer, über mehr Busverbindungen oder bessere Taktung. Wir sprechen über Lebensqualität und Teilhabe der Menschen hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sprechen über die Frage, ob die Krankenschwester nach der Spätschicht noch nach Hause kommt, ob die Auszubildende sich den Weg zur Berufsschule leisten kann oder ob die Seniorin im Dorf dank sozialer Teilhabe weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen kann.

Für uns ist klar, Mobilität ist ein Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mit diesem Kompass haben wir die Mobilitätsoffensive gestartet und führen sie konsequent weiter. Wir haben dafür gesorgt, dass Mobilität kein Luxusgut ist. Mit vergünstigten Tickets für Auszubildende sowie Seniorinnen und Senioren entlasten wir diejenigen, die auf bezahlbare Mobilität angewiesen sind. Ein wichtiger Bestandteil der Offensive ist der Blick auf den ländlichen Raum, denn – das haben einige Rednerinnen und Redner schon erwähnt – das beste Ticket nützt natürlich nichts, wenn kein Bus oder keine Bahn fährt.

Meine Damen und Herren, wer wie die GRÜNEN behauptet, in Mecklenburg-Vorpommern fehle es an einer strategischen Weiterentwicklung der Mobilität, der ignoriert schlichtweg die Realität auf unseren Straßen und Schienen.

(Marcel Falk, SPD: So ist es.)

Seit dem Start der Mobilitätsoffensive wurde das Angebot massiv ausgebaut. Allein im Schienenpersonennahverkehr hat das Land, und das habe ich hier schon mehrfach erwähnt, das Angebot deutlich erhöht. Bereits 2024 wurden zusätzlich 1,2 Millionen Leistungskilometer bestellt. Das ist – ich wiederhole es gern noch mal – die größte Angebotsausweitung seit Jahrzehnten. 2025 waren es insgesamt rund 18,8 Millionen Zugkilometer im SPNV. Gegenüber dem Beginn der Mobilitätsoffensive entspricht das einem Zuwachs von stolzen neun Prozent. Und für mich zeigt das, wir planen nicht nur, wir setzen vor allem konkrete Verbesserungen um.

Nun kann man immer herummäkeln, Kollegin Enseleit, aber ich sage mal, für defekte Klimaanlagen, für bestimmte Verspätungen, zum Beispiel wegen Personalmangel, kann nun die rot-rote Koalition nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Das liegt in der Verantwortung der Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Und auch auf der Straße haben wir geliefert. Seit Beginn der Offensive wurden landesweit – das ist erwähnt worden – 17 neue Regiobuslinien eingeführt, die Städte und ländliche Regionen über Kreisgrenzen hinweg enger miteinander vernetzen. Und wo klassische Linienverkehre an ihre Grenzen stoßen, haben wir mit dem Rufbussystem ein Angebot geschaffen, das es so nirgendwo anders in Deutschland gibt. Ja, da ist noch Bedarf im Osten des Landes, will ich auch gar nicht verhehlen, aber wir haben uns auf den Weg gemacht, das Versprechen, ein flächendeckendes Angebot zu schaffen, dann auch umzusetzen. Und in den Landkreisen Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim, Rostock und Mecklenburgische Seenplatte ist die flächendeckende Bedienung bereits Realität. Die anderen Landkreise ziehen kontinuierlich nach. Auch noch mal zur Wiederholung: Allein im vergangenen Jahr nutzten rund 370.000 Fahrgäste dieses flexible Angebot. Das ist für mich der lebendige Beweis dafür, dass flexible Mobilität im ländlichen Raum funktioniert.

Gleichzeitig stärken wir die Schiene durch Weitsicht. Wir haben – wie im Koalitionsvertrag versprochen – Gutachten zur Wirtschaftlichkeit von Streckenreaktivierungen in Auftrag gegeben. Das Nutzen-Kosten-Verhältnis für die Darßbahn zwischen Barth, Zingst und Prerow liegt bei herausragenden 2,04. Auch die Studien zur Kaiserbahn und zur Mecklenburgischen Südbahn bescheinigen positive Potenziale für eine Reaktivierung. Wer also behauptet, das Land habe keine Perspektive für die Schiene, der geht an den harten Fakten vorbei.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Marcel Falk, SPD: So ist es.)

Und dass die Opposition versucht, all das kleinzureden, das gehört ein Stück weit zum politischen Geschäft. Wenn die GRÜNEN nun jedoch bemängeln, die Mobilitätsoffensive könne einen Landesverkehrsplan nicht ersetzen, dann sage ich, Frau Wegner, das soll sie auch gar nicht. Gute und verlässliche Verkehrspolitik zeichnet sich nämlich nicht dadurch aus, dass man alle paar Jahre das Rad neu erfindet. Für uns stehen Gründlichkeit und Kontinuität im Vordergrund. Der Minister hat es erwähnt, der aktuelle Landesverkehrsplan basiert auf den Prognosen bis zum Jahr 2030, stammt aus dem Jahr 2018 und ist das langfristige Steuerungsinstrument für das Land und die Kreise. Er wird in der kommenden Wahlperiode fortgeschrieben. Die Erkenntnisse aus der Mobilitätsoffensive werden dort einfließen.

Eine vorzeitige, überstürzte Neuaufstellung des Landesverkehrsplans ist hingegen weder fachlich geboten noch sinnvoll. Und die Mobilitätsoffensive ist auch kein Widerspruch dazu, sondern sie ist die praktische Umsetzung und die kraftvolle Ergänzung dieses Plans. Und wer beides gegeneinander ausspielt, der führt in meinen Augen Scheindebatten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Plattitüden wie Ihre Wahlplakate „Bus? Muss!“, die machen sich da vielleicht gut, die ersetzen aber keine seriöse Verkehrspolitik. Und vollends abenteuerlich wirds dann, wenn die gleichen GRÜNEN, die gefühlt hier jede Landtagssitzung in den letzten fünf Jahren an der Verkehrspolitik rumgemäkelt haben, nun auch noch erklären, sie wären die Erfinder der Mobilitätsoffensive. Nein, Frau Wegner, das sind Sie nicht! Sie sind diejenigen, die hier ständig das Haar in der Suppe gesucht haben, statt endlich einmal anzuerkennen, dass Rot-Rot in schwierigen Zeiten geliefert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Marcel Falk, SPD: Jawoll, so ist es.)

Und deshalb sage ich Ihnen, Kommunen, Landkreise und Verkehrsunternehmen brauchen verlässliche Leitlinien und keinen bürokratischen Zickzackkurs, der nur Verunsiche-

rung stiftet. Deshalb werden wir Ihren Antrag zum Landesverkehrsplan auch ablehnen.

Meine Damen und Herren, all die Anstrengungen unserer Mobilitätsoffensive kosten natürlich Geld. Wir haben viel Geld in die Hand genommen und werden das auch weiterhin tun. Allerdings kann Mecklenburg-Vorpommern diese gewaltigen Herausforderungen nicht komplett allein stemmen. Das gehört zur Wahrheit dazu. Und deshalb setzen wir uns seit Langem über die Verkehrsministerkonferenz und andere geeignete Formate mit Nachdruck für eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel ein, denn ohne die Unterstützung des Bundes können wir die Mobilitätsoffensive nicht in dem gewünschten Umfang fortführen. Die Bundesregierung muss hier zu ihren Zusagen stehen und für eine verlässliche Dynamisierung der Mittel sorgen. All die schönen Pläne und Millionen von Kilometern …

Ach so, muss mal einen Break machen.

Zum Schluss ist es mir ein echtes Bedürfnis, Danke zu sagen, denn all die schönen Pläne und die Millionen von Kilometern wären nichts ohne die Menschen, die Tag für Tag in der Mobilitätsbranche arbeiten,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

und ja, da hat Frau Enseleit recht, mitunter auch tatsächlich unter schwierigen Rahmenbedingungen. Mein herzlicher Dank gilt daher den Busfahrerinnen und Busfahrern, den Lokführerinnen und Lokführern, dem Zugbegleitpersonal, den Kolleginnen und Kollegen auf den Stellwerken und den Sicherheitskräften im Land. Eure Arbeit hält Mecklenburg-Vorpommern auf Kurs in Sachen moderner, sozialer und klimafreundlicher Mobilität. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Wulff.

(Unruhe bei Christine Klingohr, SPD, und Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Kollege Terpe, vielen Dank für die Aufmerksamkeit zu der Mobilitätsoffensive des Landes und dem Antrag der GRÜNEN an dieser Stelle!

Wir haben in den vergangenen Sitzungswochen hier selber auch schon einige Anträge zum Thema Verkehr und Mobilität mit eingebracht und das Thema auch auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir auch anerkennen, dass Mobilität ein sehr wichtiges Thema hier ist bei uns im Land und gerade auch im ländlichen Raum, und gerade auch, und das werden wir morgen auch im Rahmen der Enquete-Auswertung sicherlich noch mal hinreichend erwähnen, gerade auch für die jungen Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern, die auch nach der Schule ohne Elterntaxi gerne noch an weiteren Freizeitaktivitäten teilnehmen möchten. Und deswegen ist es wichtig, dass wir uns dem Thema intensiver widmen.

Der Mobilitätsbericht der Landesregierung, der geht auf mehr bestellte Schienenkilometer ein. Ja, das kann man ganz gerne auch als Erfolg verbuchen. Allerdings ist das hier erst mal ja einfach nur eine Angebotsausweitung. Und was am Ende tatsächlich dabei rauskommt, wie viel tatsächlich genutzt wird, ob die Strecken effizient auch angeboten werden, da fehlt hier für mich auch eine entsprechende Kennzahlensteuerung, um zu gucken, ist das natürlich am Ende auch ein Erfolg.

Das Gleiche gilt beim Thema Busse. Die Regiobuslinien, die wurden jetzt landauf, landab beworben. Das ist aber jetzt auch erst angelaufen. Ist ja nicht so, dass wir schon seit fünf Jahren gucken und sagen, das ist ein Erfolg oder auch nicht. Auch das ist jetzt etwas so kurz vor Ende der Legislatur rausgeschoben. Ob das ein Erfolg ist, das kann hier im Hause niemand sagen, weil wir es schlichtweg noch nicht wissen, weil es einfach noch zu jung ist an der Stelle. Und deswegen …

(Henning Foerster, Die Linke: Aber wir haben es erst mal auf den Weg gebracht.)

Und deswegen sage ich, ja, es ist gut, dass es erst mal auf den Weg gebracht wurde.

(Zuruf von Henning Foerster, Die Linke)

Das jetzt aber schon als Erfolg zu feiern, ist ein wenig zu früh.

Ich möchte aber auch an der Stelle sagen, gerade bei solchen Angeboten macht es tatsächlich keinen Sinn, das zu früh wieder in die Tonne zu treten, denn das dauert auch ein paar Jahre. Da muss man jetzt die Geduld mitbringen, um das Ganze natürlich vernünftig evaluieren zu können. Ich möchte hier an dieser Stelle lediglich anmahnen, dass das auch evaluiert wird, sobald man da vernünftige Zahlen zu hat.

(Zuruf von Falko Beitz, SPD)

Was wir allerdings jetzt schon evaluieren können, ist das Thema „Kosten/Finanzen“. Die Zahlen, die haben wir schon liegen, dass wir sehen, was da unterwegs ist. Und wir sehen auch, so, wie das jetzt ist, werden wir beziehungsweise der nächste Landtag sich intensiv darüber unterhalten müssen, wie wir das nachhaltig finanziert bekommen. Denn ich glaube, im Willen, dass das hier weitergeht bei der Mobilität, da sind wir uns alle einig. Wenn wir aber die Mittel nicht langfristig zur Verfügung stellen können oder das wirtschaftlich nicht tragbar ist, dann wird das früher oder später wieder gestrichen. Und deswegen ist es wichtig, dass wir uns auch über das liebe Geld unterhalten.

Und da möchte ich nur noch mal darauf hinweisen, wir müssen nicht alles subventionieren. Es ist gut, wenn wir Angebote schaffen. Es ist gut, wenn wir Sachen auf die Schiene und auf die Straße bringen. Aber wenn wir uns auch in der Kostenkalkulation vielleicht einfach mal daran orientieren, was ist die nächstbeste Alternative, häufig das Auto, was kostet es also, das Auto zu benutzen, und wie ist dann der Vergleich dazu mit dem Bus oder mit der Bahn, und solange ich mit den öffentlichen Angeboten da noch irgendwie gleich oder drunter komme, muss ich nicht zwangsweise übersubventionieren. Ich muss nicht noch mehr Geld reinschmeißen als nötig, sondern ich

versuche eine gleichwertige Alternative zu bieten, die vielleicht einen Tick günstiger, aber mindestens kostengleich ist. Und dann sollte das auch das bessere Angebot auch sein.

Das Gleiche gilt für das Thema Rechtsgrundlagen. Ich habe das hier immer wieder bei dem Thema angesprochen. Das, was momentan gemacht wird, das ist mehr oder weniger ein Goodwill der Beteiligten. Wir müssen das ÖPNV-Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zwingend reformieren, denn das, was hier teilweise auch gemacht wird, das ist grenzwertig, meine Damen und Herren. Und bei der Digitalisierung, da mag ich noch gar nicht von reden, ich glaube, da ist noch viel mehr Aufhol- und Ausbaupotenzial.

Von daher vielen Dank, dass das erst mal auf dem Weg ist. Wir werden das weiter kritisch begleiten. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Falk.

Marcel Falk, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vieles Gute ist schon genannt. Ich werde es noch mal wiederholen, weil Wiederholung festigt.

Von daher, wir reden heute mal wieder über die Mobilität in MV. Doch der Anlass ist für mich und viele andere von besonderer Bedeutung, denn diese Unterrichtung der Landesregierung ist kein Bericht für den Papierkorb, ist kein Bericht oder kein Dokument zum Abheften und zum Vergessen und kein „Wir prüfen mal weiter, was wir so machen können“-Dokument. Nein, dieser Bericht ist eine Bilanz, auf die wir zu Recht stolz sein können. Die Mobilitätsoffensive in Mecklenburg-Vorpommern wirkt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und sie wirkt auf der Schiene, sie wirkt auf der Straße, sie wirkt in den Städten, und vor allem wirkt sie dort, wo Mobilität oft am schwierigsten ist, im ländlichen Raum,

(Zuruf von Jutta Wegner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und folglich auch in meiner Heimat.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein großes und ländlich geprägtes Land. Deswegen brauchen wir nicht nur in den Städten, sondern vor allem auch im ländlichen Raum einen bezahlbaren und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr. Fakt ist, die Mecklenburg-Vorpommern-Koalition hat tatsächlich eine Menge geschafft, um den ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern substanziell zu stärken. Und genau das belegt der Bericht. Die Mobilitätsoffensive hat das Ziel, den ÖPNV auszubauen, den ländlichen Raum besser anzusiedeln, Lücken im Netz zu schließen und attraktive digitale Ticketangebote zu schaffen. Und wir haben es heute schwarz auf weiß, es funktioniert. Dafür steht heute die Unterrichtung der Landesregierung und dafür stehen wir als regierungstragende Fraktionen. Denn „S“ für „Schiene stärken“, „P“ für „Preise dämpfen“, „D“ für „Dörfer anbinden“, „M“ für „Mobilität bezahlbar machen“ und „V“ für „Verkehrsoffensive weiterführen“

(Heiterkeit bei David Wulff, FDP)

heißt auf deutsch: „SPD MV“.

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der SPD
und Christian Albrecht, Die Linke –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Soll ich wiederholen?

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Marc Reinhardt, CDU)

Aber was heißt das genau in Zahlen?

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Seit Beginn der Mobilitätsoffensive wurde das bestellte Leistungsvolumen im Schienenpersonalverkehr – wir haben es schon gehört – auf 19,3 Millionen Zugkilometer gesteigert. Das sind rund 1,6 Kilometer oder neun Prozent mehr als vor dem Start. Das heißt mehr Verbindungen, dichtere Takte, neue Halte. Zwischen Rostock und Neustrelitz gibt es eine neue Linie. Auf Hauptachsen fahren die Züge nahezu überall im Stundentakt und weitere Verdichtungen sind bereits bestellt. Und wenn wir über die Bahn reden, dann reden wir nicht nur über Gleise, Signale und Fahrpläne, wir reden über ganz konkrete Belange der öffentlichen Daseinsvorsorge.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Egal, ob der Weg zur Ausbildung/Arbeit, zum Arzt, der Familie oder um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, für viele Menschen im Land ist das kein Luxus, sondern Voraussetzung für Alltag, Freiheit und Teilhabe.

17 Regiobuslinien wurden bereits eingeführt. Regiobusse fahren in der Regel im Ein- oder Zweistundentakt, montags bis samstags von 05:00 bis 22:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen von 08.00 bis 20:00 Uhr. Und das Entscheidende ist, diese Busse fahren nicht nur hübsch auf dem Papier, sie werden genutzt. Allein die Regiobuslinie 12 kam 2025 auf bis zu 12.000 Fahrgäste pro Woche. Das ist doch die beste Antwort auf alle, die immer nur sagen, das nutzt doch keiner. Doch, meine Damen und Herren, die Leute nutzen es. Wenn das Angebot da ist, wenn es verlässlich ist, wenn es bezahlbar ist, dann steigen Menschen ein. Mobilität gestaltet man eben nicht mit Sonntagsreden über Fahrpläne, sondern mit einem Bus, der wirklich kommt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jeannine Rösler, Die Linke)

Und mit 17 Linien sind wir auch in diesem Jahr noch nicht am Ende des Ausbaus angekommen. Bis zum Ende dieses Jahres wollen wir weitere Linien und landesübergreifende Angebote, zum Beispiel bis nach Niedersachsen, etablieren. Und, meine Damen und Herren, ein echter Gamechanger ist zudem der Rufbus in unserem Land. Er kommt dort zum Einsatz, wo reguläre Bus- und Bahnlinien keinen Sinn ergeben, und sichert damit

gerade für den ländlichen Raum die erste und die letzte Meile ab.

Der Bericht stellt fest, Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit das einzige Flächenland, das allen Bürgerinnen und Bürgern ein landesweit planbares Angebot des öffentlichen Verkehrs bietet. Und das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Mecklenburg-Vorpommern – oft unterschätzt, oft belächelt – ist hier Vorreiter, nicht Nachzügler, nicht Zuschauer, Vorreiter!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und auch hier zeigen die Zahlen, der Rufbus wird angenommen. Von rund 130.000 Fahrgästen im Jahr 2023 ging es auf mehr als 224.000 im Jahr 2024 und auf 392.000 im Jahr 2025. Die Fahrgastzahl hat sich mehr als verdreifacht. Und das ist keine Fußnote, das ist ein Ausrufezeichen. Bis zum Ende dieses Jahres werden wir gemeinsam mit den Landkreisen in diesem Netz auch noch die letzten Lücken in Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald schließen. Und natürlich gibt es bei der Einführung eines so umfangreichen Angebotes gerade in der Anfangsphase Stellen, an denen es noch Verbesserungsbedarf gibt. Ja, das will ich hier auch gar nicht in Abrede stellen. Aber diese Kinderkrankheiten werden wir in konstruktiven Gesprächen mit den Kommunen vor Ort angehen, und ich kann es Ihnen versprechen, wir werden gemeinsam Lösungen finden.

Die Opposition, Frau Wegner, kritisiert in dem Zusammenhang oft, dass der Rufbus gerade den Jugendlichen auf dem Rückweg nach einer langen Partynacht im Klub nicht hilft. Völlig korrekt, denn dafür haben wir aber im letzten Jahr die 50/50-Taxi-App gestartet, damit Jugendliche von 16 bis 25 Jahren freitags bis samstags und an Feiertagen 50 Prozent ihrer Taxikosten vom Land erstattet bekommen.

(Zuruf von Jutta Wegner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich sage hier noch einmal ganz bewusst: Mehr Regiobusse, Rufbusse und mehr Bahnstrecken, gerade der ländliche Raum profitiert enorm von unserer Mobilitätsoffensive.

(David Wulff, FDP: Können Sie noch mal
sagen, wann haben Sie das gemacht?)

Zudem sorgen wir dafür, dass Mobilität bezahlbar bleibt. Und wir haben auf mehreren Verkehrsministerkonferenzen uns dafür eingesetzt, dass gegen die Forderung aus Bayern das Deutschlandticket nicht nur bestehen bleibt und langfristig auf sichere Füße gestellt wird, sondern auch die Preise des Deutschlandtickets nur maßvoll steigen. Gleichzeitig haben wir zusätzlich zum Azubi-Ticket mit über 12.000 Abonnenten auch das Seniorenticket mit 41.000 neuen Abonnenten eingeführt. Denn, meine Damen und Herren, Mobilität kann nicht nur ein Luxus für Menschen mit dem nötigen Einkommen sein, sie muss auch für Menschen mit kleinem Beutel bezahlbar sein. Fortschritt in sozialer Verantwortung für die Menschen, das ist dank meiner Partei Leitmotiv unserer Fraktion und Arbeitsauftrag unserer Landesregierung. Und hier, meine Damen und Herren, wurde geliefert wie bestellt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Das Deutschlandticket für Azubis in MV und das Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren aus MV sind etabliert und stark nachgefragt. Jedes verkaufte Ticket wird durch das Land mit 20 Euro unterstützt. Nein, das ist konkret, das ist sozial!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, ich schätze ja, dass Sie Zeit sparen wollen. Nichtsdestotrotz ist es meine Aufgabe, zu fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Marcel Falk, SPD: Nein.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Auch nicht am Ende Ihrer Rede. Okay.

Marcel Falk, SPD: Das ist Entlastung, die jeden Monat ankommt. Zusätzlich dazu wollen wir deshalb gemeinsam mit den Kommunen beraten, wie wir in der kommenden Legislaturperiode das erfolgreiche Azubi-Ticket auch auf Schülerinnen und Schüler ausweiten können.

Und weil guter ÖPNV heute nicht bei Bus und Bahn endet, gehört auch die Digitalisierung dazu. Die App MV FÄHRT GUT wird zu einer Landesmobilitätsplattform ausgebaut. Ziel ist, Fahrpläne, Daten und Ticketangebote zentral zu bündeln und künftig auch Rufbusse direkt und nahtlos buchbar zu machen. Mit anderen Worten: Wir bauen nicht nur Liniennetze aus, wir bauen Zugangshürden ab, denn niemand soll erst ein kleines Verwaltungsstudium absolvieren müssen, um von A nach B zu kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwischen 2023 und 2025 hat Mecklenburg-Vorpommern für die Mobilitätsoffensive – und wir haben es schon gehört – rund 120 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Für 2026 sind weitere 60 Millionen Euro geplant. Dieses Geld fließt in mehr Schienenverkehr, in Regiobusse und Rufbusse, in moderne Vertriebs- und Kontrollinfrastruktur und in rabattierte Deutschlandtickets für Azubis sowie Seniorinnen und Senioren. Das ist purer politischer Gestaltungswille in Zahlen gegossen, und in weniger als drei Monaten werden die Bürgerinnen und Bürger ihr Urteil über diesen Erfolg fällen. Ich werbe dafür, dass wir diesen Weg fortsetzen und auch künftig die Mobilität in unserem Land gestalten dürfen. Und ja, natürlich ist noch nicht alles fertig, natürlich gibt es noch Aufgaben, natürlich müssen wir Angebote verstetigen, Finanzierungen sichern, weiter verdichten und dort nachlegen, wo noch Lücken bestehen, doch obwohl die finanziellen Bedingungen für das Land aktuell sehr angespannt sind, haben wir alles, was wir versprochen haben, auch gehalten. Wir werden auch weiter an der Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs arbeiten. Um das zu dürfen, dafür trete ich auch wieder an.

Meine Damen und Herren, die Mobilitätsoffensive ist kein Versprechen mehr. Wir sind mittendrin, sie hält an, sie nimmt Menschen mit. Und sie zeigt, gute Verkehrspolitik beginnt nicht mit dem Satz, das geht nicht, sondern mit der Frage, wann fährt der nächste Bus, und in unserer Heimat lautet die Antwort darauf immer öfter: bald, verlässlich und bezahlbar.

Meine Damen und Herren, bevor ich mich bei Ihnen bedanke und fürs Zuhören bedanke, noch ein Wort zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir lehnen diesen Antrag ab, da er für die gelingende Mobili-

tätsoffensive in MV offensichtlich absolut nicht nötig ist, denn es ist wie bei Hase und Igel: Wir sind schon längst da, wo Sie hinwollen. Also vielen Dank dafür!

Und zum Wortbeitrag von Frau Enseleit fällt mir nichts weiter ein. Das werde ich mal unkommentiert stehen lassen.

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der CDU.

Bitte schön, Frau Enseleit!

Sabine Enseleit, CDU: Ja, vielen Dank!

Ich glaube, ich darf jetzt keine Frage formulieren, deswegen mache ich es dann als Feststellung. Ich hätte Sie nämlich gern gefragt, ob Sie in der Realität auch schon mal das Angebot genutzt haben

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und ob Ihnen eigentlich bewusst ist, dass dieses 50/50-Taxi überhaupt nicht funktioniert.

Marcel Falk, SPD: Ich selber habe das 50/50-Taxi noch nicht ausprobiert, aber ich weiß, dass meine Tochter zum Beispiel viele Angebote von denen, die ich hier vorgelesen habe, nutzt und begeistert darüber ist, dass es diese Angebote gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke – Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein kurzer Hinweis an die Besuchertribüne, bitte von irgendwelchen, auch mimischen oder sonstigen gestikulierenden Äußerungen abzusehen. Das ist nach unserer Geschäftsordnung nicht gestattet. Ich selber habe es nicht gesehen, aber es wurde wohl etwas bemerkt. Von daher dieser Hinweis an dieser Stelle.

Und ich rufe jetzt auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Debatte will ich eines vorwegsagen, und ich habe es auch schon bei der Einbringung unseres Antrags gesagt: Niemand bestreitet, dass mit der Mobilitätsoffensive Bewegung in den öffentlichen Personennahverkehr gekommen ist. Ich spiele nichts gegeneinander aus, sondern ich weise darauf hin, wo es besser werden kann. Und das ist Aufgabe der Opposition.

Mehr Zugkilometer, Regiobuslinien, Rufbusangebote und digitale Auskunft, das macht für viele Menschen einen Unterschied, dort, wo Angebote verlässlich funktionieren. Aber was ging dem vorweg? Bürgerinnen und Bürger, die außer dem Schulbus kein Angebot hatten, überfüllte Züge an den Sommerwochenenden und Fahrgäste, die an den Bahnhöfen in gleißender Sommerhitze und oft ohne Versorgung und WC stehen blieben, landkreisübergreifende Linien, Zufallstreffer, angesparte Regionalisierungsmittel im dreistelligen Millionenbereich, die eigentlich für Angebote in den vorherigen Jahren bestimmt gewesen sind. Aber genau deshalb müssen wir doch jetzt ehrlich über die nächste Frage sprechen: Welches Mobilitätsangebot brauchen wir in unserem Land?

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Wie binden wir das so zusammen, dass der höchstmögliche Nutzen für unsere Bürgerinnen und Bürger entsteht? Und wie finanzieren wir das, wenn Rücklagen aufgebraucht sind und Haushalte unter Druck stehen? Denn die Mobilitätsoffensive ist ein Bündel von Maßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr – ein wichtiges Bündel, ja, aber eben kein verbindlicher landesweiter Rahmen für Mobilität in Mecklenburg-Vorpommern.

Und das ist der Kern unseres Antrages. Wenn jetzt eingewendet wird, wir würden nur neue Pläne fordern, während die Landesregierung schon umsetzt, dann ist das doch ein Scheinwiderspruch. Gute Umsetzung braucht Planung, klare Standards, Prioritäten und eine Definition dessen, was flächendeckende Mobilität konkret bedeutet. Sonst entsteht genau das, was wir im Land zu oft erleben: einzelne Verbesserungen hier, Modellprojekte dort, Förderprogramme an anderer Stelle, aber kein klares Gesamtbild. Dieses fehlt, dieses Gesamtbild.

Der Bericht zur Mobilitätsoffensive beschreibt Schienenpersonennahverkehr, Regiobus, Rufbus, Tarifangebote und Digitalisierung. Das ist richtig und wichtig. Aber wo ist die Verknüpfung mit Rad- und Fußverkehr, Verkehrssicherheit, Wirtschafts- und Tourismusverkehren und mit den Klimazielen des Landes? Und sagen Sie bitte nicht, das komme alles in den Klimamaßnahmenplan. Mobilität ist mehr als Bus und Bahn, und selbst Bus und Bahn funktionieren nur dort, wenn das Umfeld stimmt. Frau Enseleit hat ja nicht zu Unrecht nach dem 50/50-Ticket gefragt, was ja nicht erst seit diesem Jahr ein Angebot ist, sondern was es schon viele Jahre gibt. Was hilft mir das 50/50-Ticket in der Nacht, wenn kein Taxi da ist, das ich rufen kann und wo ich dieses Ticket einsetzen kann?!

(Zuruf von Falko Beitz, SPD)

Bei allem Respekt, Sie bauen sich hier Chimären auf. Natürlich ist es grundsätzlich ein gutes Angebot, aber es muss auch nutzbar sein. Gucken Sie doch mal an die Bahnhöfe, wo steht denn überhaupt noch ein Taxi?!

(Marcel Falk, SPD: In Anklam! – Tilo Gundlack, SPD: In Wismar! In Wismar!)

Ja, in Wismar, genau, in Wismar, in Schwerin, in Greifswald, in den Städten haben Sie das überall.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, Du hast gefragt, wo ein Taxi steht.)

Ja.

(Beatrix Hegenkötter, SPD: Da muss man fragen, wo und wann. – Zuruf von Marcel Falk, SPD)

Sonst entsteht genau das, was wir im Land zu oft erleben.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Beatrix Hegenkötter, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Der Bericht zur Mobilitätsoffensive beschreibt … einen Moment …

Der beste Regiobus hilft wenig ohne sichere Wege, verlässliche Anschlüsse und tatsächlich erreichbare Angebote.

(Andreas Butzki, SPD:
Jutta, das wird nicht besser!)

Darum brauchen wir einen verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätsplan mit klaren Prioritäten. Teuer wird es vor allem ohne klare Prioritäten und ohne gesicherte Finanzierung und wenn Land und Kommunen nebeneinanderher planen. Das Gutachten des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen zeigt, schon die Modernisierung des bestehenden öffentlichen Verkehrs wird in Mecklenburg-Vorpommern zusätzliche Mittel erfordern. Ein wirklich flächendeckend gutes Angebot kostet mehr, ja, aber die Differenz ist überschaubarer, als es in den politischen Debatten häufig dargestellt wird. Deshalb ist unser Antrag kein Wunschzettel, er ist ein konkreter Fahrplan für die nächsten Schritte. Und Sie haben ja gar nicht abgestritten, dass das notwendig ist, weil Sie machen das ja schon. Wir fordern einen priorisierten Maßnahmen- und Finanzierungsplan, also genau das Instrument, mit dem sichtbar wird, was ist denn notwendig, was ist vordringlich, was ist bezahlbar und wer ist zuständig und bis wann soll das umgesetzt werden.

Und auch für das Thema Konnexität haben wir ein Angebot, weil wir die Sorgen der Kommunen ernst nehmen. Denn gerade deshalb fordern wir keine losgelösten Vorgaben von oben, sondern ein verbindliches Koordinierungsverfahren mit Landkreisen, kreisfreien Städten, also den Aufgabenträgern. Standards, Finanzierung und Zuständigkeiten müssen zusammen gedacht werden. Alles andere wäre tatsächlich unseriös. Im Moment ist das Problem doch, das Land macht eine Mobilitätsoffensive, die von Kommunen genutzt wird, die aber nicht langfristig ausfinanziert ist. Am Ende ist nicht klar, welche Ebene für welche Qualität tatsächlich einstehen muss. Wir wollen diese Unklarheit beenden.

Und ja, wir wollen auch die gesetzliche Grundlage nachschärfen. Der bisherige Planungsauftrag reicht nicht mehr aus. David Wulff hat ja drauf hingewiesen, dass einfach der gesetzliche Rahmen dringend überarbeitungsbedürftig ist. Er definiert keine klaren Mindestinhalte, sichert keine Fortschreibung und verknüpft Planung nicht ausreichend mit Klimazielen, Förderung und Verkehrsverträgen. Seit dem Klimaverträglichkeitsgesetz ist zudem klar, der Verkehrssektor muss vom Sorgenkind zum Treiber des Klimaschutzes werden. Klimaneutrale Mobilität entsteht nicht automatisch durch einzelne Rufbuslinien. Sie braucht Planung, Steuerung und Nachsteuerung. Und das ist keine Politik gegen das Auto. Jeder darf sich entscheiden, mit welchem Verkehrsmittel er von A nach B kommt. Dafür brauchen wir aber ein entsprechendes Angebot.

Die Landesregierung hat mit der Mobilitätsoffensive etwas angestoßen,

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

das erkennen wir an,

(Andreas Butzki, SPD: Es ist rot!)

aber sie darf daraus keine Selbstzufriedenheit ableiten. – Vielen Dank!

Ich habe meine Redezeit ein bisschen unterschätzt, und ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Andreas Butzki, SPD:
Das wird nicht passieren!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Abgeordnete, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der SPD.

Herr Beitz, wenn Sie gestatten, möchte ich gern ein Versäumnis meinerseits nachholen. Und zwar hatte ich eigentlich vor, vor Aufruf der Rednerin noch auf der Besuchertribüne zu begrüßen Schülerinnen und Schüler des Evangelischen Schulcampus Dettmannsdorf. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Und jetzt hat das Wort für eine Kurzintervention der Abgeordnete Herr Beitz.

Bitte schön!

Falko Beitz, SPD: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Geschätzte Frau Kollegin Wegner, es war für mich schwer auszuhalten ehrlicherweise. Sie haben unser Land in einer, derart schlechtgeredet, dass es für … Sie haben, Sie sind in der Opposition, okay, Sie können kritisieren, aber nicht wahrzunehmen, was wir in den letzten fünf Jahren geschaffen haben, finde ich schwierig.

Selbst in dem Landkreis VG, der immer als letzter Landkreis beim Rufbussystem angeführt wurde, kann ich Ihnen sagen, der Rentner, den Sie angesprochen haben, der kann heute – ich nehme mal das Beispiel Usedom –, in Usedom gibt es eine virtuelle Haltestelle auf dem Aldi-Parkplatz, da kann der Rentner hinfahren, kann seine Einkäufe machen, kann dann hinterher den Rufbus wiederbestellen, kann einsteigen, und für einen zusätzlichen Euro wird der Rentner bis vor die Tür gefahren, mit den Einkäufen, so, zum Arzt geht es genauso.

(Rainer Albrecht, SPD: Genauso! Sehr gut!)

Dann gleiches Beispiel aus meinem Dorf. Meine Schwester wohnt in Berlin. Die kann heute mit dem Rufbus nach Usedom fahren,

(Zuruf aus dem Plenum: Von Berlin?!)

dann in die Regiobuslinie 81 einsteigen, die ist im Übrigen abgestimmt mit dem RE 3, und in Berlin am Hauptbahnhof aussteigen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Jetzt sagen Sie mir mal, dass das keine Leistung ist! Das ist abgestimmte Verkehrspolitik, und nicht das, was Sie hier an dieser Stelle dargestellt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke – Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Und jetzt, gut, bei den Dingen, die Sie hier von den Jugendlichen vorgetragen haben, können Sie ja mal oben fragen, ob sie in Neubrandenburg zur Disco gehen oder in Anklam oder wo die wirklich hinfahren.

(Marc Reinhardt, CDU: In Neukalen gehen die zur Disko! – Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, meine Herren! Das können Sie woanders austauschen.

Jetzt frage ich die Abgeordnete, ob sie auf die Kurzintervention reagieren möchte.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das möchte ich sehr gern tun.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe das zu Beginn meines Beitrages gesagt, ich will nichts schlechtreden,

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Haben Sie aber! – Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD)

ich will sagen, was man besser machen kann.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Christian Albrecht, Die Linke)

Das ist doch das Problem. Und wenn ihr euch in eurer Selbstzufriedenheit da weiter findet, dann ist das okay, das darf sein.

(Christian Albrecht, Die Linke: Hat ja keiner gemacht!)

Ihr seid die Regierung, ihr müsst es gutreden, ich bin die Opposition, ich muss euch sagen, wie es besser geht, so.

(Christian Albrecht, Die Linke: Alles schlechtreden! – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Jetzt zum Rufbus. Das ist eine Geschichte, die muss man mir nicht erzählen. Ich komme aus dem Landkreis, in dem schon vor mehr als 30 Jahren so etwas wie ein Rufbus erfunden worden ist. Es war der erste in Deutschland überhaupt, der das getan hat, der Landkreis Hameln-Pyrmont. Es hieß dort nur nicht Rufbus, sondern Anruf-Sammeltaxi. Aber ja, die Idee ist nicht neu und es ist gut, sie umzusetzen. Wir werden aber in diesem Land darauf achten müssen, wie wir das finanzieren. Wenn am Landkreis Seenplatte die Fahrt mit dem Rufbus teurer ist als eine Taxifahrt, aber es nicht so schlimm ist für den Nutzenden, weil ja der Landkreis das bezahlt, dann ist es ein Problem. Und wir sehen es in Ludwigslust-Parchim ja längst.

(Falko Beitz, SPD: Die Rufbusse sind voll!)

Wir müssen dafür tatsächlich Lösungen finden. Es geht nicht, es geht doch nicht darum, die Mobilitätsoffensive schlechtzureden.

(Andreas Butzki, SPD: Haben Sie aber gemacht! – Christian Albrecht, Die Linke: Dann machen Sie es doch nicht!)

Es geht darum, sie aus der Projektlogik herauszuholen und sie in einen verbindlichen Gesamtplan einzubinden.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Wir brauchen Pläne, aus einzelnen Maßnahmen muss ein System werden. Wir brauchen Mobilität für jede und jeden. Und wir brauchen deshalb Angebote, die wirklich für alle funktionieren.

(Andreas Butzki, SPD: Das haben wir doch gerade gehört!)

Andreas, bitte, fahr du aus einem unserer Dörfer mal ins Theater

(Andreas Butzki, SPD: Ja, mach ich, mach ich! – Zuruf von Christian Brade, SPD)

oder ins Kino an der Seenplatte. Du wirst, wenn Du Glück hast, hinkommen. Du wirst nicht mehr zurückkommen, weil gar nichts mehr fährt.

Es tut mir leid. Wir werden Mobilität brauchen in einer vernünftigen Konzeption, und nichts anderes fordert unser Antrag. – Vielen Dank!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Jetzt sind wir zwar etwas über die Kurzintervention hinausgegangen, es hat ja noch eine zweite quasi Kurzintervention stattgefunden, auf die geantwortet wurde. Ich bitte doch, zukünftig darauf zu achten, das ist eine bilaterale Angelegenheit.

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich gehe davon aus, dass wir die Unterrichtung auf Drucksache 8/6674 verfahrensmäßig für erledigt erklären. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Und wie hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt?

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hab zugestimmt, also geistig jedenfalls. – allgemeine Heiterkeit)

Ach so,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich bin nur so erschöpft, dass mein Arm gar nicht hochgeht. – Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

gut. Damit ist die Unterrichtung auf Drucksache 8/6674 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der Gruppe der FDP für erledigt erklärt.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/6672 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hab wieder einen kräftigen Arm.)

Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6672 bei Zustimmung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stimmenthaltung der Gruppe der FDP und einer fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Aussprache auf Antrag der Fraktion der AfD gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Bilanz – Unerwünschte Wahrheiten benennen“.

Aussprache auf Antrag der Fraktion der AfD gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema Bilanz – Unerwünschte Wahrheiten benennen

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 41 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Legislatur geht zu Ende. Was hat sie gebracht? Dazu einige Eckpunkte.

Als Alterspräsident habe ich vor fünf Jahren die erste Sitzung des neu gewählten Parlaments eröffnet.

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD)

Sofort danach wurde die Geschäftsordnung dahin geändert,

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

dass künftig nicht mehr das an Jahren älteste Mitglied des Landtags, sondern der am längsten Zugehörige Alterspräsident sein soll. Damit wurde ein Traditionsbruch in der deutschen Demokratiegeschichte vollzogen, der einzig und allein damit begründet war, die AfD, solange es irgendwie geht, von diesem repräsentativen Amt fernzuhalten.

Mit diesem Schritt eines sich neu formierten Anti-AfD-Kartells setzte die CDU ihren Ritt zur Selbstverzwergung hinter einer Brandmauer fort, mit dem sie sich dem linken Lager ausgeliefert hat und jetzt nicht weiß,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

wie sie aus diesem Schlamassel wieder herauskommen soll.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Die Brandmauer ist der Sündenfall dieser Legislatur, denn sie ist zutiefst demokratiefeindlich. Anträge der AfD sind nach diesem Muster prinzipiell unabhängig von ihrem Inhalt abzulehnen und die Stimmen der AfD dürfen auch bei anderen Anträgen nicht mitentscheidend sein.

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

So wird Demokratie nicht verteidigt, sondern kaputt gemacht.

Das System Brandmauer funktioniert nach dem uralten Muster der Kommunisten zur Machtergreifung. Wer ihnen im Wege steht, wird zum Faschisten oder Antidemokraten erklärt und geächtet.

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Die Mauer wurde so zum antifaschistischen Schutzwall. Die meisten haben das vergessen. Die Mauer ist weg, die antifaschistische Masche hat überlebt. Hier im Landtag meinen Abgeordnete aus dem links-grünen Lager, auf teils skurrile Weise immer wieder ihren Alleinvertretungsanspruch als demokratisch reklamieren zu dürfen.

(Michael Noetzel, Die Linke: „Demokratisches Geschwätz“, haben Sie gesagt.)

Aber diese Anmaßung verfängt nicht mehr. Die Bürger werden in der nächsten Wahl diesen Begriffsschwindel – was anderes ist es nicht – entlarven und die Brandmauer endgültig pulverisieren, denn das mit Unterstützung öffentlich-rechtlicher Medien und steuerfinanzierter NGOs über Jahre betriebene Konzept zum Machterhalt durch Ausgrenzung und Ächtung des politischen Gegners hat ausgedient.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Hören Sie gut zu!

Dieses Konstrukt des Machterhalts durch systematische Ausgrenzung und Ächtung des politischen Gegners hat das Format eines Staatsstreichs von oben, denn dieses Konzept wird im konzertierten Zusammenwirken staatlicher Stellen und nicht staatlicher Organisationen teils subtil, dafür aber in großer Intensität betrieben, und das seit vielen Jahren. Eine Kernaufgabe kommt dabei dem regierungsabhängigen Verfassungsschutz zu, der mit seinen teils abenteuerlich begründeten Etikettierungen vom „Verdachtsfall“ bis „gesichert rechtsextrem“ den Bannfluch zur Freigabe von Ausgrenzung und Ächtung verkündet.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Mimimi!)

Das soll sich dann durch Wiederholung in den Köpfen wie ein lang wirkendes Gift festsetzen. Das ist ein dosierter Demokratieabbau mit Langzeitwirkung.

Meine Damen und Herren, das größte Problem, das viel zu kurz gekommen ist, ist die demografische Entwicklung. Es fehlen jährlich rund 350 Neugeborene. Darunter fielen in 2025 106.000 Schwangerschaftsabbrüche. Die Geburtenrate sinkt kontinuierlich und beträgt bei deutschen Frauen nur noch 1,23. Sie hängt zudem mit dem

Bildungsgrad zusammen. Je höher der Bildungsgrad, desto niedriger die Geburtenrate und umgekehrt. Bei den Akademikerinnen sind 23 Prozent kinderlos.

(Torsten Renz, CDU: Und wie viele Kinder haben Sie, Herr Förster?)

Von den 2025 geborenen Kindern

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wurden rund zwei Drittel von deutschen Müttern und rund ein Drittel – mit wachsender Tendenz – von ausländischen Müttern geboren. Die Geburtenrate ist hier um 50 Prozent höher. Was das für die Zukunft bedeutet, lässt sich mit etwas Verstand und etwas Mathematik ganz klar prognostizieren.

(Julian Barlen, SPD: Sagen Sie es doch mal! Was passiert denn dann, Herr Förster?)

Obwohl die Zahlen alarmierend sind und einer langen Entwicklung entsprechen, schaut die Politik tatenlos zu.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Sie sorgt sich eher um den Bestand einer bedrohten Tierart als um die eigene schrumpfende Bevölkerung.

(Julian Barlen, SPD: Wollen Sie noch ein paar Buchstaben kaufen?)

Das Ganze ist ein Tabuthema,

(Julian Barlen, SPD: Oder klappt es so?)

weil die geringe Geburtenrate natürlich auch die Frage,

(Julian Barlen, SPD: Nee, er will nicht lösen.)

ja, die Frage nach den Geschlechterrollen neu aufwirft. Wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen. Nur Frauen bringen Kinder zur Welt und sie können diese Aufgabe nicht nebenbei im Homeoffice oder später im vorgerückten Alter erledigen.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Also ab an den Herd!)

Wir müssen über die verschiedenen, aber gleichwertigen Rollen von Mann und Frau neu nachdenken.

(Heiterkeit bei Elke-Annette Schmidt, Die Linke: An den Herd!)

Die demografische Katastrophe zwingt uns dazu. Nur die Frau trägt mit ihrer Fähigkeit zu gebären das Leben von Geschlecht zu Geschlecht weiter. Ihre Rolle als Mutter ist existenziell für die Gesellschaft und muss von dieser ganz anders wertgeschätzt und gefördert werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zuwanderung allein ist keine Lösung, vor allem dann nicht, wenn sie im Rahmen einer illegalen Massenmigration vorwiegend in die sozialen Sicherungssysteme stattfindet. Allerdings hat uns die SPD-Vorsitzende und Bundesministerin Bas kürzlich erklärt, dass die Migration aus ganz anderen Gründen unverzichtbar sei, denn die Migration werde für die Vielfalt in unserer Gesellschaft gebraucht. Sie sei als kulturelle Bereicherung anzunehmen, um das bestehende Einheitsbraun in Vielfalt zu verwandeln. Sie plädiert damit ganz klar für eine gezielte Änderung der Bevölkerungsstruktur durch Migration in eine multikulturelle Gesellschaft. Was bisher als Verschwörungstheorie abgetan wurde, wird von dieser Ministerin quasi als Regierungsprogramm bestätigt,

(Michael Noetzel, Die Linke: Was meinen Sie?)

denn die Aussage Bas' beinhaltet zum einen die pauschale Verunglimpfung des deutschen Volkes als Nazis und zum anderen einen Frontalangriff auf die deutsche Nation, die ihr offensichtlich zuwider ist. Das deutsche Volk ist für sie erst akzeptabel, wenn es durch eine fremdkulturelle Zuwanderung in seiner Substanz so verdünnt ist, dass es seine gewachsene Identität in einer multikulturellen Gesellschaft verloren hat.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Das ist so ungeheuerlich, dass man sich nur wundern kann, wieso es daraufhin keinen Aufschrei der Empörung gegeben hat. In jedem anderen Land wäre die Ministerin keine Stunde länger in ihrem Amt geblieben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

Die Spitzen der Koalition im Bund reagierten bestenfalls mit betretenem Schweigen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat die Aussage seiner Parteichefin verteidigt. Damit wissen wir, Herr Barlen, wo und für was diese Partei steht.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Auf jeden Fall!)

Ein Thema, das der Landtag aufgrund unseres Antrags zur „Wilhelm Gustloff" sehr kontrovers diskutiert hat, ist die Erinnerungskultur unseres Landes. Der AfD ging es darum, eine Gedenkstätte für die Opfer der größten Schiffskatastrophe der Menschheitsgeschichte zu errichten. Das ist nämlich nicht die „Titanic", sondern die „Wilhelm Gustloff", die Ende Januar 1945 mit über 10.000 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, nach sowjetischen Torpedoangriffen in der Ostsee versank. In den eiskalten Fluten starben über 9.000 Menschen, darunter über die Hälfte Kinder. Der Antrag wurde als Angriff auf die Erinnerungskultur ebenso eiskalt abgelehnt. Was ist das für eine Erinnerungskultur, die ausschließlich auf die Verbrechen des NS-Systems ausgerichtet ist und ihren Blick auf das Leid der Deutschen, hier die Opfer von Flucht und Vertreibung, versperrt?! Das kann auf Dauer nicht gut gehen, denn die Geschichte ist nicht teilbar. Allein der Tod von 5.000 Kindern ist Grund genug,

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

deren Schicksal nicht dem Vergessen preiszugeben.

Meine Fraktion ist immer noch erschüttert davon, mit welcher Härte unser Antrag abgelehnt wurde.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Offensichtlich kann man sich in den Reihen der Landesregierung eher dafür erwärmen, ein Denkmal für einen gestrandeten Wal als für die Opfer von Flucht und Vertreibung zu errichten.

(Beifall Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD –
Enrico Schult, AfD: Schlimm ist das, schlimm!)

Meine Damen und Herren, dies war wohl meine letzte Rede im Landtag. Zum Schluss noch ein paar persönliche Worte.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Trotz harter Differenzen habe ich den Umgang mit den meisten Abgeordneten als korrekt und angenehm empfunden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dafür bin ich dankbar.

(Julian Barlen, SPD: Da ist
einiges schiefgelaufen wohl.)

Zur sogenannten Brandmauer und der von einigen Kollegen betriebenen Ausgrenzung meiner Fraktion nur so viel: Sie ist verletzend, schadet der Demokratie und sollte unabhängig vom Wahlergebnis überwunden werden. Ich blicke mit großer Sorge in die Zukunft und kann es nicht fassen, wie leichtfertig wir dabei sind, uns auf einen neuen Krieg einstimmen zu lassen. Es scheint, dass einige Jahrzehnte ausreichen, die Erinnerung an die Zertrümmerung unseres Landes und das entsetzliche Leid des Krieges verblassen zu lassen.

Wie die meisten Kriege, so hat auch der Ukrainekrieg viele Väter. Vielleicht wäre er mit einer klügeren Politik zu verhindern gewesen. Er ist jedenfalls nicht unser Krieg, und wir dürfen uns auch nicht in diesen Krieg hineinziehen lassen. Tun Sie alles dafür, diesen Krieg und das entsetzliche Blutvergießen zu beenden, und widerstehen Sie jeder Form von Kriegspropaganda!

Und ein Letztes: Es gibt für uns und für Europa keine Zukunft gegen, sondern nur mit Russland, auch wenn es in diesem Krieg der Aggressor ist, deshalb alles für ein in Frieden lebendes Deutschland! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die AfD will heute über „Unerwünschte Wahrheiten benennen“ reden. Gut, machen wir das, reden wir über Wahrheiten, die diese Fraktion wirklich unerwünscht findet!

Erste Wahrheit: Am 25. Juni, vor einer Woche, hat die Gesellschaft für Freiheitsrechte ein Rechtsgutachten vorgelegt, über 3.000 Seiten,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

mehr als drei Millionen ausgewertete Datenpunkte, über 2.500 Belege,

(Thore Stein, AfD:
Das war aber ziemlich schlimm.)

und zwar nicht aus Gerüchten, nicht aus anonymen Quellen, sondern ausschließlich aus parteioffiziellen Äußerungen, aus Programmen, aus Anträgen, aus den Worten Ihrer eigenen Funktionäre. Ihr Ergebnis, das Ergebnis der Gesellschaft für Freiheitsrechte, ist eindeutig,

(Enrico Schult, AfD: Oh,
was für eine tolle Gesellschaft!)

dass die AfD im Sinne des Artikels 21 Absatz 2 des Grundgesetzes verfassungswidrig ist, denn sie kommen zu dem Schluss, dass die AfD die freiheitlich-demokratische Grundordnung beeinträchtigen möchte. Sie missachtet systematisch das Demokratieprinzip und die Menschenwürde. Das ist keine Meinung, das ist eine juristische Prüfung an den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts. Und sie führt zu zentralen Forderungen der AfD dieselben Kategorien auf, mit denen Karlsruhe 2017 die Verfassungsfeindlichkeit der NPD festgestellt hat.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Zweite Wahrheit, und die spielt hier bei uns im Land: Das Gutachten zitiert das Regierungsprogramm der AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Sie fordern darin ein Babybegrüßungsgeld von 3.000 Euro. Klingt erst mal nett, aber nur, solange man das Kleingedruckte nicht liest. Voraussetzung ist die deutsche Staatsangehörigkeit eines Elternteils. Kinder, die hier geboren werden und nach dem Grundgesetz Deutsche sind, deren Eltern aber Ausländer sind, die schließen Sie aus. Deutsche Kinder erster und zweiter Klasse per Landesgesetz! Das Gutachten nennt das, was es ist, einen Verstoß gegen die elementare Rechtsgleichheit,

(Beifall Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

gegen die Menschenwürde. Und es stellt diese Forderungen direkt neben das NPD-Programm von 2010.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das war die KI. – Zuruf von
Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Es geht weiter: In Ihrem Landtagswahlprogramm fordern Sie eine eigene Rückführungspolizei für dieses Land.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Skandal!)

Ihr ehemaliger Fraktionsvorsitzender hat die Remigrationserklärung unterzeichnet, gemeinsam mit Björn Höcke.

(Nikolaus Kramer, AfD: Jawoll!)

Er hat Martin Sellner, den Vordenker der Identitären Bewegung, öffentlich verteidigt.

(Nikolaus Kramer, AfD: Ja, natürlich!)

Und wer arbeitet

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

als persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden hier im Landtag? Der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende eben dieser Identitären Bewegung.

(Nikolaus Kramer, AfD: Zu Recht! –
Julian Barlen, SPD: Hört, hört!)

Das ist keine Unterstellung, das steht dokumentiert und belegt im Gutachten.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und wir hören die Bestätigung.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Dritte Wahrheit: Ihre Bilanz für die arbeitenden Menschen in diesem Land.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Sie sind offen für ein höheres Renteneintrittsalter.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Ihre Partei hat dem Mindestlohn von 12 Euro im Bundestag nicht zugestimmt, Sie wollen Tariftreue- und Vergabegesetze schleifen – einen Frontalangriff auf Arbeitnehmerrechte nennen das die Gewerkschaften – und Sie träumen vom Dexit, dem Austritt aus der EU. Ökonomen rechnen vor, was das kostet:

(Thore Stein, AfD: Darf man das denn?)

round about 700 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung, bis zu zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze. Für ein Exportland wie Mecklenburg-Vorpommern, für unsere Werften, unsere Häfen, unsere Landwirtschaft wäre das ein Ruin.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Das ist Ihre Bilanz, bevor Sie auch nur einen Tag regiert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vierte Wahrheit, und jetzt zitiere ich niemanden von uns, keine SPD, keine Zeitung, keinen Verfassungsschutz, ich zitiere Ihre eigenen Leute, Menschen, die in der AfD waren und gegangen sind.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr viele
dazugekommen in letzter Zeit, nicht wahr?)

Da haben wir zum Beispiel:

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Ich würde sagen, Zehntausende!)

„Die Radikalen haben die Kontrolle über die AfD übernommen."

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

„Ich will diese Leute nicht in der Regierung sehen",

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Aus ganz vielen
Gesellschaftsschichten, Herr da Cunha!)

von Jörg Meuthen, Ihrem eigenen langjährigen Bundessprecher, Ihr eigener Parteichef, meine Damen und Herren!

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Dann Christopher Emden, ehemaliger AfD-Abgeordneter: „Diese Partei ist keine Alternative, sie ist der Abgrund für Deutschland."

(Enrico Schult, AfD:
Können Sie noch mal sagen,
wer das ist? Den kenne ich gar nicht. –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wer
war das noch mal?)

„... sie ist, aufgrund der zunehmenden Radikalisierung vieler Mitglieder, sogar gefährlich für unser Land."

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Und Freia Lippold-Eggen, ebenfalls ausgetreten, sagt: „Um an die Macht zu kommen, nutzen sie die Schwächen der Demokratie – jener Demokratie, die sie abschaffen wollen. Das funktioniert wie 1933, genau so wurde auch die NSDAP groß." Und sie fügt hinzu, warum sie das ausspricht:

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ich habe ja Mitleid mit ihm, weil er
das selber glaubt, was er da sagt.)

„Wer schweigt, stimmt zu." Das sagen nicht wir, das sagen die, die Sie von innen kennen. Die waren dabei, bis sie es nicht mehr ertragen haben.

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

Und die fünfte Wahrheit, meine Damen und Herren: Die AfD redet von einem angeblichen Demokratiedefizit bei uns im Land oder auch in Deutschland. Ausgerechnet! Das Gutachten dokumentiert über 220 Belege dafür, dass die AfD politische Gegner für ihre Entscheidungen strafrechtlich verfolgen will. Hier im Haus hat die Fraktion beantragt, die Mittel für Gedenkstättenfahrten unserer Schülerinnen und Schüler zu kürzen. Sie wollen Demokratieprojekten wie dem DemokratieLaden das Geld streichen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ich dachte, Sie kommen jetzt zur Strafbarkeit
von Steuergeldverschwendung der Politiker.)

Wer so handelt, der beklagt kein Demokratiedefizit, der arbeitet daran, eins zu schaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ich sage Ihnen, ich sage Ihnen, was in Deutschland tatsächlich unerwünscht ist: dass Kinder aus diesem Land in Klassen erster und zweiter Güte sortiert werden, dass eine Partei ihre Kritiker hinter Gitter wünscht, dass die Erinnerung an das Verbrechen der Nationalsozialisten zum „Vogelschiss" erklärt wird, dass die Fraktionschefs im Osten eine Resolution beschlossen haben: „Der Osten geht voran – Regierungsverantwortung 2026". Sie wollen dieses Land als Testfeld, als Auftakt, wie es dort heißt.

Unsere Antwort darauf ist klar: Mecklenburg-Vorpommern ist kein Experimentierfeld für Verfassungsfeinde. Dieses Land gehört den Menschen, die hier leben und arbeiten, allen Menschen, die hier leben und arbeiten. Das ist die Bilanz, die heute auf den Tisch gehört. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, Die Linke und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem ominösen Titel der Aussprache wusste man ja gar nicht, worauf man sich vorbereiten soll. Wird es jetzt hier eine Abrechnung zur Bildungspolitik, zur Wirtschaftspolitik, zur Sozialpolitik, zur Innenpolitik? Nichts davon war da. Es war eher so ein mexikanischer Rundumschlag hier vom Kollegen Förster, noch mal alle Themen angerissen von der Entscheidung zum Alterspräsidenten über die öffentlich-rechtlichen Medien, Verfassungsschutz bis am Ende zur Geburtenrate und zum Ukrainekrieg.

(Heiterkeit bei Marcel Falk, SPD)

Da weiß ich jetzt gar nicht, worauf ich zuerst eingehen soll. Aber ich möchte mal an ein paar Punkten deutlich machen, was mir an der Stelle auch noch mal sehr, sehr wichtig ist.

Der erste Punkt ist – und das, finde ich, müssen wir alle akzeptieren, haben wir jetzt in fünf Jahren Opposition auch akzeptieren müssen –, in der Demokratie entscheiden am Ende Mehrheiten. Das war so, das wird auch künftig hier so sein. Und da ist es nun mal so, dass Anträgen, Gesetzentwürfen zugestimmt wird oder auch mal nicht. Daraus jetzt gleich etwas abzuleiten, was die Demokratie insgesamt infrage stellt, das, finde ich, ist nicht gegeben.

Und es zieht sich wie so ein roter Faden hier auch durch Ihr Agieren hier im Haus, dass Sie dabei sind, hier auch die Institutionen unseres Staates zu delegitimieren. Es fängt bei Kritik am Verfassungsschutz an, der Justiz, aber auch die öffentlich-rechtlichen Medien immer wieder, dass Sie dabei sind, einzelne Institutionen hier permanent durch den Kakao zu ziehen, wobei gerade hier öffentlich-rechtliche Medien –

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

und der eine oder andere von Ihnen war ja auch beim Parlamentarischen Abend des NDR – nehme ich durchaus mittlerweile als sehr, ja, auch selbstkritisch und reflektierend wahr im Gegensatz zu Ihnen. Vielleicht können Sie sich davon auch mal eine Scheibe abschneiden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und, meine Damen und Herren, was mir auch wichtig ist an der Stelle – und das klang die letzten Jahre, seitdem ich ja auch häufiger mal zu AfD-Anträgen hier reden musste,

(Enrico Schult, AfD: Durfte!)

klingt es ja auch so durch –, dass immer wieder dieser Vergleich gezogen wird: Demokratie, Freiheit, das ist alles wie früher, man darf nicht mehr sagen, was man denkt, und es ist wie zu DDR-Zeiten. Also gerade diejenigen, die etwas älter sind –

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

ich schaue mal in Richtung Harald Terpe, Thomas Krüger, Harry Glawe, viele andere, die ja auch selbst aktiv an der friedlichen Revolution teilgenommen haben –, Herr Förster, Sie waren damals auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, deswegen vielleicht noch mal die Kollegen fragen, die dabei waren, was mit Leuten passiert ist, die vor 1989 hier den Mund aufgemacht haben.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Sie durften nicht frei hier ihre Meinung sagen in einem frei gewählten Parlament, die wurden im Zweifel eingesperrt, die wurden im Zweifel mit Repressalien belegt. Und deswegen ist dieser Vergleich, der auch permanent von Ihnen gezogen wird,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

hier völlig an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Herrn Schult?

Sebastian Ehlers, CDU: Nein, ich habe jetzt nicht so viel Redezeit.

(Thore Stein, AfD: Zwischenfragen
gehen auch nicht auf die Zeit.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was aus meiner Sicht wichtig ist, in diesen aufgeheizten, polarisierenden Zeiten brauchen wir mehr Miteinander, weniger Gegeneinander, und wir müssen auch wieder lernen, Diskussionen auszuhalten. Ich glaube, das habe ich in den letzten Jahren auch immer wieder deutlich gemacht. Und da gibt es nun mal kein Schwarz und Weiß. Wir hatten viele aufgeheizte Diskussion, wo ich auch von Ihnen Maß und Mitte dort vermisst habe. Sei es beim Thema Migration, sei es beim Thema Corona, auch beim Thema Ukrainekrieg, finde ich, müssen wir es auch miteinander aushalten, zu diskutieren und auch mal zu schauen, wo ist denn überhaupt die politische Mitte, wo gibt es hier auch Gemeinsamkeiten, und nicht nur das suchen, was uns entzweit an der Stelle.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Wir können ja mal darüber reden,
was Mitte überhaupt sein soll.)

Und ein Punkt ist mir auch noch mal wichtig, an der Stelle ganz klar und deutlich zu sagen, weil Sie ja auch häufiger immer hier „Linksruck“ und, was haben Sie gesagt, „CDU dem linken Lager ausgeliefert“, also das habe ich in den letzten vier Jahren jetzt hier im Landtag nicht er-

lebt, da haben Sie vielleicht andere Landtagssitzungen verfolgt, ich weiß nicht.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Wir hatten da, glaube ich, eine sehr harte Auseinandersetzung mit der rot-roten Landesregierung.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Wir reden hier nicht über Berlin, da ist es auch nicht der Fall, Herr Förster, wir reden hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ich finde, darüber muss man dann auch reden, wofür man zuständig ist an der Stelle.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Dazugewonnen haben Sie aber auch nicht.)

Und das will ich auch noch mal sehr klar und deutlich sagen, weil Sie ja so tun, Sie sind so das, was früher mal die gute alte Bundesrepublik und die Adenauer-CDU und die Kohl-CDU war. Da widerspreche ich Ihnen ganz, ganz deutlich,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Müssen Sie auch.)

denn für Adenauer, Kohl und alle, die danach folgten, war immer auch ganz klar, soziale Marktwirtschaft, ein starkes Europa, eine starke Europäische Union, eine geeinte Europäische Union,

(Zuruf aus dem Plenum:
Wo ist die denn stark?)

eine starke NATO, eine Westbindung – all das sind Dinge, für die die CDU steht, all das sind Dinge, für die Sie bisher nicht standen und wahrscheinlich auch niemals stehen werden. Von daher verbitte ich mir an der Stelle auch entsprechende Vergleiche!

Ich hätte mir gewünscht, dass, wenn Sie hier Bilanz ziehen, etwas mehr Fleisch am Knochen wäre. Das waren leider die üblichen Parolen, überrascht mich an der Stelle aber auch nicht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender!

Enrico Schult, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Ehlers, ich will da jetzt gar nicht großartig ausführen dazu, aber Sie haben ja den Vergleich gezogen zur DDR-Zeit, also man traut sich nicht mehr, seine Meinung zu sagen. Da gibt es ja aktuelle Statistiken, also, und das ist ja unbestritten, dass wir zur DDR-Zeit hier viel Maulkorb bekommen haben und die sozusagen eingelocht wurden,

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

die sich da darüber hinweggesetzt haben.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich gebe, ich gebe,

(Thomas Krüger, SPD: Ein Maulkorb,
das ist was anderes als Gefängnis.)

ich gebe …

Habe ich ja gerade gesagt. Wenn Sie nicht dazwischenschreien würden, dann würden Sie es ja hören. Maulkorb, und dann im Nachhinein, dass sie da eingelocht wurden dafür.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: So, auch am Ende der Tagesordnung bitte ich, die Geschäftsordnung zu beachten. Es ist eine Kurzintervention, also findet der Austausch zwischen demjenigen, der die Kurzintervention angemeldet hat, und demjenigen, der geredet hat, statt. Ich bitte, das zu berücksichtigen!

Bitte schön!

Enrico Schult, AfD: Genau!

Also uns geht es ja darum, dass viele Leute in Deutschland meinen, nicht mehr frei ihre Meinung äußern zu dürfen, weil sie Repressalien befürchten. Da gibt es Statistiken.1990 meinten 80 Prozent noch, dass sie frei ihre Meinung äußern könnten, also nach der Wende, und jetzt haben wir knapp über 40 Prozent. Wie erklären Sie sich diese Zahlen?

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Das ist das, was mein Kollege Horst Förster angesprochen hat.

(Der Abgeordnete Sebastian Ehlers
wendet sich an das Präsidium.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchtest du ..., möchten Sie …

Sebastian Ehlers, CDU: Wir bleiben mal beim Sie, Frau Vizepräsidentin!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie darauf reagieren, Herr Abgeordneter?

Sebastian Ehlers, CDU: Ich möchte gern darauf eingehen.

Ich kenne natürlich auch diese Umfragen und ich nehme diese Entwicklung auch mit Sorge zur Kenntnis.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und es ist ja die Frage, wie geht man mit den Umfragen um, so wie Sie und Ihre Partei und Fraktion, die immer noch mal ein bisschen ein paar Kohlen nachlegen bei dem Thema und sagen, ja, genau, das ist so, oder so, wie wir – und, ich glaube, auch alle anderen Abgeordneten hier im Haus – sagen, ja, es ist halt nicht so, den Leuten auch erklären,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Schönreden!)

dass sie frei ihre Meinung sagen können, solange es sich logischerweise auch im Rahmen der Verfassung bewegt an der Stelle und nicht strafrechtlich irgendwo relevant ist. Und ich glaube, das ist der ganz entscheidende Unterschied zwischen uns. Und deswegen ermuntere ich auch jeden, seine Meinung frei zu sagen, klar und deutlich. Und da gibt es ja dann auch Gott sei Dank keine Konsequenzen mehr an der Stelle.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und in einer Demokratie, finde ich, muss man auch einiges aushalten. Da bin ich auch ein großer Freund davon. Nicht alles, was mir,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

nicht alles, was mir gefällt an der Stelle, alles, was ich höre, muss mir ja gefallen, ob es nun auf Demonstrationen oder woanders ist. Aber ich finde, in einer Demokratie gehört es auch dazu, viel auszuhalten. Ich für meinen Teil, meine Fraktion, wir können das aushalten, aber wir treten logischerweise auch all denen ganz klar entgegen, egal von welcher Seite, rechts, links oder wo auch immer her, die mit extremistischen, radikalen Positionen auftreten, sei es jetzt hier und auch außerhalb des Landtages.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Nadine Julitz, SPD –
Zuruf von Christian Albrecht, Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ums Wort gebeten hat für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Herr Dr. Trepsdorf.

Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja, werte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, schön, dass es die Möglichkeit jetzt noch mal hier so gibt, natürlich zu einem dramatischen Thema.

Herr Förster, ich muss tatsächlich jetzt auch noch mal eine Lanze hier für unsere modernen Frauen sprechen und brechen, weil, ganz ehrlich, Ihr Frauenbild ist tatsächlich aus dem 19., aus dem 18. Jahrhundert, keine Ahnung. Frauen sind selbstbestimmt, sie agieren in unserer Gesellschaft emanzipiert, sie haben keinen volkspolitischen Auftrag, um, in Anführungszeichen, „Gebärmaschinen“ zu sein, sondern sie entscheiden selbst, ob sie Kinder kriegen wollen oder nicht. My body, my choice!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Es ist ein Unding, dass Sie hier so ein Frauenbild nach vorn bringen.

Sie reden von unerwünschten Wahrheiten, meinen aber in Wirklichkeit schlicht und ergreifend Ressentiments.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Was?! Wir haben vom Familienbild
gesprochen, aber das Wort „Familie“
gibt es ja gar nicht für Sie.)

Sie reden von, in Anführungszeichen, „dem Volk“, meinen aber nur diejenigen, die in Ihr enges deutschnationales Raster passen. Sie reden von Bilanz, aber Ihre einzige Bilanz ist leider Gottes Spaltung, Hetze und der Versuch, dieses Parlament und seine Mitglieder in Misskredit zu bringen.

Sie sprechen aber nicht die wirklichen Bruchstellen im Leben der Menschen an. Wo ist denn Ihre Wahrheit über Kinderarmut beispielsweise, über die Pflegerin, die im Dreischichtsystem arbeitet und trotzdem jeden Cent dreimal umdrehen muss, über Menschen, die sich fragen, wie sie die nächste Stromrechnung bezahlen sollen? Dazu kommt von Ihnen nichts, nada, außer eben das Mantra, schuld sind immer die anderen, sind die sogenannten Altparteien,

(Zuruf von Christiane Berg, CDU)

sind Geflüchtete, sind Migrantinnen und Migranten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das Wetter haben Sie vergessen.)

Und Sie machen aus diesen realen sozialen Krisen Erzählungen der Herkunft und der Hautfarbe. Das ist nicht mutig, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist schlicht und ergreifend feige.

(Beifall Michael Noetzel, Die Linke)

Sie treten immer nach unten, kuscheln politisch nach oben zu den Vermögenden, zu den Privilegierten, und Sie werden diese niemals wirklich antasten. Sie reden vom sogenannten Systemversagen, aber ganz ehrlich – gerade, was aus Berlin angetriggert wird, die Politik des Sparens und des Kürzens, wogegen wir, meine Fraktion und auch die SPD und die GRÜNEN, seit Jahren kämpfen –,

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Sie aber, Sie stimmen überall dort, wo Sie am Tisch sitzen, brav gegen Investitionen in Soziales, gegen mehr Personal im öffentlichen Dienst, gegen Tariferhöhungen, gegen den Mindestlohn. Und danach stellen Sie sich hier noch her und beschimpfen den Staat, den Sie selbst kaputtsparen wollen.

Unerwünschte Wahrheit Nummer eins, die Sie nicht ansprechen: Ihre Politik würde den Wohlhabenden nutzen und den Ärmeren schaden. Ihre Steuervorschläge entlasten Vermögende und Konzerne, während Sie bei Sozialleistungen, Arbeitslosen, Geflüchteten, bei der Kultur den Rotstift ansetzen. Sie sind keine Partei der sogenannten kleinen Leute, Sie sind eine Partei der überbordenden Ressentiments.

Unerwünschte Wahrheit Nummer zwei: Wenn es nach Ihnen ginge, würden Grundrechte eingeschränkt, kritische Kunst und Medien an die Leine gelegt, Gewerkschaften geschwächt und der politische Gegner eingeschüchtert. Das praktizieren Sie ja wirklich demonstrierend hier. Sie wollen einen autoritären Staat, in dem eine ethnisch definierte sogenannte, in Anführungszeichen, „Volksgemeinschaft“ den Ton angibt. Wir sagen: Nicht mit uns!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und unerwünschte Wahrheit Nummer drei: Sie leben politisch davon, dass es Menschen schlecht geht, und

Sie haben ein Interesse daran, dass es so bleibt. Der Kollege da Cunha hat das eindrucksvoll dargelegt. Denn würde es Ihnen gelingen, Armut wirklich zu reduzieren, gute Löhne zu sichern, Wohnungen bezahlbar zu machen, die Daseinsvorsorge auszubauen, dann wäre Ihr Geschäftsmodell schlicht und ergreifend futsch. Sie brauchen die Wut, aber Sie wollen die Ursachen eben nicht bekämpfen. Sie sind die geistigen Pyromanen,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

die sich hier als Feuerwehrleute ausgeben.

Meine Damen und Herren, hochverachtungsvolle Kolleg/-innen von der AfD,

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Hochverachtungs...!)

die wahre Bilanz dieser Jahre ist nicht die AfD-Show, die wir heute wieder erleben, die wahre Bilanz ist, zu viele Menschen arbeiten hart und können sich trotzdem nicht sicher sein, gut über den Monat zu kommen.

(Thore Stein, AfD: Wer regiert denn hier?)

Viele Regionen im ländlichen Raum fühlen sich abgehängt, weil seit Jahrzehnten privatisiert, gekürzt und ausgelagert wird.

(Thore Stein, AfD: Nee, weil Sie
hier regieren seit Jahrzehnten!)

Die Antwort darauf kann nicht Nationalismus, Abschottung und autoritäre Sehnsucht sein, die Antwort muss sein:

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, mehr öffentliche Investitionen, also eine Politik, die nach unten schützt und nach oben begrenzt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Wir als Linke sagen, die Konfliktlinie verläuft nicht zwischen „deutsch“ und „nicht deutsch“, sondern zwischen oben und unten, zwischen denen, die von steigenden Profiten, Dividenden und Erbschaften leben, und denen, die jeden Tag ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Wer die Gesellschaft wirklich verändern will, muss sich mit den Mächtigen anlegen, nicht mit den Geflüchteten, nicht mit den Minderheiten, nicht mit den Schwachen.

Sie, liebe AfD, werden weiter versuchen, Hass zu säen. Wir werden dafür sorgen, dass dieser Hass auf einen klaren Widerspruch trifft, nicht, weil es bequem ist, sondern weil es notwendig ist, um dieses Land von einer reaktionären, autoritären Regression fernzuhalten.

Gestatten Sie mir noch ein unversöhnliches Wort: Das ist auch meine, vorerst meine letzte Rede hier im Landtag und ich bin ein paar Mal schon an Ihrer Gruppe vorbeigegangen, wenn Sie im Hof gestanden haben. Sie haben sich defätistisch geäußert: Na, Kollege Trepsdorf, vorletzte Sitzung, letzte Sitzung?! Sie zählen schon den Countdown. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ja, ich bin nicht mehr angetreten, aus Gründen, aber freuen Sie sich nicht zu früh!

(Enrico Schult, AfD: Das ist uns eigentlich
total egal, ob Sie hier stehen oder nicht.)

Es gibt in dieser Gesellschaft sehr viele Podien, sehr viele Formen des Widerstands, und diese werde ich auch weiterhin nutzen, weil ich habe schon gegen Rechtsextremismus und für Menschenrechte gekämpft, da war an Sie noch gar nicht zu denken gewesen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und warum? Und warum? Weil es schlicht und ergreifend niemals zu spät ist, Widerstand zu leisten, und weil ich es meiner Großmutter und meinen Kindern versprochen habe. Und deswegen ganz klar: Wehrt euch! Leistet Widerstand gegen den Faschismus hier im Land! Alerta, alerta, antifascista!

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke und
Thomas Krüger, SPD – Thore Stein, AfD:
Da klatscht noch nicht mal die SPD!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP der Abgeordnete Herr Wulff.

(allgemeine Unruhe –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: Das ist selbst
der SPD zu krass gewesen. –
Julian Barlen, SPD: Ahahahaha!)

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

(Heiterkeit und Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Mir ging es bei der Anmeldung der Aussprache ähnlich wie dem Kollegen Ehlers – ein buntes Potpourri, war schwer zu sehen, was jetzt hier kommt.

(Enrico Schult, AfD: Aber das
kriegen Sie doch hin, Herr Wulff!)

Aber das macht ja nichts.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Mal gucken, wie kreativ Sie sind!)

„Unerwünschte Wahrheiten benennen“ –

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Transferleistungen.)

ich denke, man kann alles benennen in Deutschland. Und Sie berufen sich ja auch wirklich gerne auf das Thema Rede- und Meinungsfreiheit. Und da, mit Verlaub, im Kern geht es ja hier nicht darum, untereinander irgendwelche Widersprüche zu erwarten,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

sondern im Kern geht es hier darum, dass wir keine staatlichen Repressionen zu erwarten haben, wenn wir unsere Meinung ausdrücken, egal in welcher Art und Weise.

Was allerdings schon etwas ist, ist gerade auch in der medialen Vielfalt durchaus zu bemerken, dass bestimmte Meinungen – wenn auch nicht mit staatlichen Repressalien, aber durchaus im öffentlichen Meinungsumfeld –, politisch geprägte Journalisten Meinungen durchaus sehr stark widersprechen, eigene Färbungen mit reinbringen und journalistische Standards immer häufiger verletzen. Das ist auch leider kein Geheimnis und das ist auch eine Sache, die benannt werden muss, weil so kann das nicht weitergehen.

Ich glaube aber auch, dass das eine Ausprägung von dem ist, in dem wir uns gerade ja gesellschaftlich auch bewegen. Die Journalisten, die ich gerade ansprach, sind am Ende ja auch nur Menschen, die sich irgendwo in ihren Filterblasen bewegen. Und ich glaube, dieses Thema, jeder bewegt sich so in seinen eigenen Echokammern, Kreisen und bestätigt oder lässt sich am Ende einfach immer nur noch selber seine eigene Meinung bestätigen, das ist etwas ganz Gefährliches, denn wenn ich am Ende nur noch der Meinung bin, dass meine Meinung die einzig alleinig wahre ist, dann verlieren wir die Fähigkeit, in unserer Gesellschaft tatsächlich zu Kompromissen zu kommen, zu Lösungen zu kommen und miteinander auskommen zu müssen. Denn auch hier brauchen wir uns nichts vorzumachen, die Menschen, die jetzt halt nun mal da sind, mit denen müssen wir irgendwie klarkommen. Da hat jeder seine eigene Art und Weise, aber vom Prinzip her glaube ich, wir brauchen mehr Miteinander und mehr Austausch.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

David Wulff, FDP: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr geehrter Herr Wulff! Sehr geehrter Herr Kollege! Ich höre Ihnen gespannt zu in Bezug auf Ihre Ausführungen zur Medienvielfalt, zur Meinungsfreiheit. Jetzt gab es ja vor Kurzem Ihren Parteikollegen – Herr Hagen heißt er, glaube ich, Generalsekretär seines Zeichens, ein dynamischer junger Mann, so würde ich ihn mal beschreiben, ganz positiv wertfrei aber eigentlich gedacht –, der der „Jungen Freiheit“, der Zeitung, ein Interview gegeben hat. Und dieser Herr Hagen ist danach von seinen eigenen Parteikollegen, Parteifreunden dafür kritisiert worden. Er ist dafür kritisiert worden, und das führte am Ende dazu, dass sogar Philosophen mit ihm ein Podium, eine Podiumsdiskussion abgesagt haben, nur weil er der „Jungen Freiheit“ ein Interview gegeben hat.

Nun würde ich Sie einmal fragen – Sie haben ja gerade von Echokammern, von Polarisierung in der Gesellschaft gesprochen –: Würden Sie selber der „Jungen Freiheit“ ein Interview geben, wären Sie, stünden Sie dafür bereit?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nein, eher nicht. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich gehe davon aus, dass Sie antworten wollen, Herr Wulff.

David Wulff, FDP: Ja, vielen Dank!

Jetzt hatte ich eigentlich eher erwartet, wie ich das Ganze bewerte. Und ich würde das einfach mal herleiten wollen, denn ich denke, es ist durchaus legitim, das Interview zu geben, was Martin Hagen gemacht hat. Und ich denke, dass auch wir alle in unseren Echokammern irgendwo gefangen sind, und ich nehme uns da nicht aus, also auch als FDP in dem weiteren Umfeld.

Wenn ich jetzt diese Herleitung so mache und den Kollegen Hagen da verteidige, müsste ich in der logischen Konsequenz sagen, im Zweifel gebe ich auch ein Interview der „Jungen Freiheit“. Ob es am Ende gedruckt wird, das ist dann die Entscheidung der Autoren, denn ich weiß nicht, ob die Meinung dann im Zweifel da so gewollt ist. Aber das gehörte dann dazu, ja,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

auch wenn ich es vielleicht nicht ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das kriegen wir hin. –
Heiterkeit bei Sandy van Baal, fraktionslos –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich denke mal, wir sind jetzt noch mitten in der Rede von Herrn Wulff. Von daher hat jetzt das Wort Herr Wulff.

David Wulff, FDP: Ja, vielen Dank!

Es ist natürlich, jetzt kommt gleich der Einwurf von links, und, habe ich das gelesen. Und ja, ich habe mal die „Junge Freiheit“ durchgeblättert, und das ist natürlich ein Blatt, wo ich von vorne bis hinten nicht da übereinstimme, was da drinsteht.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und ich glaube auch,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nicht mal beim Datum.)

ich glaube aber auch, dass, wenn man da auch Menschen, die das lesen, irgendwie erreichen möchte, muss man natürlich auf solche Kanäle irgendwie gehen und vielleicht andere Meinungen mit reingeben.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Zweitgrößte
Wochenzeitung in Deutschland.)

Das ist super schwer, das will ich gar nicht da debattieren.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Aber der Punkt ist doch auch, dass wir hier im Parlament nicht mehr in der Lage sind, vernünftig miteinander zu reden und zu arbeiten in vielen Teilen. Die Meinungen stehen vorher fest, wir kommen nicht mehr zu Kompromissen, wir kommen nicht mehr zu Lösungen. Und auch das wird in die allgemeine Gesellschaft wieder mit eingreifen. Hier werden Feindbilder gepflegt – ob es die Ausländer sind, die Autofahrer, die Arbeitgeber oder

Aktionäre. Und ich denke, diese Hürden müssen auch wir hier überwinden. – Vielen Dank!

(Beifall Barbara Becker-Hornickel, FDP,
und Sandy van Baal, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau van Baal.

Sandy van Baal, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nutze die Chance, hier ein paar Wahrheiten zu benennen, allerdings nicht über Gesetze, sondern über Menschen.

Fünf Jahre in diesem Haus – man lernt hier viel über Macht, allerdings wenig über Größe. Ich habe Mauern gesehen, die bis zum Himmel reichen: Verfahren, Zuständigkeiten, Geschäftsordnung. Ich habe eins gelernt: Eine Mauer kann noch so hoch sein, sie hilft aber keinem Menschen draußen, der friert. Man spricht hier viel auch von Gerechtigkeit, aber Gerechtigkeit, die nur in eine Richtung schaut. Gerecht ist der, der Gerechtes tut.

(Julian Barlen, SPD: Das ist
ja fast wie bei Forrest Gump.)

Ich komme, ich komme aus einfachen Verhältnissen. Von dort bringe ich etwas mit,

(Julian Barlen, SPD: Da ging
das aber irgendwie anders.)

was weder mit Geld noch mit Macht zu bezahlen ist: einen gesunden Anspruch an Leistung, an Höflichkeit und an Respekt.

(Beifall
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Diesen Anspruch habe ich hier leider oft vermisst, nicht bei allen, aber bei vielen.

Was bleibt nach fünf Jahren? Keine Bitterkeit übrigens, eher eine Erkenntnis: Politische Richtung kann ein Kleid sein, das man morgens anzieht, der Mensch darunter bleibt aber derselbe. Ob er nun besonders laut von Werten spricht oder still mit seiner Arbeit beschäftigt ist, man erkennt Menschen nicht an der Fraktionszugehörigkeit, das möchte ich hier einmal sagen,

(Enrico Schult, AfD: Sehr gut!)

man erkennt sie daran, wie sie mit Menschen umgehen, die ihnen nichts nützen und/oder andere politische und gesellschaftliche Ansichten haben.

Es ist nicht alles Gold, was hier glänzt, aber es war keine verlorene Zeit. Es war eine sehr lehrreiche Zeit. Und was ich mitnehme, gehört nicht mir, es gehört diesen Menschen im Land. Ich werde meinen politischen Beitrag weiter leisten, ich werde weiterhin für meine geliebte Freiheit kämpfen, im Kleinen und im Großen, denn schon Goethe wusste: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss.“

Das ist mein bescheidener Beitrag, wie gewohnt kein großer Auftritt, aber wie gewohnt ein ehrliches Wort. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen von Herzen alles Gute für die Zukunft. Das gilt auch für die Mitarbeiter in der Verwaltung. Ich werde unbequem bleiben. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
AfD, CDU, der Gruppe der FDP und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

An dieser Stelle wollte sich zu Wort melden der Abgeordnete Hannes Damm.

(Marc Reinhardt, CDU: Nicht zugegen!)

Da er nicht zugegen ist, rufe ich jetzt auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Horst Förster.

Und Herr Damm, wenn er das denn hört, hat noch die Chance, nach diesem Redner aufgerufen zu werden. Ansonsten würde ich die Tagesordnung dann, zumindest diesen Tagesordnungspunkt, beenden.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Es hat sich doch bestätigt, wenn ich davon spreche, dass wir so eine Art Staatsstreich von oben haben.

(Julian Barlen, SPD: Ich dachte,
eben war das schon die letzte Rede?!)

Denn wenn es so wäre –

(Julian Barlen, SPD:
Jetzt sind Sie schon wieder da!)

Sie reden von irgendwelchen Gutachten, der Verfassungsschutz hat ein Gutachten von 1.100 Seiten, das wurde zerrissen, unter anderem von Herrn Brodkorb –, wenn das so sicher wäre, sehen Sie mal,

(Michael Noetzel, Die Linke:
Versprochen, gebrochen! –
Julian Barlen, SPD:
Nicht mal das halten Sie!)

dann müssten Sie sich ans Bundesverfassungsgericht wenden. Sie tun es nicht, weil Sie genau wissen, dass Sie dort keinen Erfolg haben. Was soll also aber,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke –
Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)

dieses System ist doch, dass Sie über Jahre predigen, dem Volk beibringen wollen,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

dass wir die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifen. Und das ist falsch. Wer fährt denn jetzt nach Erfurt? Wer macht da Krawall? Wer verhindert eventuell diesen Parteitag? Wer solidarisiert sich mit linksextremistischen Gewalttätern aus Ungarn und Deutschland? „Hammerbande“, Stichwort. Wir erleben es doch tagtäglich. Demokratieprinzip – ja nur, wissen Sie, die Mauer hier, die Brandmauer, die „Eventin“ war ein klassisches Beispiel jetzt, um das mal zu verdeutlichen. Alle sind sich

einig, dass dieser Dampfer, dieser Tanker, dort wegmuss, dass er ein unglaubliches Risiko darstellt, umweltmäßig und auch als mögliches Opfer eines militärischen Anschlags, wie auch immer, ein Riesenproblem. Wir wollten die Regierung stützen – die Ministerpräsidentin hatte ja sogar den Bundeskanzler angeschrieben mit dem Landrat zusammen –, wir wollten die Regierung stützen, Sie waren alle mit uns einer Meinung. Und was passiert? Sie stimmen alle dagegen.

Und von wegen jetzt die Hilfe von der Presse – dpa-Mitteilung, ausschließlich Pegel hätte sich in bestimmter Weise geäußert. Ich habe nachgehakt. Ja, es war die Fragestunde. Nein, es war eine bewusste Desinformation, denn es war natürlich nicht aus der Fragestunde, es war mir völlig klar, dann hätte Herr Pegel das nämlich bei seinen Ausführungen, es war genau zu unserem Antrag. So läuft es zum Teil in Deutschland, nicht immer, aber genug.

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

Frauenbild: Ich erwähne eine biologische Realität, die – ich als Vater und mit mehreren Kindern und verheiratet weiß, wie schwierig es ist, Beruf und Familie unter einen Tisch zu bringen, unter ein Tuch zu bringen –, ich erwähne eine biologische Realität, die das Einfallstor geben könnte für eine vernünftige Diskussion, und Sie unterstellen mir ein Frauenbild, die nur an den Herd gehörte. Absurd und lächerlich!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Christian Winter, SPD)

Aber das ist ja das, was ich mit dem Thema erwähnen wollte.

Und Kinder erster/zweiter Klasse – gehen Sie doch mal in die Ballungsräume, gucken Sie sich an, was da in den Schulklassen passiert,

(Michael Noetzel, Die Linke:
Ich wohne in einem Ballungsraum. –
Zuruf von Christian Winter, SPD)

welche Risiken da sind, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, ...

Horst Förster, AfD: ... dass die Deutschen zum Teil ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Ihre Redezeit ...

Horst Förster, AfD: ... ihr Kind nicht mehr hinschicken können.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... ist abgelaufen.

Horst Förster, AfD: Also, das ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Jetzt wäre die letzte Gelegenheit, wenn jemand noch sich zu Wort melden wollen würde. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Aussprache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, entsprechend unserer Vereinbarung, nach 17:00 Uhr keinen neuen Tagesordnungspunkt mehr aufzurufen, beende ich an dieser Stelle die Landtagssitzung. Die Tagesordnungspunkte 25 und 26 werden morgen nach dem Tagesordnungspunkt 44 auf die Tagesordnung gesetzt. Ich sehe und höre auch dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 3. Juli 2026, 09:00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:07 Uhr

Namentliche Abstimmung

Wiederholung der namentlichen Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 8/6488 –
und die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
– Drucksache 8/6716 –

Jastimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Dr. Backhaus, Till
Barlen, Julian
Beitz, Falko
Brade, Christian
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Dahlemann, Patrick
Drese, Stefanie
Falk, Marcel
Gundlack, Tilo
Hegenkötter, Beatrix
Hesse, Birgit
Julitz, Nadine
Kaselitz, Dagmar
Klingohr, Christine
Krüger, Thomas
Miraß, Heiko
Mucha, Ralf
Dr. Northoff, Robert
Pegel, Christian
Pfeifer, Mandy
Dr. Rahm-Präger, Sylva
Schiefler, Michel-Friedrich
Schmelzer, Grit
Dr. Schröder, Anna-Konstanze
Schwesig, Manuela
Stamer, Dirk
Tegtmeier, Martina
Winter, Christian
Dr. Wölk, Monique
Würdisch, Thomas

Die Linke

Albrecht, Christian
Bruhn, Dirk
Foerster, Henning
Koplin, Torsten
Noetzel, Michael
Pulz-Debler, Steffi
Rösler, Jeannine
Schmidt, Elke-Annette
Dr. Trepsdorf, Daniel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oehlrich, Constanze
Shepley, Anne
Dr. Terpe, Harald
Wegner, Jutta

fraktionslos

Damm, Hannes

Neinstimmen

AfD

Diener, Thomas
Federau, Petra
Förster, Horst
de Jesus Fernandes, Thomas
Kramer, Nikolaus
Reuken, Stephan J.
Schmidt, Martin
Schneider, Jens-Holger
Schult, Enrico
Schulze-Wiehenbrauk, Jens
Stein, Thore
Tadsen, Jan-Phillip
Timm, Paul-Joachim

CDU

Berg, Christiane
Ehlers, Sebastian
Enseleit, Sabine
Glawe, Harry
Hoffmeister, Katy
Liskow, Franz-Robert
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Schlupp, Beate

FDP

Becker-Hornickel, Barbara
Böhringer, Noah
Wulff, David

fraktionslos

van Baal, Sandy
Dr. Schneider-Gärtner, Eva Maria

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	73
Gültige Stimmen	73
Jastimmen	46
Neinstimmen	27
Enthaltungen	-